

SILVIO GESELL

GESAMMELTE WERKE

Band 6 · 1911 – 1912

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland
Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de
www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 007_ Zum Geleit
- 011_ Foto von Silvio Gesell mit handschriftlichem Namenszug und Zusatz "Unter dem Äquator 1911"
- 012_ Die neue Lehre vom Geld und Zins – Eine Zusammenfassung, Läuterung und Vervollständigung früherer Schriften des Verfassers
Berlin: Physiokratischer Verlag, 1911
- 271_ Die Metallwährung in der Geschichte
Hammer Nr. 243 und 244/1912
- 282_ Zur Frage der Geldreform
Hammer Nr. 248/1912
- 287_ Geldreform und Christentum
Hammer Nr. 258/1913

Zum Geleit

Nachdem Silvio Gesell seine beiden Söhne Ernesto und Carlos zu Kaufleuten ausgebildet und ihnen die Geschäftsführung der "Casa Gesell" anvertraut hatte [Zum 100jährigen Firmenjubiläum der "Casa Gesell" erschien ohne Verfasserangabe ein Bericht im "Argentinischen Tageblatt" vom 26.9.1987, den die "Zeitschrift für Sozialökonomie" unter dem Titel "100 Jahre Casa Gesell" nachdruckte. (24. Jg. 1987, 75. Folge, S. 31 f)], zog es ihn 1911 wieder nach Europa. Er kehrte jedoch nicht in die Schweiz zurück, sondern ließ sich nördlich von Berlin in der genossenschaftlichen Obstbau-Kolonie Eden bei Oranienburg nieder, wo bodenreformerische Vorstellungen auf lokaler Ebene in die Praxis umgesetzt wurden. [Über die Eden-Genossenschaft vgl. Otto Jackisch, Die Obstbaukolonie Eden – ihre Gründung, Wachsen und jetziger Zustand, in: Deutsche Volksstimme Nr. 14/1903, S. 432-437; Friedrich Landmann u.a., Die Obstbausiedlung Eden in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens 1893 -1918, Eden 1920; Kurt Großmann, 75 Jahre Eden 1893 -1968, Bad Soden 1968; Ulrich Linse, Zurück o Mensch zur Mutter Erde – Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983, S. 37-61. – Werner Onken, Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Lütjenburg 1997, S. 6-34. – Von 1913 bis 1922 gehörte auch Silvio Gesell der Eden-Genossenschaft als Mitglied an. (Vgl. den Nachruf auf Gesell in den "Eden-Mitteilungen" 25. Jg. 1930, Nr. 1/2)] Die Entscheidung für diesen neuen Wohnsitz beruhte vermutlich auch auf dem Wunsch Gesells, zwar in der Nähe Georg Blumenthals, aber dennoch nicht in der Großstadt zu wohnen. Und schließlich lebte auch Gustav Simons seit 1908 in Eden; er leitete dort den "Deutschen Kulturbund für Politik" und redigierte als dessen Organ die Zeitschrift "Deutsche Kultur", worin er auch für die Geld- und Bodenreform eintrat.

In seinem Buch "Die soziale Frage und eine deutsche Antwort" und in der "Deutschen Kultur" [Das Buch erschien 1906 in Cüstrin-Neustadt. Unmittelbar danach begann Gustav Simons in Berlin mit der Herausgabe der Zeitschrift.] versuchte Gustav Simons nicht nur, eine Verbindung zwischen der Geld- und Bodenreform und dem Genossenschaftswesen herzustellen, sondern er stülpte Gesells wirtschaftlichen Reformen auch eine völkische Weltanschauung über. So kam Gesell, der in Argentinien kurz vorher noch ein internationales Währungsabkommen zur Förderung des Welt Handels und der Völkerverständigung entworfen hatte, nun in Deutschland mit Menschen in Berührung, deren Denken von nationalistischen und antisemitischen Vorurteilen bestimmt war. Zwar schien es auf den ersten Blick Berührungspunkte zwischen der Geld- und Bodenreform und dem völkischen Denken zu geben wie die Nähe der Bodenreform zu kelto-germanischen Rechtsvorstellungen und die gemeinsame Zinsgegnerschaft. Aber schon bald wurden unüberbrückbare Gegensätze zwischen den beiden Denkrichtungen sichtbar: In völkischen Kreisen nahm man Anstoß daran, daß Gesell den Boden nicht nur an "Volksgenossen" verpachten, sondern allen Menschen ohne Unterschied ihrer Herkunft einen gleichberechtigten Zugang zur Erde verschaffen wollte; und das Zinsnehmen war für ihn durchaus kein spezifisch jüdisches Phänomen. [Vgl. Silvio Gesell, Nervus rerum, in: Gesammelte Werke Band 1, Hann.-Münden 1988, S. 140 sowie ders., Aktive Währungspolitik, in: Gesammelte Werke Band 5, S. 123/124.]

So war Silvio Gesell, der seiner ganzen Natur nach ein Weltbürger war, bestrebt, enger mit Georg Blumenthal als mit Gustav Simons zusammenzuarbeiten. Blumenthal hatte durch Vorträge in Arbeiterkreisen und durch einen Aufsatz in der überwiegend von Lehrern gelesenen Zeitschrift "Die Volkserzieher" eine Reihe von Anhängern für die Boden- und Geldreform als "moderne Physiokratie" gewonnen [Georg Blumenthal, Boden- und Geldreform als moderne Physiokratie, in: Der Volkserzieher – Blatt für Familie, Schule und öffentliches Leben, 11. Jg. 1907, Nr. 9, S. 70-72.] und mit ihnen 1909 die "Physiokratische Vereinigung" gegründet. Auch Gesell hatte sich ihr von Argentinien aus angeschlossen: "Ich wünsche Ihnen guten Erfolg und dem Verein für physiokratische Politik Macht und Ansehen. Auch bitte ich um Aufnahme in den Verein, falls Sie für so reudige Schafe Platz haben. Sende Ihnen anbei 200 Mark als Beitrag zu den Vereinskosten. Ich glaube, bei einem Verein geht es nicht anders zu als bei allen Vereinigungen der Menschen – die Macht steht nicht im direkten Verhältnis zur Zahl der Mitglieder, sondern umgekehrt, und die Macht des Vereins wird bei einer kleinen ausgewählten Schar von Mitgliedern vielleicht größer sein, als wenn er großen Ballast geistiger Nullen mit sich schleppt." [Brief Silvio Gesells aus Buenos Aires an Georg Blumenthal vom 29.9.1909.]

Die nächste Frucht der Arbeitsgemeinschaft von Silvio Gesell und Georg Blumenthal war die Herausgabe der "Neuen Lehre vom Geld und Zins" im "Physiokratischen Verlag". Die Reform des Bodenrechts blieb in diesem Buch außer Betracht, da Gesell sich über die Möglichkeiten der Verwendung der Bodenrente noch kein abschließendes Urteil gebildet hatte. So konzentrierte er sich zunächst darauf, seine Erkenntnisse über die Reform des Geldwesens noch einmal zu läutern und zusammenzufassen. Gewissermaßen um sich für den unbequemen Inhalt seines Buches zu entschuldigen, wies Silvio Gesell im Vorwort noch einmal darauf hin, daß es ursprünglich gar nicht seine Absicht gewesen war, die Ursachen der Macht des Geldes, dieses Fluches der Menschheit, offenzulegen: "Es war Haderstoff, was ich untersuchte. Konnte ich wissen, daß das, was ich finden sollte, ein revolutionärer Brander sein würde?" [Silvio Gesell, Die neue Lehre vom Geld und Zins, in: SGW Band 6, S. 18.] Doch nachdem er seine Erkenntnisse nun schon in mehreren Veröffentlichungen dargelegt hatte, klagte er teils verständnis- und teils vorwurfsvoll die ökonomische Fachwissenschaft an, daß sie daran noch immer vorbeiging und nicht tiefer in den "schwarzen Kontinent" das Geldwesens eindrang.

Auch die "Neue Lehre vom Geld und Zins" fand kaum Resonanz in der ökonomischen Fachwelt. Lediglich Franz Oppenheimer nahm zu ihr Stellung. Obwohl Oppenheimer ebenfalls bodenreformerische Vorstellungen vertrat und obwohl sein System des liberalen Sozialismus der nichtkapitalistischen Marktwirtschaft Gesells in ordnungspolitischer Hinsicht sehr verwandt war, brachte er kein Verständnis für die Forderung nach einer Reform des Geldwesens auf. In den Augen Oppenheimers schwebte Gesells Geldtheorie völlig in der Luft, weil ihr der materielle Halt eines "inneren Stoffwerts" des Geldes fehlte; und auch die "Urzins"-Theorie hielt er für falsch. Das "vermeintlich sozial-schädliche Geld" hat

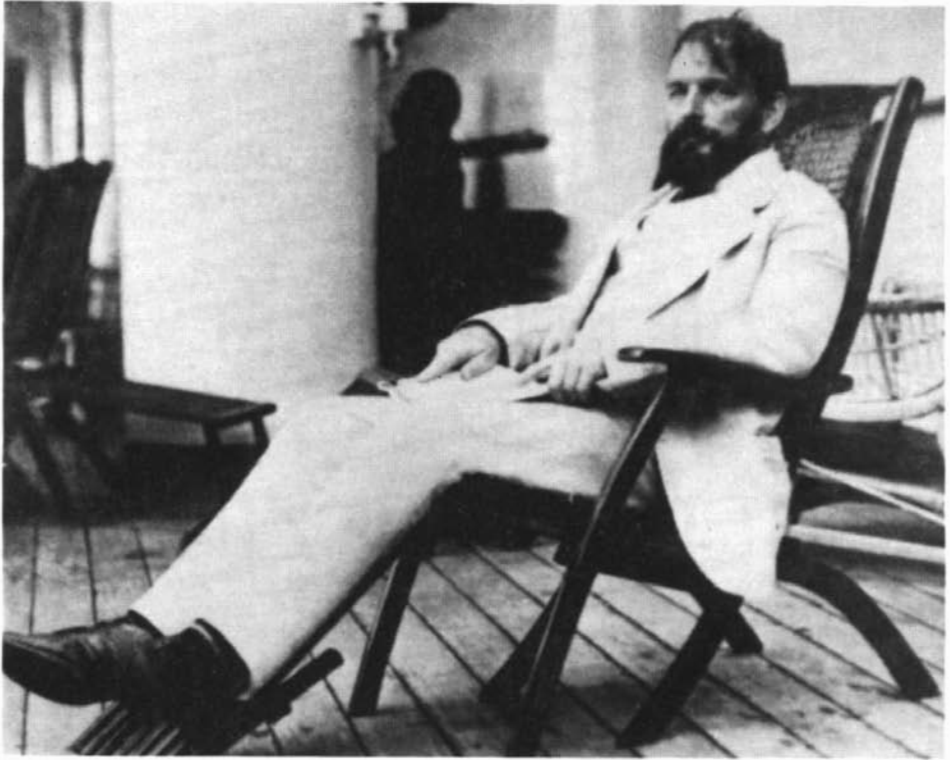
Oppenheimer zufolge weder eine Machtstellung auf den Märkten noch sei es die Ursache von Konjunkturschwankungen und Krisen. Das Geldwesen bedürfe deshalb keiner Reform. [Franz Oppenheimer in einer Sammelrezension von Veröffentlichungen zur Geldtheorie von Paul Gerngroß, Silvio Gesell und Otto Lang, in: Weltwirtschaftliches Archiv 1914, Band 3, S. 181-190.]

Außerhalb der Ökonomie fand die "Neue Lehre vom Geld und Zins" ein positives Echo bei dem Naturwissenschaftler Wilhelm Ostwald, der 1909 den Nobelpreis für Chemie erhalten hatte und in philosophischer Hinsicht für den Monismus Haeckelscher Prägung eintrat. Ostwald war bestrebt, die Weltanschauung des Monismus um ein wirtschaftliches Reformkonzept zu ergänzen. Die Geld- und Bodenreform erschien ihm als eine Möglichkeit, einen "enormen Schritt zur Ausbreitung von Gerechtigkeit und Ordnung in der Welt" zu vollziehen. [Wilhelm Ostwald, Geld, in: Monistische Sonntagspredigten Nr. 98 und 100/1914, S. 337-352 und S. 369-384, hier: 382.]

Während sich Silvio Gesells Arbeitsgemeinschaft mit Georg Blumenthal immer mehr festigte und mit der gemeinsamen Herausgabe der Zeitschrift "Der Physiokrat" ihrem Höhepunkt entgegenging, blieb seine Zusammenarbeit mit Gustav Simons auf wenige Ausnahmen beschränkt. Für dessen Zeitschrift verfaßte er lediglich vier Beiträge; drei von ihnen sind leider nicht erhalten geblieben. [Die Deutsche Kultur" ist in öffentlichen Bibliotheken nicht mehr vorhanden. Sie fehlt auch im Archiv der Eden-Genossenschaft. In ihrem 4. Jg. 1912 hatte Gesell gemäß den Werkeverzeichnissen von Landmann und Hess die folgenden Aufsätze veröffentlicht: "Tätlicher Antisemitismus" (Nr. 3 und 4); Moral, Ethik, Gerechtigkeit, Recht" (Nr. 9); "Entspringt das Streben nach der reinen Papierwährung wirklich einer ökonomischen Irenidee?" (Nr. 11). Diese Aufsätze müssen im Band 6 leider fehlen.] Gustav Simons trug Gesells Gedankengut auch an die Leser der völkischen Zeitschrift "Hammer – Parteilose Zeitschrift für nationales Leben" heran. Daraufhin erfolgte eine polemische Rezension der "Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag" durch W. Claaßen im "Hammer", worin die Leser aufgefordert wurden, zu Gesells "proletarisch-kommunistischer" Ideenwelt auf Distanz zu gehen. Gesell betrachte den Menschen als ein Produkt der Verhältnisse und propagiere die Gleichheit aller Menschen. Seine "... Blindheit für Rasse, für Ewigkeitswerte gegenüber den Erwerbsverhältnissen, den Zeitlichkeitswerten" veranlaßte Claaßen zu der warnenden Frage an die Leser des "Hammer": "Ist das Geist von unserem Geist?" [W. Claaßen, Ein neuer Lebensreformer, in: Hammer – Parteilose Zeitschrift für nationales Leben, 10. Jg. 1911, Nr. 222, S. 480-483.] Diese Rezension löste eine heftige, zum Teil sehr unsachlich geführte Diskussion im "Hammer" aus. [An ihr beteiligten sich Gustav Simons (Nr. 225), W. von Saucken (Nr. 226), W. Claaßen (Nr. 228), Arndt-Boethius (Nr. 231) und W.K. (Nr. 235).] Das bewog die Schriftleitung dazu, Gesell zu einer Darstellung seiner Gedanken in einem eigenen Beitrag einzuladen. Er entsprach dieser Bitte mit einem Aufsatz über die "Metallwährung in der Geschichte", der in zwei Teilen zum Abdruck kam. [Hammer 11. Jg. 1912, Nr. 243, S. 401-406 und Nr. 244, S. 431-434.] Hierauf erwiderte Richard Lieske, daß es nicht durch einen Mangel an umlaufendem Geld, sondern durch Über-

produktion und Unterkonsumtion zu Absatzstockungen und Krisen käme. Die Goldwährung müsse bestehen bleiben, damit die Wirtschaft ihren "festen metallenen Boden unter den Füßen" behalte. Ihre Beseitigung würde auf eine "schamlose Volksausbeutung" hinauslaufen, da das Volk allen Goldes und damit "aller wirklichen reellen Werte" entblößt und mit "papierenen Scheinwerten überschwemmt" würde. Abgesehen davon sei eine fortlaufende mengenmäßige Anpassung von Papiergeld an die angebotenen Güter und Dienste auch ganz unmöglich. [Richard Lieske, Zu Gesells Papierwährung, in: Hammer 11. Jg. 1912, MNr. 246, S. 499-502.] Die Abgrenzung der Völkischen gegenüber Gesell war damit vollständig.

Mochten die Gegensätze zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in weltanschaulicher Hinsicht auch noch so groß sein, so begegnete Gesell auf ökonomischem Gebiet doch einer breiten Phalanx relativ gleichförmiger, auf dem Dogma vom "inneren Wert" des Goldes beruhender Einwände. Wenn es um den Tanz um das Goldene Kalb ging, traten die sonstigen Feindschaften zwischen der politischen Rechten und der Linken in den Hintergrund. Sozialisten und Kommunisten beteten die Goldwährung nicht weniger an als Liberale oder völkische Nationalisten. Seine Antwort an Lieske beschloß Gesell mit einer Bemerkung über die Religion, die einen Leser des "Hammer" zum Widerspruch reizte. Darauf ging Gesell in einem kleinen Nachtrag mit dem Titel "Geldreform und Christentum" ein [In der chronologischen Folge von Gesells Veröffentlichungen gehörte dieser Nachtrag eigentlich in den Band 7 SGW. Um den inhaltlichen Zusammenhang zu erhalten, haben wir ihn in Band 6 vorgezogen.], mit dem seine direkte Auseinandersetzung mit völkischen Strömungen ihren vorläufigen Abschluß fand. Dieser Nachtrag läßt freilich erkennen, in welchem Ausmaß sich Darwins Evolutionslehre seines Denkens inzwischen bemächtigt hatte.



Silvio Gesell

Unterm Äquator
1911

Foto von Silvio Gesell mit handschriftlichem Namenszug
und Zusatz „Unter dem Äquator 1911“

*Dieses erste Exemplar der Neuen Lehre
widme ich meiner treuen Gefährtin
Boettgers Anna.*
Berlin 10/8 1911. *Silvio Gesell* SILVIO GESELL

DIE NEUE LEHRE

VOM

GELD UND ZINS

EINE ZUSAMMENFASSUNG, LAUTERUNG
UND VERVOLLSTÄNDIGUNG FRÜHERER
SCHRIFTEN DES VERFASSERS.



1911

PHYSIOKRATISCHER VERLAG (GEORG BLUMENTHAL)
BERLIN-GROSSLICHTERFELDE W. RINGSTRASSE 49

LEIPZIG: BERNHARD HERMANN

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	15
Abteilung I. Die Lehre vom Geld	
<i>A. Das Geld wie es ist.</i>	
1. Die Unterscheidung zwischen Geld und Geldstoff	19
2. Die Unentbehrlichkeit des Geldes und die öffentliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Geldstoff	24
3. Der sogenannte Wert	28
4. Das Papiergeld als Tatsache und die Erklärung dazu	35
5. Die Sicherheit und Deckung des Papiergeldes	58
6. Welchen Preis soll das Geld erzielen	71
7. Wie der Preis des Geldes mit Genauigkeit ermittelt werden kann	73
8. Wie kommt der Preis des Papiergeldes zustande	87
9. Einflüsse, denen Angebot und Nachfrage unterliegen	95
10. Das Angebot des Geldes	104
11. Das Gesetzmäßige im Umlauf des heutigen Geldes	111
12. Die Wirtschaftskrise und die Bedingungen, die zu ihrer Verhütung zu erfüllen sind	131
13. Die Emissionsreform	133
 <i>B. Das Geld, wie es sein soll und sein kann.</i>	
1. Geldreform und Reformgel	147
2. Wie der Staat das Reformgeld in Umlauf setzt	161
3. Wie das Reformgeld verwaltet wird	164
4. Das Reformgeld und der Außenhandel	167
5. Das Gesetzmäßige im Umlauf des Reformgeldes	176
6. Überschlag	188

Abteilung II. **Die Lehre vom Zins**

nach der Zerstörung des Wertglaubens.

	Seite
1. Einleitung	193
2. Der Urzins (Geldzins)	196
3. Die Grenzen des Geldzinses (Urzins)	201
4. Die Übertragung des Urzinses auf die Ware	212
5. Die Übertragung des Urzinses auf das Realkapital	214
6. Vervollständigung der Theorie	218
7. Wie man den Kapitalzins bisher zu erklären versuchte	245
8. Die Bestandteile des Bruttozinses (Zins, Risikoprämie und Ristorno)	255
9. Der reine Kapitalzins eine eherne Größe	262

Vorwort.

Das heutige Metallgeld ist seinem Wesen nach vollkommen dem Geld gleich, das schon im Altertum den Austausch der Waren vermittelte. Gräbt man aus dem Schutte Athens, Roms oder Carthagos Münzen aus, so hat man international gültiges, pari mit dem Gelde Europas oder Amerikas umlaufendes Geld in Händen. Sieht man ab von der etwaigen Verschiedenheit im Feingehalt der Münzen, so ist ein Kilo Münzen mit dem Stempel römischer Kaiser = einem Kilo Münzen mit dem Stempel deutscher Prägeanstalten. Alle Eigenschaften des Geldes, das Lykurg aus Sparta ächtete, haften in unveränderter Form unserem Gelde an, und vielleicht ist dieses Geld die einzige staatliche Einrichtung, die sich aus dem grauen Altertum unangetastet bis auf uns hinübergerettet hat.

Diesem ehrwürdigen Alter unseres Geldes entspricht jedoch in keiner Weise unsere Kenntnis vom *Wesen* des Geldes. Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber rechten, ob Lykurg wohl daran tat, als er, in der Erkenntnis, daß das aus Edelmetall hergestellte Geld das Volk in arm und reich trennt und durch solche Zersetzung die Volkskraft bricht, nun das Kind mit dem Bade ausgoß. Aber tiefer als Lykurg ist man auch heute nicht in das Wesen der dem Golde nachgesagten Übel eingedrungen. Immer noch begnügt man sich damit, mit Pythagoras auszurufen: Ehret Lykurg, er ächtete das Gold und Silber, die Ursache aller Verbrechen, immer nur fluchen wir: *Auri sacra fames*, immer nur seufzen wir verzweifelt mit Goethe: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles – ach wir Armen!

Aber mit diesen Verwünschungen, mit diesem Betteln hat es sein Bewenden. Auf die Frage, was denn eigentlich am Gold verkehrt ist, warum das Gold der Menschheit zum Fluch wird –

sind alle still. Sogar die Gelehrten vom Fach werden durch diese Frage so sehr in Verlegenheit gebracht, daß sie es vorziehen, Lykurg und Pythagoras einfach zu verleugnen und die dem Gold nachgesagten Übel auf ungenaue Beobachtung zurückzuführen. So wird der spartanische Moses zum Währungspfuscher und der große Mathematiker zum moralischen Schwärmer gestempelt.

Dieses Versagen der Wissenschaft ist jedoch weniger eine Folge mangelnder Erkenntniskraft des menschlichen Geistes, als ein Produkt der äußeren Verhältnisse, die hier mitspielen und die der wissenschaftlichen Durcharbeitung der Geldtheorie nicht günstig sind.

Zunächst ist es der Gegenstand selber, der die meisten von vornherein abstößt. Es gibt interessantere Studienobjekte als das Geld, besonders für hochfliegende Geister und vornehme Naturen. Religion, Biologie, Astronomie usw., alles das ist unendlich viel an- und emporziehender, als das Studium des Geldes. Nur ein nüchterner Rechenkünstler wird sich zu diesem Pariakind der Wissenschaft hingezogen fühlen, und so ist es verständlich und es gereicht der Menschennatur eigentlich zur Ehre, daß man die Forscher immer noch an den Fingern zählen kann, die tiefer in diesen schwarzen Kontinent gedungen sind.

Hierzu kommt, daß die unglückliche Art der bisherigen wissenschaftlichen Behandlung des Geldwesens und die Verquickung dieser Behandlung mit dem nun endlich aussterbenden Wertglauben, die natürliche Abneigung gegen diesen Zweig der Wissenschaft nur noch verstärkt haben. Die Währungsfrage ist geradezu verrufen als Typus obstruser Gelehrsamkeit, wobei noch zu bemerken ist, daß die Bedeutung, die der Gegenstand für die Entwicklung der Menschheit hat, durch die Währungsliteratur in der öffentlichen Meinung stark herabgesetzt wurde. (Die heute begrabene bimetallistische Literatur macht hier eine lobenswerte Ausnahme.) Für die große Mehrheit des Volkes ist die Mark d. R.W. heute tatsächlich nicht mehr als der $\frac{1}{1375}$ Teil von einem Pfund Feingold, und für das Volk ist das Gold als Metall doch ein ziemlich bedeutungsloser Stoff. Diese Herabsetzung, die der Gegenstand der Währungsliteratur in der öffentlichen Meinung erfahren hat, hat aber wieder zur Folge, daß niemand die betreffenden Bücher kauft, und daß kein Verleger die Druckkosten dafür wagen will. So mag es sein, daß Vieles und Gutes über das Geldwesen geschrieben, aber nicht veröffentlicht wurde – weil sich kein Verleger dafür fand. Wieder ein Umstand, der die Forscher vom

Geldwesen fernhält. Wer die Mittel nicht besitzt, um das Geschriebene auf eigene Kosten drucken zu lassen, der darf sich nicht mit dem Geldwesen befassen.

Freilich gibt es in letzterer Beziehung Ausnahmen. Unsere Hochschullehrer, deren Veröffentlichungen immer wenigstens von Studenten und staatlichen Bibliotheken gekauft werden, mögen für ihre Literatur auch willige Verleger finden, aber diesen für die Schule bestimmten Schriften steht der Satz im Wege, *daß Hadersachen von der Schule ferngehalten werden müssen*. So dürften diese Schriften aus Rücksicht auf ihre Bestimmung niemals tiefer in das Wesen des Geldes eindringen. Vom hadrigen Kern der Frage prallt die Sonde der Schulwissenschaft immer zur Oberfläche zurück. Es steht hier mit dem Geld nicht anders, wie mit der Theorie der Grundrente, des Zinses, des Lohnes, und ein Hochschullehrer, der den politischen Kern all dieser Probleme nicht berücksichtigen wollte, würde seinen Hörsaal bald in einen „Campo de Agramonte“ verwandeln, wo alle blindlings auf Freund und Feind einschlagen. Nein, Hadersachen, Politik, die Lehre vom Lohn, von der Grundrente, vom Zins und vom Geld gehören wirklich nicht in die Hochschulen. Notwendigerweise muß aber darum auch diese Wissenschaft in den Händen unserer Professoren verkümmern; das „non plus ultra“ starrt dem Professor ja immer gleich nach den ersten Spatenstichen entgegen.

Zu diesen äußeren Schwierigkeiten tritt noch der Umstand, daß die Theorie dieses heiklen Stoffes Kenntnisse voraussetzt, die man eigentlich nur im praktischen Handel erwerben kann und daß der Handel zumeist solche Naturen anzieht und fesselt, die theoretischen Untersuchungen abhold sind. Männer der Tat fordert der Handel, keine Theoretiker und Ideologen. Wie lange ist es übrigens her, daß der Handel zudem als anrühlich angesehen wurde (Merkur, Gott der Kaufleute und Diebe) und sich ihm vorzugsweise solche Elemente zuwandten, die auf den Schulen nicht mitkamen? Die intelligenten Söhne mußten „studieren“, der Rest war für den Handel bestimmt.

So ist also die Tatsache nicht so befremdlich, daß wir zu unserem 4000 Jahre alten Metallgeld, das sich durch 100 Generationen und durch die Hände von Milliarden und aber Milliarden Menschen gewälzt hat, heute in der Zeit des wissenschaftlichen Vorgehens auf allen Gebieten noch keine stichhaltige Theorie haben und daß noch überall in der Welt die Routine die Richtlinien für die öffentliche Behandlung des Geldes ziehen muß.

Dieser Mangel an einer stichhaltigen Geldtheorie ist aber der Grund, warum wir bis heute auch für die *Zinserscheinung* keine genügende Erklärung zu geben vermochten. Sonderbar, wir bezahlen und erheben seit 4000 Jahren Kapitalzins in ungezählten Milliarden, ohne daß die Wissenschaft die Frage zu beantworten vermöchte „*woher und warum der Kapitalist den Zins erhält*“. [v. Boehm-Bawerk, Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien.]

Zwar an Versuchen hat es nicht gefehlt. Dafür sorgte schon der Gegenstand selbst, der den Charakter eines allgemeinen Störenfrieds ganz öffentlich zur Schau trägt und der darum auch ganz anders als das Geld das öffentliche und wissenschaftliche Interesse auf sich zog. Jeder namhafte Volkswirt hat sich mit dem Zinsproblem befaßt, namentlich die Sozialisten, deren ganzes Streben im Grunde nur gegen den Zins gerichtet ist.

Aber wie viele sich auch redlich abgemüht haben, die Frage nach der Natur des Zinses blieb unbeantwortet.

Der Grund dieses Fehlschlagens liegt nicht in der Schwierigkeit des Stoffes, sondern einfach darin, daß der Kapitalzins (der Zins der Darlehen sowohl wie der Zinsertrag der Realkapitalien) eine Kreatur oder Nebenprodukt des herkömmlichen Geldes ist und darum auch nur mit Hilfe der Geldtheorie wissenschaftlich erklärt werden kann. Wie uns Zins und Geld äußerlich schon als unzertrennliche Freunde begegnen, so innig vereint sind sie auch seelisch, d. h. in der Theorie. *Ohne Geldtheorie ist es unmöglich, den Zins zu erklären.* Die Lehre vom Zins kann nur von der Lehre vom Geld abgeleitet werden.

Die Zinsforscher haben aber (aus den schon erwähnten Gründen) regelmäßig das Studium des Geldes vernachlässigt. *Marx* z. B. hat der Theorie des Geldes keine 5 Minuten Überlegung gewidmet, dafür zeugen seine 3 dicken Bände, die sich mit dem Zins (Kapital) befassen. *Proudhon* dagegen, der das Geld weniger mißachtete, ist auch der Lösung des Zinsproblems am nächsten gekommen.

In nachfolgender Untersuchung, die durch Zufall angeregt und durch glückliche, äußere Verhältnisse geleitet und gefördert wurde, biete ich nun der Wissenschaft, dem Handel und der Politik die so lange gesuchte Theorie des Geldes und des Zinses.

Es war Haderstoff, was ich untersuchte. Konnte ich wissen und vermeiden, daß das, was ich finden sollte, ein revolutionärer Brander sein würde?

Silvio Gesell.

Die Lehre vom Geld.

A. Das Geld wie es ist.

Die Unterscheidung zwischen Geld und Geldstoff.

Wenn die Inschriften der Münzen den Zweck haben, uns über das Wesen des Geldes zu unterrichten, so hat man sich diese Arbeit leicht gemacht. Diese Inschriften lauten „10 Mark“ oder 10 Francs, 10 Rubel, und wer aus diesen Worten das Wesen des Geldes nicht zu erkennen vermag, dem werden die Randbemerkungen der Münzen: Mit Gott oder, Egalité, Liberté et Fraternité usw. wenig Aufklärung bringen. Vergleicht man die Inschrift der heutigen deutschen Münzen mit derjenigen der alten preußischen Taler, so fällt auf, daß die Angabe des Gewichtes an Feinmetall, die die Taler tragen, weggelassen worden ist. Warum? Mit der Streichung dieser Gewichtsangabe hat man doch einen Zweck verfolgen müssen, und dies muß man um so sicherer annehmen, als die Gewichtsangabe in vielen Fällen von wirklichem Nutzen sein kann. [Die Gewichtsangabe macht aus jeder Münze ein geeichtes Wägestück, womit jeder die Gewichte der Krämer nachprüfen kann. Außerdem läßt sich durch die Gewichtsangabe der genaue Inhalt eines Geldbeutels durch einfaches wägen feststellen, sowie auch umgekehrt das Gewicht jeder Geldsumme von jedermann sofort berechnet werden kann.]

Es ist allerdings wahr, daß die Angabe des Gewichtes in der Fassung, wie sie der preußische Taler trug, zu vielen Fragen Anlaß geben konnte, die auf Grund der heute noch vorherrschenden Geldtheorien nicht beantwortet werden können, und daß durch Streichung der Gewichtsangaben in den neuen Münzen man die Gefahr umgangen hat, sich in Widersprüche zu verwickeln. Wenn „XXX ein Pfund Fein“ [Inschrift der preußischen Taler.] dann ist auch ein Pfund Fein gleich XXX, und der Begriff „Taler“ wird durch solche In-

schrift zu einer einfachen, für das Silber vorbehaltenen Gewichtseinheit, wie man ja noch heute in England für gewisse Waren besondere Gewichtseinheiten hat. (Diamanten z. B. wägt man nach Karat. In Neuchatel enthält eine „Mesure“ Äpfel oder Kartoffeln 20 Liter, eine „Mesure“ Korn aber nur 16 Liter.)

Wenn aber ein Pfund Fein gleich 30 Taler ist, wenn eine Münze mit einem bestimmten Gewicht Silber identisch ist (laut Inschrift und Theorie der Taler), wie kann man dann das Silber entmünzen, wie kann man den 30. Teil von einem Pfund Feinsilber überhaupt vom Taler trennen? Wie kann man aus *einem* Begriffe zwei machen, Taler und Silber? Vor dem Jahre 1872 waren XXX ein Pfund Fein und nach dieser Zeit nicht mehr. Wenn das letztere möglich ist (und es ist Tatsache), dann ist das Erstere *nie wahr gewesen* und die Inschrift des Talers spiegelte uns etwas als **einen** Begriff vor, was von jeher zwei Begriffe waren – der Taler und sein Material. Der Taler wog den 30. Teil von einem Pfund Feinsilber, das war alles. Man verbrauchte bei der Herstellung der Taler ein Pfund Silber für je 30 Taler, wie man bei der Herstellung eines Hufeisens ein Kilo Kohle verbraucht. Der Taler war nicht ein Quantum Silber, ebenso wenig wie ein Haus mit einem Haufen Ziegelsteine identisch ist, oder wie man ein paar Schuhe als einen Meter Leder betrachten kann. Der Taler war ein vom Silber völlig verschiedenes Produkt, ein Fabrikat der königlichen Münze. Und er war das – trotz seiner Inschrift – sowohl vor wie nach der deutschen Münzreform.

Die Inschrift des Talers machte aus ihm und seinem Material *einen* Begriff, die Entmünzung des Silbers zeigte uns, daß im Taler *zwei* Begriffe enthalten waren. Die Aufhebung des freien Prägerechtes für das Silber machte den Taler durchsichtig, so daß wir durch das Silber seinen Kern erblickten. Bis dahin glaubten wir, der Taler wäre nur Silber, jetzt sahen wir zum ersten Male in ihm das Geld. Wir leugneten dem Taler den Besitz einer Seele ab, bis er sie im Tode vor aller Augen aushauchte. Bis zur Aufhebung des freien Prägerechtes hatten die preußischen Untertanen nur Silber gesehen, jetzt sahen sie zum ersten mal Geld, d. h. die Vereinigung des Silbers mit dem Gesetz, zum Fabrikat, zum Tauschmittel.

Vor der Aufhebung des freien Prägerechtes für das Silber stieß die Erklärung, die die Metallisten, sowohl die Mono- wie die Bimetallisten vom Geld gaben, auf keinen Widerspruch; die

Entmünzung des Silbers zeigte, daß wenn auch Münzen aus Metallbarren geprägt werden, Metallbarren darum doch noch keine Münzen sind.

Chevalier, „La Monnaie“ p. 39. Die Münzen sind Metallbarren, deren Gewicht und Feingehalt durch den Stempel gewährleistet wird.

Otto Arendt, Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für $\frac{1}{1395}$ Pfund Gold.

Man übersah, daß die freie Silberprägung, die ja in der Praxis die Münzen zu Metallbarren und diese zu Münzen macht, ein Gesetz, ein staatliches, von der Willkür der Parlamente abhängiges Gesetz zur Unterlage hat. Man übersah, daß der Taler ein Fabrikat, ein Produkt der Gesetzgebung ist und daß das Silber nur das Material, nichts als das willkürlich gewählte Rohmaterial des Talers war. Das Gesetz schuf den Taler, das Gesetz zerstörte ihn. Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen. Und was hier vom Taler gesagt wird, findet natürlich auch Anwendung auf seinen Nachfolger, die Mark d. R. W. Das freie Goldprägerecht, das auch heute in der Praxis die Münze mit dem Gold identisch macht, ist das Erzeugnis unserer Parlamente. Wie es entstanden ist, so kann es wieder vergehen, kann alle Tage umgestoßen werden und wird auch umgestoßen werden, falls es sich nachträglich herausstellen sollte, daß so vieles, was man seiner Zeit ungeprüft bei der Goldwährung voraussetzte, keine Prüfung verträgt.

Wenn aber dieser Fall eintreten sollte – die Aufhebung des freien Prägerechtes – (die Erklärung der Reichsbanknote als gesetzliches Zahlungsmittel ist der erste Schritt auf diesem Wege), welche Beziehungen hat dann noch das Gold zu unserem Geld? Doch nur mehr die eine, daß es, so wie das Kupfer, das Silber, das Nickel und das Papier, als Material bei der Herstellung des Geldes Verwendung findet – d.h. dieselbe Beziehung, die zwischen Stein und Haus, Leder und Schuhen, Pflug und Eisen besteht. Jeder Schimmer einer Identität des Geldes und seines Materials würde vergehen und der Unterschied zwischen Gold und Mark d. R.W. ebenso handgreiflich werden, wie der Unterschied zwischen Taler und Silber, Hut und Stroh. [Die Goldwährungstheorie ist heute ganz verwildert und es wäre wohl schwer, sie noch in Worte zu kleiden. Bei Einführung der Goldwährung galt noch die Barrentheorie in ihrem krassesten Ausdruck. Währung ist, was selber währt, sagte Bamberger, und kraft seiner Metalleigenschaften drängt sich das Gold uns als Geld auf.

Wie paßt zu dieser Behauptung die Tatsache, daß wenige Jahre später in Deutschland sich „*ein Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung*“ bildete? Währte denn das Gold nicht mehr *kraft seiner Metalleigenschaften*, und wie kam man dazu, von einer „deutschen“ Goldwährung zu sprechen? Ist die Mark d. R. W., wie die Theorie behauptet, weiter nichts als ein Quantum Gold, so ist die Mark nicht mehr deutsch als französisch, russisch, japanisch. Oder liefert der Bergbau, der Schmelztiegel etwa deutsches Gold, und wodurch unterscheidet sich dieses chemisch von anderem Gold? Der Name obigen Vereins enthält ebenso viele Widersprüche wie Worte, und ebenso verhält es sich mit den Traktätchen, die er verbreitet. Es sei hier zur Kennzeichnung der Art, wie man in Deutschland noch vor 10 Jahren selber das Geld schrieb, bemerkt, daß die Aufforderung zum Beitritt in genannten Verein von Leuten unterzeichnet war, die beruflich gar keine Erfahrung in diesen Dingen sammeln konnten. Alte Knaben, wie Mommsen und Virchow gaben ihren Namen her, sicherlich mit derselben Gleichmütigkeit, wie man etwa seinen Namen für die Gründung eines Ziegenbockhaltevereins hergibt. Es handelte sich für die beiden sicherlich nur um eine Bagatelle, eine Streitsache, die jeder a priori entscheiden kann.].

Wir haben demnach scharf zu unterscheiden zwischen Geld und seinem Material, zwischen der Mark d. R. W. und dem Gold. Beides – Geld und sein Material – können niemals identifiziert werden, denn zwischen beiden liegt das Gesetz, das beide heute vereint, beide aber morgen trennen kann.

Dieser Unterschied zwischen Geld und seinem Material hat von jeher bestanden. Latent bestand er zur Zeit des freien Prägerechtes für das Silber, latent besteht er auch in der Goldwährung. Aber für jeden sichtbar machte den Unterschied die Aufhebung, die gesetzliche, willkürliche Aufhebung des freien Prägerechtes für das Silber. Ebenso erkennbar muß er auch heute für Jeden sein, der aus der Geschichte des Silbers zur Erkenntnis kommt, daß die Privilegien des Geldes an keinem Metall haften, sondern durch Gesetz von einem Gegenstand auf den anderen übertragen werden können.

Und was denken unsere Gesetzgeber jetzt, wenn von der Reichswährung die Rede ist, wenn sie eine Mark d. R.W. in die Hand nehmen und sie betrachten?

Sind sie sich bewußt, daß die Mark d. R. W. noch immer einer gesetzlichen Begriffserklärung harret; daß keine unserer Schultheorien des Geldes zur deutschen Währung paßt, daß die Erklärung der deutschen Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel der Goldwährungstheorie den letzten Stützpunkt entzieht, und daß die Inschrift unserer Banknoten zum kompletten Unsinn geworden ist?

Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Sicht ohne Legitimation 100 Mark d. R. W., so sagt die Inschrift, und die Theorie der

Banknote sagt, daß die Banknoten nur dieses Zahlungsverprechens wegen kursieren und möglich sind. Nun hat man durch obige Inschrift der Banknoten einen dicken Strich gezogen, indem man die Note als gesetzliches Zahlungsmittel erklärte, und trotzdem kursieren die Banknoten. Wie ist das möglich? Wie ist es möglich, daß der deutsche Bauer, der schon seine Kuh gegen 100 Mark in Silber verkaufte, die in den Schmelztiegel geworfen nur 40 Mark Silber liefern würden, jetzt noch sein bestes Pferd gegen eine Banknote hergibt, die er stofflich und theoretisch als Fidibus betrachtet?

So bringe man doch die Inschrift der Banknoten in Übereinstimmung mit den Tatsachen. Schreibe man auf das Papier, wie man es bei den silbernen und goldenen Münzen getan, einfach 10–20–100 Mark und streiche alles andere und namentlich das Wort „zahlen“. Dieses Wort gebraucht man bei Schuldscheinen, Wechseln, Mahnbriefen, und die Banknote ist ja doch kein Schuldschein. Schuldscheine, namentlich staatliche, tragen dem *Inhaber* Zins ein; bei der Banknote aber erhält der *Aussteller*, also der Staat den *Zins*. Der Banknote gegenüber ist der Aussteller, also der Staat, eigentlich der Gläubiger und der Inhaber ist der Schuldner. Statt zu schreiben: die Reichsbank zahlt dem Inhaber usw. schreibe man einfach: „Dies sind 100 Mark.“ Es ist Unsinn, durch die Inschrift die Banknote zu einem Kreditpapier stempeln zu wollen. Kreditpapiere ohne Zins sind heute undenkbar, sie können gar nicht bis zur Existenz gelangen. Von Kreditpapieren aber, die dem Inhaber (Gläubiger) Zins kosten und dem Aussteller (Schuldner) Zins eintragen und dabei den Parikurs mit wirklichen Zinspapieren innehalten, spricht auf dem Erdenrund nur die Inschrift der Banknote. Die deutschen Konsols, die dem Inhaber regelmäßig alle Jahre 3% abwerfen, stehen heute 84,45; die deutsche Banknote, die dem Inhaber 4–5–6–ja 8 1/2% jährlich kostet., steht pari! [Die Reichsbank diskontiert mit ihren Noten die Wechsel des Handels und macht dabei keinen Unterschied zwischen Gold und Banknoten. Für beides erhält sie den gleichen Zins. Dabei bezeichnet sie das Gold als ihr Kapital und die Noten als ihre Schulden.], und beide Papiere wirft das Gesetz, wirft die Theorie in denselben Topf, theoretisch wie gesetzlich gelten beide Papiere für *Schuldscheine*, Schuldscheine desselben Ausstellers!

Weg also mit Gesetzen und Theorien, die zu solchen Widersprüchen führen.

Der Zellstoff der Banknoten ist wie das Kupfer, das Nickel, das Silber und das Gold Rohstoff für die Fabrikation des Geldes; alle diese verschiedenen Geldexemplare sind den Geldprivilegien gegenüber gleichberechtigt – sie sind gegenseitig auswechselbar. Sie stehen alle unter der gleichen wirksamen Oberaufsicht des Staates. Man kann nicht Papiergeld mit Metallgeld desselben Staates kaufen oder zahlen, man kann nur beides gegeneinander wechseln. Folgerichtig ist darum auch jedes Zahlungsverprechen in der Inschrift der Banknoten zu streichen. Dies sind: Zehn, Hundert, Tausend Mark d. R. W. So soll die Inschrift lauten. Nicht wegen, sondern trotz des Zahlungsverprechens in der Inschrift der Banknote läuft dieselbe *pari* mit den übrigen Münzen [Sowie das *pari* gebrochen wird, wandert nach dem Gresham-Gesetz das *Gold* über die Grenze. Das Papier bleibt dann allein zurück.].

Woher kommen die Kräfte, die das Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner bei der Banknote auf den Kopf stellen, die den *Aussteller* zum Zins beziehenden Gläubiger, den *Inhaber* zum zinszahlenden Schuldner machen? Das Privileg, Geld zu sein, gibt der Banknote diese Kräfte, hat das Wunder bewirkt. Wir müssen uns also das Wesen dieses Privilegs näher betrachten.

Die Unentbehrlichkeit des Geldes und die öffentliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Geldstoff.

Wir verdanken es der Arbeitsteilung, daß wir mehr erzeugen als verbrauchen und so, unabhängig von den unmittelbaren Lebensbedürfnissen, der Vervollkommnung oder Vermehrung unserer Arbeitsmittel Zeit, Vorräte und Arbeit widmen können. Ohne die Arbeitsteilung wären wir nie zu dem heutigen Reichtum an Arbeitsmitteln gelangt, und ohne diese Arbeitsmittel würde die Arbeit nicht den zehnten, hundertsten ja tausendsten Teil ihrer heutigen Produktion liefern. Der größte Teil der Bevölkerung verdankt also der Arbeitsteilung direkt sein Dasein. Nicht Gott, sondern die Arbeitsteilung schenkte 60 Millionen von den 65 Millionen Deutschen das Dasein.

Die Produkte der Arbeitsteilung sind im individualistischen Wirtschaftsbetrieb keine Gebrauchsgüter, Dinge die der Erzeuger unmittelbar gebrauchen kann, sondern Ware, Dinge, die ihrem Erzeuger nur als Tauschmittel von Nutzen sind. Der Schuster,

der Tischler, der General, der Lehrer, der Tagelöhner – keiner kann sein unmittelbares Arbeitsprodukt gebrauchen; selbst der Bauer kann es nur in beschränktem Maße. Alle müssen das, was sie erzeugen, verkaufen. Der Schuster, der Schreiner verkaufen ihre Produkte an die Kundschaft, der General, der Lehrer verkauft sie (seine Leistungen) an den Staat, der Tagelöhner an den Unternehmer.

Für den weitaus größten Teil der Arbeitsprodukte ist der Verkaufszwang bedingungslos; für die Industrieprodukte ist dieser Zwang sogar ausnahmslose Regel. Darum stockt ja auch sofort die Arbeit, sowie im Absatz der Produkte eine Störung eintritt. Welcher Schneider wird denn Kleider nähen, die er nicht absetzen kann?

Und den Absatz, den gegenseitigen Austausch der Arbeitsprodukte vermittelt das Geld. Ohne das Dazwischentreten des Geldes gelangt keine Ware mehr bis zum Konsumenten.

Es ist zwar nicht ganz unmöglich, die Produkte der Arbeitsteilung auf dem Wege des Tauschhandels an den Mann zu bringen, aber der Tauschhandel ist derart umständlich und setzt so viele Einrichtungen voraus, die nicht im Handumdrehen geschaffen werden können, daß man allgemein auf diesen Ausweg verzichtet und lieber die Arbeit einstellt.

Proudhons Warenbank ist ein Versuch, den Tauschhandel wieder einzuführen. Ebensogut wie solche Banken würden die heutigen Kaufhäuser diesen Zweck erreichen, denn für den Tauschhandel ist es nur nötig jemand zu finden, der das, was ich produziere, kaufen und zugleich mich mit dem bezahlen kann, was ich wieder brauche. Im Kaufhaus, wo alles zu haben ist, wird natürlich alles gekauft. Die einzige Vorbedingung für den Tauschhandel wäre also hier gegeben, und darum würden im Geschäftsbetrieb eines Kaufhauses eigene Marken das Geld ganz gut ersetzen, vorausgesetzt, daß alle Käufer auch Lieferanten des Kaufhauses wären und umgekehrt.

Die Ware muß also gegen Geld verkauft werden, d. h. es besteht für das Geld eine *Zwangsnachfrage, die genau ebenso groß ist, wie der Vorrat an Waren*, und das Geld ist darum für alle genau ebenso unentbehrlich, wie die Arbeitsteilung für alle vorteilhaft ist. Je vorteilhafter die Arbeitsteilung, um so unentbehrlicher das Geld. Abgesehen von dem Bäuerlein, der fast alles, was er produziert, selber verzehrt, unterliegen alle Bürger bedingungslos dem *wirtschaftlichen Zwang*, ihre Produkte gegen Geld zu verkaufen. Das Geld ist Voraussetzung der Arbeits-

teilung, sobald der Umfang, den sie angenommen, den Tauschhandel ausschließt.

Worauf bezieht sich nun dieser Zwang? Muß jeder, der sich an der Arbeitsteilung beteiligen will, seine Produkte gegen Gold (Silber usw.) oder gegen Geld verkaufen? Früher war das Geld aus Silber gemacht, und alle Waren mußten gegen *Taler* verkauft werden. Man schied das Geldwesen vom Silber und die Arbeitsteilung bestand weiter, der Tausch der Produkte vollzog sich weiter. Es war also kein Silber, was die Arbeitsteilung brauchte. Die Nachfrage, die die Waren nach Tauschmitteln erzeugten, bezog sich nicht auf das Material des Tauschmittels, auf das Silber. Das Geld brauchte nicht notwendigerweise aus Silber gemacht zu sein. Das steht nun einmal erfahrungsgemäß fest.

Muß nun aber das Tauschmittel aus Gold hergestellt sein? Braucht der Bauer, der Kohl gebaut hat und diesen verkaufen will, um mit dem Erlös den Zahnarzt zu bezahlen, Gold? Ist es ihm im Gegenteil für die kurze Weile, während der er in der Regel das Geld behält, nicht vollkommen einerlei, woraus das Geld besteht? Hat er nicht in der Regel nicht einmal Zeit, sich das Geld anzusehen? Und kann man diesen Umstand nicht dazu benutzen, Geld aus Zellstoff, aus Papier zu machen? Würde der Zwang, die Produkte der Arbeitsteilung, also die Waren gegen Geld zum Verkauf anzubieten, nicht fortbestehen, wenn wir das Gold durch Zellstoff bei der Geldfabrikation ersetzen? Würde durch einen solchen Übergang die Arbeitsteilung in die Brüche gehen, d. h. würden die Bürger lieber verhungern als Zellstoffgeld als Tauschmittel anzuerkennen?

Die Theorie behauptet, daß das Geld, um als Tauschmittel dienen zu können, inneren „Wert“ haben muß, indem das Geld immer nur soviel „Wert“ eintauschen kann, als es selbst in sich birgt, etwa wie man Gewichte nur mit Gewichten heben kann. Da nun Zellstoffgeld keinen „inneren Wert“ hat, also leer ist, so sei es ausgeschlossen, daß es Waren eintauschen könne, die Wert besitzen. Null kann nicht mit 1 verglichen werden. Es fehle dem Zellstoffgeld jede Beziehung zur Ware, es fehle ihm der „Wert“ – darum sei es unmöglich.

Und bei diesen Worten (ich hatte hier statt „Worten“ zuerst Anschauung geschrieben. Ich habe „Anschauung“ gestrichen, weil, wie wir sehen werden, in dem Gesagten nur Worte, keine Anschauung liegt) ist die Theorie geblieben, während sich gleichzeitig das Zellstoffgeld in aller Stille die Welt erobert. Freilich

leugnet man noch diese Tatsache, indem man noch von „übertragenen Kräften“ spricht. Das heutige Papiergeld, das in keinem Lande mehr fehlt, lebe nur darum, weil es seine Wurzeln im Golde stecken habe. Wäre nirgendwo in der Welt Metallgeld vorhanden, so würde das Zellstoffgeld überall in sich zusammenstürzen, wie ein Spatzennest einstürzt, wenn die Burg abgebrochen wird. Dem Inhaber des Papiergeldes wird Gold versprochen, und dieses Versprechen flößt ihm die Seele ein. Der „Wert“ des Goldes wird durch die Tatsache oder Hoffnung einer Einlösung in Gold auf das Papier übertragen. Das Papiergeld sei eigentlich wie ein Frachtbrief zu betrachten, den man ja auch verkaufen kann. Nimmt man aber die Ladung weg, so ist der Frachtbrief leer; nimmt man das Gold oder das Einlösungsversprechen fort, so wird alles Papiergeld zu Makulatur. Es sei also nur übertragener „Wert“, der das Papiergeld stützt.

Dies ist ungefähr alles, was man gegen die Möglichkeit des Zellstoffgeldes zu sagen hat. Und man hält wohl allgemein das Gesagte für so entscheidend, daß jeder, der an seine Urteilskraft glaubt, die Frage, ob Zellstoffgeld möglich sei, a priori verneint.

Die Frage, die die Praxis stellt, ob das Zellstoffgeld dem Metallgeld gegenüber Vor- oder Nachteile hat, gehört vorläufig nicht hierher. Zuerst soll die Frage beantwortet werden, ob man mit Zellstoff Geld machen kann, das ohne sich an irgend eine bestimmte Ware, namentlich an Gold und Silber anzulehnen, leben kann, d. h. die Funktionen eines Tauschmittels übernehmen kann.

Das Geld soll also immer nur den Wert einlösen oder eintauschen können, den es selbst besitzt.

Aber was ist dieser sogenannte Wert, der dem Zellstoffgeld den Weg zu unserem Begriff verlegt? der das Papiergeld als Hirngespinnst erklärt! Das Papiergeld existiert doch; es existiert in vielen Ländern, es existiert in manchen Ländern auch ohne Anlehnung an das Metallgeld, und überall, wo es existiert, bringt es den Beweis seiner Existenz in Form von Millionen, die es dem Monopolbesitzer einbringt. Ist das Papiergeld nun ein Hirngespinnst, vom Standpunkt der Wertlehre aus betrachtet, so sind von demselben Standpunkt aus betrachtet auch die Produkte jenes Hirngespinnstes als solche zu betrachten. Sind also die Millionen, die das Reich aus der Notenausgabe zieht, sowie die 7% Dividende der Reichsbankaktionäre nur Hirngespinnste? Oder sind vielleicht die Rollen vertauscht worden? Ist die Wertlehre vielleicht das Hirngespinnst?

Der sogenannte Wert

„Das deutsche Goldgeld, sagt *Karl Helfferich*, ist *vollwertig*, d. h. sein **Geldwert** ist durch seinen **Stoffwert** voll und ganz gedeckt. Feinsilber ist nur halb so viel wert wie der geprägte Taler, und ähnlich steht es mit unserem deutschen Silbergeld; es ist **unterwertig**, sein **Stoffwert** ist geringer als sein **Geldwert** (S. 1)“.

“Von jeher haben gesunde Staaten den größten Wert auf ein Geld gelegt, dessen **innerer Wert** und dessen **Wertbeständigkeit** von Niemand angezweifelt wird (S.46)“.

Karl Helfferich: Die Währungsfrage.

Gold und Silber erfreuten sich allgemeiner **Wertschätzung**, man sammelte sie **demnach**, um sich **Kaufkraft** zu sichern, sie dienten **also** als **Wertbewahrer**. Bald waren die *Münzen* nicht mehr bloß *Tauschwerkzeug* man gewöhnte sich vielmehr, die **Werte** aller Erzeugnisse gegen den **Geldwert abzuschätzen**. Das Geld wurde **Wertmesser**. Wir schätzen alle **Werte** in Geld ab. Alle **Wertveränderungen** nehmen wir als Änderungen gegen den **Geldwert** wahr. Der **Geldwert** scheint die feste Elle zu sein, die alles gleichmäßig mißt.

Otto Arendt: Leitfaden der Währungsfrage.

In oben genannten beiden Streitschriften zweier Vertreter der Gold- und Doppelwährungstheorien wird also dem sogenannten Wert gleichmäßig grundsätzliche Bedeutung zuerkannt. Man streitet nicht um die Frage "Was ist der Wert", auch nicht um die kritische Wertfrage (wie sie *Gottl* nennt) „Existiert überhaupt der Wert?“. Für beide Gegner steht das Dasein einer Realität, die man Wert nennt, ganz außer Frage. In dieser Sache von grundsätzlicher Bedeutung haben beide Gegner nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Beide gebrauchen das Wort „Wert“ und seine verschiedenen Verbindungen vollständig unbefangen, als ob beide überhaupt niemals von einer „Wertfrage“, von einer „Wertforschung“, von einer „Wertlehre“ gehört hätten. Für beide sind die Ausdrücke „Wertstoff, Stoffwert, innerer Wert, Wertbeständigkeit, Wertmaß, Wertbewahrer, Wertkonserve, Wertpetrefakt, Wertmus und Wertbrei“ eindeutig. Beide setzen stillschweigend voraus, daß auch die große Masse (die immer viel größer ist als man annimmt und die in vielen Dingen, namentlich

aber in den Währungsfragen, auch die gebildeten Kreise umfaßt) den Sinn dieser Worte so scharf verstehen wird, wie es bei der grundsätzlichen Rolle, die sie (dem Anscheine nach) zu spielen haben, für das Verständnis der Schriften erforderlich erscheint.

Wie sieht es nun aber in der Wissenschaft aus in Bezug auf diesen Ausdruck?

Wer darüber sich Klarheit verschaffen will, der lese *Gottls* Schrift: „Der Wertgedanke ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“ [Fischer, Jena.]. Hier sagt es zwar der Professor aus Höflichkeit gegen seine Kollegen nicht direkt, aber seine Ausführungen zeigen es klar: Ein Hirngespinnst ist der sogenannte Wert; ein jeder Realität bares Phantasieprodukt.

Übrigens sagt es ja auch *Marx*, dessen Betrachtung der Volkswirtschaft von einer Werttheorie ausgeht – „der Wert ist ein Gespenst“ – Was ihn aber nicht von dem Versuch abhält, das Gespenst in drei dicken Büchern zu bannen. „Man abstrahiere, so sagt *Marx*, von den bearbeiteten Substanzen [Arbeitsprodukten sagt *Marx*, doch führt dieser Ausdruck irre. was nach solcher Abstraktion noch übrig bleibt, das ist keine Eigenschaft, sondern einfach die Geschichte des Gegenstandes; die Kenntnis, daß an jenem Körper ein Mensch gearbeitet hatte.] alle körperlichen Eigenschaften, dann bleibt nur noch eine Eigenschaft, nämlich der Wert.“

Wer diese Worte, die gleich zu Anfang des „Kapitals“ zu lesen sind, hat durchgehen lassen und nichts Verdächtiges in ihnen entdeckt hat, darf ruhig weiterlesen. Er kann nicht mehr verdorben werden. Wer sich aber die Frage vorlegt, was ist eine Eigenschaft getrennt von der Materie? Wer also diesen grundlegenden Satz im „Kapital“ zu begreifen, also materialistisch aufzufassen versucht, der wird entweder irre, oder er wird den Satz für Wahnsinn, seinen Ausgangspunkt für ein Gespenst erklären.

Wie will ein aus Substanz bestehendes Gehirn eine solche absolute Abstraktion in sich aufnehmen, registrieren, klassifizieren und verarbeiten? Wo wären denn noch die zum Begriffe nötigen Anhaltspunkte, Verwandtschaften, Übergänge? Etwas begreifen, heißt sich irgendwo an der Substanz festhalten (Begreifen = greifen), heißt in unserem Gehirn vorrätige Vergleichsobjekte gefunden haben, an die sich der neue Begriff anlehnen kann – aber eine von jeder Substanz und Energie befreite Abstraktion ist ebenso unbegreiflich, wie der Apfel für den Tantalus ungreifbar ist.

Die Abstraktion *Marxs* ist in keinem Schmelztiegel darstellbar. Wie sie sich völlig von unserem Verstande loslöst, so auch von allen Substanzen. Seltsamerweise hat aber diese vollkommene Abstraktion doch noch eine „Eigenschaft“, und zwar ihre *Herkunft*, ihre Herkunft von der menschlichen Arbeit [Marx, Kapital, Bd.1 S.4. Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten.]. Allerdings eine seltsame „Eigenschaft“, die geeignet ist, die deutsche Sprache in Kauderwelsch zu verwandeln. Demnach hätte auch das deutsche Geld andere Eigenschaften, je nachdem sein Stoff vom Hunnenschatz, von den bluttriefenden Milliarden oder von den ehrlichen Fäusten der Goldgräber herrührt. Die Herkunft der Waren gehört zur *Geschichte*, nicht zu den Eigenschaften der Waren; sonst wäre ja auch die Behauptung (die man oft zu hören bekommt), die Seltenheit des Goldes gehöre zu den Eigenschaften des Goldes, richtig. Und das ist doch ein kompletter Unsinn.

Ist es aber so, verwechselte *Marx* die Herkunft und Geschichte der Waren mit deren Eigenschaften, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn er in der weiteren Behandlung seines Stoffes so Wundersames erblickte und vor dem „Gespenst“ erschrak.

Ich nenne *Marx*, aber bei den anderen Wertforschern steht es um kein Haar besser. Keinem von ihnen ist es gelungen, den „Wertstoff“ zu isolieren, die „Werteigenschaft“ an irgend eine Substanz zu binden und zu demonstrieren, immer schwebt der Wert über der Substanz, unfaßbar, unnahbar, wie Erlkönig zwischen den Weiden.

Alle Forscher sind darin einig, daß, wie *Knies* sich ausdrückt, die Lehre vom Wert für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung sei. Wenn aber diese Lehre schon für die Wissenschaft der Nationalökonomie so wichtig ist, so muß sie es für die Praxis erst recht sein. Wie kommt es aber nun, daß man sowohl in der Staatswirtschaft, wie in der Privatwirtschaft diese „Wertlehre“ vollkommen ignoriert? Müßte. wenn diese Lehre wirklich von so fundamentaler Bedeutung ist, nicht in jedem Hauptbuch gleich auf der ersten Seite hinter den Worten „Mit Gott“ auch die „Werttheorie“ angegeben sein, zu der der Unternehmer schwört und die die Richtung für die Geschäftsführung angeben soll?

Und müßte man da nicht annehmen, daß jedes gescheiterte Unternehmen seinen Sturz einem schlechten Fundament, d. h. einer unvollständigen oder gar falschen Werttheorie verdankt?

Aber das ist ja gerade das Interessante an der Behauptung. die Wertlehre wäre das Fundament der nationalökonomischen Wissenschaft, daß der Nationalökonomie das Dasein dieses sogenannten Wertes vollkommen unbekannt ist. Wie in der Medizin, so geht heute auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit Theorie und Praxis Hand in Hand; nur im Handel weiß man nichts von der Haupttheorie seiner Wissenschaft. Für die Praxis gibt es nur Preise, durch Nachfrage und Angebot bestimmte Preise, und der Kaufmann, der vom Wert einer Sache spricht, der denkt dabei an den Preis, den der Besitzer unter den obwaltenden zeitlichen und örtlichen Verhältnissen wahrscheinlich würde erhandeln können. Der Wert ist also hier weiter nichts als der ungefähre Preis, der durch den Abschluß des Handels in einer genau abgemessenen Menge Tauschgüter konkretiert wird. Der genaue Wert eines Gutes wird immer in dem dafür erhandelten Preis ausgedrückt. Der Wert wird geschätzt, der Preis wird gemessen. Das ist der ganze Unterschied und *die Theorie des Preises muß demnach sowohl auf den Preis wie auf den Wert anwendbar sein* . Eine besondere Theorie des „Wertes“ ist überflüssig.

Die von unseren beiden Währungspublizisten ohne weiteren Kommentar gebrauchten, zu Anfang erwähnten Ausdrücke enthalten dem Sprachgebrauch entsprechend ungefähr folgenden Sinn: Das Gold hat eine „Eigenschaft“, den sogenannten Wert, die, wie das Gewicht des Goldes, mit der Substanz des Goldes verwachsen ist., und die wir Wert nennen (Stoffwert). Diese „Eigenschaft“ ist, wie das Gewicht und die chemischen Affinitäten des Goldes, untrennbar vom Gold (innerer Wert), unveränderlich und unzerstörbar (Wertbeständigkeit). Wie man sich das Gold nicht ohne Gewicht, so kann man es sich nicht auch ohne Wert denken; Gewicht und Wert sind einfach Attribute der Substanz.

Ein Kilo Gold ist gleich ein Kilo Wert: Stoffwert = Wertstoff. Das Vorhandensein des Wertes wird auf der Wage festgestellt: Vollwertig. Ob es noch andere Methoden gibt, den Wert festzustellen, ist noch nicht sicher. Lackmuspapier bleibt dem Wert gegenüber indifferent. Die Magnetnadel wird durch den Wert nicht abgelenkt, er widersteht auch den höchsten, bekannten Temperaturen, und überhaupt sind unsere Kenntnisse vom Wert-

stoff noch etwas kümmerlich. Wir wissen nur, daß er vorhanden ist, was bei der „fundamentalen Bedeutung“, die der Wert für Theorie und Praxis hat, eigentlich recht zu bedauern ist. Neue Ausblicke in die Natur des Wertes eröffnet die von Prof. Dr. *Heffnerich* entdeckte Eigentümlichkeit, daß bei einigen Wertstoffen der Wert nicht immer im Verhältnis zur Substanz steht. Wertstoff + oder ÷ Stoffwert. Er hat entdeckt, daß der Wert des Silbergeldes doppelt so groß ist wie der der Geldsubstanz; d. h. daß das Silbergeld den Wert in *doppelter Konzentration* besitzt – also schon ein Wertextrakt. Diese wichtige Entdeckung eröffnet uns ganz neue Ausblicke in die Natur des Wertes, denn ist es gelungen, den Wert zu extrahieren, zu konzentrieren und ihn sozusagen von der Substanz zu trennen, so steht zu hoffen, daß es der Wertwissenschaft noch einmal gelingen wird, den Wert *chemisch rein* darzustellen, was allerdings wieder ein Widerspruch mit der Theorie ist – denn so kämen wir ja auf großen Umwegen zur Theorie der Papierwährung – die den Wert als Realität einfach leugnet.

Der Wert ist also ein reines Hirngespinnst. Das gibt auch die Erklärung dafür, was *Zuckerkanndl* sagt: „In der Lehre vom Wert ist noch „beinahe“ alles streitig, von den Benennungen angefangen“ [Es wäre bei der „fundamentalen Bedeutung der Sache“ wohl der Mühe wert gewesen, daß uns *Zuckerkanndl* gesagt hätte, was er eigentlich durch das Wort „beinahe“ ausschließen will. Oder bezieht sich das „beinahe“ auf das A. B. C., womit die Wertlehre niedergeschrieben ist?]. Und auch dafür, was von *Boehm-Bawerk* wie folgt ausdrückt: „Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Werte eine der unklarsten, verworrensten und streitigsten Parteien unserer Wissenschaft.“

Hirngespinnste sind billig. Auf sich selbst gestellt können sie ein geschlossenes, widerspruchsloses Ganzes bilden und sich uns so als etwas durchaus mit unserer Vernunft Verträgliches vorstellen. Sie stehen, wie das Wunder, über der Natur, sie leben, wachsen und gedeihen fröhlich im Hirn des Menschen – doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. In der realen Welt haben Hirngespinnste keinen Raum; sie müssen sich in nichts wieder auflösen. Und es gibt nichts Realeres als die Ökonomie, die private sowohl wie die staatliche. Substanz und Energie. Was sich hiervon entfernt, kann nicht mehr sein als ein billiges Phantasieprodukt. Und das ist der Wert. Die auf dem Wertgespenst aufgebaute Wissenschaft kann nur Gespenster zeitigen und ist zur Unfruchtbarkeit ver-

urteilt. Während sonst überall die Wissenschaft die Praxis befruchtet und ihr als Leitstern dient, muß sich bis heute die praktische Nationalökonomie mit der reinen Empirie behelfen. Ihre Wissenschaft hat es noch nicht einmal bis zu einer Sprache gebracht, da „von den Benennungen angefangen, ja noch alles streitig ist“. Die auf der Wertlehre aufgebaute Wissenschaft besitzt bis heute noch keine Zinstheorie, keine Lohntheorie, keine Rententheorie, keine Krisentheorie und keine Geldtheorie, wenngleich es nicht an Versuchen fehlt. Die auf dem Wertgespenst gegründete Wissenschaft vermag bis heute nicht zu den einfachsten tagtäglichen Ereignissen die wissenschaftliche Erklärung zu geben, sie kann kein wirtschaftliches Ereignis voraussehen, die Wirkung irgend einer gesetzlichen Maßnahme im Voraus bestimmen (Abwälzbarkeit der Kornzölle, der Grundsteuer z. B.).

Kein Kaufmann, Spekulant, Unternehmer, Bankier, Zeitungsmann, Abgeordneter oder Politiker vermag diese Wissenschaft als Waffe oder Schild zu benutzen; kein einziges deutsches kaufmännisches Unternehmen, selbst die Reichsbank nicht, wird von theoretischen Erwägungen geleitet. In den Parlamenten wird die Wissenschaft, die den Wert zum Fundament genommen, einfach ignoriert; keine einzige Theorie dieser Wissenschaft darf sich rühmen, bis zur Gesetzgebung sich Bahn gebrochen zu haben. Keine einzige! Absolute Sterilität ist das Zeichen dieser Wissenschaft.

Nur bei solchen Männern, die das Schicksal aus der Volkswirtschaft hinausgeworfen, die Handel, Spekulation, Profit usw. nur vom Hörensagen kennen, bei den Lohnarbeitern, hat sich die Wertlehre Jünger geschaffen, die sich von einer Werttheorie in praktischen Dingen, namentlich in ihren politischen Bestrebungen und in der Lohnpolitik leiten lassen. In den Köpfen unserer Sozialdemokraten spukt das Wertgespenst; in den finsternen Kohlengruben, im Lärm und Staub der Fabriksäle, im Rauch und Qualm der Essen, hat der Köhlerglaube an die Existenz einer Realität, die man Wert nennt, und mit der sich etwas machen läßt, Platz gegriffen.

Wenn nun diese Unfruchtbarkeit der einzige Übelstand an der Sache wäre, so könnte man sich leicht darüber beruhigen. Haben nicht Tausend und aber Tausend unserer besten Köpfe ihre kostbare Zeit mit theologischen Grübeleien verloren? Wenn dazu nun noch einige Dutzend Mann kommen, die über Wertgrübeleien nicht hinauskommen, so ist das vielleicht zu beklagen,

aber für ein Volk von Millionen nicht allzu tragisch. Aber der Wertglaube kostet uns mehr als die fruchtbare Mitarbeit dieser Männer. Aktiv mit absoluter Sterilität behaftet, ist die Wertwissenschaft passiv durch ihre einfache Existenz von vielfältiger Wirkung.

Wir haben im Deutschen Reiche Dutzende von klugen, verständigen Kaufleuten, geistig regsame Männer, die Bedürfnis nach theoretischer Aufklärung in allen Wissenszweigen besitzen, die aber gerade jeder theoretischen Erörterung von Berufsfragen (als welche doch für den Kaufmann die volkswirtschaftlichen Fragen zu bezeichnen sind) ängstlich aus dem Wege gehen. Diese Männer, die alle gesetzlichen Mißgriffe immer in erster Linie verspüren und deren Folgen bezahlen (oder deren Kosten wenigstens vorschießen), die als die eigentlichen Puffer zwischen Volkswirtschaft und Gesetzgebung zu betrachten sind, die immer der Gefahr ausgesetzt sind, von irgend einer Krise zermalmt zu werden -lehnen es ängstlich ab, sich an der Diskussion theoretischer Probleme ihres Faches zu beteiligen. Warum? Einfach weil sie einerseits in guter deutscher Zucht aufgewachsen, den Autoritätsglauben nicht haben abschütteln können und der Ansicht sind, daß die Wissenschaft in den Händen unserer Professoren gut aufgehoben sei; andererseits, weil sie mit ihrem klaren, nüchternen Verstande die von den Professoren verzapfte Wertlehre nicht verstehen, ja den Gegenstand dieser Lehre überhaupt nicht erfassen und sich nun schämen, diesen geistigen Defekt öffentlich einzugestehen. Diese Männer mit den skeptischen Blicken, darunter so mancher jüdische Börsenjobber mit dem scharfen Verstande seiner Rasse, lassen sich mit Phrasen, denen der Wahnsinn fast aus den Augen stiert, abspesen. Die Furcht sich zu blamieren hindert sie daran, es öffentlich einzugestehen, daß sie das Hemd des Königs nicht sehen, daß der Gegenstand der Wertlehre für sie unsichtbar sei.

Und dies ist die einzige positive Leistung der Wertlehre. Unberechenbar ist der Schaden, den diese Fiktion der Volkswirtschaft und ihrer Wissenschaft bereitet hat. Die auf einem Hirngespinnst aufgebaute Wissenschaft hat schließlich das ganze Volk an seinem Verstande zweifeln lassen; das ganze Volk davon abgehalten, die Ergründung der Gesetze der Volkswirtschaft zur Volkswissenschaft zu machen.

Eine Geldverwaltung, die von einer (irgend einer) Werttheorie ausgeht, ist zur Unfruchtbarkeit und Untätigkeit verurteilt. Was

könnte man denn am „inneren Wert“ des Goldes verwalten? Die Fiktion des Wertes macht von vornherein jeden Fortschritt im Geldwesen unmöglich. Und so braucht es auch weiter keiner Erklärung, warum wir noch heute genau das gleiche Geldwesen haben, wie vor 4000 Jahren. Theoretisch wenigstens; praktisch ist man zur Papierwährung (Zellstoffwährung) übergegangen. Allerdings still und heimlich. Es darf es niemand wissen; denn erführen das unsere Professoren, so könnte ihr Alarmruf ganz gewaltigen Schaden anrichten. Papiergeld, Geld ohne „inneren Wert“, ist ja nach ihrer Auffassung an sich unmöglich und Unmögliches muß stürzen.

Das Papiergeld als Tatsache und die Erklärung dazu.

a) Die Tatsache.

Das Papiergeld, so sagt man also, sei unmöglich, weil das Geld doch immer nur seinen eigenen, inneren „Wert“, seinen Stoffwert oder Wertstoff eintauschen kann und weil doch das Papiergeld keinen solchen „Wertstoff besitzt.

In eigentümlichem Kontrast mit dieser Behauptung steht aber die in Deutschland nur wenig gewürdigte Tatsache, daß der gewaltige, moderne Warenaustausch in der Welt fast ausschließlich mit Papiergeld oder nur zum Teil mit Gold gedeckten Banknoten abgewickelt wird. Man kann heute auf irgend einem beliebigen Breitengrad die Reise um die Welt machen, ohne anderes Geld als Papiergeld oder Banknoten auszugeben oder zu erhalten. Deutschland, England und die Türkei sind meines Wissens heute die einzigen Kulturländer mit vorwiegend metallenen Geldumlauf, sonst sieht man die Goldmünzen nur noch ausnahmsweise im Verkehr.

In Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, Holland, Belgien, Schweiz, Rußland, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Canada, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Paraguay, Chile, Australien, Neuseeland, Brit. Indien, Japan, Holl. Indien, also fast in der ganzen Welt, wickelt sich der Handel ganz allgemein mit Papiergeld oder Banknoten, sowie sogenannten Scheidemünzen ab. Wer Gold haben will, muß die Reise zur Hauptstadt antreten und das Gold von der Emissionsbank fordern – dann erhält er oft auch nur Gold in Barren, nach Abzug einer Prämie. Im Verkehr verlangt

in all diesen Ländern niemand die Zahlung in Gold, ja in manchen dieser Länder gibt es, wie in Argentinien, Uruguay, Mexiko, Indien, überhaupt keine goldenen Münzen, die nominell mit dem Landesgeld übereinstimmen. Kaufen wir in Deutschland mit gemünztem Gold Wechsel auf irgend eines der oben genannten Länder, so werden uns diese Wechsel ganz regelmäßig mit Papier ausgezahlt, oder wenn wir nicht dagegen protestieren, mit einem Sack voll Silbermünzen, die durch einen einfachen Hammerschlag die Hälfte ihres „Wertstoffes“ verlieren würden (frei nach Helfferich).

Diese Banknoten versprechen zwar laut Inschrift dem Inhaber ein bestimmtes Quantum Gold, und darauf gründet auch die allgemeine Ansicht, daß es sich hier nicht um Papiergeld handelt, jedoch genügt dieser Umstand nicht für die Erklärung der Tatsache, daß auf je einen Rubel, Rupie, Dollar in Gold, zwei, drei und mehr Rubel, Rupie oder Dollar entfallen. Zwei Drittel der umlaufenden Banknoten sind nicht durch Gold gedeckt, zwei Drittel der umlaufenden Banknoten müssen darum auch anderen Umständen als dem Einlösungsversprechen ihr Dasein und ihre Eigenschaften verdanken. Es müssen in der Welt im Handel, auf der Börse, kurz irgendwo Kräfte vorhanden sein, die den Inhaber der Banknoten davon abhalten, die Einlösung in Gold zu verlangen, Kräfte, die die sonst unverständliche Tatsache erklären können, daß die Gläubiger der Emissionsbank (die Inhaber der Banknoten) 10–20–100 Jahre lang auf die Geltendmachung ihrer Forderungen verzichten, wie es ja auch Kräfte geben muß, die es bewirken, daß die Münzen Jahrhunderte lang von der Goldschmiede fernbleiben.

Ich werde gleich die Quelle dieser Kräfte aufdecken. Jetzt will ich nur ihr Dasein feststellen, um den Leser für meine Behauptungen empfänglich zu machen, daß in all den oben genannten Ländern es sich trotz der Inschrift der Banknoten nicht mehr um Metallgeld, sondern um Papiergeld handelt.

Wenn der Staat auf ein Stück Papier schreibt:

“Dies sind 10 Gramm Gold“,

so glaubt es alle Welt, und es kommt vor, daß ein solcher Papierfetzen ungehindert Jahrzehnte lang pari mit massivem Gold, zuweilen sogar mit Aufgeld von Hand zu Hand geht.

Wenn aber derselbe Staat auf einem gleichen Stück Papier die Lieferung einer Milchkuh versprechen würde, so kämen die Inhaber solcher Zettel schon gleich am nächsten Tage alle mit einem Strick, um die Kuh abzuholen.

Wenn aber ein Papierzettel ein Quantum Gold so vollständig Jahrzehnte lang bei einer unendlichen Reihe von Menschen in den verschiedensten wirtschaftlichen Lagen so vollständig ersetzen kann, während ein gleicher Zettel eine Kuh oder irgend einen anderen Gebrauchsgegenstand keine 24 Stunden vertreten kann – so beweist das, daß der Papierzettel und die Goldmünze für alle Bürger in allen wesentlichen für sie in Betracht kommenden Eigenschaften vertretbar, d. h. gleichgültig sind, daß Goldblech und Papierzettel allen die gleichen Dienste erweisen. Ferner:

Wenn es das Einlösungsversprechen, die Deckung der Banknote wäre, die sie in Umlauf erhält, wenn demnach die Banknote als einfacher Schuldschein zu betrachten wäre, wenn der Aussteller Schuldner, der Inhaber Gläubiger wäre (wie bei einem Wechsel), so müßten doch auch der Regel nach die Emissionsbanken ihren Gläubigern, d. h. den Inhabern der Banknoten Zins zahlen – wie das doch bei allen Schuldscheinen ausnahmslos der Fall ist. Und doch ist bei der Banknote das Verhältnis auf den Kopf gestellt; hier ist es der Schuldner, die Bank (Aussteller), der den Zins erhebt und der Gläubiger (Inhaber), der den Zins bezahlt. Um dieses Wunder zu bewirken, um das Verhältnis vom Gläubiger zum Schuldner derart umzustürzen, daß die Emissionsbank ihre Schulden (Banknoten, Emissionsrecht) als das köstlichste Kapital betrachten kann, müssen doch der Banknote Kräfte besonderer Art eigen sein, die sie aus der Kategorie der Schuldscheine herausheben.

Ferner: Wenn die Banknoten als Schuldscheine des Staates zu betrachten sind, so bleibt auch die Tatsache unerklärlich, daß solche Schuldscheine, trotzdem sie dem Inhaber keinen Zins eintragen, dabei nur zu $\frac{1}{3}$ gedeckt sind und nicht amortisiert werden, der Regel nach höher im Kurs stehen als die Titel der gewöhnlichen Staatsschulden, die dem Inhaber Zins eintragen und die durch die Staatsgewalt und durch die Staatseinnahmen gedeckt sind. Wie z. B. 100 Mark in Reichsbanknoten, die auch vom Inhaber (Gläubiger) verzinst werden, heute 117 Mark Reichsanleihe gelten, die dem Inhaber 3% Zins einbringen.

Auf Grund dieser Tatsachen leugnen wir also, daß es das Einlösungsversprechen ist, das den Banknoten und dem gemeinen Papiergeld den Lebensodem einflößt. Wir behaupten, daß es irgendwo anders im Handel Kräfte geben muß, die die Rolle spielen, die man heute allgemein dem Metallfonds (der sogen. Deckung) oder dem Einlösungsversprechen zuschreibt; wir behaupten, daß diese augenblicklich hier noch verborgenen Kräfte, die, wie wir gesehen haben, einen Schuldschein (Banknoten) in ein Kapital verwandeln, die den Gläubiger zwingen, dem Schuldner Zins zu zahlen, auch durchschlagend genug sind, um für sich allein die Rolle des Geldes auf dem Markte durchzuspielen. Wir behaupten auf Grund der oben genannten Tatsachen klipp und klar, daß

man Geld aus Zellstoff machen kann, das ohne Einlösungsversprechen irgend einer Art, ohne Anlehnung an irgend eine bestimmte Ware (Gold z. B.) die Inschrift trägt:

„Ein Dollar“ (Mark, Schilling, Frank usw.)

oder mit mehr Worten

„Dieser Zettel ist an und für sich ein Dollar“

oder:

„Dieser Zettel gilt im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht 100 Dollar.“

oder um den Sachverhalt zwar ohne Gewinn für die Klarheit aber drastischer darzustellen:

„Wer diesen Zettel zur Einlösung bei der Ausgabestelle vorzeigt, erhält dort

100 Knutenhiebe (negatives Zahlungsverprechen).

Auf den Märkten, in den Läden aber erhält der Inhaber an Waren soviel wie ihm Nachfrage und Angebot zusprechen werden, mit einem Wort: Was er mit diesem Zettel im Lande erhandeln kann, das ist es, was er beanspruchen kann, was 100 Dollars darstellen.“

Ich glaube, ich habe mich hier deutlich genug ausgedrückt und daß kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, was ich unter dem Ausdruck Papiergeld verstehe.

Jetzt wollen wir den Kräften nachspüren, die es möglich machen, daß das Volk sich um Zettel mit irgend einer der obigen Inschriften reißt, daß man zur Erlangung solcher Zettel im Schweiß des Angesichts arbeitet, daß man seine Produkte, die Waren mit Wertstoff und Stoffwert gegen solche Fidibusse hergibt, daß man Schuldscheine, Wechsel, Pfandbriefe, in solchen Zetteln ausgestellt, annimmt und als sogenannte Wertbewahrer oder Wertkonserven aufbewahrt, daß man nachts weinend auf dem Bette sitzt, nachgrübelnd, wie man sich solche „Papierwische“ für den fälligen Wechsel verschaffen kann; wie man auch Bankerott macht, gepfändet wird und der Unehre verfällt, weil man seiner Verpflichtung, Zettel mit obiger Inschrift zu einer bestimmten Stunde, an einem bestimmten Ort abzuliefern, nicht nachkommen kann und schließlich, wie man jahraus, jahrein, ohne Vermögensverlust in Saus und Braus leben kann, weil man solche Zettel als „Kapital“ irgendwo angelegt hat. Die geheime Quelle, aus welcher der Papierfidibus, das Papiergeld und das Geldpapier, das Geld der John Law und anderer Papiergeld-

schwindler, der Greuel aller Nationalökonomien und Krämerseelen, die Lebenskräfte zu solchen Taten schöpft, soll jetzt aufgedeckt werden.

b) Die Erklärung der Tatsache.

Wenn ein Mensch irgend einen Gegenstand sucht, braucht und haben will und es trifft sich, daß der gesuchte Gegenstand im Besitze anderer, und sonst nicht zu haben ist, so wird er sich in der Regel genötigt sehen, etwas von seiner Habe anzubieten, um den Besitzer der gesuchten Sache zu veranlassen, ihm das, was er braucht, abzutreten. Er wird also den Gegenstand durch Tausch an sich bringen. Und selbst dann wird er das tun müssen, wenn dem anderen der gesuchte Gegenstand stofflich nutzlos ist. Es genügt, wenn der Eigentümer weiß, daß der Andere den Gegenstand braucht oder gar haben muß, dann gibt er ihn sicher nicht umsonst, ja in vielen Fällen wird es vorkommen, daß Jemand eine Sache nur darum aufhebt und in Besitz nimmt, weil er weiß, daß hinter ihm Jemand folgt, der die Sache nützlich verwenden kann. *Und je dringender dieser Andere den Gegenstand braucht, je größer seine Verlegenheit ist, um so höher wird der Besitzer seine Forderungen schrauben.*

Das hier Gesagte erscheint heute so selbstverständlich und natürlich, daß viele es für überflüssig ansehen werden, es auszusprechen, ja, so viel ich weiß, ist es hier das erste Mal, daß in einer volkswirtschaftlichen Schrift dieser Satz niedergeschrieben wird. Und doch handelt es sich hier um das eigentliche Grundgesetz der heutigen Volkswirtschaft; das Grundgesetz des Handels, der wirtschaftlichen Beziehungen der Bürger untereinander und der Bürger zum Staate.

Übrigens ist nichts selbstverständliches darin; im Gegenteil könnte man es für selbstverständlich halten, daß man einen Gegenstand, den man persönlich nicht braucht, der Anderen aber nützlich sein kann, für diese Anderen einfach liegen läßt, wie es auch als selbstverständlich gelten könnte, daß man einen Acker, den man nicht selbst beackern kann, anderen überläßt, die ihn beackern können.

Durch die Inbesitznahme oder Aneignung eines Gegenstandes, den man nicht selbst gebrauchen kann, der aber, wie wir annehmen oder wissen, von anderen gesucht wird, können wir nur einen Zweck verfolgen: wir wollen diesen anderen Verlegenheiten bereiten und diese Verlegenheiten ausbeuten. Wir wollen Wucher mit dem Gegenstand treiben, denn Jemand in

Verlegenheit bringen und diese Verlegenheit ausbeuten heißt Wucher treiben.

Der Umstand, daß diese Ausbeutung eine gegenseitige ist, beschönigt vielleicht den Sachverhalt, ändert aber nichts daran, daß diese wechselseitige Ausbeutung der Notlage der Nächsten [Man braucht hier durchaus nicht immer an frierende Bettler zu denken. Der 5000 fache Millionär *Rockefeller* ist jedesmal in solcher „Notlage“, wenn Brennstoffsurrogate den Absatz des Petroleums hemmen. Auch *Krupp* ist jedesmal in „Notlage“, wenn er für die Erweiterung seines Werkes den Acker eines Bäuerleins braucht.], die nach allen Regeln kaufmännischer Kunst betriebene gegenseitige Plünderung die Grundlage unserer Volkswirtschaft bildet, die Grundlage, auf der der Tausch aller Waren sich abspielt, das ökonomische Grundgesetz, welches das Tauschverhältnis der Produkte, die Preise der Waren, selbstherrlich bestimmt. Nähme man diese Grundlage fort, so würde unsere Volkswirtschaft in sich zusammenstürzen, und es bliebe für den Austausch der Produkte kein anderes Kriterium übrig, als sie nach christlicher, sozialistischer, kommunistischer, brüderlicher (oder wie diese Drogen alle heißen mögen) Vorschrift gegenseitig zu verschenken.

Sind Beispiele nötig zur Erläuterung dieses Satzes?

Warum erhebt die Post für einen Brief 10 Pfg. und für eine Drucksache 3 Pfg., trotzdem die Leistung der Post bei beiden Gegenständen die gleiche ist? Doch nur, weil der Briefschreiber in der Regel zwingende Gründe für den Brief hat, während der Versand der Drucksache oft unterbleiben würde, wenn das Porto höher wäre? Der Briefschreiber ist in einer Zwangslage, der Absender der Drucksache nicht, darum allein muß der Briefschreiber für die gleiche Leistung das doppelte Porto bezahlen!!

Warum werden in Deutschland Apotheken mit einem Inventar von 10,000 Mark für eine halbe Million verkauft? Weil das Staatsmonopol dem Apotheker gestattet, die Notlage der Kranken schonungsloser auszubeuten, als es bei Freihandel möglich wäre, weil die auf Krücken ankommenden Kunden nicht wie ein gesunder Springinsfeld den Wettbewerb der Nachbarapotheke ausspielen können.

Warum gehen oft die Preise des Getreides in Deutschland, trotz reicher Ernten, in die Höhe? Weil der Grenzzoll den Wettbewerb ausschließt, weil der Bauer weiß, daß seine Landsleute sein Getreide kaufen müssen. usw.

Es heißt zwar, die „Marktverhältnisse“ trieben die Preise auf und ab, man sucht das persönliche Moment, die Handlung auszuschließen und einen Sündenbock für solchen Wucher verantwortlich zu machen, indem man sagt, die Preise wurden durch Nachfrage und Angebot bestimmt; aber was wären solche Marktverhältnisse, solche Konjunkturen, was wären Nachfrage und Angebot ohne handelnde Personen? Diese handelnden Personen bewirken die Preisverschiebungen, und als Werkzeug dienen ihnen die Marktverhältnisse. Die handelnden Personen aber sind wir, wir alle, das Volk. Jeder der etwas zu Markte trägt, ist von demselben Geist beseelt, so hohe Preise zu fordern, wie es die Notlage der Käufer zu fordern gestattet. Und jeder sucht sich zu entschuldigen (wie auch jeder durch die Wechselseitigkeit des ganzen Systems entschuldigt wird), indem er sich auf die unpersönlichen Marktverhältnisse beruft.

Freilich, wer wie *Karl Marx* behauptet, daß sich die Waren selbst austauschen und zwar im Verhältnis zu „ihrem Werte“, der braucht nicht zu wuchern, der braucht keine Notlage auszubeuten, der kann seine Arbeiter aushungern, seine Schuldner auswuchern, ohne Gewissenspein zu empfinden. Denn den Wucher begeht in diesem Falle nicht er, sondern die Sache, sein Eigentum. Nicht er tauscht, sondern die Wicse tauscht sich gegen Seide, Weizen, Leder [Das Kapital Bd. 1, S. 3.]. Die *Ware* begeht also den Handel und zwar auf Grund „ihres Wertes“.

Wer aber diese mysteriöse, gespensterhafte Eigenschaft der Waren, den sogenannten „Wert“ nicht zu erfassen vermag und darum den Tausch der Produkte als eine Handlung, die Waren und Marktverhältnisse als ein Werkzeug dieser Handlung betrachtet, der wird für solche Handlung, wie bereits erwähnt, keine anderen Richtpunkte finden, als den Wunsch, der alle Warenbesitzer beseelt, möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu nehmen. Er wird bei jedem Tausch, in den Lohnverhandlungen wie bei den Börsenjobbereien, beobachten, wie alle Parteien sich danach erkundigen, wie die Marktverhältnisse sind, ob der Käufer dringend der Ware bedarf, und namentlich wird er sich hüten zu zeigen, daß er selbst es nötig hat, seine Waren eilig zu verkaufen. Kurz er wird sich überzeugen, daß die Grundsätze des Wuchers auch die des Handels im allgemeinen sind, er wird zwischen Handel und Wucher nur quantitative, keine qualitativen Unterschiede

feststellen. Der Warenbesitzer, der Arbeiter, der Börsianer hat es auf die Ausbeutung der Marktlage, des Volkes en gros abgesehen. Der Professionswucherer konzentriert seine Angriffe mehr auf eine Person; das ist vielleicht alles, was den Handel vom Wucher unterscheidet.

Darum wiederhole ich: *Die Ausbeutung der Notlage des Nächsten, um für eine möglichst geringe Leistung eine möglichst große Gegenleistung herauszuholen, das ist die Energie, welche den Austausch der Produkte leitet und beherrscht.*

Es ist nötig, dieses mit rücksichtsloser Klarheit festzustellen, denn nur von dieser Erkenntnis aus kann die Möglichkeit des Papiergeldes voll begriffen werden.

Angenommen nun, Müller wäre auf irgend eine Weise in den Besitz eines für irgend eines seiner geistigen oder körperlichen Bedürfnisse (h. s. q. m. y. p.) nutzlosen Stückchens Geldpapier gelangt, und Schulz ersucht ihn, ihm den Fetzen zu überlassen, weil er ihn zu irgend einem Zwecke gebrauchen kann, so wird nach obiger Erkenntnis Müller das Geldpapier nicht unentgeltlich hergeben.

Die Entgeltlichkeit aber würde schon das Geldpapier in Papiergeld verwandeln, denn alles, was wir vom Papiergeld erwarten ist, daß es den Tausch vermittele, und die Entgeltlichkeit wäre ja ein Tausch. Mehr als daß das Geldpapier etwas kostet, ist als Bedingung des Papiergeldes nicht nötig. Es soll nicht umsonst zu haben sein. Seinen Zweck erfüllt ja das Geld dadurch, daß immer wieder Jemand das Geld sucht und zu seiner Erlangung etwas in Tausch gibt.

Die bürgerlichen und sozialistischen Lehrsätze verneinen solche Entgeltlichkeit, müssen sie verneinen, denn die Entgeltlichkeit würde die Hergabe des Geldpapiers zu einem Tausche stempeln, und der Tausch setzt nach ihren Worten den Tauschwert, den Stoffwert oder Wertstoff voraus, und wir nehmen an, daß jenes Stückchen Geldpapier frei sei von Tauschwert, Wertstoff oder Stoffwert. (Ganz einerlei, ob sich einer unter diesen Ausdrücken etwas vorstellen kann oder nicht.) Beim Tausche könne ja eine Ware immer nur den Wert eintauschen, den sie selber besitzt (innerer Wert), so sagt die bürgerliche und sozialistische „Wertlehre“, und wenn der gedachte Fetzen Geldpapiers keinen Tauschwert „besitzt“, so ist jeder Tausch, jede Entgeltlichkeit ausgeschlossen. Es fehle für solchen Tausch sowohl jedes „Wertmaß“ zur „Ausmessung“ der Gegenleistung, wie auch die „Werteinheit“ zur „Berechnung“ der Gegenleistung. Geldpapier und Waren seien einfach inkommensurable Größen.

Wir brauchen also zur Erklärung der Möglichkeit, daß Geldpapier sich in Papiergeld verwandeln kann, nur noch nachzuweisen, daß Schulz wirklich in die Lage kommen kann, das im Besitze Müllers befindliche Stückchen Geldpapier an sich zu bringen.

Ein solcher Nachweis ist aber leicht genug zu erbringen.

Die Produkte der Arbeitsteilung [Unter Arbeitsteilung ist hier solche Arbeit zu verstehen, die Tauschgegenstände, also Waren erzeugt, im Gegensatz zur Urwirtschaft, die auf die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung gerichtet ist. Die industrielle Arbeitsteilung, darin bestehend, daß die Herstellung der einzelnen Waren in Teile zerlegt wird, ist nur technisch von obiger Arbeitsteilung verschieden.], die sogenannten Waren, sind von vornherein für den Tausch bestimmt, d.h. sie haben für ihre Verfertiger die gleiche Bedeutung, die das Geld für uns alle hat – sie sind als *Tauschobjekte* nützlich. Nur die Aussicht, die Produkte (Waren) gegen andere Waren *tauschen* zu können, veranlaßt die Produzenten, die Urwirtschaft zu verlassen und die Arbeitsteilung einzuführen.

Zum Tausch der Produkte gehört aber wieder ein *Tauschmittel*, sogenanntes Geld, denn ohne solches Tauschmittel wäre man auf den Tauschhandel angewiesen, von dem wir wissen, daß er bei einer gewissen Entwicklung der Arbeitsteilung einfach versagt. Jeder kann sich leicht vorstellen, daß der Tauschhandel ganz primitive Zustände voraussetzt.

Das Geld, ein Tauschmittel, ist die Grundlage und Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung, der sogenannten Warenproduktion. *Für die Arbeitsteilung ist ein Tauschmittel unentbehrlich.* Ich brauche dies hier nicht weiter darzutun – diese Seite des Geldwesens ist von der volkswirtschaftlichen Literatur genügend betrachtet worden.

Aber es gehört zum Wesen eines Tauschmittels, daß bei der Herstellung desselben die Gewerbefreiheit auf irgend eine Weise ausgeschaltet werde. Stände es jedermann frei, Geld zu verfertigen und zwar nach seiner „Façon“, so würde die Vielgestaltigkeit solchen Geldes dieses für den Zweck, den es erfüllen soll, einfach unbrauchbar machen. Jeder würde sein eigenes Produkt als Geld erklären, und damit wären wir ja wieder beim Tauschhandel angekommen.

Wie nötig die Einheitlichkeit im Geldwesen ist, erkennt man auch daran, daß man nicht einmal mit der Doppelwährung auskommen zu können glaubte. Und wie wäre es, wenn man sich zwar über die Goldwährung geeinigt hätte (eine solche „Einigung“ fällt aber an sich schon mit

dem Begriff „Staat“ zusammen, denn alles das, worüber wir Einigung erreicht haben, bildet das eigentliche Baumaterial des Staates), man aber die Gewerbefreiheit in der Herstellung der Münzen beibehalten hätte und nun Münzen von jedem möglichen Karat umliefern?

Wie aber auch immer diese notwendige Ausschließung der Gewerbefreiheit bei der Herstellung des Geldes erzielt wird, ob durch gesetzliches Verbot, oder durch natürliche Schwierigkeiten für die Beschaffung des Materials (Gold), ob man dabei bewußt vorgegangen ist, wie beim Papiergeld, oder unbewußt, wie beim Gold, ob das Volk in einer Versammlung feierlich darüber beschloß, oder dem Schube der vorwärtsdrängenden Volkswirtschaft nachgab, einerlei, es handelt sich da um eine Handlung des Volkes, und was ist eine solche einmütige Handlung anders als ein Gesetz, als eine staatliche Handlung? Das Tauschmittel trägt also immer den Charakter einer staatlichen Einrichtung, und diese Bezeichnung verdient sowohl das gemünzte Metall, wie auch die Kauri-Muschel und die Banknote. Von dem Augenblick an, wo das Volk dazu gekommen ist (einerlei wie), einen bestimmten Gegenstand als Tauschmittel anzuerkennen, hat dieser Gegenstand den Charakter einer staatlichen Einrichtung.

Also entweder staatliches Geld oder überhaupt kein Geld. Gewerbefreiheit in der Herstellung des Geldes ist einfach unmöglich. Ich brauche mich auch hier nicht weiter aufzuhalten, denn die Sache ist selbstverständlich.

Der Umstand, daß wir heute die Produktion des Geldstoffes freigeben und dabei durch das freie Prägerecht den Geldstoff praktisch zu Geld machen, sagt gar nichts gegen diesen Satz, denn trotz Prägerecht ist der Geldstoff an und für sich doch kein Geld, wie die Geschichte der preußischen Taler das schlagend beweist. Dieses freie Prägerecht wird durch Gesetz erteilt, haftet also nicht am Gold und kann durch Gesetz jeden Tag zurückgezogen werden. (Silbersperre.)

Übrigens ist diese Gewerbefreiheit in der Produktion des Geldstoffes (Gold) auch nur eine nominelle, da die Natur der Goldproduktion diese Freiheit wieder zunichte macht. Wenn man das Gold, etwa wie die Kartoffeln, überall im Deutschen Reich produzieren könnte, so würde man sich gleich gezwungen sehen, die Gewerbefreiheit für die Goldproduktion aus geldtechnischen Rücksichten aufzuheben, denn dann würde man ja allgemein Gold statt Waren produzieren, um mit dem Gold Steuern und Schulden zu bezahlen, und zwar selbst dann würde dieses geschehen, wenn solche Goldproduktion weniger lohnte als die Produktion von Waren, da das Gold für alle Geldverpflichtungen direkt verwendet werden könnte, die Goldproduktion der gerade Weg, die Warenproduktion der Umweg wäre.

Auch der Umstand, daß man früher in manchen unentwickelten Ländern, z. B. in Nordamerika während der Kolonialzeit, Pulver, Salz, Tee, Felle usw. als Tauschmittel benutzte, sagt nichts gegen obigen Satz, denn hier handelt es sich direkt um Tauschhandel, nicht um Geld. Das im Tausch gegen die eigenen Produkte erhaltene Salz (Tee, Pulver usw.), wurde einfach im Hause verbraucht und nicht weitergegeben. Diese Waren zirkulierten nicht, sie kamen niemals zum Ausgangspunkt (Hafen) zurück, sondern ihrer körperlichen Eigenschaften wegen gekauft und verbraucht. Sie mußten immer wieder durch neue ersetzt werden. Zum Wesen des Geldes gehört es aber, daß das Geld nicht seines Materials (Geldstoffes) wegen gekauft werde, sondern seines Charakters als Tauschmittel wegen; daß es nicht verbraucht, sondern nur als *Tauschmittel* gebraucht werde. Das Geld beschreibt einen Kreis, den es ewig durchläuft; es kehrt zum Ausgangspunkt zurück. Um als Geld betrachtet werden zu können, hätte das Teepaket, nachdem es von China kommend jahrelang durch die Kolonien Nordamerikas gepilgert war, wieder mal nach China zurückwandern müssen, wie das doch mit den jetzigen Silberdollars in Amerika der Fall ist, die etwa von Colorado kommend auf dem Handelswege nach China gelangen, dort sich jahrzehntelang herumtreiben, um gelegentlich wieder auf dem Handelswege zur Lohnzahlung in die Silbergruben Colorados hinabzusteigen. Das Teepaket wurde auch immer teurer, je weiter es sich vom Hafen entfernte, alle Fracht, Handels- und Zinsspesen wurden auf seinen Preis geschlagen, während obiger Silberdollar, nachdem er vielleicht zehnmal die Reise um die Welt gemacht, dem Arbeiter in der Silbergrube zum gleichen Preise, wofür er ihn ursprünglich geliefert, zurückgegeben werden mag. In fast allen Ländern findet man Münzen, die 100 und mehr Jahre alt sind, die vielleicht 1000 mal den Besitzer gewechselt haben, ohne daß es in der langen Reihe einem einzigen je eingefallen wäre, sie zu konsumieren, d. h. sie des Silber- oder Goldgehaltes wegen einzuschmelzen. Sie sind 100 Jahre lang als Tauschmittel gebraucht worden. 100 000 Besitzern waren sie nicht Gold sondern Geld, keiner von ihnen bedurfte des Geldmaterials. Das Kennzeichen des Geldes ist eben, daß dem Inhaber das Geldmaterial gleichgültig ist. Darum, d. h. dieser absoluten Gleichgültigkeit wegen, ist es auch allein erklärlich, daß giftige, mit Grünspan überzogene Kupfermünzen, verschlissene Silbermünzen, schöne Goldmünzen, bunte Papierfetzen pari einherlaufen. Jeder sieht über den Geldstoff hinweg, und wenn z. Zt. Tetzels Ablasszettel zu Geld erklärt worden wären (wozu sie aus vielen Gründen sich vorzüglich eigneten), sie hätten bei Protestanten nicht einen Heller weniger gegolten als bei Katholiken. Die Ablasszettel wären eben Geld, Tauschmittel gewesen, keine Zettel mehr, um Befreiung von Höllenpein zu erkaufen.

Etwas anders als mit dem Tee verhält es sich schon mit den Kaurimuscheln, die in Innerafrika als Tauschmittel benutzt werden und die

schon mehr Ähnlichkeit mit dem Geld haben. Die Kaurimuschel wird nicht konsumiert; ihr gegenüber sind die Käufer viel gleichgültiger als die Käufer von Tee und Pulver. Sie zirkuliert, braucht nicht immer ersetzt zu werden, mag sogar zuweilen zum Ausgangspunkt, der Küste zurückgelangen. Hier und da mag sie wohl auch von den Fräulein zu extramonetären Zwecken als Zierat verwendet werden, aber ihre wirtschaftliche Bedeutung stützt sich nicht mehr auf diese Verwendung. Die Kaurimuschel würde sicherlich wohl weiter als Tauschmittel verwendet werden, falls sie als Zierat ganz außer Mode käme, vorausgesetzt, daß kein anderer Gegenstand die Kaurimuschel als Tauschmittel vom Marke verdrängte. Sie wäre dann reines Tauschmittel, wirkliches Geld, wie unsere Kupfer-, Nickel-, Silber- und Papiermünzen, die ja auch keine andere Verwendung wirtschaftlich zulassen, als die eines Tauschmittels. Und wir könnten sie auch, wie unser heutiges Geld, als staatliches Geld oder wenigstens gesellschaftliches Geld bezeichnen, mit der Einschränkung, die der Begriff Staat in so primitiven Verhältnissen erfährt. Das Staatsmonopol der Geldfabrikation wäre hier, ähnlich wie bei der Goldwährung, durch die Unmöglichkeit gewahrt, Muscheln nach Belieben zu produzieren, da sie 1000 Meilen weit am Meeresstrand gefunden werden. (Die Muschel ist, wie das Gold für den Europäer, nur auf dem Handelsweg, durch Tausch erreichbar.)

Ist es aber so, daß für die Arbeitsteilung ein Tauschmittel, also Geld, unentratbare Voraussetzung ist, und daß ein solches Tauschmittel nur als *staatliches*, d. h. vom *Staate* verfertigtes oder kontrolliertes Geld, von *staatlichen* Gesetzen, speziellen Währungsgesetzen beherrschtes Geld denkbar ist, so fragt es sich, was der Warenproduzent mit seinen Produkten anfangen kann, falls er sie auf den Markt bringt und er dort auf kein anderes Geld stößt, als Geldpapier, *weil der Staat kein anderes Geld als Papiergeld herstellt?* Weist der Produzent das Geld zurück (etwa weil es den bürgerlichen und sozialistischen Werttheorien widerspricht) so muß er auch auf den Austausch seiner Produkte verzichten und die Kartoffeln, Zeitungen, Besen oder was es sei, wieder nach Hause bringen, um sie dort selber zu verbrauchen. Auf sein Gewerbe, auf die Arbeitsteilung muß er aber überhaupt verzichten, denn wie will er etwas kaufen, wenn er selber nichts mehr verkauft, wenn er das Geld, das der Staat in Umlauf gesetzt hat, nicht annehmen will? Er wird also der Regel nach nur 24 Stunden streiken können, nur 24 Stunden wird er seiner Werttheorie treu bleiben und gegen den „Papiergeldschwindel“ protestieren können. Dann werden ihn Hunger, Durst und Kälte mürbe machen und ihn zwingen,

seine Waren gegen Papiergeld anzubieten, dem der Staat die Inschrift gegeben:

“Der Vorzeiger dieses erhält an der Ausgabestelle

– 100 Hiebe mit der Knute –

auf den Märkten aber an Waren soviel wie ihm Nachfrage und Angebot zumessen werden.“

Hunger, Durst und Kälte (zu denen sich noch der Steuerexekutor gesellen mag) werden alle, die nicht zur Urwirtschaft zurückkehren können (heute die ausnahmslose Regel für die Bürger eines modernen Staates) alle, die die Arbeitsteilung, ihr Gewerbe weiter betreiben wollen, zwingen ihre Produkte gegen das vom Staate ausgegebene Geldpapier anzubieten, d. h. mit ihren Produkten Nachfrage nach Geldpapier zu halten, und diese Nachfrage wird wiederum alle, die in den Besitz solchen Geldpapiers gelangt sind, veranlassen, dieses nicht umsonst herzugeben, sondern soviel dafür zu fordern, wie es die Marktverhältnisse gestatten werden.

Das Geldpapier verwandelte sich also in Papiergeld:

1. Weil die Arbeitsteilung große Vorteile bietet.
2. Weil die Arbeitsteilung Waren erzeugt, die nur als Tauschobjekte dem Verfertiger nützlich sind.
3. Weil der Austausch der Waren, bei einer gewissen Entwicklung der Arbeitsteilung, ohne Tauschmittel unmöglich wird.
4. Weil das Tauschmittel, seiner Natur nach, nur als gesellschaftliches, staatliches Geld denkbar ist.
5. Weil nach unserer Annahme der Staat kein anderes Geld als nur Geldpapier verfertigte.
6. Weil alle Besitzer der Waren vor der Alternative standen, entweder das Geldpapier des Staates im Tausch gegen ihre Produkte anzunehmen, oder aber auf die Arbeitsteilung zu verzichten und
7. schließlich, weil die Inhaber des Geldpapiers dieses nicht umsonst hergaben, sowie sie sahen, daß die in Verlegenheit gebrachten Warenbesitzer ihre Waren gegen Geldpapier anboten.

Der Beweis, daß man Geld aus Zellstoff machen kann, ist also in allen Teilen lückenlos erbracht, und ich könnte nun gleich zu der nächsten Frage „Wieviel ein Stück Geldpapier an Waren dem Besitzer einbringen wird und soll“ übergehen. Aber die

Wichtigkeit des Gegenstandes veranlaßt mich, Rücksicht auf die dem Papiergeldbegriff entgegenstehenden Vorurteile zu nehmen und die Hirngespinnstigkeit der wichtigsten derselben darzutun. Ich hoffe dadurch das Vertrauen derjenigen umsichtigen Leser zu gewinnen, die zwar anerkennen, der oben erbrachte Beweis wäre wohl richtig aus den genannten Prämissen gezogen, die dann aber fürchten, diese Prämissen könnten vielleicht nicht vollständig sein und die Sache an irgend einem nicht erwähnten Umstand scheitern. Ich bedarf aber, um weiter [Übrigens erwähne ich hier vorsichtshalber noch einmal, daß ich bisher nur die Möglichkeit, aus Geldpapier Papiergeld zu machen, behandelt; die Frage aber, welche Vorteile ein solches Geld gegenüber dem Metallgeld haben könnte, ganz unberührt gelassen habe. Das kommt später.] auf dem erbrachten Beweis bauen zu können, der vollen Überzeugung des Lesers, daß man Zellstoffgeld, Geld ohne Wertstoff und ohne Stoffwert, Papiergeld mit irgend einer der S.26 erwähnten Inschriften wirklich machen kann. Es ist dies die unentratbare Voraussetzung, um auch weiter im Einverständnis mit meinem Leser zu bleiben. Wenn es nicht ebenso wahr ist, daß man mit Papier Geld machen kann, wie daß „Marley tot war“, wie es in Dickens bekannter Erzählung heißt, so fällt alles, was ich noch sagen werde, als wesenlos in sich zusammen.

Ich hätte mir die Sache auch leicht machen können, wie andere, die sich mit dem Papiergeldproblem abgeplagt haben; ich hätte sagen können, der Staat fordere die Bezahlung der von ihm ausgeschriebenen Steuern und Bußen in Geldpapier. Wenn der Staat z. B. Briefmarken nur gegen Geldpapier seiner Fabrikation verkauft, wenn er die Bahngelder nur in seinem Geldpapier einfordert, wenn man die Zölle, das Kirchengeld, das Schulgeld, das Holz der Staatsforsten, das Salz der Staatsdomänen usw. usw. nur mit staatlichem Papiergeld zahlen kann, so wird jeder ein solches Papier als etwas sehr kostbares aufbewahren und es nicht unentgeltlich abgeben. Der Staat liefert dem Inhaber dann statt Gold Staatsleistungen. Eine vielgestaltige statt einer eingestaltigen Leistung. Dann wären es diese Leistungen, die dem Papiergeld Leben geben.

Aber mit dieser Erklärung würden wir, wie wir das noch kennen lernen werden, nicht weit kommen und bald, wie alle Papiergeldreformer und Geldpapierfabrikanten wiederkäuend vor dem Berge stehen. Wer die wahre Grundlage des Papiergeldes, das sind die oben erwähnten 7 Punkte, nicht erkannt hat – kann keine einzige wirtschaftliche Erscheinung auf ihren letzten Grund zurückführen.

Im Vordergrund der „Beweise“ gegen die Möglichkeit des Papiergeldes steht die Behauptung, sozusagen das Paradedpferd der Metallisten, „Ware könne nur mit Ware getauscht werden, da niemand einen nützlichen Gegenstand gegen einen unnützen (Papiergeldfidibus) hergeben wird“.

Mit diesem blendenden Satz, der so einleuchtend klingt, daß ihm, so viel ich weiß, sämtliche Papiergeldtheoretiker vorsichtig aus dem Wege gegangen sind, wahrscheinlich weil sie dem Trugschluß nicht beikamen, hat man immer das Papiergeld von vornherein als unmögliche Bestrebung kennzeichnen können und alle wissenschaftlich vorgehenden Forscher von vornherein von dem Papiergeldprobleme ferngehalten.

Also Ware kann nur gegen Ware ausgetauscht werden. Das ist zweifellos richtig, aber was ist Ware? Ware ist das Produkt der Arbeitsteilung, und die Produkte der Arbeitsteilung sind ihren *Verfertigern nutzlos*, wie wir das bereits gezeigt haben. Was könnte ein Gutsbesitzer mit den 1000 Tonnen Kartoffeln anfangen, wenn er sie nicht verkaufen könnte, was würde der mit einer Million Spindeln arbeitende Spinnereibesitzer mit dem Garn anfangen, wenn er es nicht verkaufen könnte, wenn ihm das Garn nicht als Tauschobjekt diene?

So betrachtet klingt der Satz schon anders, wenn wir sagen, Ware könne nur gegen Ware verkauft werden, denn er verlangt vorerst (im Ausdruck „Ware“ ist es implicite gesagt) nur, daß das, was ausgetauscht wird, für seine Besitzer oder Verfertiger **nutzlos** sei. Er fordert darum auch nur, daß das, was gegen die Ware ausgetauscht wird – auch seinem Besitzer nutzlos sei. – Und ist das nicht der Fall mit dem Papiergeldfidibus? Ist der Fidibus, wenn wir von seiner Eigenschaft als Geld absehen, nicht ein gänzlich nutzloser Gegenstand?

Also der Satz „Ware kann nur gegen Ware ausgetauscht werden“ verwandelt sich so schon eher in einen Beweis für, nicht gegen die Papiergeldtheorie.

Und wie steht es mit der Begründung: „Da niemand einen nützlichen Gegenstand gegen einen unnützen hergibt“? Wird hier nicht der Vordersatz „**Ware** kann nur gegen **Ware** umgetauscht werden“ direkt umgestoßen? In der Behauptung wird von Ware gesprochen, und Ware ist dem Besitzer immer ein unnützes Ding. In der Begründung aber wird nicht mehr von der Ware gesprochen, sondern von nützlichen Dingen, von Ge-

brauchsgütern. Auf unsere Beispiele angewandt lautet also obiger Satz wie folgt:

Kartoffeln können gegen Garn ausgetauscht werden, weil Kartoffeln dem Gutsbesitzer und Garn dem Spinnereiaktienbesitzer durch ihre Substanz nützliche Dinge sind. Und dies ist doch offenbar falsch. Was könnte der Spinnerei-besitzer mit all dem Garn anfangen?

Wenn nun auch die Begründung falsch ist, so ändert das nichts an der Richtigkeit der Behauptung, daß Ware nur gegen Ware ausgetauscht werden kann, und um das Papiergeld mit dieser Behauptung in Einklang zu bringen, müssen wir nachweisen können, daß das Geldpapier ebensogut eine Ware ist, wie alle Waren, deren Tausch es vermitteln soll. Wohlverstanden, das Stück Geldpapier der bunte Zettel mit der tollen Aufschrift:

„100 Knutenhiebe

werden im Reichsgeldamt dem Vorzeiger dieses erteilt; auf dem Markte aber erhält der Inhaber an Waren so viel wie er damit erhandeln kann.“

soll an und für sich alle Eigenschaften einer so wichtigen Ware, wie es doch das Geld ist, besitzen. Wir wollen für das Papiergeld keine erborgten, erschlichenen, übertragenen Eigenschaften. Den Papiergeldfidibus sollen wir namentlich nicht darum als Ware anerkennen, weil der Staat irgend eine von der Funktion als Geld unabhängige Leistung dem Inhaber verspricht. Im Gegenteil, ich will den Leser dahin bringen, daß er den paradox klingenden Satz unterstreicht:

Das Papiergeld ist chemisch reine Ware und zwar der einzige Gegenstand, der uns schon als Ware nützlich ist.

Welche Eigenschaften muß ein Ding in sich vereinigen, um als Ware angesehen zu werden?

1. Es muß dafür Nachfrage bestehen, d. h. es muß irgend jemand da sein, der den Gegenstand haben will oder haben muß, und der darum bereit ist, eine andere Ware dafür in Tausch zu geben.

2. Um diese Nachfrage zu erzeugen, muß der betreffende Gegenstand dem **Käufer** natürlich nützlich sein, denn sonst sucht und bezahlt man den Gegenstand nicht. Flöhe, Unkraut und Gestank sind aus diesem Grunde keine Waren, auch alles nicht, was keinen Eigentümer hat. Ist der Gegenstand aber nützlich

(wohlverstanden dem Käufer, nicht dem Besitzer nützlich) und kann man ihn nicht umsonst erhalten, so sind alle Bedingungen erfüllt, die eine Sache zur Ware machen.

Daß das Geldpapier die Bedingung 1 erfüllt, haben wir bereits bewiesen, als wir zeigten, daß das Geld, und zwar staatliches Geld, unentratbare Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung ist und daß alle Warenbesitzer durch die Natur ihres Besitzes gezwungen würden, ihre Waren gegen Geldpapier anzubieten, also Nachfrage nach Geldpapier zu halten, falls der Staat kein anderes Geld machte. Würde man in Deutschland mit dem Gold heute ebenso verfahren, wie man mit dem Silber verfuhr, und würde der Staat das Gold durch Geldpapier ersetzen, so müßten auch alle Warenbesitzer und Warenverfertiger unter das Joch dieses Papiergeldes sich beugen. Alle ohne Ausnahme wären gezwungen, mit ihren Produkten Nachfrage nach dem Geldpapier zu halten. Ja man könnte sagen, die Nachfrage nach Geldpapier wird unbedingt genau so groß sein, wie das Angebot von Waren, das seinerseits wieder der Warenproduktion entspricht.

Bedingung Nr. 1 einer Ware erfüllt also das Geldpapier in kräftigster Weise. Petroleum, Weizen, Baumwolle, Eisen sind sicherlich auch Dinge mit ausgesprochenem Warencharakter; sie gehören zu den wichtigsten Stapelartikeln des Marktes. Trotzdem ist für diese Waren die Nachfrage nicht so solide fundiert wie beim Papiergeld. Jeder, der heute Ware erzeugt, also ein Gewerbe betreibt, d.h. die Urwirtschaft aufgegeben und die Arbeitsteilung eingeführt hat, hält mit seinen Produkten Nachfrage nach einem Tauschmittel – alle Waren, ohne Ausnahme, verkörpern Nachfrage nach Geld, d. h. nach Geldpapier, wenn der Staat kein anderes Geld herstellt -, aber nicht alle Warenbesitzer kaufen mit dem Gelde, das sie für ihre Produkte gelöst, Eisen, Petroleum, Weizen. Auch gibt es für Eisen, Petroleum, Weizen viele Surrogate, während es für das Geld nur ein einziges Surrogat gibt, das ist die Urwirtschaft oder der Tauschhandel, und diese Surrogate kämen erst dann in Betracht, wenn die 90% unserer heutigen Bevölkerung, die der Arbeitsteilung ihr Dasein verdanken, verhungert, tot und begraben wären.

Die Nachfrage für das Geldpapier wird also durch alle Produkte der Arbeitsteilung hervorgerufen, d. h. durch die Wareneigenschaft dieser Produkte. Die Arbeitsteilung, die Urmutter der Ware, ist die unerschöpfliche Quelle der Nachfrage für Geld,

während die Nachfrage für die sonstigen Waren viel weniger solid gefügt ist.

Die Entstehung der Nachfrage nach einer Sache kann man sich natürlich nur dadurch erklären, daß der nachgefragte Gegenstand (hier das Papiergeld) dem Käufer (nicht dem Besitzer) irgend einen Dienst erweist, also nützlich ist. (Punkt 2.)

Nun frage ich: Ist der zu Geld erhobene Papierfidibus, das staatlich allein anerkannte und dadurch allein mögliche Tauschmittel, der viereckige bedruckte bunte Zettel, kein nützliches Ding?

Ist das Ding da, der Fidibus, der dem Arbeiter, dem Arzt, dem Tanzlehrer, dem König, dem Pastor gestattet, ihre ihnen persönlich absolut nutzlosen Produkte oder Leistungen gegen Gebrauchsgüter umzutauschen, kein nützlicher Gegenstand?

Wir müssen hier selbstverständlich nicht, wie es in der Regel der Fall ist, an das Material des Geldes, an den Fidibus denken, sondern an das Ganze, an den Fidibus mit seinen staatlichen Vorrechten, als Tauschmittel, als Geld. Wir müssen uns das Geld als ein Fabrikat denken, sogar als ein gesetzlich geschütztes und vom Staate monopolisiertes Fabrikat.

Gewiß, wenn wir die Hauptsache am Papiergeld, seine Eigenschaft als gesetzlich allein anerkanntes und praktisch allein herrschendes Tauschmittel abziehen, so bleibt wahrhaftig nur nutzlose Makulatur übrig; *aber geschieht mit den meisten Dingen nicht genau dasselbe, wenn man von ihrem Gebrauch absieht und nur an das Material denkt?* Kratzen wir von einem Ölbild die Farben zusammen, schlagen wir mit dem Hammer auf eine Scheidemünze, auf ein Tintenfaß, eine Suppenschüssel – was bleibt? Makulatur, Unrat. Betrachten wir ein Haus als einen Steinhaufen, die Königskrone als Metall, ein Buch als Papier, kurz in allen Dingen nur den Stoff, so sehen wir in den weitaus meisten Fällen auch nicht viel mehr als einen Fidibus.

Wir brauchen das Piano nicht als Brennholz, die Lokomotive nicht als Gußeisen und das Papiergeld nicht als Tapete. Also warum spricht man nur immer vom Zellstoff, wenn vom Papiergeld die Rede ist? Warum sprechen wir nicht vom Tauschmittel? Wir betrachten alle übrigen Dinge als das, wofür sie bestimmt sind, und wenn wir das auch beim Papiergeld täten, so würden wir sehen, daß es sich nicht um ein Stückchen Papier handelt, sondern um ein höchwichtiges, unentbehrliches *Fabrikat*, um das wichtigste und nützlichste aller Gebrauchsgüter.

Daß dieses Fabrikat so gut wie keine Produktionskosten verursacht, kann ihm nichts verschlagen. Wir suchen in den sonstigen Dingen, die wir kaufen, doch auch nicht das Blut und den Schweiß der Proletarier.

Hat etwa der gesamte, nach Milliarden berechnete Bauplatz der Stadt Berlin einen Pfennig Produktionskosten verursacht?

Man sehe also bei der Betrachtung des Papiergeldes ganz vom Fidibus ab, man gewöhne sich daran, dieses Geld als ein unentbehrliches, nützliches, dabei noch vom Staate geschütztes Fabrikat zu betrachten, und ohne Schwierigkeiten wird man dann in dem Geldpapier einen Gegenstand erkennen, der alle Eigenschaften einer Ware hat, und statt dann noch in der Existenz des Papiergeldes einen Widerspruch gegen die Theorie zu erblicken, daß Ware nur mit Ware bezahlt werden kann, wird man im *Papiergeld* eine neue Bestätigung dieses Lehrsatzes erblicken.

Wer sich die Mühe geben will, die Währungsliteratur durchzustöbern, wird die Beobachtung machen, daß das Geld regelmäßig nicht als ein ganz bestimmten Zwecken dienendes Fabrikat (Tauschmittel), sondern als ein Rohstoff für Industriezwecke (Juwelier) behandelt wird, welches die Geldfunktionen nur nebenbei, vorübergehend oder interimistisch versieht. Dabei laufen in manchen Ländern und bis vor kurzem auch in Deutschland Münzen um, die vor 100 oder 200 Jahren geprägt wurden, während ein Jahr alte Waren in der Regel schon zu den Lagerhütern gerechnet und mit erheblichen Abstrichen in den Inventuren der Kaufleute aufgeführt werden.

Wenn das Geld nur Rohmaterial zu Industriezwecken wäre, so würde jeder es nur kaufen, wie man jede andere Ware kauft, d. h. nur unter der Bedingung, daß man es, mit Zins und Profit belastet, wieder weitergeben kann. Nun rechne einer nach, für wieviel der schon erwähnte Dollar, der von den Colorado-Minen kommend, 10, 20 Jahre lang in China sich herumtrieb und dann wieder zur Lohnzahlung in den Colorado-Minen verwendet wurde, dort dem Arbeiter angerechnet werden müßte, der ihn selbst produziert hat, falls er auf dem langen Wege, immer wieder mit Zins, Fracht und Profit belastet, weitergegeben worden wäre. Und doch wäre die Belastung nötig gewesen, wenn jeder den Dollar des Silbers wegen gekauft hätte, wenn niemand noch nebenbei einen anderen Nutzen aus dem Dollar gezogen hätte – nämlich den Tausch seiner Produkte gegen Gebrauchsgüter.

Man kann sogar das Geld und besonders das Papiergeld als die Ware bezeichnen, bei der der Warencharakter am reinsten

hervortritt, denn das Geld und hauptsächlich das Papiergeld wird nur als Ware (Tauschware) benutzt, nicht aber wird das Geld gekauft, um es, wie es bei den übrigen Waren der Fall ist, in der Fabrik, in der Küche, also fern vom Markte zu verbrauchen.

Das Geld ist und bleibt Ware sein Nutzen liegt ausschließlich in seinem Gebrauch als Tauschware. Alle übrigen Waren werden nur zum Verbrauch gekauft (von den Kaufleuten abgesehen, für welche Ware und Geld – Ware bleiben). Man verfertigt die Ware zum Verkauf, aber man kauft sie zum Verbrauch. Man verkauft Ware, man kauft Gebrauchsgüter. Nur das Geld allein kauft jeder als Ware. Nur allein das Geld ist uns bereits als Ware ein nützliches Gebrauchsgut (nämlich als Tauschmittel); das Geld und vornehmlich das Papiergeld ist also überhaupt
die einzige nützliche Ware.

Die Metallisten begreifen das Metallgeld ganz regelmäßig nur als einen Rohstoff für die Goldschmiede. Eine Mark, sagt der Bimetallist *Arendt*, ist der 1392. Teil von einem Pfund Gold, und die Vertreter der Goldwährungstheorie haben natürlich keine Ursache gehabt, eine Ansicht anzugreifen, die ihrem Verfechter alle Waffen raubte für die Verteidigung seiner Sache [*M. Chevalier*, La Monnaie, Paris 1866, p. 36: „Ich glaube an dieser Grundanschauung festhalten zu müssen, die ich mit gutem Recht als eine andere Begriffserklärung des Geldes erklären kann, d. h. das die Münzen einfach Metallbarren sind, deren Gewicht und Feingehalt gewährleistet sind.“].

Die Vertreter des Papiergeldgedankens, die doch dieses Märchen vor allen Dingen hätten widerlegen müssen, gehen regelmäßig, wie die Katze um den heißen Brei, um diese Frage herum. Daß das Geld an sich, ohne Rücksicht auf den Stoff, ein Fabrikat, ein nützlicher, ja unentbehrlicher Gegenstand ist, haben sie offenbar noch nicht klar genug eingesehen, und so fanden sich alle genötigt, bei dem Abfassen der Inschrift des Papiergeldes dem Inhaber irgend eine – *von der Geldfunktion gesonderte – Leistung* (Gold, Zins, Weizen, Arbeit, Land usw.) *zu versprechen. Der Austausch der Produkte, den das Geld allein ermöglicht, genügt ihnen als Leistung offenbar nicht, um dem Papiergeld Käufer oder Abnehmer zu sichern.*

Eine Ausnahme finde ich allein in der Inschrift des von der Provinz Buenos Aires 1869 ausgegebenen Papiergeldes, durch die, soweit mir bekannt, zum ersten Male der Geldbrief an sich (also der Zettel, das vier-

eckige Stück bedruckten Papiers) für Geld erklärt und in der dem Inhaber keine Einlösung versprochen wird. Die Inschrift lautet:

La Provincia de Buenos-Ayres
reconoce este Billete por
un peso
moneda corriente. 10 Enero de 1869.

Übersetzt: Die Provinz Buenos Aires anerkennt diesen Zettel für einen Peso (Taler) Landesgeld.

Ich habe nicht erfahren können, ob diese Inschrift ein Produkt der Erkenntnis ist oder einfach eine Verlegenheitsinschrift, wie die des jetzigen argentinischen Papiergeldes, die dein Inhaber bei Sicht x Taler *Papiergeld* in Zahlung zu geben verspricht. „La Nacion pagará portador y á la vista y por medio del Banco de la Nacion 100 Pesos moneda nacional.“ Offenbarer Unsinn, denn ein Peso mon. nac. ist weiter nichts als der gleiche Papiertaler. Die Bank verspricht also dem Inhaber, den Zettel in Zahlung desselben zurückzugeben.

Ein hirnverbrannter Vorschlag, der aber immer wieder bis in die neueste Zeit auftaucht, ist der: Der Staat verfertigt Papiergeld in genügender Menge, um den gesamten Grundbesitz aufzukaufen und um so mit einem Schlage die soziale Hauptfrage zu lösen, nämlich die Grundrente dem Volke, das sie ja erzeugt, wieder zuzuführen. Der Grundbesitz dient dann dem Papiergeld als Deckung, wird aber, dem Zwecke der Sache entsprechend, dem Vorzeiger nicht wieder ausgeliefert. Der Inhaber muß sich mit der Sicherheit begnügen, wie er sich – so glaubt man – damit begnügt, daß die Banknoten durch Gold gedeckt sind. (Was aber durchaus nicht der Fall ist, denn der Inhaber der Banknoten begnügt sich mit dem Dienst, den die Banknoten als Tauschmittel verrichten. Wäre es nicht so, so würde er das Gold sofort abholen, wie es die Goldschmiede übrigens tun.) In diesem, unter jedem währungstechnischen Gesichtspunkt ganz tollen Vorschlag wird auch wieder ganz übersehen, daß die Vermittlung des Warentausches eine genügende Leistung des Papiergeldes ist, und daß, so lange wir diese Leistung dem Papiergeld sichern (man braucht dazu nur kein anderes Geld zu machen), jede andere Leistung ebenso überflüssig ist, wie etwa dem Käufer eines Hammers es überflüssig erscheinen mag, daß der Hammer noch nebenbei als Rohstoff für den Hochofen dienen kann.

Die Schwierigkeit für das volle Erfassen des Begriffes „Geld“ liegt darin, daß sich das Geld nur in Einzelheiten mit anderen Dingen vergleichen läßt. Und ohne Vergleich läßt sich doch überhaupt nichts begreifen. Die Hauptschwierigkeit aber liegt darin, daß der Nutzen, den wir vom Geld erwarten, so ganz und gar von der Materie des Geldes unabhängig ist. Das Geld bedarf offenbar des Stoffes nur, um greif- und sichtbar zu sein, und damit wir überhaupt sein Dasein feststellen und es

übertragen können, nicht etwa weil wir etwas von der Substanz des Geldes erwarten. Wie könnte sich sonst eine Münze 1–10–100 Jahre im Umlauf erhalten, wie könnte sich eine Banknote 24 Stunden im Verkehr behaupten? Auf die Menge allein kommt es beim Geld an, denn von dieser Menge hängt es z. T. ab, wie groß das Angebot des Geldes und wie groß die Warenmenge sein wird, die wir für das Geld erhandeln werden. Qualitäten hat das Geld als Körper nicht, wenigstens keine aktiv wirkenden Qualitäten, und niemand würde sie vermissen, wenn sie gänzlich fehlten. Hat man nicht seiner Zeit das Gold dem Silber in Deutschland vorgezogen, bloß weil man für 1 kg Gold 16mal mehr Ware geben mußte als für 1 kg Silber. *Weil man also 16mal weniger Geldstoff erhielt, darum zog man das Gold dem Silber vor.*

Bei gleichem Profit wird jeder Kaufmann lieber Gold als Silberwaren, lieber Briefmarken als Stroh verkaufen, und dem Geld gegenüber sind wir alle Kaufleute.

Bei allen Gebrauchsgütern heißt es ausnahmslos beim Käufer: je mehr, je lieber; beim Geldstoff heißt es dagegen: je weniger, je lieber. Beim Geld genügt es eben, daß man es zählen kann – der Rest ist immer lästiger Ballast.

Man kauft den Honig, weil er schmeckt, das Bier, weil es berauscht, den Ballast, weil er wiegt, den Meterstock, weil er lang ist, das Litermaß seines Raumgehaltes wegen. Aber beim Geld verlangt man keinen Geschmack, kein Gewicht, keinen Raum; nichts Körperliches, nichts für die direkte Befriedigung eines persönlichen Bedürfnisses. Wir kaufen das Geld als *Ware*, um es als *Ware* wieder loszuschlagen.

Wie gleichgültig das Volk den körperlichen Eigenschaften des Geldes gegenüber ist, ermißt man am besten daran, daß unter tausend keiner zu sagen weiß, wieviel Gramm Feingold er für eine Mark gesetzmäßig zu fordern hat. Wer es nicht glaubt, kann ja leicht den Versuch machen.

Darum fordert man ja auch allein, daß die Geldsubstanz möglichst wenig Eigenschaften habe; darum ist man instinktiv in der Wahl des Geldmaterials nach und nach auf *den* Naturstoff gelangt, der von allen Körpern des Weltalls am stiefmütterlichsten mit Eigenschaften versehen wurde, nämlich das Gold. Wie bettelhaft arm an Eigenschaften ist das Gold, verglichen mit irgend einer Ware, etwa einem Hammer, einem Buch oder Kanarienvogel!

Nicht seiner Farbe wegen hat man das Gold zu Geld gemacht, nicht seines Gewichtes, seines Raumgehaltes, seines Kluges, seines Geruches, seines Geschmackes, auch nicht seiner chemischen Affinitäten wegen. Das Gold rostet nicht, fault nicht, wächst nicht, zergeht nicht, kratzt, brennt und schneidet nicht, es ist leblos, das Urbild des Todes.

Nicht positive, sondern nach allen Seiten hin negative Eigenschaften suchen wir in der Geldsubstanz. Von allen Körpereigenschaften das Minimum, das ist die allgemeine Forderung, die das Volk an die Geldsubstanz stellt.

Kühl bis ans Herz hinan, wie der Kaufmann seinen Waren gegenüber, so betrachtet jeder die Geldsubstanz. Kommt man mit dem Schatten des Goldes aus, so zieht man den Schatten vor, wie die Beliebtheit und die Existenz der Banknote es schlagend beweisen.

Je negativer die Eigenschaften einer Substanz sind, um so positivere Vorzüge hat sie als Geldmaterial. Das ist das ganze Geheimnis der Papierwährung.

Man sagt, die allgemeine Vorliebe für Edelmetalle habe das Gold und Silber zu Geld gemacht. Ich glaube aber, daß im Gegenteil die allgemeine *Gleichgültigkeit* der Warenproduzenten diesen Metallen gegenüber der Grund gewesen ist, warum die Menschen sich einigen konnten, diese Metalle als Geld anzuerkennen. Über eine gleichgültige, neutrale Sache einigt man sich immer schneller als über Eigenschaften, die, je nach unseren individuellen Veranlagungen, auch verschieden auf uns einwirken. Das Gold hat von allen natürlichen Substanzen die wenigsten Eigenschaften, die geringste Verwendbarkeit in der Industrie und Landwirtschaft. Keinem Stoffe gegenüber sind wir so gleichgültig wie gerade beim Golde – darum war es so leicht, das Gold zu Geld zu erklären.

Das Gold findet industrielle Verwendung in der Schmuckwarenindustrie; aber gerade die, die das Gold als *Tauschmittel* benutzen, die Warenproduzenten, die Arbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute, der Staat und das Gericht brauchen in der Regel keine Schmucksachen. Junge Mädchen mögen für das Gold eine Vorliebe haben (oft auch nur weil Gold Geld ist), aber junge Mädchen, die keine Waren produzieren, brauchen keine Tauschmittel, erzeugen keine kaufmännische Nachfrage nach Geld. Und man wird doch nicht die jungen Mädchen darüber haben bestimmen lassen, was als Geld gebraucht werden soll. Das weitaus wichtigste Verkehrsmittel, die Voraussetzung der Arbeitsteilung, die Finanzen des Staates, wird man doch nicht auf die wirtschaftlich schwächsten Bürger, auf putzsüchtige junge Mädchen begründen!

Die Rolle, die die Geldsubstanz spielt, läßt sich ziemlich gut mit dem vergleichen, was das Leder des Fußballes für die Spieler bedeutet. Es kommt den Spielern durchaus nicht auf die Substanz des Balles an, auch nicht mal auf seinen Besitz. Zerrissen, beschmutzt, neu oder alt, alles ist gleichgültig. Ist der Ball greifbar und sichtbar, so kann die Balgerei losgehen. Und um mehr handelt es sich beim Geld auch nicht. Haben oder nicht haben; ein steter rastloser Kampf um seine Erwerbung, nicht weil man den Ball, das Geld an sich, den Geldstoff braucht, sondern weil man weiß, daß andere das Geld wiedergewinnen und zu seiner Wiedergewinnung Opfer bringen müssen. Beim Fußball bestehen diese Opfer in Fußtritten, beim Geld in Waren. Das ist der ganze Unterschied. Und wer Liebhaber ist von kurzen Begriffserklärungen, der wird vielleicht Freude empfinden, wenn ich sage: *Das Geld ist der Fußball der Volkswirtschaft.*

Die Sicherheit und Deckung des Papiergeldes.

Der junge, neue Begriff, der im vorigen Kapitel freudig keimend zwischen den Schollen des Vorurteils hervorschoß, soll nun vorerst vor den kalten Lüften ängstlicher Skepsis geschützt werden, damit er sich zu einem kräftigen Busch mit dorniger Selbstverteidigung entwickeln kann. Dem Spießbürger soll der Gedanke an das Papiergeld keine Gänsehaut, sondern im Gegenteil das behagliche Gefühl der Sicherheit erwecken. Der Bauer, der noch heute vielfach das harte Silbergeld dem Gold als Sparmittel vorzieht, – weil er dem Gold nicht traut – soll das Papiergeld diesem Silbergeld vorziehen, weil sein harter Schädel sich der Wahrheit nicht länger verschließen kann, daß, alles richtig bedacht, der Papierfidibus größere Sicherheit bietet als Gold und Silber.

Es handelt sich darum zu zeigen, daß das Papiergeld nicht allein möglich ist, sondern, daß es auch sicher und gedeckt ist. Ich will nachweisen, daß während das Metallgeld vom Staate, der es prägte, ohne Gesetzesverletzung vernichtet werden kann, das Papiergeld nur zusammen mit dem Staate, mit dem Volke zugrunde geht.

Es ist Tatsache, daß man der Behauptung *Otto Arendts*: Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für $\frac{1}{1392}$ Pfund Gold – mit den Währungsgesetzen nicht entgegentreten kann.

Kein Gesetz schützt den Besitzer gemünzten und ungemünzten Goldes vor einer solchen gesetzlichen Auslegung des Begriffes Geld, ja, die frühere Inschrift der Münzen, XXX ein Pfund fein, sowie die jetzige Inschrift der Banknoten und Kassenscheine „Die Bank (resp. das Reich) zahlt dem Inhaber usw.“ läßt vermuten, daß der Verfasser dieser Inschrift die Ansicht *Arendts* über das Wesen der Münzen teilte. Wir können also ohne große Mühe uns folgenden Fall als möglich denken: Der Staat entzieht aus irgend einem Grunde dem Gold das Geldmonopol, wie er z. Zt. dem Silber dieses Monopol entzog. Statt aber die Münzen gegen neues Geld umzutauschen, läßt er alle Goldmünzen mit einem Hammer breitschlagen und das Blech den Eigentümern mit den Worten zurückgeben: Hier habt ihr das, worauf ihr nach eurer eigenen Aussage rechtlichen Anspruch erhebt – einen Metallbarren mit einem bestimmten Goldgehalt. Geld ist aber dieses Gold von nun an nicht mehr. Wir machen jetzt anderes Geld und nehmen kein Gold mehr an, lehnen auch den Umtausch gegen das neue Geld ab. Die Goldmünze war nach euren eigenen Worten, nach eurer eigenen Theorie des Geldes durch ihren Metallgehalt gesichert. Ihr habt diesen Metallgehalt jetzt unversehrt in der Hand. Seht nun zu, was ihr mit dem Metallbarren anfangen könnt. Es ist eure Sache, ihr hattet dem Staate Goldbarren geliefert, er hatte sie kostenlos für euch, aber mit erheblichen Kosten für den Staat prägen lassen. Jetzt gibt der Staat jedem zurück, was jeder geliefert hat – einen Goldbarren. Zu fordern habt ihr weiter nichts – denn ihr habt ja auch weiter nichts geleistet.

Kein Gesetz schützt heute den Bürger vor solcher Politik. Im Gegenteil, sie steht mit der Theorie, der öffentlichen Meinung und der Inschrift der Münzen in vollem Einklang.

Und doch wäre eine solche Politik eine Pfuscherei schlimmster Art, ein Raubzug gegen alle Besitzer von Bargeld, Pfandbriefen, Wechseln, Konsols, Schuldscheinen, Pensionen, Obligationen usw., die dadurch einen bedeutenden Teil ihrer Habe einfach verlieren würden. Denn Pfandbriefe, Staats- und Gemeindegeldanleihen, Schuldscheine, Pensionen, Wechsel usw. sind einfach Lieferungsverpflichtungen von so und so viel Gramm Gold [Es kann logisch niemand angehalten werden, Schulden in gemünztem Gold zu bezahlen, wenn der Staat das Ausmünzen unterläßt und privates Ausmünzen nicht gestattet ist. Man kann überhaupt niemand zur Lieferung einer Sache anhalten, die Gegenstand eines Monopols ist.], und wenn dem

Gold seine Hauptverwendung plötzlich genommen wird, seine Verwendung als Geldstoff – so ist es klar, daß das Gold billig werden würde. Die mit dem Hammer breitgeschlagenen Münzen, jetzt einfache Metallbarren, würden, Verwendung suchend, den Goldschmieden zuströmen, und ein solch starkes Angebot würde naturgemäß den Preis drücken. Welchen Preis? Nun das Tauschverhältnis des Goldes zu den übrigen Waren und zu dem neuen Geld.

Als man das Silber entmünzte, fiel sein Tauschverhältnis zum Gold von 16 auf 30 und 35, d. h. für eine Tonne Gold lieferte man Jahrhunderte lang bis zur Entmünzung des Silbers 16 Tonnen Silber, nach der Entmünzung des Silbers aber 30 und mehr Tonnen. Der Preissturz wäre noch viel größer gewesen, wenn man in allen Staaten gleichzeitig zur Entmünzung des Silbers geschritten wäre [Es ist anzunehmen, daß, wenn heute einer der großen Handelsstaaten das Gold entmünzte, die anderen Staaten sofort dem Beispiel folgen würden, um sich des von jenem Staate einströmenden Goldes zu erwehren, und um sich vor ähnlichen Verlusten zu schützen, die die lat. Münzunion dadurch erlitt, daß Sie zu lange mit dem Verkauf des Silbers zögerte.]. Vor der Verwendung des Nickels als Münzmetall war der Preis dieses Metalls ganz gering, nachher stieg er um viele hundert Prozent.

Übrigens das, was wir hier als Hypothese setzen, die Aufhebung des freien Prägerechtes für das Gold, die Entziehung der Geldprivilegien für das Gold, wäre um das Jahr 1856 fast zur Tatsache geworden. Die Gläubiger fanden damals, daß die allgemeine Preissteigerung der Waren, die die kalifornischen Goldfunde bedingten, sie zu Gunsten ihrer Schuldner schädigte, und sie drängten auf Aufhebung des freien Prägerechtes. Und tatsächlich schritt auch Holland zu dieser Maßregel. Hätten die kalifornischen Goldfunde nicht ebenso schnell nachgelassen, wie sie sich zeigten, so wäre ganz zweifellos das Schicksal des Goldes damals besiegelt worden.

Was aber wäre das Gold heute, ohne die Privilegien des Geldes, was wäre das Gold, wenn nicht jeder Bürger, jeder, der ein Gewerbe betreibt, jeder, der die Arbeitsteilung aufgenommen und die Urwirtschaft aufgegeben, kurz jeder, der Ware besitzt oder verfertigt – mit diesen Waren eine *Nachfrage* nach Geld, d.h. heute nach *Gold erzeugte*? Was wäre das Gold, wenn es nicht mehr Geld wäre? Es hätte wirtschaftlich die Bedeutung, die das Silber hat, seitdem es nicht mehr Geld ist.

Es wäre ein Rohstoff für den bedeutungslosesten Zweig des 1000ästigen Industriebaumes. Wer spricht heute noch vom Silber? Wem würde es in den Sinn kommen, Silberbarren zu kaufen und diese als Sparmittel zu verscharren? Wen interessiert es noch, ob der Silberpreis auf 200 steigt oder auf 50 fällt? Wer gewinnt, wer verliert, wer macht noch Bankrott, weil der Silberpreis, das Tauschverhältnis des Silbers zu den übrigen Waren sich verändert hat? Höchstens einige Metallhändler würden dadurch betroffen, sonst aber ist allen der Silberpreis so gleichgültig, wie der Zahnschmerz einer Marmorfigur. Früher ja, da genügte es, wenn das Tauschverhältnis zwischen Silber [Auf französisch (l'argent) und spanisch (plata) heißt Silber soviel wie Geld.] und Waren sich um einige Prozent zugunsten des Silbers hob, um alle Räder still stehen zu lassen (Krise), um Tod und Verderben zu verbreiten, um Bankrott, Defizit Arbeitslosigkeit, Hunger und Revolten zu erzeugen.

Vom Silberpreis, d. h. von dem Tauschverhältnis zwischen Silber und Waren hing es ja ab, wie viel Geld man für die Produkte erhielt, und ob man seine Produkte überhaupt an den Mann bringen konnte. Früher enthielt die Frage nach dem Preis einer Ware immer auch die Frage nach dem Preise des Silbers. Wer die Frage stellte: Wie viel kostet dies und das? der erkundigte sich damit nur nach dem Preis des Silbers.

Jetzt ist das anders, weil der Staat durch Federstrich das Silber vom Geld trennte. Dabei braucht man aber nicht zu glauben, daß eine große Volksbewegung nötig gewesen wäre, um dem Silber die Jahrtausende alten Geldprivilegien zu entziehen. „Die große Münzreform“ wurde von einigen Phrasendreschern eingeleitet, begründet und gegen ein anderes Dutzend Phrasendrescher ohne Schweiß und Blut verteidigt. Man lese jene Debatten durch. Vom Hunnenstandpunkte aus wurde die ganze Münzreform behandelt. Leere Redensarten, unverdaute Theorien, billige Beteuerungen, Behauptungen, Ansichten. Das war damals die ganze Währungsdebatte, und alle nachfolgenden, bis auf den heutigen Tag, waren von derselben Qualität. Vom Tauschmittel, von den Bedürfnissen der Waren, von der Arbeitsteilung ist niemals gesprochen worden. Wirklich als ob die Mark D. R.W. nur der 1392. Teil von einem Pfund Gold wäre.

Alles was man der Goldwährung nachsagte, wurde einfach vorausgesetzt. Nichts wurde geprüft. Von wissenschaftlicher

Bearbeitung des Gegenstandes nirgendwo eine Spur. Tatsache ist, daß es heute noch, nach so vielen schmerzlichen Erfahrungen, an einer gesetzlichen Auslegung des Begriffes „Geld“ fehlt, an die man sich in Zweifelsfällen bei der Auslegung der Währungsgesetze halten könnte.

Tatsache ist auch, daß heute noch nicht nur der Bauer, sondern auch die gebildeten Bürger die naivsten Vorstellungen über das Geldwesen hegen, ja daß „viele, selbst der hervorragendsten Nationalökonomien, ohne eine wirklich logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehen.“ (*Knut Wicksell: Geldzins und Güterpreis.*)

Unter solchen Verhältnissen fragt man sich: „Wo ist die Sicherheit und Deckung des deutschen Geldes, der Mark D.R.W.?" In dem Metall des Geldes liegt diese Sicherheit und Deckung nicht. Das zeigt die Tatsache, daß das Silber, das doch mit dem deutschen Geld enger verwachsen war als das Gold, von einem Tag zum anderen ohne Sang und Klang gesetzlich vom Geld getrennt wurde.

In den Gesetzen liegt dieser Schutz auch nicht, denn eine gesetzliche Auslegung des Begriffes Mark „D. R. W.“ fehlt; und zwar fehlt sie so gänzlich, daß man auf die Frage „was ist nach dem Gesetz eine Mark D. R.W.“, immer die gleiche geistreiche Antwort erhält: Eine Mark sind 100 Pfennige – einerlei an wen man sich wenden mag.

In der währungstheoretischen Schulung einer genügenden Anzahl Männer, die der Mark D. R.W. so zu sagen bei der Gesetzgebung als Leibgarde dienen könnte, um sie vor den Angriffen von Pfuschern und Schwindlern zu schützen, liegt diese Sicherheit auch nicht – denn die Gleichgültigkeit des Volkes, der Wissenschaft, der Presse, des Handelsstandes gegenüber der Theorie des Geldes ist so groß, daß man schon Mühe hätte, im Millionenreich der Deutschen nur ein Dutzend Männer zusammenzubringen, mit denen sich überhaupt die Theorie des Geldes ernsthaft besprechen ließe.

Also wo liegt die Sicherheit der Mark D. R.W.? Wer oder was schützt die Mark D. R.W. vor Pfuschern und Schwindlern? Sind es die Traktätchen des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung? Gehören die Verteidiger der deutschen Goldwährung nicht ebenso zu den Pfuschern wie die Angreifer? Man lese doch diese Traktätchen mit Aufmerksamkeit und man wird erkennen, daß ihre Verfasser sich überhaupt noch nicht klar waren, welchen

Zweck das Geld zu erfüllen hat. Daß das Geld Tauschmittel ist, daß das Geld den Tausch der Waren beschleunigen, sichern und verbilligen soll, daß der *Markt* der Prüfstein für die Güte des Geldes ist, nicht aber der Metallgehalt, das Gewicht des Geldes, wird hier überhaupt nicht erwähnt. Vom denkbar niedrigsten Standpunkt, vom Standpunkt des Goldschmiedes und des Bankiers wird hier das Geld betrachtet. Und dieser Verein zur Verteidigung der deutschen Währung trägt jetzt den Siegeskranz! Was für Helden müssen da die Angreifer gewesen sein!

Daß der Metallgehalt der deutschen Reichsmark keinen Schutz, keine Sicherheit, keine Deckung gewährt, haben wir mit der Geschichte des Silbers bewiesen. Man sollte glauben, daß eine Tatsache, die eine solche klare Sprache spricht wie diese, genügen müßte, um die Behauptung, die Mark D. R.W. wäre der 1/392. Teil von einem Pfund Gold, und daß die Mark durch den Metallgehalt allein genügend gesichert sei, als Schwindel zu entlarven.

Dabei ist es allgemein bekannt, daß durch das Spiel der Kräfte, welches man das „Gresham-Gesetz“ [Gresham-Gesetz: Wenn in irgend einem Lande der Geldbestand den wirklichen Bedarf an Tauschmitteln übersteigt und sich dies in einer Preissteigerung zeigt, so wird diese Preissteigerung die Warenausfuhr erschweren, die Einfuhr erleichtern, und als Folge hiervon wird sich in der Bilanz des Außenhandels ein Fehlbetrag zeigen, der ganz einfachsten durch Goldexport gedeckt wird. So wurden zum Beispiel aus Deutschland, wo die Milliarden ausgeschüttet worden waren, in den Jahren 1872/4 für 3646 Millionen Mark (also fast der volle Betrag der Kriegsschädigung) mehr Ware eingeführt als ausgeführt, während noch vor dem Krieg der Außenhandel Deutschlands aktiv gewesen war.

Dieser Goldexport, der ja eine Verminderung des Geldbestandes bedeutet, drückt die Preise auf ihr normales Niveau herab und stellt so automatisch das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr wieder her. Wenn nun aber der Staat ohne Rücksicht auf die Warnung, die der Goldexport ihm macht, den Geldbestand dauernd durch Ausgabe von Papiergeld vermehrt, so geht auch dauernd Gold außer Land, bis daß die Einfuhrhändler auf Schwierigkeit stoßen, Gold (oder ausl. Wechsel) für ihre Warenbezüge aufzutreiben. Diese Schwierigkeiten setzen sich dann sofort in ein Agio um, und dann wirkt dieses Agio als Regulator des Außenhandels, insofern als das Agio die Wareneinfuhr erschwert und die Warenausfuhr erleichtert. Das Agio setzt aber gleichzeitig das Gold im Inlande außer Kurs, da im Inlande an den Staatskassen und vor Gericht nur Papiergeld angenommen und das täglich wechselnde Agio im Verkehr bald als eine lästige Begleitung des Goldes empfunden wird, so daß das Publikum das Gold nur noch ungern annimmt. Das Agio stößt überall an, das Gold wird für den Verkehr unbrauchbar. Es konzentriert sich bald in den Banken – als überschüssig – und bleibt dort brach liegen, bis daß es auf der Suche nach Zins von den Eigentümern über die Grenze expediert wird. So kommt es, daß im Kampfe mit seinem papierernen Konkurrenten das Gold im Inlande immer den kürzeren zieht. Ganz gesetzmäßig wirkt das Papiergeld seinen Konkurrenten, das Gold, über die Grenze, und dieses „Gesetz“ nennt man das Gresham-Gesetz, zur Ehre eines Mannes dieses Namens, der es zuerst gefunden hat.] nennt, das Gold

durch Ausgabe von Papier- und Silbergeld außer Land getrieben werden kann, so oft es die Machthaber wünschen. Der Staat braucht nur mehr Silber zu prägen, die Reichsbank mehr Banknoten zu drucken, und es währt nicht lange, dann wandern die Goldmünzen über die Grenze. Wo ist also diese Sicherheit und Deckung, wenn es von den Gesetzen abhängt, das Gold durch anderes beliebiges Geld zu verdrängen? In Frankreich hatte man, als John Law mit dem Papiergeld experimentierte, Silber und Gold im Verkehr. Diese Sicherheit des französischen Geldes bewährte sich so vorzüglich, daß nach kürzester Zeit nur mehr Geldpapier vorhanden war. Später wiederholte man mit Assignaten den Versuch mit dem gleichen Erfolg. Und als es hieß, den Deutschen den Hunnenschatz als Kriegsbeute auszuliefern, da wurde wiederum mit Papiergeld der Markt vollständig von allem Gold drainiert. Dreimal hat man also in Frankreich das Experiment gemacht, jedesmal mit vollem Erfolg. Dreimal Versagte das Metall als Sicherheit. Und wie war es in Schottland, England, Österreich, Rußland, Spanien, Italien, in den Ver. Staaten, in Südamerika, in Indien? In all diesen Ländern ist das Metall (Gold und Silber) unzählige mal, so oft es die Machthaber (Autokraten und Parlamente) so haben wollten, vom Papiergeld verdrängt worden. Das Metall hat niemals dem Papier widerstehen können. Vor Pfuschern und Schwindlern hat das Geld in dem Goldgehalt nie mehr Schutz gefunden, als das deutsche Geld Schutz in dem Silbergehalt der Taler gefunden hat.

Es gehört also zum Glauben, daß die D. R.W. vor Schwindlern, Pfuschern und Dieben durch den Goldgehalt gesichert sei, eine vollständige Unkenntnis der Geschichte des Geldes überhaupt.

Diese Deckung und Sicherheit kann das Geld nur in dem Vorhandensein einer mit den Währungsfragen vertrauten Schar von Männern finden, die die Sophismen der Pfuscher durchschauen und als solche vor dem Volke entlarven. Alles andere ist Schwindel, Chimäre, Bier.

Übrigens, wenn wir auch ganz von dem Gresham-Gesetz absehen – wer würde denn eigentlich durch den Metallgehalt der Münze gedeckt werden? Zweifellos doch nur die zufälligen Inhaber der Münzen, die Inhaber der 4 oder 5 Milliarden, die in Deutschland an gemünztem Gold umlaufen. Aber was sind diese Miseräbelchen, diese verhältnismäßig ganz bedeutungslosen Mengen Goldes, gegenüber den 1000 Milliarden an Staatsschulden, Pfandbriefen, Wechseln, Pacht- und Mietverträgen? Sind diese

1000 Milliarden auch noch durch den Metallgehalt der 5 Milliarden an Münzen gedeckt? Diese 1000 Milliarden haben nur das Gesetz zur Sicherheit, und das Gesetz, nicht der Metallgehalt der Münze bestimmt, was eine Mark D. R. W. in Pfandbriefen, Konsols usw. bedeutet. Vor 40 Jahren lauteten alle deutschen Pfandbriefe, Konsols, Wechsel auf Silber, und das Gesetz zwang die Schuldner, mit Gold zu bezahlen!!

Auch so betrachtet, erweist sich die Sicherung der Mark D. R. W. durch den Metallgehalt der Münze als Bier und Tabaksqualm.

Das gemünzte Geld ist nur eine Bagatelle [In Deutschland kursieren 5 Milliarden Mark in Goldmünzen und 143 Milliarden in Pfandbriefen, 40 Milliarden an wechseln usw.] im Vergleich mit dem ungemünzten Geld (das sind also alle Geldlieferungsverträge) und darum kann die metallene Sicherheit des Geldes auch immer nur die Bedeutung einer Bagatelle haben. Ganz abgesehen davon, daß selbst diese Bagatelle durch das Spiel der Kräfte, welches im Worte Gresham-Gesetz zusammengefaßt wird, unter der Hand verschwindet.

Als in allen den vorhin genannten Ländern das Metallgeld durch Papiergeld und Kupfermünzen verdrängt wurde und in vielen Fällen auch das Papiergeld noch zu Geldpapier wurde, da fielen auch gleichzeitig alle Schuldverschreibungen, die Konsols, Pfandbriefe, Wechsel auf den Kurs des Geldpapiers.

Ich frage also nochmals, wo blieb die Sicherheit des Metallgeldes?

Das Geld braucht den Staat; ohne Staat läßt sich kein Geld denken; ja man kann sagen, mit der Einführung des Geldes beginnt die Gründung des Staates. Das Geld ist das natürlichste und mächtigste Bindemittel der Völker. Das Weltreich der Römer wurde durch die römische Münze fester als durch die Kohorten zusammengehalten.

Als die Gold- und Silbergruben versiegten und keine Münzen mehr geprägt wurden, da fiel das Weltreich auseinander.

Diese Unentbehrlichkeit des Geldes, *bei gleichzeitiger Unentbehrlichkeit der staatlichen Oberaufsicht über das Geld*, gibt dem Staate eine absolute Macht über das Geld, und dieser absoluten Macht gegenüber erweist sich die metallene Sicherheit der Münze als Spreu im Winde.

Das Geld kann man darum ebensowenig durch das Geldmaterial gegen Machtmißbrauch des Staates schützen, wie man

die Verfassung des Staates mit dem Pergament, worauf sie geschrieben steht, vor Willkürherrschaft schützen kann.

Nur der Staat selbst, der Wille der Machthaber (Autokrat oder Parlament) kann das Geld vor Pfuschern, Schwindlern, Dieben sichern und schützen – vorausgesetzt, daß der Machthaber überhaupt seine Macht zielbewußt zu gebrauchen weiß, was leider bisher noch nie und nirgends der Fall gewesen ist.

Was hier vom Metallgeld gesagt ist, hat natürlich auch Anwendung auf das Papiergeld. Irgend eine Sicherheit bietet der Papierstoff dem Inhaber nicht, weder dem Inhaber des baren Papiergeldes, noch den Inhabern der Geldlieferungsversprechen (Wechsel, Staatsschuldscheine, Pensionären, Miet- und Pachtkontrakte, Lebensversicherungen, Pfandbriefen, Obligationen).

Das Geldpapier ist sogar in dieser Beziehung noch etwas weniger, freilich nur um eine Bagatelle weniger sicher gestellt, als das Metallgeld, dafür aber wird es wieder kräftiger durch das Gesetz geschützt.

Wir haben gesehen, daß der Staat ohne Gesetzesverletzung und in voller Übereinstimmung mit den landläufigen Geldtheorien, die Münzen durch Hammerschlag wieder in das, was sie ursprünglich waren, verwandeln kann, daß er den goldenen Münzen die Privilegien des Geldes entziehen kann, daß der Verlust der Geldprivilegien den Preis des gemünzten Goldes drücken würde, daß der Staat durch kein Gesetz gebunden ist, die Inhaber der Münzen für diesen Verlust zu entschädigen und daß, falls er sich zu einer Entschädigung entschließt, er nicht nach Recht und Gesetz, sondern nur nach Billigkeit handelt. Und die Billigkeit ist eine schwache Position, da kommt es sehr auf die Gesellschaftsklasse an, die an Billigkeit appelliert [Die Agrarier appellierten an den Staat um eine Verteuerung der Volksnahrung durch Grenzsperrung und sie wurde ihnen gewährt. Der Pöbel appellierte an den Staat um Verbilligung der Nahrungsmittel durch Aufhebung der Grenzsperrung – und sie wurde glatt verweigert.].

Ganz anders steht dagegen das Papiergeld dem Gesetz und Recht gegenüber. Der Staat darf dem Papiergeld die Privilegien des Geldes nicht entziehen, ohne die Inhaber zu entschädigen. Der Staat hat bei der Ausgabe des Papiergeldes etwas in Tausch erhalten, und dieses etwas ist er dem Inhaber schuldig. Er muß es zurückerstatten; zweifellos muß er das, es kann dies gar nicht geleugnet werden, auf welchen Standpunkt man sich auch stellt.

Der beste Beweis für diese Entschädigungspflicht ist wohl der, daß sich überhaupt keine anderen Gründe dafür finden lassen als die Selbstverständlichkeit dieser Pflicht.

Der Staat hat den Talern die Geldprivilegien entzogen und die Inhaber durch Tausch der Taler gegen neues Geld *entschädigt*. [Daß durch den Verlust der Geldprivilegien den Talerbesitzern überhaupt ein Schaden entstehen konnte, widersprach und widerspricht noch heute den Metallgeldtheorien.] Eine gesetzliche Entschädigungspflicht bestand nicht, aber man fand außerhalb des Gesetzes genügend Gründe, um so zu handeln. Da war vor allem die Tatsache, daß der Staat die Bürger durch die Steuergesetze vorher gezwungen hatte, silberne Taler zu kaufen, denn der Bauer, der seine Steuern bezahlen wollte, mußte vorher durch Verkauf seiner Kuh Taler kaufen. Durch staatlichen Zwang hatte der Bauer Silber gekauft, nicht weil er irgend einen besonderen persönlichen Bedarf an Silber hatte. Der Staat hatte die Bürger zu einem Ankauf von Talern gezwungen, dadurch übernahm er die Pflicht, den Bürgern auch den Absatz für diese Taler zu sichern, woraus sich dann die Entschädigungspflicht ableiten läßt.

Solche Begründung der Entschädigungspflicht läßt sich ja hören, aber man weiß, wie schwerhörig jeder wird, der nicht hören will. Was nützen da die schönsten Gründe? Sein Recht begründen, heißt seine Schwäche erkennen. Wenn die Agrarier, die heute in Deutschland regieren und die es völlig mit Recht und Billigkeit vereinbar halten, ihr arbeitsloses Einkommen, die Grundrente, vermittelt der Kornzölle und auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen zu erhöhen, damals, als es hieß die Goldwährung einzuführen, gewußt hätten, daß die Entmünzung des Silbers einen Preissturz des Silbers herbeiführen würde, der sie um 50% ihrer, in Silbertalern eingegangenen Hypothekenschulden hätte befreien können – wer weiß, wie sie sich da gegenüber der Entschädigungspflicht verhalten hätten. Ihr späteres Verhalten, als sie (zu spät) den Sachverhalt erkannten, läßt schließen, daß sie die Metallgeldtheorie, wonach ein Taler der XXX. Teil von einem Pfund Feinsilber war, sich zu eigen gemacht und darauf bestanden hätten, ihre in Silbertalern eingegangenen Schulden mit ungemünztem Silber im Verhältnis von 0,3 Pfund per Taler zu bezahlen. Das wäre ein ebenso einträgliches, dabei anständigeres, ehrlicheres Geschäft gewesen, als die Erhöhung ihrer Grundrenten durch Zölle.

Alle solche Geschichten fallen beim Papiergeld fort. Da gibt es keine Parteien, keine Theorien, keine Gesetze, keine Gesetzesauslegung und keine Gründe, um die Entschädigungspflicht des Staates darzutun. Sie ist selbstverständlich. Und darum ist die Sicherheit des Papiergeldes auch größer als die des Metallgeldes – das Papiergeld ist genau so sicher wie die Gedanken und Interessen, die das Volk zu einem Staate zusammenschließen. Das Papiergeld geht nur mit dem Staate zugrunde.

Neben der eingebildeten Sicherheit des Geldes gegenüber der Allmacht des Staates verlangt man für das Geld noch eine *Deckung* oder ökonomische Sicherheit. Der Staat, wird man sagen, mag seine Macht so gut er es versteht gebrauchen; er mag auf den Mißbrauch dieser Macht verzichten, aber das allein bietet keine Gewähr dafür, daß man die Auslagen, die man für die Anschaffung des Geldes gemacht hat, auch immer wird einholen können. Das Metallgeld trägt den Stoff für die volle Deckung dieser Auslagen *in sich*, es hat inneren Wert (einerlei was man sich darunter vorstellt), Wertstoff, während das Papiergeld in dieser Beziehung leer ist und seine Deckung anderswo, auf alle Fälle außerhalb seines Stoffes suchen muß.

Dieser Einwand ist leer, verworren. Zum Teil ist seine Leerheit schon im Kapitel „Was ist der Wert“ und in den vorangehenden Ausführungen über die Sicherheit des Geldes dargetan. Schon der Umstand, daß die Inhaber der Silbermünzen nach dem Verluste der Goldprivilegien sämtlich von dem Umtauschrecht Gebrauch gemacht haben, zeigt uns klar, daß das Metallgeld dem Inhaber keine volle, materielle Deckung seiner Auslagen im Geldstoff bietet. Sonst hätte doch jeder das Silber einfach behalten.

Was sich zu dem schon Gesagten gegen den oben erhobenen Einwand noch Vernünftiges, wenn auch bereits Überflüssiges, sagen läßt, ist etwa folgendes:

Eine Ware ist gedeckt, so lange jemand da ist, der dafür das übliche Quantum Ware oder Geld in Tausch zu geben bereit ist, mit anderen Worten, solange die Nachfrage nicht nachläßt. Sich selbst kann aber keine *Ware* decken. Es gehört ja zum Begriff der Arbeitsteilung und Ware, daß das Arbeitsprodukt seinem Erzeuger direkt nutzlos, ja schädlich ist. Was können, ich wiederhole die Frage, die Schneider, Schuster, Apo-

thecker mit ihren Produkten anfangen, ja was sollen die Bauern mit dem Gold der Münzen anfangen, wenn niemand es ihnen abkaufen würde?

Man denkt, wenn von der Deckung des Geldes die Rede ist, wohl an den Nutzen, den die Besitzer von *Gebrauchsgütern* aus dem Gebrauch dieser Güter (Vorräte, Werkzeuge usw.) ziehen. Diesen Nutzen möchte man auf alle Fälle dem Geldbesitzer durch den Geldstoff sichern. Das Geld soll Ware und gleichzeitig ein Stoff für persönliche Bedürfnisse sein. Man will ein Zwitterding, etwas Unmögliches [Gewöhnlich, wenn der Deutsche etwas will, so will er gleichzeitig auch das Gegenteil. Bismarck.]. An dem Tage, wo allen Geldbesitzern der Geldstoff nützlich wäre., gäbe es ja kein Geld mehr. Und das Geld ist doch unentbehrlich; es soll nicht verbraucht werden.

So lange wir uns in die Arbeit teilen, d. h. so lange wir Waren (d. s. uns selbst nutzlose Dinge) erzeugen, so lange werden wir Tauschmittel, d. h. Geld brauchen. Der Bedarf an Geld ist also dauernd, nie fehlend, auf der Arbeitsteilung, der Grundlage unserer Existenz aufgebaut. Weshalb sollen wir da das Geld verbrauchen, konsumieren, vernichten können? Wäre es nicht im Gegenteil eine Gefahr für den Austausch der Waren, für den Fortbestand der Arbeitsteilung, wenn man das Tauschmittel verzehren, verbrauchen könnte?

Eine solche Deckung des Geldes, wie sie in dem oben gemachten Einwand gesucht wird gibt es nicht und kann es nicht geben.

Nicht durch den Geldstoff ist das Geld *gedeckt*, ist sein Bedarf, die kaufmännische Nachfrage gesichert, sondern durch seine Funktionen als Tauschmittel. In letzter Linie sind es die unerschöpflichen, diebstahlsicheren Schätze, die die Arbeitsteilung dem Menschen bietet, die das Geld decken.

Neben der Arbeitsteilung gibt es keine andere Deckung für das Geld. Die Arbeitsteilung erzeugt einen ununterbrochen fließenden Strom von Waren, die eine ununterbrochene Nachfrage nach Tauschmitteln, nach, Geld, erzeugen, einerlei aus welchem Stoff das Geld hergestellt wird. Ob aus Gold – Silber – Papier gemacht, beeinflusst das Angebot von Waren, also die Deckung des Geldes nicht - da ja, ganz unabhängig von der Beschaffenheit des Geldes, die Produkte der Arbeitsteilung gegen Geld

angeboten werden müssen. *Ob der Bauer für seine Kartoffeln Gold oder Papier erhält, hat keinen Einfluß auf das Quantum Kartoffeln, das der Bauer zu Markte bringt.* Er bringt auf alle Fälle alles hin, was er entbehren kann. Ob auf der Reichsbank 10 oder 100 Tonnen Gold lagern, hat auf das Angebot von Waren, auf die Nachfrage nach Tauschmitteln keinen Einfluß. Und da die *Nachfrage* die eigentliche Deckung des Geldes (wie der Waren überhaupt) ist, so ist auch die Deckung des Geldes von dem Geldstoff unabhängig.

Ware, Geldbedarf und Gelddeckung sind drei verschiedene Ausdrücke für die gleiche Sache. Wo ist die Deckung der Eisenbahnaktie? Etwa in den Schienen und den Bahndämmen? Diese Deckung findet jeder in den Gütermassen, die zur Weiterbeförderung der Bahn täglich zugeführt werden. Die Arbeitsteilung ist die Deckung der Bahnaktie.

Und genau so verhält es sich mit den Anteilscheinen der Geldvorrechte, mit dem Geld. Sieht man ab von den Frachtgütern, so ist die Eisenbahnaktie Makulatur; sieht man ab von der Arbeitsteilung, vom Angebot der Waren, so ist das Geld der nutzloseste Gegenstand, das Papiergeld ist dann Makulatur und das Metallgeld ein Rohstoff der nebensächlichsten aller Industrien.

Fassen wir hier kurz das in diesem Abschnitt Gesagte zusammen:

1. Die Geldsubstanz bietet keinerlei Sicherheit vor Mißbräuchen der Staatsgewalt in Geldangelegenheiten.

2. Die Geldsubstanz kann bestenfalls, wenn wir von der Wirkung des Gresham-Gesetzes absehen, zu einem geringen Teil nur das gemünzte Geld sichern (das Silber deckt heute ca. 40% des Talers) die 1000mal größeren Summen an Geldlieferungsverträgen (Pfandbriefe, Konsols) bleiben ganz ungedeckt.

3. Eine Entschädigungspflicht des Staates, im Falle dem Geld die Geldvorrechte entzogen werden., ist selbstverständlich nur beim Papiergeld; beim Metallgeld muß diese Pflicht gegen den Einspruch starker, interessierter Volkskreise nachgewiesen und verteidigt werden. Dadurch ist die Sicherheit des Papiergeldes größer als die des Metallgeldes.

4. Die Geldsubstanz kann die Nachfrage nach Geld nicht beeinflussen, sie kann infolgedessen auch niemals als Deckung angesehen werden. Die Geldsubstanz vermag die Nachfrage nach

Tauschmitteln, also Geld, weder zu erwecken, noch zu beeinflussen, noch zu beherrschen.

5. Das Geld wird unabhängig von seiner Substanz immer und ausschließlich durch die Arbeitsteilung gedeckt.

6. Die Sicherung des Geldes kann nur allein dadurch erzielt werden, daß gesunde währungspolitische Anschauungen Gemeingut des Volkes und der Machthaber werden.

Alles andere: Metallgehalt, Deckung, Gesetze, Pergamente ist Chimäre, Dunst, Bier.

Welchen Preis soll das Geld erzielen?

Daß man aus Geldpapier Papiergeld machen kann, d.h. daß man für Geldpapier einen höheren Preis erzielen kann, als für ein gleich großes Stück Makulatur, haben wir gezeigt und zwar mit all den Ausführlichkeiten, die die Wichtigkeit der Sache verlangt.

Nun fragt es sich, wie hoch der Preis des Papiergeldes über den Preis des Geldpapieres getrieben werden soll, d. h. wie das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren gestaltet werden soll.

Dies ist in der Tat eine sehr wichtige Frage, überhaupt die einzige Frage, die die Warenerzeuger erregt. Mag den Warenerzeugern der Geldstoff gleichgültig, auf alle Fälle nur Ballast sein; bei der Frage: Wie viel Geld verlangst du für deine Kuh, oder was bietest du mir für meine Werkzeuge – ist die Aufmerksamkeit aller auf das Höchste gespannt. Hängt doch von der Antwort auf diese Frage der Erfolg des ganzen langen Produktionsprozesses ab.

Ändert sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld, kurz gesagt der Preis des Geldes, so erhält jeder beim Verkauf seiner Produkte mehr Geld oder weniger Geld und beim Verkauf des Geldes entsprechend mehr Ware oder weniger Ware. Von diesem Standpunkt aus betrachtet wäre eine Preisänderung des Geldes eine ziemlich gleichgültige Sache.

Aber nicht alle geben das Geld, das sie einkassiert haben, gleich wieder für Waren aus. Und für diese ist es durchaus nicht gleichgültig, ob sich die Preise der Waren in der Zeit zwischen Verkauf und Kauf verändert haben. Und noch weniger gleichgültig ist der Preis des Geldes für alle Schuldner und Gläubiger; ja für diese ist die Frage: Wie viele meiner Produkte werde ich für die Auftreibung von Zins und Amortisation meiner Schulden

verkaufen müssen (resp. wie viele Waren erhalte ich für die eingehenden Zinsen und Amortisationen meiner Guthaben), eine Lebensfrage. Auch werden wir später sehen, daß die Frage nach dem Preis des Geldes vom rein handels-technischen Standpunkt betrachtet die Entscheidung über Leben und Tod des Warenaustausches und demzufolge auch der Arbeitsteilung, der Grundlage unserer Existenz, enthält.

Hier wollen wir aber zur Beleuchtung der Wichtigkeit, die die Frage, welchen Preis das Geld haben soll, enthält. nur die Verhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner betrachten.

Das „Haben“ der Schuldner (Pfandbriefschuldner, Obligationenschuldner, Wechselschuldner, Pächter, Mieter, Inhaber von Lebensversicherungspolice, Steuerzahler usw. usw.) besteht in der Regel aus Waren, Maschinen, Grundstücken, Vieh, während das „Soll“ ausnahmslos in einer bestimmten Summe Geld besteht. Und das Geld für dieses „Soll“ kann der Schuldner nur dadurch auftreiben, daß er Teile seines Habens, in der Regel seine Arbeitsprodukte, gegen Geld verkauft.

Verschiebt sich nun das Tauschverhältnis der Waren zum Geld, so verschiebt sich auch das Verhältnis vom Soll zum Haben. Braucht ein Gutsbesitzer z. B. bei einem Preis von 250 Mk. für 1000 kg Weizen (Preis nach Einführung der Getreidezölle) den vierten Teil seiner Ernte für Zins und Amortisation der Hypotheken (resp. für Pacht), für seine Steuern, Versicherungspolice usw., so wird er diesem Zwecke ein Drittel seiner Ernte opfern müssen, falls die Zölle abgeschafft würden, und dieses Mehr kann unter Umständen den gesamten Betriebsüberschuß verschlingen, den Bankerott des Schuldners herbeiführen.

Und umgekehrt natürlich, falls die Preise steigen. Umgekehrt auch verhalten sich die Sachen für den Gläubiger. Dieser gewinnt unvermittelt alles, was der Schuldner verliert; er verliert, was sein Schuldner durch Preisänderungen gewinnt.

Bei der kolossalen Entwicklung des heutigen Kreditwesens (es handelt sich in Deutschland vielleicht um *tausend Milliarden* Mark, deren Zinsen und Tilgungsbeträge regelmäßig nur durch den Verkauf von Arbeitsprodukten aufgebracht werden), genügt eine nur geringe Änderung des Geldpreises, um eine Volkskasse zu Gunsten der anderen um Milliarden und aber Milliarden zu belasten.

Ein Rückgang der Warenpreise von durchschnittlich 1%, also eine Bagatelle für unsere gepriesene Goldwährung, bedeutet für die deutschen

Schuldner mehr als was die fünf Milliarden für die französischen Bürger bedeuteten.

Muß, um ein weiteres Beispiel anzuführen, der Lohnarbeiter für die Verzinsung und Tilgung der Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden 100 Mk. jährlich an direkten und indirekten Steuern aufbringen, so hängt es ganz davon ab, wie sich das Tauschverhältnis zwischen Geld und Arbeitsprodukt gestaltet, ob er diesen Schulden jährlich 10–20 oder 50 Tage frohnen muß.

Welchen Preis sollen wir nun dem Geld geben? Sollen wir darauf hinwirken, daß der Preis steigt, um die Gläubiger zu plündern zugunsten der Schuldner, oder sollen wir die Schuldner plündern, um die Rentner zu bereichern? Kurz sollen wir den Gläubigern oder Schuldnern diese Frage zur Entscheidung vorlegen, soll das Geld von Spitzbuben verwaltet werden? Antwort:

Wir wollen niemand betrügen, und Privatinteressen dürfen in der Verwaltung des Geldes nicht berücksichtigt werden. An den Galgen mit den Spitzbuben

Das Geld soll über Ort und Zeit hinweg ewig denselben Preis erzielen, den es *heute* hat. Was man in Waren dafür bezahlt hat, das hat jeder für das Geld morgen, in einem oder zehn Jahren, zu fordern. So zahlt der Schuldner zurück, was er erhalten, und der Gläubiger erhält, was er gegeben: keinen Pfennig mehr noch weniger.

Auch dieses versteht sich von selbst, braucht nicht begründet zu werden.

Wie der Preis des Geldes mit Genauigkeit ermittelt werden kann.

Wenn der Preis des Geldes fest bleiben soll, so muß auch der Beweis erbracht werden können, daß der Geldpreis fest geblieben ist. Wenn man diesen Beweis nicht erbringen könnte, so würden die Gläubiger resp. die Schuldner ewig unzufrieden sein und eine Herabsetzung resp. Erhöhung des Geldpreises fordern. Nur dadurch kann man die Klagen der Gläubiger und Schuldner zum Verstummen bringen, daß man ihnen schwarz auf weiß beweist, daß der Preis des Geldes unverändert geblieben ist.

Der Streit zwischen den Vertretern der Goldwährung und der sogenannten Doppelwährung drehte sich in der Hauptsache um die Frage,

ob der Geldpreis sich verändert hatte. Diese Frage wurde von beiden Seiten von einer Fiktion (dem sogenannten Wert, inneren Wert, Wertstoff, Wertkonserve) aus betrachtet und konnte darum nicht beantwortet werden. Die prächtigsten, geistreichsten Beweismittel der Bimetallisten wurden regelmäßig durch diese Fiktion in Unsinn verwandelt. Zeigten die Bimetallisten mit Hilfe fleißiger, statistischer Arbeiten, daß die Warenpreise seit Einführung der Goldwährung um 10–20–50% gesunken waren, so sagten die Vertreter der Goldwährung, das wäre ohne Bedeutung, da es ja gar nicht auf den Preis des Geldes, sondern auf seinen „Wert“ ankäme, wie die Bimetallisten es ja selber zugäben. Der Preis der Waren wäre allgemein gesunken, weil durch Verbesserung der Technik die Produktions- und Transportkosten gesunken wären. Was nebenbei gesagt unrichtig ist. Denn wären die Produktionskosten *allgemein* gesunken, so wären auch die des Goldes gesunken, wodurch der Einfluß dieses Faktors auf die Preise aufgehoben worden wäre. Die Preise sinken doch, wenn das Angebot von Waren wächst, bei unverändertem Angebot von Geld. Wächst aber das Angebot von Geld zusammen mit dem Angebot von Waren, so bleiben die Preise unverändert. Aber zu einer so überaus einfachen, vernünftigen, klaren Anschauung kann sich niemand emporschwingen, der im Wertsumpf herumwatschet. Nur entschiedene, überzeugte Wertrenegaten können den Beweis erbringen, daß die Goldwährung ein Mißgriff war, durch den die Schuldner, zu denen auch der Staat gehört, zugunsten ihrer Gläubiger geplündert wurden. Die Bimetallisten hätten den Sieg davongetragen, er wäre ihnen sogar sehr leicht gewesen, wenn sie den Kampf auf dem Boden des Geldpreises ausgefochten hätten, aber sie entwaffneten sich selbst, als sie sich auf den Wertschwindel einließen.

Der Preis des Geldes kann nur in Waren ausgedrückt werden. Der Preis der Waren hat, wenn wir vom Tauschhandel absehen, nur *einen* Ausdruck, nämlich eine Geldsumme; der Geldpreis hat so viele Ausdrücke, wie es Warenarten, Warenqualitäten, Warenlieferungsfristen und Warenstandorte gibt. Wer sämtliche Marktzettel, Preislisten, Kataloge eines Landes rückwärts liest, der weiß genau wie viel zur Stunde das Geld gilt.

Will man aber erfahren, ob der Geldpreis sich verändert hat, so genügt ein einfacher Vergleich mit den gestrigen Warenpreisen nicht, denn während vielleicht 10 Millionen verschiedene Waren im Preise stiegen, sind andere Millionen Artikel im Preise gefallen.

Dabei kann es auch selbstverständlich nicht gleichgültig sein, ob die Steinkohle, der Weizen, das Eisen, oder ob die Nadel, die Kanarienvögel, die Knöpfe ihren Preis veränderten.

Ein Beispiel zeigt das:

A. kauft:	1 Tabakspfeife	Mk.	1,00
	1 Schachtel Wichse	„	0.50
	1 Dtzd. Stahlfedern	„	0.50
	1 Hut	„	3,00
	1 Paar Stiefel	„	4,00
	1 Hose	„	<u>11,00</u>
		Mk.	20,00

Ein Jahr darauf steckt er wieder 20 Mk. ein, um die gleichen Gegenstände am gleichen Orte zu kaufen. Die Preise haben sich aber verändert; man fordert für:

	1 Tabakspfeife	Mk.	1,10	m.
	1 Schachtel Wichse	„	0.60	m.
	1 Dtzd. Stahlfedern	„	0.80	m.
	1 Hut	„	2,50	w.
	1 Paar Stiefel	„	3,00	w.
	1 Hose	„	<u>10,00</u>	w.
		Mk.	18,00	

Trotzdem also die eine Hälfte dieser 6 Artikel im Preise stieg und die andere im Preise fiel, ist der „*Durchschnittspreis*“ um 2 Mk. oder 10 Proz. zurückgegangen. Mit obigen Waren gemessen, wird der Käufer einen Preisaufschlag des Geldes von 11 Proz. feststellen; er erhält für sein Geld 11 Proz. mehr Ware als früher.

Um nun das Gleichgewicht mit früher herzustellen, braucht man nicht das frühere gegenseitige Tauschverhältnis der Waren wiederherzustellen, sondern es genügt, das Geld um 11 Proz. zu verbilligen; alle Waren müßten einfach 11 Proz. höher im Preise stehen. Auf das gegenseitige Verhältnis der Warenpreise hat das Geld nur mittelbaren Einfluß. Wenn gleichzeitig die Wichse im Preise steigt und die Hosen im Preise fallen, so liegt das in der Regel an veränderten Produktions- oder Absatzverhältnissen – nur wenn man im „*Durchschnitt*“ mehr oder weniger Ware von der gleichen Beschaffenheit für das gleiche Geld erhält, kann man sagen, daß sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld verändert hat. Unbekümmert um die früheren Preise müßte also für obige 6 Artikel ein gleichmäßiger Zuschlag von 11 Proz. eintreten. Dann hätten wir:

1 Tabakspfeife	Mk.	1,10		Mk.	1.221
1 Schachtel Wichse	„	0,60		„	0.666
1 Dtzd. Stahlfedern	„	0,80	+ 11 Proz.	„	0.888
1 Hut	„	2,50		„	2.775
1 Paar Stiefel	„	3,00		„	3.330
1 Hose	„	<u>10,00</u>		„	<u>11.100</u>
				Mk.	20,000

Dieser gleichmäßige Preisaufschlag für alle Artikel kann nur von einer auf alle Waren gleichmäßig wirkenden Ursache kommen, nicht von Änderungen in den Produktionskosten, und gleichmäßig auf alle Warenpreise kann nur allein das *Geld* wirken. Machen wir aus einer Mark zwei, so steigen die Preise um 50 Proz., doch das gegenseitige Tauschverhältnis der Waren bleibt unverändert [Die Rückwirkung der Preisänderungen auf die Finanzen der Gläubiger und Schuldner, der Rentner und Arbeiter, und der Einfluß dieser Wirkung auf die Nachfrage und den Preis der von den Rentnern und Arbeitern gekauften (sehr verschiedenen) Waren, bleibe hier, da für das Verständnis der Sache wesenlos, ganz unberücksichtigt.].

Um die etwa im Geldpreis vorkommenden Schwankungen zu ermitteln, müssen wir also den Durchschnittspreis der Waren ermitteln und diesen mit dem Durchschnittspreis einer früheren Periode vergleichen.

Da hier Milliarden auf dem Spiele stehen, da von dem Geldpreis das Wohl und Weh der Gläubiger und Schuldner abhängt, so bedarf es hier einer exakten Arbeit. Die Methode, die hier angewandt wird, muß dem Einfluß der Privatinteressen entrückt sein und ein mathematisch genaues, wissenschaftlich unanfechtbares Resultat liefern. Sonst würden die Klagen der Gläubiger und Schuldner kein Ende nehmen.

Dieses genaue, unanfechtbare Ergebnis liefern leider die bisher vorgeschlagenen Verfahren nicht. Vor der Schwierigkeit zurückschreckend, die Millionen und aber Millionen von verschiedenen Waren, verschiedener Qualität und verschiedenen Standortes offiziell nach ihrer gegenseitigen Bedeutung zu klassifizieren und deren Preise zu ermitteln, hat man vorgeschlagen, sich mit den Preisen einer beschränkten Anzahl von Waren, und zwar der an den Börsen verhandelten Stapelartikel zu begnügen und die relative Bedeutung dieser Waren nach dem in ihrer Produktion und im Handel beanspruchten Kapital einzuschätzen.

Anm. der Red.: Der Zuschlag von 18,00 Mk auf 20,00 Mk muß 11,11112% betragen um zu 20,00 Mk zu führen. Sonst ergibt dies nur 19,98 Mk.

So sind die „Index Numbers“ von S., Säuerbecks, Soetbeers u.a. zustande gekommen.

Um das Verständnis dieser für die Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Materie zu erleichtern, lasse ich hier eine solche Tabelle folgen, indem ich dazu bemerke, daß ich die Zahlen aus der Luft greife und diesen also nur eine illustrative Bedeutung zukommt!

Tabelle
zur Ermittlung der Durchschnittspreise der Stapelartikel.

	1860			1880			1900		
	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.
1. Wolle	1.00	100	100	0.80	90	72	0.70	40	28
2. Zucker	1.00	20	20	0.90	90	81	0.80	110	88
1. Lein	1.00	70	70	1.10	40	44	1.20	10	12
2. Baumwolle	1.00	20	20	0.90	40	36	0.80	60	48
1. Holz	1.00	150	150	1.20	100	120	1.30	80	104
2. Eisen	1.00	50	50	0.80	100	80	0.70	130	91
1. Getreide	1.00	400	400	0.80	300	240	0.75	260	195
2. Fleisch	1.00	150	150	1.20	200	240	1.40	260	364
1. Indigo	1.00	30	30	0.80	5	4	0.75	1	7
2. Petroleum	1.00	10	10	1.10	35	38	1.20	49	58
		1000	1000		1000	955		1000	995

Anm. der Red.: In Spalte "1900", Posten "Indigo" ist $0,75 \times 1 = 7$ falsch. So stimmt die Addition mit 995 nicht. Wenn 7, entweder $0,75 \times 9,33334 = 7$, oder $0,70 \times 10 = 7$.

Erläuterungen: Nach obiger Tabelle wäre der Durchschnittspreis obiger 10 Artikel von 1000 im Jahre 1860 auf 955 im Jahre 1880 und auf 995 im Jahre 1900 gefallen.

Das in den 3 Rubriken b angeführte Quantum muß natürlich immer auf eine gleiche Summe (hier 1000) zurückgeführt werden, um das Resultat nicht zu fälschen. Auf die absolute Höhe dieser Summe kommt es natürlich nicht an, sondern nur auf die Richtigkeit der relativen Größe der Einzelzahlen. Würden wir z. B. die Summe der angeführten Zahlen auf 500 oder 100 zurückführen, so würde das Endresultat doch das gleiche bleiben. Das Verhältnis der Zahlen 1000–955–995 bliebe unangetastet.

Der Preis der ersten Kolonne a versteht sich für ein Quantum Ware, das man für 1 Mark erhält, z. B. 220 g Wolle, 1530 g Zucker, 197 g Lein usw. Darum erscheinen hier alle Preise gleichmäßig auf 1 Mk. zurückgeführt. Die folgenden Preise der zweiten und dritten Kolonne a von 1880 und 1900 verstehen sich für das gleiche Quantum Ware, das man 1860 für je 1 Mark erhielt – also wieder für 220 g Wolle, 1530 g Zucker usw.

Um alle Schwierigkeiten, die bei dieser Methode der Preisermittlung zu überwinden sind, möglichst in obiger Tabelle zu vereinigen, habe ich die Artikel so gewählt, daß einem Artikel, der an Bedeutung für die heimische Volkswirtschaft abnimmt, gleich ein anderer folgt, der an Bedeutung zunimmt. So z. B. Wolle und Zucker. Die deutsche Schafzucht ist in den letzten Jahrzehnten stetig zurückgegangen, und die Wolle hat darum für die deutsche Volkswirtschaft bei weitem nicht mehr dieselbe Bedeutung wie vor 40 Jahren. Damals wirkten die Preisänderungen der Schafwolle zurück auf den Preis einer ungeheuren Schafherde und auf die Rente gewaltiger Landstrecken, die als Schafweiden benutzt wurden. Heute dagegen ist die deutsche Landwirtschaft kaum noch am Wollpreis interessiert, und wenn dieser heute von 100 auf 50 fiel, so würden 99 Proz. der deutschen Bauern dies kaum erfahren. Nur die relativ geringe Zahl von Wollhändlern, Webern und Tuchhändlern würde davon betroffen.

Dadurch nun, daß in obiger Statistik der Preis mit dem Quantum multipliziert wird, führen wir den Wollpreis auf seine wahre Bedeutung zurück.

Ebenso verhält es sich mit dem Zucker, nur im umgekehrten Verhältnis. Die deutsche Zuckerindustrie ist seit 1860 stetig und stark gestiegen, nicht nur absolut, sondern auch relativ zu den anderen Industriezweigen. Viele Schafweiden sind in Rübenfelder umgewandelt worden, zahllose Bauern, ungeheure Kapitalien an Land, Fabriken, Vorräten sind am Zuckerpreis interessiert, und darum ist auch in obiger Statistik dem Zucker ein stetig wachsender Einfluß eingeräumt worden.

Und ähnlich verhält es sich mit den anderen angeführten Artikeln, Lein und Baumwolle, Holz und Eisen, Getreide und Fleisch, Indigo und Anilin.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir

1. die Vollständigkeit einer solchen Aufstellung,
2. die Richtigkeit der Preisermittlung,
3. die Richtigkeit der Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen

Waren

voraussetzen, das Ergebnis einwandfrei, sogar mathematisch richtig sein würde.

Aber diese Vollständigkeit und Richtigkeit voraussetzen, heißt wohl Unmögliches voraussetzen. Es gibt Millionen von verschiedenen Artikeln, und jeder einzelne hat zahllose Qualitätsunterschiede. Man durchstöbere z. B. die Kataloge einzelner Fabriken, z. B. fotografischer Artikel, Drogen, Eisenwaren usw. Da findet man 1000 Artikel in einer Hand. Und wie will man offiziell die Preise ermitteln? Die Fabriken haben für die verschiedenen Abnehmer blaue, rote, grüne, weiße Zettel mit

verschiedenen Rabattsätzen. Wird man nun den offiziellen Preisermittlern die weißen oder grünen Rabattzettel geben?

Jedoch, wenn es kein anderes, einfacheres Mittel gäbe, um zu diesem einwandfreien, mathematisch genauen Ergebnis zu gelangen, so könnte man sich als Notbehelf mit dem Ungefähr begnügen, und anstatt sämtlicher Waren könnte man etwa 300 bis 400 oder 500 der wichtigsten Stapelartikel zur Statistik heranziehen.

Wenn man dann noch diese Arbeit von den verschiedenen Handelskammern vornehmen ließe und den Durchschnitt dieser Aufzeichnungen nähme, so ließe sich wenigstens vom Standpunkt der Unparteilichkeit gegen Schuldner und Gläubiger nicht viel einwenden.

Auf mathematische Genauigkeit müßte man natürlich verzichten, denn

1. lassen sich Warenpreise durch Mittelspersonen und besonders offiziell genau überhaupt nicht ermitteln,
2. ist die Ermittlung der relativen Bedeutung der verschiedenen Waren eine höchst komplizierte Sache.

Aber, wäre das ein Grund, warum man jetzt auf alle Messungen des Geldpreises verzichten sollte? Das Brot mißt man nicht mit dem Pariser Normalmaß, und auch der Schneider bedient sich dieses Maßes nicht. Trotzdem erklären sich die Käufer mit dem Gebrauch des hölzernen Meterstockes einverstanden. Wäre das Ungefähr einer solchen Preisermittlung des Geldes nicht den windigen Beteuerungen des Reichsbankpräsidenten vorzuziehen? Was wissen wir heute vom Preise des deutschen Geldes? Nichts als was uns unsere persönlichen Beobachtungen oder interessierte Personen ohne Beleg ohne Beweise zu sagen für gut halten!

Dieser blinden Unwissenheit gegenüber wäre also ein ungefähres Maß für die Bewegungen des Geldpreises von großem Vorteil, sowohl praktisch wie theoretisch. Ein solches Maß würde uns vielleicht manche Überraschungen bringen und den Goldanbetern rote Verlegenheiten bereiten, aber ist das ein Grund, warum man darauf verzichten sollte? Nimmt der Richter bei seinen Fragen Rücksicht auf die Verlegenheit des Diebes? Ist ein Talglicht nicht besser als stockfinstere Nacht? Ist der Zweifel, den die Wissenschaft schürt, nicht dem blinden Glauben vorzuziehen?

Seit 30 Jahren werden wir vom Reichsbankpräsidenten mit der Behauptung abgespeist, die deutsche Währung bewähre sich vortrefflich, und seit 80 Jahren warten wir auf den Beweis für diese Behauptung.

Die nach obiger Methode angelegte Preisstatistik würde uns einen Anhaltspunkt geben, um diese Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Warum hat man bisher diese Statistik nicht gemacht? Antwort: Weil man das Licht fürchtet, das eine solche Statistik in unsere Verhältnisse und in die Machinationen der Reichsbank werfen würde. Alchimisten hassen die exakte Forschung; die Routine haßt die Wissenschaft.

Jedoch, wir brauchen uns gar nicht in bezug auf die Preisermittlung des Geldes mit dem Ungefähr zu begnügen; wir können den Preis des Geldes mit mathematischer Genauigkeit ermitteln, so oft es als nötig erachtet wird.

In der Zeitschrift „Die Geld- und Bodenreform“ habe ich vor einigen Jahren unter dem Titel „Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises“ ein Verfahren veröffentlicht, wie man den Durchschnittspreis wirklich *aller* Waren ohne eine einzige Ausnahme, vom Weizen bis zu den Küchenabfällen, unter genauester Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen Waren mit mathematischer Sicherheit ermitteln kann, *ohne dabei den Staat weder mit der Ermittlung der Preise noch mit der Berechnung der Bedeutung jeder Ware zu belasten*. Diese Arbeit wird nach dieser neuen Methode von den Besitzern und Verfertigern der Ware selbst vorgenommen, und zwar auch für diese ohne nennenswerte Belastung. Mit drei dem Inventurbuche entnommenen Zahlen ist für alle der persönliche Beitrag zur Preisermittlungsstatistik gemacht. Der Staat wird nur nackte Zahlen, keine Preise und Qualitäten zu bearbeiten haben. Für die ganze, dem Staate zufallende Arbeit wird ein Dutzend invalider Unteroffiziere genügen.

Diesem neuen Verfahren für die Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren liegt die Inventur-Gewinn- und Verlustrechnung zugrunde, welche einzelne Kaufleute und Unternehmer aufstellen, wenn sie erfahren wollen, inwieweit *ihre Bilanz durch Preisverschiebungen innerhalb ihres Warenlagers* beeinflußt wurde.

Es handelt sich hier nicht um den Betriebsgewinn oder Unternehmergewinn, sondern nur um die Gewinne resp. Verluste auf das Inventar, die von Preisveränderungen herrühren. Der Inventurgewinn ist vom Unternehmergewinn (bzw. Verlust) immer nur

ein Bestandteil; nur bei reinen Spekulationsgeschäften fallen beide in eins zusammen.

Während der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf der Waren liegt, verändern sich die Warenpreise fortwährend, und wenn der Kaufmann für seine Inventur die Preise der Waren auswirft, so darf er nicht etwa einfach die Einstandspreise (Kostenpreise) anrechnen, sondern er muß die Preise ansetzen, zu denen er die betreffenden Waren am Tage der Inventur würde erstehen können. Handelt er anders, so ist seine Bilanz falsch. Steht der Kostenpreis höher als der Tagespreis (Inventurpreis), so hat der Kaufmann verloren, steht er niedriger, so hat er gewonnen.

Der Regel nach gewinnt der Warenbesitzer auf einzelne Waren, während er auf andere verliert. Zieht er den Gewinn vom Verlust ab, so sagt ihm der Rest, wie viel er im Durchschnitt gewonnen oder verloren hat infolge von Preisänderungen. Bringt er diesen Rest in Vergleich mit seinem Warenkapital, so weiß er in Prozenten, um wie viel im Durchschnitt die Preise seiner Waren seit der Zeit ihres Ankaufes gestiegen oder gefallen sind.

Nehmen wir nun an, daß jeder Unternehmer, Fabrikant, Kaufmann, Landwirt, Handwerker usw. eine solche Rechnung macht (bzw. durch Gesetz dazu gezwungen wird) und daß jeder das Resultat dieser Rechnung unter Angabe:

1. des Gewinnes (bzw. Verlustes),
2. des Kapitals, worauf sich der Gewinn (bzw. Verlust) verteilt, einer Zentralstelle meldet, so wird man hier nur diese Ziffern zu summieren brauchen, *um festzustellen, um wieviel in Prozenten der Durchschnittspreis aller Waren des Landes gestiegen oder gefallen ist, und zwar wirklich aller Waren ohne Ausnahme, mit genauer Berücksichtigung des Quantum jeder Ware.*

Heben sich sämtliche Gewinne und Verluste aus Preisdifferenzen ohne Rest auf, so ist der einwandfreie Beweis erbracht, daß im Durchschnitt die Warenpreise weder gefallen noch gestiegen sind. Überwiegen die Gewinne die Verluste, so wird man sagen, daß die Warenpreise im Durchschnitt gestiegen sind; überwiegen die Verluste, so wird man umgekehrt daraus schließen, daß die Preise gefallen sind. Bringt man den Gewinn (bzw. Verlust) in Vergleich mit der Gesamtsumme, auf die sich der Gewinn verteilt, so kann man in Prozenten feststellen, um wie viel die Preise gestiegen bzw. gefallen sind, oder mit anderen Worten: um wie viel das Tauschverhältnis zwischen Waren und

Geld sich in Prozenten nach der einen oder der anderen Seite verschoben hat.

Trotzdem die ganze Sache einfach und durchsichtig ist, so will ich doch, den seltsamen Vorurteilen und Ansichten, welche selbst viele Fachleute in dieser Angelegenheit beherrschen, Rechnung tragen und, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, durch Beispiele diese neue Methode zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren erklären.

Beispiele von Inventur-Gewinn- und Verlustrechnungen:

1. des Kaufmanns Müller:

auf Lager:	Inventur-Preis:	Betrag:	Einstandpreis:	Betrag:
1000 Strümpfe	2,20	2.200,00	2,10	2.100,00
300 Hemden	12,50	3.750,00	13,00	3.900,00
500 Hosen	9,30	4.650,00	9,60	4.800,00
700 Kragen	4,10	2.870,00	3,40	2.380,00
2000 Hüte	7,60	<u>15.200,00</u>	7,20	<u>14.400,00</u>
usw.	Mk.	28.670,00	Mk.	27.580,00
Inventur- oder Tagespreis	Mk.	28.670,00		
÷ Einstands- oder Kostenpreis	<u>Mk.</u>	<u>27.580,00</u>		
Gewinn	<u>Mk.</u>	<u>1.090,00</u>		
oder 3,9 Proz. des Kapitals von	Mk.	28.670,00		

Die Waren, die Kaufmann Müller auf Lager hat, sind zum Teil im Preise gestiegen, zum Teil gefallen, im Durchschnitt aber stehen sie um 3,9 Proz. höher. Müßte er diese Waren heute kaufen, so würde er 28.670,00 Mk. dafür auslegen müssen, während sie ihn nur 27.580,00 Mk. gekostet haben.

Anm. der Red.: 1090,00 von 28.670,00 = 3,8%, nicht 3,9%.

*) Preis, den Müller zahlen müßte. wollte er die Waren jetzt kaufen, oder zu dem er das verkaufte ersetzen kann.

***) Preis, den Müller gezahlt hat.

2. des Landwirts Schulze:

Produkte:	Erzielter Preis:	Erlös:	Vorgängiger Preis:	Betrag:
100 Ztr. Roggen	16,00	1.600,00	18,00	1.800,00
1000 Ztr. Kartoffeln	3,00	3.000,00	2,50	2.500,00
50 Ztr. Wolle	100,00	5.000,00	110,00	5.500,00
5000 l Milch	0,10	500,00	0,09	450,00
50 Ztr. Mastochsen	80,00	<u>4.000,00</u>	90,00	<u>4.500,00</u>
	Mk.	14.100,00	Mk.	14.750,00

Wirklicher Erlös aus den verkauften Produkten	Mk. 14.100,00
Zu den vorgängigen Preisen hätten die gleichen Produkte erbracht	<u>Mk. 14.750,00</u>
Verlust	Mk. 650,00

d.h. infolge der Preisverschiebungen hat Landwirt Schulze eine Mindereinnahme von 650,00 Mk. gehabt oder 4.7 Prozent seiner Gesamtproduktion. Wären infolge einer gleichmäßig alle Waren treffenden Ursache die Preise um 4.7 Proz. höher gewesen, so hätte er statt 14100 Mk. 14750 Mk. eingenommen.

3. des Grubenbesitzers Schmidt:

Gefördert:	Jetzt erzielter		Früherer	
	Preis:	Erlös:	Preis:	Erlös:
10000 t Kohlen	20,00	200.000,00	18,00	180.000,00
Jetzt erzielter Erlös		Mk. 200.000,00		
Wert zu vorgängigem Preis		<u>Mk. 180.000,00</u>		
	Gewinn	Mk. 20.000,00		

4. des Gießereibesitzers Schuster:

auf Lager: Tagespreis: Betrag: Einstandpreis: Betrag:

200 t Kohlen	20,00	4.000,00	15,00	3.000,00
300 t Eisen	90,00	27.000,00	120,00	36.000,00
10 t Messing	200,00	2.000,00	180,00	1.800,00
50 t Blei	100,00	<u>5.000,00</u>	120,00	<u>6.000,00</u>
usw.	Mk.	38.000,00	Mk.	46.800,00
		Tagespreis:	<u>Mk.</u>	<u>38.000,00</u>
		Verlust:	Mk.	8.800,00

Nehmen wir nun an, daß *alle* Kaufleute, Unternehmer, Landwirte usw. im ganzen Deutschen Reiche verpflichtet werden, zugleich mit den jährlichen Erklärungen für die Vermögens- und Einkommensteuer anzugeben, welche Gewinne oder Verluste sie durch Preisverschiebungen erlitten haben, unter Angabe der Summe, auf die sich der Betrag verteilt, so erhalten wir das Material zu folgender Rechnung:

Zusammenstellung der Einzelangaben.

Stadt Aachen:

	auf Mk.	Gewinn:	Verlust:
1. Kaufmann Müller	28.670,00	1.090,00	–
2. Landwirt Schulze	14.100,00	–	650,00
3. Grubenbesitzer Schmidt	200.000,00	20.000,00	–
4. Gießereibesitzer Schuster	38.000,00	–	8.800,00
5. Tischlermeister A.	25.000,00	550,00	–
6. Nadelfabrikant B.	140.000,00	12.000,00	–
7. Tuchfabrikant C.	240.000,00	–	16.000,00
8. Drogenhändler D.	150.000,00	7.000,00	–
9. Kaffeehändler E.	300.000,00	–	25.000,00
10. Gerbereibesitzer F.	<u>170.000,00</u>	–	<u>15.000,00</u>
usw.	Mk. 1.305.770,00	<u>40.640,00</u>	65.450,00
Gewinne	Mk. 40.640,00		
Verlust	<u>Mk. 65.450,00</u>		
Verlust	Mk. 24.810,00		
	auf Mk. 1.305.770,00 = 2 Proz.		

d.h., damit sich im Durchschnitt Gewinn und Verlust ausgleichen konnten, hätten sämtliche Warenpreise 2 Proz. höher stehen müssen.

Anm. der Red.: 24.810,00 von 1.305.770,00 = 1,9% nicht 2%

Es leuchtet ein, daß, wenn wir diese Zusammenstellung auf sämtliche Besitzer und Verfertiger von Waren im ganzen Deutschen Reich ausdehnen, wir dann einen wirklich treuen Maßstab für den Preis des Geldes gewinnen. Denn durch diese Methode werden sämtliche Produkte des Landes berücksichtigt, und was die Hauptsache ist, jedes Produkt beeinflusst das Endergebnis genau in dem Maße seiner Bedeutung.

Die Veränderungen im gegenseitigen Tauschverhältnis der Waren untereinander beeinflussen das Ergebnis dieser Preisermittlung des Geldes in keiner Weise – nur das Verhältnis der Waren zum Gelde kommt hier zum Ausdruck.

Die Frage, ob auch die Produktionsmittel (Land, Häuser, Maschinen usw.) in diese Statistik aufgenommen werden sollen, bedarf einer gründlichen Untersuchung. Diese führt aber zur Verneinung dieser Frage. Die Produktionsmittel sind, sobald sie in Gebrauch genommen werden, keine Waren mehr, es sind Güter, die dem Besitzer durch den Gebrauch, nicht als Tauschmittel nützlich sind. Nur in Ausnahmefällen, bei Bankrott, Tod und dergleichen werden sie zuweilen wieder auf den Markt geworfen. Für Dinge aber, die nicht verkauft werden, ist der Preis gleichgültig.

Nur derjenige Teil der Produktionsmittel, der auf die Abnutzung fällt (Abschreibungen), verwandelt sich regelmäßig wieder in Waren und

kommt in der Metamorphose der Produkte wieder auf den Markt. In den Warenpreisen findet aber dieser Teil seine gebührende Berücksichtigung.

Der Staat wird also keine Preise, auch nicht die Bedeutung der einzelnen Produkte zu ermitteln haben. Diese ganze Arbeit wird von den Bürgern verrichtet. Die Preisermittlung des Geldes wird dadurch völlig der Politik entzogen und in neutrale Hände gelegt. Das Volk selbst fällt unmittelbar das Urteil in der Währungsfrage.

Dabei wird die Lieferung des ungeheuren Materials, das hier dem Staate zur Verfügung gestellt wird, kaum eine nennenswerte Bürde für den Gewerbetreibenden sein. Die Statistik, die dieser führen muß, erweist sich als sehr nützlich; sie gibt ihm Aufschluß über die Herkunft der Gewinne und Verluste. Für die, die diese Statistik schon führten, handelt es sich um das Abschreiben von 2 Zahlen aus dem Inventurbuche, und den anderen, die solche Berechnungen bisher nicht vornahmen, wird sie die Augen öffnen über die wirkliche Ursache des geschäftlichen Rückganges.

Mit der Empfangnahme der Berichte werden wohl am besten die Steuerämter beauftragt werden. Diese rechnen die einlaufenden Erklärungen auf und melden das Resultat einer Zentrale, wo das Gesamtergebnis dann ohne Mühe ermittelt werden kann.

Der wichtigste Vorwurf, den man dieser Methode machen kann, ist der, daß einzelne, an der allgemeinen Hausse oder Baisse interessierte Personen (Schuldner und Gläubiger) ihre Berichte fälschen werden, daß die Agrarier z.B. die Neigung verspüren werden, eine allgemeine Baisse zum Vorschein zu bringen, um den Staat zu veranlassen, das allgemeine Preisniveau durch vermehrtes Geldangebot zu heben, was ja für die Schuldner einer entsprechenden Entlastung gleichkommt.

Jedoch ist diese Gefahr nicht groß, da der einzelne weiß, wie winzig gering der Einfluß seiner persönlichen Erklärung auf das Gesamtergebnis ist. Wenn z.B. ein Agrarier fälschlich einen Verlust von 1000 Mk. auf einen Umsatz von 10 000 Mk. angeben würde, so hätte das für den deutschen Gesamtumsatz von 50 Milliarden so wenig Bedeutung wie ein Tropfen für das Meer. Stellt man zudem noch solche Fälschung als Urkundenfälschung unter Strafe, so wird sich jeder sagen, daß das Risiko in gar keinem Verhältnis zum erwarteten Vorteil ist.

Übrigens kontrolliert eine Erklärung die andere. Meldet die Mehrzahl der Bauern Preissteigerung so fällt die Ausnahme auf, und der Fälscher muß erwarten, daß man Aufklärung verlangen wird.

Da in der Regel die Gewerbetreibenden nur jährlich einmal Inventur machen, so könnte mit dieser Methode der Preis des Geldes auch nur einmal im Jahre gemessen werden. Für heutige Verhältnisse wäre das wahrscheinlich ungenügend, da bei der *Unregelmäßigkeit* im *Geldangebot* der Preis des Geldes innerhalb eines Jahres großen Schwankungen unterworfen ist. Unter der Geldreform jedoch wird mit dem Umlaufszwang, dem das Geld unterworfen werden soll, das *Geldangebot* ein durchaus regelmäßiges sein, und darum werden auch plötzliche Preisveränderungen (Krisen) vermieden, bzw. unmöglich werden. Eine einmalige jährliche Messung wird darum voraussichtlich genügen.

Sollte jedoch die Erfahrung die Richtigkeit dieser Voraussetzung nicht bestätigen, so könnte immerhin die zuerst besprochene Methode (Preisermittlung einer beschränkten Anzahl von Waren) zur Aushilfe herangezogen werden. Wenn man den Preis dieser Stapelartikel monatlich ermittelte, so könnte man sich von dem Gang der Preise ein ungefähres Bild machen und vorbeugende Maßregeln gegen Hausse und Baisse ergreifen. Als wirkliches Maß, sozusagen als das Pariser Präzisions- und Normalmaß würde dann die große jährliche Preisermittlung dienen.

Wie man sieht, geht diese Methode einfach über die Wertfrage hinweg; sie ignoriert den sogen. „Wert“.

Ware wird mit Ware bezahlt, und nur mit Waren kann das Geld gemessen werden. Den Wert soll jeder als Zugabe erhalten. Ein anderes Maß als Ware gibt es für das Geld nicht. Für das Geld habe ich Waren gegeben, und Waren will ich dafür erhalten. Keine Arbeit [Die Arbeit muß scharf vom Arbeitsprodukt unterschieden werden. Das Verhältnis der Arbeit zum Produkt ist eine rein persönliche, private Sache des Arbeiters. Der Unternehmer, der Käufer, hat es immer nur auf das Produkt abgesehen.], keinen Schweiß, kein Blut. Das will ich den Hunden geben. Ich will Kirschen essen, in den Apfel beißen, mich im Lehnstuhl strecken und mich am Feuer wärmen. Wie der Verkäufer, der mir diese Sachen für mein Geld gibt, in deren Besitz gelangt ist, was geht es mich an? Hat er sie gestohlen, hat er sie gefunden, hat er sie selbst produziert – mir ist das einerlei.

Man hat gefragt, ob der Arbeitslohn als Maß des Geldpreises zu gebrauchen sei? Ein windiger, wirrer Gedanke. Die Arbeit läßt sich nur

durch den Vergleich ihrer Produkte messen; sieht man von diesen Produkten ab, so bleibt nichts zurück. Der Arbeitslohn aber deckt sich nicht mit dem Arbeitsprodukt. In Form von Zins und Rente werden vom Arbeitsprodukt Abzüge gemacht, und was übrig bleibt, das ist der Lohn. Will man nun den Arbeitslohn zum Maßstab des Geldpreises erheben, so wird man von Staatswegen immer alle Maßregeln ergreifen müssen, damit der Arbeitslohn ewig der gleiche bleibe, denn das Geld muß doch einen über Ort und Zeit hinweg festen Preis behalten. Man wird also von Staatswegen unter Umständen die Abzüge, die das Arbeitsprodukt erleidet (Zins und Rente), erhöhen oder ermäßigen müssen, damit der Lohn der gleiche bleibe!

Wie kommt der Preis des Papiergeldes zustande?

Wer von der Voraussetzung ausgeht, daß die Produktionskosten das Tauschverhältnis der Waren bestimmen, oder wer die Arbeit, die Arbeitszeit oder die Arbeitskraft zum Maßstab dieses Verhältnisses nimmt, der hat natürlich absolut keinen Anhaltspunkt für die Beantwortung obiger Frage. Wenn er auch durch die Tatsachen zum Geständnis gebracht wird, daß man dem Papiergeld einen Preis geben kann, der die Produktionskosten des Geldpapiers übersteigt, so wird er doch die Einwendung machen, daß solchem Preis jeder Stützpunkt fehlt. Der Preis einer Sache müßte einen Schwerpunkt (den sogen. Wert oder die Produktionskosten) haben, um den er pendeln, von dem er sich aber dauernd nicht entfernen kann, sonst schwebt der Preis einfach in der Luft, ein Spielball der Stimmungen, der Konjunkturen, der Spekulation, ein Rohr in der Wüste, das von Nachfrage und Angebot hin- und hergeweht wird. Eine nebelhafte Sache, die sich durch ihre Substanz- und Gestaltlosigkeit jeder näheren Prüfung entzieht.

Wissen doch die Nationalökonomien mit dem allgemeinen Marktgesetz, wonach die Preise durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden, absolut nichts anzufangen. Ihnen sind das Worte ohne Inhalt. Bestenfalls sind ihnen Nachfrage und Angebot menschliche, willkürliche, von Launen, Spekulationen geleitete Handlungen ohne Werkzeug. Und verächtlich drehen sie jedem den Rücken, der mit Hilfe dieser „Marktweiberweisheit“ volkswirtschaftlichen Erscheinungen eine wissenschaftliche Erklärung zu geben versucht. Auf den „Wert“ (den sogen. Wert) müßten alle Erscheinungen der Volkswirtschaft zurückzuführen

sein, der Preis hätte für *die Wissenschaft keine* grundlegende Bedeutung.

Es gibt meines Erachtens keinen schlagenderen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, der Gegenstand der Wertlehre sei ein Hirngespinnst, als die Tatsache, daß zur erschöpfenden Erklärung aller wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenstand der Wertlehre vollkommen überflüssig ist. Wenn dieser Gegenstand wirklich, wie behauptet wird, von fundamentaler Bedeutung für die national-ökonomische Wissenschaft wäre, so müßte man auch bei jedem Schritt und Tritt darauf stoßen. Aber das ist so wenig der Fall, daß selbst diejenigen Forscher, die den Gegenstand der Wertlehre zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen nehmen, oder wenigstens zu nehmen vorgeben, das Hirngespinnst im Stiche lassen und auf den Preis zurückgreifen, so oft sie etwas „Fundamentales“ zu erklären haben. Ganz reizend tritt dieser Sachverhalt bei *Marx* zu Tage, dort wo er die Grundmauern seiner ganzen Lehre legt. Er drückt sich dort ungefähr so aus: Weizen tauscht sich gegen Seide, Wichse, Speck in ständig wechselndem Verhältnis aus. Was beweist das? Es beweist, daß in all diesen Dingen etwas Gemeinsames steckt, *das aber von den Dingen selbst völlig verschieden ist.*

Ein wunderbarer Gedanke vom Standpunkt der Substanz und Energie aus betrachtet, ein Gedanke, der durch den Vergleich mit dem Dreieck (*Marx* fand sicherlich keinen besseren Vergleichsgegenstand) nur noch wundersamer wird. Den Rauminhalt eines Körpers kann man mit irgend einem Teil desselben Körpers bestimmen, aber beim Wert muß man nach *Marx'* Angaben vollständig vom Körper der Waren absehen.

Wie heißt diese den Waren gemeinsame Eigenschaft? Es ist der Wert. Welche Eigenschaften hat der Wert? Keine, mit Ausnahme der, menschliche Arbeit zu sein. Mehr sagt *Marx* nicht für den Beweis des Daseins des „Wertes“.

Aber wenn es so ist, so müßten die Waren, die die gleiche Arbeit gekostet haben, immer denselben „Wert“ haben, und wir sehen doch täglich, daß ein und derselbe Gegenstand oft im Preise schwankt. Für ein 20 Markstück erhält man die gleichen Waren in ständig wechselnder Menge, trotzdem die in den 20 Mark und in den Waren „kristallisierte Arbeit“ dieselbe sein mag.

Antwort: Es handelt sich hier nur um den Preis der Waren, nicht um den „Wert“, der unverändert geblieben ist. Der Preis der Waren wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt, er kann

sich, und dies geschieht oft genug, von dem Wert entfernen, muß aber immer wieder auf den Wert als Schwerpunkt zurückfallen.

Hier beruft sich *Marx* einfach auf *A. Smith*. Die Sache schien ihm sicherlich nicht wichtig genug, um sie selbst nachzuprüfen.

Ganz recht, so frage ich nun: Warum muß aber der Preis auf den Wert immer wieder zurückfallen, *warum könnten die Kräfte, die stark genug wirken, um den Preis vom Werte zu trennen, nicht auch stark genug sein, um eine dauernde Trennung von Preis und Wert zu bewirken?*

Diese Frage scheint *Marx* nie zu beantworten gehabt zu haben, denn er gibt keinerlei Erklärung, warum die Preise um den Wert als Schwerpunkt pendeln müssen.

Es kann aber m. E. hierfür keine andere Erklärung geben als diese:

Wenn der Preis einer Ware sich vom „Werte“ (im Sinne *Marx*) entfernt, so wird dadurch die Produktion der betreffenden Ware unmittelbar beeinflußt. Und zwar stockt die Produktion (Arbeit), wenn der Preis fällt, und sie wird gefördert, wenn der Preis steigt. Als Folge der dadurch sich einstellenden Veränderungen im Angebot steigt oder fällt dann der Preis auf seinen „Wert“, d.h. also auf *die neutrale Höhe des Preises, wo die Produktion weder gehemmt noch gefördert wird.*

Aber mit dieser Erklärung bringt man den „Wert“ in Wechselbeziehung zum Preis. Vom Preis hängt es dann ab, ob die Ware überhaupt erzeugt wird. Der Preis ist das Primäre, die Arbeit das Sekundäre. Der Preis gibt den Anstoß zur Arbeit, er liefert die Energie, er befiehlt Halt und Vorwärts. Dann aber auch pendelt die Arbeit (Wert) um den Preis, nicht umgekehrt, und diesen Preis bestimmen 1000 Faktoren, die wir mit den Worten Angebot und Nachfrage zusammenfassen. Der „Wert“ wird so zu einem einfachen Faktor der Preisbestimmung, und wir brauchen für diesen so zu begreifenden „Wert“ ebenso wenig eine besondere Theorie, wie für jeden anderen Faktor der Preise. *Die Theorie der Preise genügt.*

Da ich nun für die Beantwortung der an der Spitze dieses Kapitels stehenden Frage vom Wertgespenst ganz hilflos gelassen werde, so werde ich mich voll und ganz auf das verachtete Gesetz der Marktweiber stellen müssen. Was bleibt mir anderes zu tun übrig? Das Papiergeld ist wertlos, wertleer und

wertfrei. Es besitzt kein Atom Wertstoff, keinen Schatten eines Stoffwertes. Man kann damit unmöglich Wertkonserven machen. Es ist nicht „unterwertig“, sondern einfach nullwertig. Sein innerer „Wert“ entspricht genau seinem äußeren „Wert“; er ist höchstens eine „Wertfiktion“. Es ist klar, meine Frage kann nicht vom sogenannten Wert beantwortet werden. Da aber dieser sogenannte „Wert“ ganz allgemein für das Fundament der volkswirtschaftlichen Wissenschaft angesehen wird, so sehen wir hier, wie eine wichtige Frage der Volkswirtschaft sozusagen „hors concours“ der Wissenschaft gestellt wird. Und doch verlangt jeder Zweig der Wissenschaft eine ursächliche Erklärung für alle in ihr Gebiet übergreifenden Fragen!

Wie stimmt das? Ist die Sache nicht verdächtig? Ist das nicht wieder ein neuer Beweis für meine Behauptung, der Gegenstand der Wertlehre sei ein Hirngespinnst? Ist aber der Wertgedanke leer, so gewinnt das verachtete Gesetz der Marktweiber plötzlich ganz außerordentliche, „fundamentale“ Bedeutung, denn das mit seinem Fundament eingestürzte Gebäude der Volkswirtschaftslehre muß jetzt notgedrungen auf dieses neue Fundament neu errichtet werden. Und das neue Fundament muß das schwere Gebäude tragen können.

Ich werde mich also damit befassen müssen, das Gesetz der Marktweiber dem umhüllenden Nebel zu entziehen; dem Inhalt dieses allgemeinen Marktgesetzes Gestalt zu geben, damit der Leser bei den Worten „Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis“ mit genau bestimmten, abgewogenen und begrenzten Begriffen die Erklärung zu jeder ihm gemeldeten Tatsache suchen und finden kann.

—

Fragt man heute: Was ist Nachfrage nach Geld, wer hält Nachfrage nach Geld, wo herrscht Nachfrage nach Geld, so erhält man die widerspruchsvollsten Antworten. In der Regel wohl wird es heißen: Nachfrage nach Geld herrscht an den Banken, wo Unternehmer und Kaufleute Wechsel diskontieren. Wächst die Nachfrage nach Geld, so steigt der Zinsfuß und mit dem Zinsfuß kann man also die Größe der Nachfrage nach Geld messen. Auch der Staat, der mit Defizit arbeitet und Anleihen macht, hält Nachfrage nach Geld; wie auch unsere bierphiliströsen Studenten und die Bettler Nachfrage nach Geld halten.

Dies alles ist aber keine Nachfrage, die mit dem Begriff eines Tauschmittels übereinstimmt. Und das Geld ist doch vor

allem Tauschmittel. Als Tauschmittel sollen und wollen wir das Geld betrachten und behandeln. Stellen wir nun in unserer Frage an die Stelle des Wortes „Geld“ den Ausdruck „Tauschmittel“, so tritt der Unsinn sofort zu Tage, den obige Antworten bergen.

Der Kaufmann, der von der Bank Geld verlangt, tauscht nichts ein; er gibt nichts als sein Versprechen, das Geld zurückzuerstatten. Er borgt, aber er tauscht nicht. Er gibt Geld Für Geld. Es findet kein Handel, kein Tausch statt; von Preisen ist hier keine Rede. Man spricht vom Zins. Auch der Staat hält mit seiner Anleihe keine Nachfrage nach Tauschmitteln, denn auch er bietet nichts in Tausch an. Er wechselt gegenwärtiges gegen künftiges Geld.

Es handelt sich also hier nicht um eine „Nachfrage“ nach Tauschmitteln im Sinne der Marktweiberweisheit, nicht um eine mit dem Zwecke des Geldes übereinstimmende Nachfrage nach Geld. Um Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln zu halten muß etwas vom Geld verschiedenes in Tausch angeboten werden. Das ist im Worte schon ausgedrückt.

Wo herrscht nun Nachfrage nach Geld?

Antwort: dort wo man Tauschmittel braucht, dort wo die Arbeitsteilung Ware auf den Markt wirft, die zu ihrem gegenseitigen Austausch auf das Tauschmittel, auf Geld angewiesen sind.

Und wer hält Nachfrage nach Geld? Wer anders als der Bauer, der Ware auf den Markt bringt, als der Kaufmann, der am Ladentisch seine Waren feilhält, als der Arbeiter, der sich zu irgend einer Arbeit anbietet und für sein Arbeitsprodukt Geld verlangt. Wo das Warenangebot groß ist – dort herrscht große Nachfrage nach Tauschmitteln; wo das Warenangebot wächst dort wächst die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln. Nimmt man die Waren fort, so verschwindet auch die Nachfrage nach Geld. Dort wo Urwirtschaft und Tauschhandel betrieben werden, gibt es auch keine Nachfrage nach Geld.

Es ist also klar; wir unterscheiden scharf zwischen dem Kaufmann, der am Ladentisch den Kattun dem Bauer anbietet und demselben Kaufmann, der eine Stunde später beim Bankier vorspricht, um dort einen Wechsel zu diskontieren. Mit dem Kattun in der Hand hielt der Kaufmann „Nachfrage“ nach dem Tauschmittel, nach Geld. Und mit dem Bauer handelte er um den Preis.

Mit dem Wechsel in der Hand hielt der Kaufmann beim Bankier keine Nachfrage. Hier war vom Zinsfuß die Rede. Es war hier gemeiner Geldbedarf, keine Nachfrage.

Die Nachfrage nach Geld hat mit diesem Bedarf an Geld nichts gemein. Bedarf an Geld hat der Bettler, der Staat, der umwucherte Bauer, der versoffene Student; *Nachfrage* nach Geld hält nur der, der Ware feilhält. In diesem Sinne ist es darum auch falsch, wenn man sagt: Bedarf und Angebot bestimmen die Preise. Es herrscht zwischen dem mit dem Zinsfuß gemessenen Geldbedarf und der mit den Preisen gemessenen Geldnachfrage der denkbar größte Wesensunterschied. Beide Dinge haben absolut nichts Gemeinsames.

Wer beim Worte „Nachfrage nach Geld“ nicht sofort an Ware denkt, wer beim Worte „Große Nachfrage nach Geld“ nicht sofort einen Berg von Waren, einen Markt, einen Güterzug, ein überladenes Schiff vor Augen hat, vielleicht auch an Überproduktion, an Arbeiterbataillone usw. denkt, der versteht den Sinn des Wortes „Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld“ nicht, der hat noch nicht erfaßt, daß die Arbeitsteilung Ware erzeugt, die zu ihrem Austausch auf das Geld ebenso angewiesen ist, wie die Steinkohlen auf die Güterwagen.

Und wer jemand von steigender Nachfrage nach Geld sprechen hört, weil der Zinsfuß gestiegen, der weiß, daß dieser keine bestimmten Ausdrücke für seine Begriffe hat. Wenn aber jemand einem Nationalökonom in die Hände fällt, der Geldbedarf und Geldnachfrage verwechselt, so hat er die Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß man wissenschaftliche Fragen nicht in Kauderwelsch behandeln soll.

Also die Nachfrage nach Geld scheiden wir vollständig von allen menschlichen Bedürfnissen, Spekulationen, Handlungen, Konjunkturen usw., wir entziehen sie dem Biernebel, der sie bisher umhüllte, und setzen sie thronend auf den Berg von Waren, womit die Arbeitsteilung den Markt ununterbrochen beschickt – weithin für alle sichtbar, greifbar und – meßbar.

Wir scheiden diese *Nachfrage nach Geld* von dem *Bedarf an Geld*. Wir bilden einen anderen Berg, aber nicht aus Waren, sondern aus Wechseln, Pfandbriefen, Schuldscheinen, Obligationen, Konsols, Versicherungspolice usw. und setzen darauf ebenso weithin sichtbar: *Bedarf an Geld*. Auf den ersten Berg schreiben wir „Preise“ und auf den letzteren „Zinsfuß“, und wer dann noch im Flusse dieser Untersuchung

an Geldbedarf denkt, wenn ich von Nachfrage spreche, der soll dieses urgesunde Buch zuklappen. *Es ist nicht für ihn geschrieben.*

Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, das heißt das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden, und was Nachfrage nach Geld ist, wissen wir jetzt. Sie ist Substanz; der fortwährend fließende, aus der Arbeitsteilung quellende Warenstrom.

Und das Angebot von Geld? Auch diesem Begriff müssen wir Substanz und Gestalt geben und ihn aus dem Dunstkreis ziehen in den auch er gehüllt ist.

Der Bauer, der Kartoffeln geerntet, der Schneider, der einen Rock genäht, muß das Produkt seiner Arbeit gegen Geld anbieten, aber was macht er mit dem Geld? Was haben die 100 000 Bauern und Handwerker mit dem Taler gemacht, der seit 100 Jahren von Hand zu Hand gegangen ist? Jeder von ihnen bot den Taler an gegen Ware, die, einmal in ihrem Besitz, zum Gebrauchsgut wurde und vom Markte verschwand. Der Taler aber blieb auf dem Markte, er kehrte immer wieder zurück – 1 Jahr, 10 Jahre, 100 Jahre und, mit anderer Prägung, vielleicht auch 1000–2000–3000 Jahre. Er war eben allen, durch deren Hände er ging, nur als Ware dienlich, von den 100 000 Mann war keiner da, der den Taler anders gebrauchen konnte. Die Nutzlosigkeit des Talers zwang alle, ihn wieder loszuschlagen, zu verkaufen. d. h. ihn in Tausch gegen Waren anzubieten.

Wer viel Geld hatte, mußte auch viel Geld anbieten, wer wenig Geld hatte, mußte auch das Wenige anbieten. Und dieses Angebot von Geld nannte man und nennt man noch heute ganz richtig die Nachfrage nach **Waren**. Wo viel Ware liegt, ist die Nachfrage nach Geld groß, ebenso muß man sagen können: Wo viel Geld ist, muß notwendigerweise die Nachfrage nach Waren größer sein als dort, wo nur wenig Geld ist. (Die Einschränkungen hierzu werde ich früh genug machen.)

Gibt es etwa noch eine andere Nachfrage nach Waren als die, die das Angebot von Geld vertritt?

Hier auch müssen wir, wie bei der Nachfrage nach Geld, unterscheiden zwischen Nachfrage und Bedarf an Waren. Bedarf an Waren haben viele „Bedürftige“, Nachfrage nach Waren hält nur der, der Geld für die Ware anbietet. Den Bedarf an Waren drückt man mit Bitten, Betteln und Petitionen aus, die Nachfrage

nach Waren durch Aufschlagen der harten Taler auf den Ladentisch. Vor dem Bedarf an ihren Waren verkriechen sich die frommen Christen, sie lassen sich täglich vor dem Hahnschrei dreimal durch die Dienstboten verleugnen; die Nachfrage nach ihren Waren aber lockt sie herbei. Kurz Nachfrage nach Waren besteht im Angebot von Geld; wer kein Geld hat, hält keine Nachfrage, und wer es hat, muß damit Nachfrage nach Waren halten. (Wann er das tun muß, werden wir später sehen.)

Die Nachfrage nach Waren, schlechtweg Nachfrage genannt, ist also immer und ausschließlich durch das Geld vertreten. Ein Berg von Geld bedeutet eine große Nachfrage nach Waren. Freilich nicht immer, wie der Kriegsschatz von 120 Millionen in Spandau schlagend beweist; denn in 40 Jahren hat dieser Geldberg nicht für eine Mark Ware gekauft. Auf diese Ausnahmen werden wir noch zurückkommen. Die Entdeckung einer neuen Goldmine bedeutet eine wachsende Nachfrage nach Waren, und wenn der Staat in den Papierwährungsländern neue lithographische Pressen in Betrieb setzt, so weiß es schon jeder, daß die Nachfrage und die Preise steigen werden. Gäbe man jedem das Recht, die Banknote, Schatzscheine und goldene Münzen in der Mitte zu durchschneiden und jede Hälfte für ein Ganzes auszugeben, so würde die Nachfrage auf das Doppelte und die Preise auch auf das Doppelte steigen. Die Preissteigerung würde die beiden Hälften wieder zu einem Ganzen vereinigen.

Das ist soweit richtig. Aber sind wir dann schon berechtigt, das Angebot von Geld, wie wir das mit dem Angebot von Waren tun, so auf sich selbst zu stellen, und zu sagen: Wer den Geldbestand mißt, der mißt auch die Nachfrage nach Ware? Mit anderen Worten: Können wir das Angebot von Geld derart mit dem Geldbestand identifizieren, daß wir dieses Angebot, also die Nachfrage nach Waren, von der Psyche der Geldbesitzer völlig scheiden können? Unterliegt das Angebot des Geldes nicht, oder doch zum Teil, den Launen des Marktes, der Gewinnsucht der Spekulanten, mit einem Wort, ist das Angebot von Geld nur reine Geldsubstanz – liegt keinerlei Handlung darin?

Die Wichtigkeit, die diese Frage für die Lösung unserer Aufgabe hat, liegt auf der Hand.

Wir sagen: Die Arbeitsteilung liefert einen fortwährend fließenden Strom von Waren: „das Angebot“. Der Geldbestand liefert das Geldangebot, also „die Nachfrage“. Wäre dieses Geld-

angebot nun auch so ununterbrochen, wie der Geldbestand eine feste Größe ist, so wäre der Preis, das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren unabhängig von jeder menschlichen Handlung Geld wäre die verkörperte, scharf geschnittene Gestalt der Nachfrage, wie die Ware das verkörperte, wägbare, berechenbare Angebot ist. Man brauchte dann nur zu wissen, in welchem Verhältnis Geld- und Waren**vorrat** stehen, um auch zu wissen, ob die Preise steigen oder fallen werden.

Dies ist aber nicht der Fall, wie wir sehen werden, und darum können wir auch die Frage, die wir gestellt haben, vorerst nicht beantworten. Wir müssen weitere Untersuchungen vornehmen, um sagen zu können, wie der Preis des Papiergeldes zustande kommt.

Einflüsse, denen Angebot und Nachfrage unterliegen.

Die Ware wird für den Markt erzeugt und kann nur als Tauschgegenstand ihrem Erzeuger nützlich werden. Darum ist das Angebot gleich dem Warenbestand; das Angebot ist eine Sache, Stoff, auf alle Fälle eine mit Waren vollführte, willenlose Handlung. *Ohne Ware kann man die Handlung, die im Angebot liegt, nicht vollführen, und mit Waren muß man sie vollführen.* Gleichzeitig ist aber das Angebot das Einzige, was man mit der Ware nützlich beginnen kann. Im großen und ganzen muß also wohl die Handlung, die im Angebot liegt, mit der Substanz, auf die sich diese Handlung bezieht, sich derart decken, daß Substanz und Handlung in eins zusammen fallen.

Das Angebot (d. i. die Nachfrage nach Geld) deckt sich also mit dem Vorrat an Waren.

Der Vorrat an Waren aber hängt wiederum ab:

1. von der Zufuhr durch die Arbeitsteilung;
2. von der Abfuhr durch den Tausch.

Wären Zu- und Abfuhr immer gleich, so wäre auch das Angebot, d. i. die Nachfrage nach Geld, immer gleichmäßig.

Das ist aber bekanntlich durchaus nicht der Fall.

Die Zufuhr steigt schon allein infolge der ständigen Bevölkerungsvermehrung. Hundert Arbeiter werfen mehr Produkt auf den Markt als neunzig.

Die Zufuhr wächst aber auch infolge ständiger Ausbreitung der Arbeitsteilung.

Wenn der Bauer sich ganz auf die Viehzucht verlegt, statt wie früher seine Kraft in der Hervorbringung von Gegenständen für den eigenen Haushalt zu verzetteln, so muß er jetzt viel öfter zu Märkte gehen als früher. Es war nur wenig, was er früher kaufte und verkaufte. Jetzt verkauft er seine ganze Produktion; er vermehrt das Angebot, d. i. die Nachfrage nach Geld um alles, was er erzeugt.

Auf dem Lande, in den kleineren Städten, waren die Handwerker häufig nur zeitweise in ihrem Berufe tätig; nebenbei betrieben sie Ackerbau, Gartenwirtschaft, machten wohl auch ihr Handwerkszeug selbst, nähten ihre Kleider, Schuhe, machten sich die Möbel selbst und unterrichteten wohl auch ihre Kinder. Jetzt hat kein Handwerker mehr Zeit für dergleichen. Sein Gewerbe beschäftigt ihn vollauf und lohnt ihn besser. Sein ganzes Arbeitsprodukt kommt auf den Markt, wo es Nachfrage hält nach Geld, nach Tauschmitteln. Dadurch ist die Nachfrage nach Tauschmitteln in den letzten Jahrzehnten außerordentlich gewachsen.

Mehr aber als durch die genannten Umstände wächst das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Tauschmitteln, infolge der verbesserten Produktionsmittel. Wenn ein Weber mit der Hand früher 10 Ellen Zeug verfertigte, so warf er auch nur 10 Ellen Zeug auf den Markt, die Nachfrage nach Geld betrug also auch nur 10 Ellen Zeug. Mit seinen modernen Werkzeugen liefert aber derselbe Weber heute 500 Ellen Zeug. Er wirft 50mal mehr Ware auf den Markt; er hält eine 50 mal größere Nachfrage nach Geld als früher. Und wie es sich mit dem Weber verhält, so mit allen Gewerben und Künsten. Um die Bücher zu schreiben, die eine einzige moderne Druckerei liefert, müßten schon sämtliche Söhne des Reichs der Mitte von früh bis spät jahraus, jahrein schreiben, schreiben. Mit der Chromolithographie verhält es sich ebenso.

30 Mann in Argentinien erzeugen mit ihren Dampfpflügen und Dreschmaschinen so viel Getreide, wie 3000 deutsche Kleinbauern mit gleicher Arbeit hervorbringen. Diese argentinischen Bauern erzeugen infolgedessen auch ein 100mal größeres Angebot von Waren, sie halten eine 100mal größere Nachfrage nach Tauschmitteln.

Aber die Größe des Angebots soll man nicht allein mit der Quantität der Waren, sondern auch mit der Qualität messen. Das ist klar. Wie ein Pfund Gold ausgemünzt früher 16mal mehr

Nachfrage nach Waren hielt, als ein Pfund Taler, so bedeutet auch eine Tonne Weizen erster Qualität eine größere Nachfrage nach Geld als eine Tonne zweiter Qualität.

Die Qualität der Waren erfährt aber heute eine ständige Verbesserung. Die Zuchttiere, die Sämereien werden veredelt, das Arbeitsprodukt der Maschinen wird verfeinert, die Chemie wirft täglich, ja stündlich köstliche Universalmittel gegen Krankheiten auf den Markt. Mit den elektrischen Meißeln und den prächtigen Modellen, die das ausgemergelte Proletariat liefert, erzeugen die Künstler mit wenig Mühe Wunderwerke, und die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln wächst um den vollen Qualitätsunterschied zwischen der modernen und antiken Kunst.

Auch wird die Wareneinfuhr vermehrt durch die Verwendung, die die Industrie für manche früher nutzlose Substanzen entdeckt. So liefern die Eisenhütten in Deutschland allein über eine Million Wagenladungen Thomasschlacken für Felddünger. Früher waren das lästige Fabrikrückstände. Jetzt erzeugen diese Schlacken eine Nachfrage nach Tauschmitteln von vielen 100 Millionen Mark (was aber nicht sagen will, daß man ebensoviel Millionen mehr braucht). Dasselbe ist der Fall mit den Kalisalzen und vielen anderen Stoffen. Man brauchte in Deutschland weniger Geld, weniger Tauschmittel, wenn man die Nützlichkeit der Thomasschlacken und Kalisalze nicht entdeckt hätte. Das ist sicher.

Aber die Nachfrage nach Geld (Tauschmitteln) hängt noch von anderen Dingen ab, die eigentlich mit der Produktion nichts gemeinsam haben. Ich meine die Besitzteilung, die vieles zur Ware macht, was früher Gebrauchsgut war.

So ist das Land jetzt käuflich, früher gehörte es der Gemeinde und war unveräußerlich. Große Summen Geldes werden jahraus, jahrein durch den Grundstückhandel in Beschlag genommen. Die Nachfrage nach Tauschmitteln ist gewachsen, seit das Vaterland zum Tauschgut degradiert wurde. Die hypothekarische Verschuldung und der Pachtzins des Landes beanspruchen auch Geld, viel Geld. Man käme mit weniger Geld aus, wenn die Bauern von dem Erlös ihrer Waren nicht immer einen Teil auf die hohe Kante zu legen brauchten, um den Pachtzins und die Hypotheken am Martinstag zu bezahlen, d. h. wenn das Land Gemeingut geblieben wäre.

Dasselbe ist der Fall mit den Wohnungsmieten. Früher wohnte die überwiegende Mehrzahl der Bürger in eigenen Höhlen, Hütten oder Häusern, und Miete zahlte man in Ausnahmefällen.

Jetzt verhält es sich umgekehrt, und von jedem Monats- oder Wochenlohn wird ein Teil zurückgelegt für die Quartalsmiete. Wie viele Millionen werden dadurch nicht für Tage, Wochen und Monate festgelegt!

Die Versorgung des Hauses mit Wasser, Licht, Kraft, usw. durch die Gemeinde verwandelt auch eine Anzahl der wichtigsten Dinge in Ware, d. h. in Geldnachfrage, die früher Gebrauchsgüter waren, die nicht gekauft, d. h. gegen Geld eingetauscht wurden. Auch dadurch ist die Geldnachfrage bedeutend größer geworden.

Damit ein Gegenstand zur Ware werden kann, muß es möglich sein, den Gegenstand den Konsumenten zuzuführen. Wie viele Dinge aber liegen nicht heute herum, die aus Mangel an Straßen, Kanälen, Bahnen nicht fortgeschafft werden können! Eine neue Eisenbahn, ein Tunnel, eine Brücke, eine Forscherexpedition usw., führen den Märkten ganze Berge von Erzen, Holz, Vieh usw. zu und vermehren die Nachfrage nach Tauschmitteln um das volle Quantum dieser Güter.

Im allgemeinen ist das Warenangebot, d. i. die Nachfrage nach Geld also in stetem Wachstum begriffen. Dieses Wachstum kann aber zeitweise auch in das Gegenteil umschlagen, z. B. infolge einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit. Auch Kriege, Mißernten, Seuchen können die Nachfrage nach Tauschmitteln ganz bedeutend vermindern; ebenso wie ein Streik und überhaupt die heutige Lohnpolitik der Arbeiter.

Die Arbeiter drücken mit der immer wieder verlangten Verminderung der Arbeitszeit und mit der Streikpolitik ihre Überzeugung aus, daß sie ihre Lage bessern, die Ausbeutungskraft des Kapitals schwächen können durch verminderte Produktion. Sie hegen den Glauben, daß der Kapitalzins fällt, wenn weniger Kapital erzeugt wird.

1. Folgerung: Je weniger Häuser gebaut werden, desto niedriger der Mietzins
2. „ Je weniger Häuser vorhanden sind, „ „ „
3. „ Je mehr Häuser zerstört werden, „ „ „

Moral: Brennen wir die Städte nieder, um billig in schönen Häusern wohnen zu können.

Ein solcher Glaube muß, wenn er die Masse des Volkes beherrscht, ganz außergewöhnlichen Einfluß auf die Warenproduktion, auf die Nachfrage nach Tauschmitteln haben. Würden die Arbeiter, durch die genannten nächsten Folgerungen ihrer Politik zu einem Glaubenswechsel veranlaßt, versuchen, durch

emsige, ununterbrochene Arbeit das Kapital zu schwächen, indem sie neben jedem Mietshaus ein zweites, neben jeder Maschine, Fabrik, Schiff, usw. andere Maschinen, Fabriken, Schiffe erstellten, um so das Kapital in einem Meer von Kapital zu ersäufen, so würde ein solcher Glaubenswechsel sicherlich genügen, um das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld, derart zu vermehren, daß daraus heute eine schwere, chronische Krise erwachsen würde, die die Proletarier hart für ihren Glaubenswechsel strafen würde.

Wer fromm in Marxistischer Zucht aufgewachsen ist, der mag „hier einen Seufzer fahren lassen, und wenn er kann, noch einen!. Im übrigen kann ich schon hier verraten, daß dieser tolle Widerspruch des heutigen Geldwesens durch die Geldreform, wovon später die Rede sein wird, gelöst wird.

Die angeführten Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, von wie vielen Umständen die Wareneinfuhr abhängt. Aber das Angebot von Waren hängt, wie schon erwähnt, auch von der Warenabfuhr ab. So lange die Ware den Konsumenten nicht erreicht hat, wird sie angeboten, bedeutet sie Nachfrage nach Geld. Jede Ware, die vom Markte weggetragen wird, bedeutet eine Verminderung der Nachfrage nach Geld.

Das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln, hängt also auch davon ab, wie schnell die Waren den Konsumenten erreichen und ihren Warencharakter abstreifen. Auch hier wieder wird ein Vergleich mit den Transportmitteln den Begriff der Sache erleichtern. Nehmen wir ein bestimmtes Quantum Frachtgüter an – z. B. tausend Tonnen Ziegelsteine, die täglich von den Öfen nach der Stadt befördert werden sollen. Der Feldweg ist schlecht, Brücken fehlen, an manchen Stellen muß ein Teil der Fracht abgeladen werden, um durch den Morast zu gelangen. Ergebnis: Die Wagen gehen langsam und laden wenig. Es müssen viele Fuhrleute eingestellt werden, um die Arbeit zu bewältigen. Jetzt wird der Weg ausgebessert, die Lachen ausgefüllt, Brücken gebaut. Als Folge davon laden die Fuhrleute mehr, und statt einer Reise können sie täglich zwei machen. Die Arbeit wird nun mit der Hälfte der Fuhrleute bewältigt; die tausend Tonnen Ziegelsteine bedeuten nunmehr die Hälfte der früheren Nachfrage nach Fuhrleuten. Wird nun gar eine Feldbahn gelegt, so kann die von den 1000 Tonnen Ziegelsteinen vertretene Nachfrage nach Fuhrleuten auf den hundertsten Teil und weniger fallen.

So müssen wir uns die Nachfrage nach Tauschmitteln vorstellen, die die Warenbestände darstellen.

Um die Waren auf dem Wege des Tausches vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu bringen, gehört ein ganzer Apparat von Handelseinrichtungen, von deren Dasein und Qualität die Schnelligkeit bedingt wird, womit die Waren vom Markte verschwinden. Denken wir uns einen Sack brasilianischen Kaffee, der auf dem Wege des Tauschhandels gegen Aachener Printen umgetauscht werden muß. Wie oft müßte er getauscht, angeboten werden. Wie lange würde er Ware bleiben, sich auf den Märkten herumtreiben! Heute, mit Hilfe des Geldes, wird es vorkommen, daß ein solcher Sack schon nach 3 oder 4 maligem Besitzwechsel den Konsumenten erreicht.

Die Handelseinrichtungen haben heute einen verhältnismäßig hohen Grad der Vollkommenheit erreicht. Ihre Verschleißkraft ist groß und wächst ständig, wenn auch die merkamotorische Kraft der Haupthandelseinrichtung, des Geldes, ständig abnimmt, wie wir das noch nachweisen werden. Und mit jeder Verbesserung wird die Verwandlung der Ware in Gebrauchsgut beschleunigt. Man denke nur an die Erleichterungen, die das moderne Bankwesen, das Wechselrecht, das Post- und Telegraphenwesen, das Konsulatswesen, die modernen Reklamemittel, die Druckerei, die Fachschulen für die Heranbildung junger Kaufleute, das einheitliche Maß- und Münzsystem, Telephon, Schreibmaschine, Kopierpressen usw. dem Kaufmann bereiten; und die Konsumvereine und Kaufhäuser!

Ein modernes Handelsgeschäft kann 10–20–100 mal soviel Geschäfte abwickeln wie früher in der gleichen Zeit. Die Verschleißkraft eines modernen Kaufmanns ist 100mal größer als diejenige seines Großvaters war.

Die Arbeitsteilung beschickt den Markt unausgesetzt mit einem Riesenstrom von Waren, und die Kaufleute werfen mit Hilfe ihrer Handelseinrichtungen die Warenmassen unausgesetzt aus dem Markte heraus in die Hände der Verbraucher.

Wenn die Kaufleute nicht über solche Einrichtungen verfügten, wie groß müßten dann die Märkte, Lagerhäuser, Läden sein, um alle diese dann nur langsam abfließenden Warenmassen aufzunehmen? Wie breit wird ein Gebirgsstrom, sowie er die Ebene betritt, sowie das Gefälle abnimmt. So wäre es auch mit den Waren. Ohne unsere modernen Handelseinrichtungen wäre der Warenbestand größer, wäre die Nachfrage nach Tauschmitteln un-

gleich bedeutender. Wir erleben ja heute manchmal Unterbrechungen in der Funktion einer dieser Handelseinrichtungen, im Kreditwesen z.B. und haben dann Gelegenheit zu beobachten, wie infolge davon der Abfluß der Waren sich verlangsamt, wie die Warenvorräte bis zur Überschwemmung der Märkte (sogenannte Überproduktion) anschwellen, und wie unter dem Drucke dieser wachsenden Nachfragen nach Tauschmitteln die Preise nachgeben und die Krise ausbricht.

Wenn wir eine Straße, die infolge vieler Krümmungen oder wegen schlechten Pflasters den Verkehr nicht mehr bewältigen kann, gerade durchbrechen und das Pflaster für schnelles Fahren der Fuhrwerke einrichten, so wird trotz sehr verstärktem Verkehr die Straße halb verlassen erscheinen. Stellen wir nun den früheren Zustand plötzlich wieder her, so wird wegen Überfüllung der Verkehr vielleicht ganz ins Stocken geraten. So ist es auch mit den Handelseinrichtungen. Diese brechen dem Warenaustausch gerade Straßen und ebnen diese für einen flotten Absatz der Waren. Versagt eine dieser Einrichtungen, so schwellen die Warenbestände sofort an, d.h. die Nachfrage nach Tauschmitteln wächst.

Der gewaltige Einfluß, den die Kreditgeschäfte auf die Nachfrage nach Geld ausüben, zwingt uns, diese hier schon etwas näher zu betrachten.

Wir sagten, daß die Ware eine mit ihrer Masse und Qualität genau kongruierende Nachfrage nach Tauschmitteln darstellt. Gäbe es nun Mittel, die Waren auszutauschen, ohne daß Geld dabei verwendet wird. so nähme auch die Nachfrage nach Geld um das Quantum dieser so ausgetauschten Waren ab.

Das ist klar und selbstverständlich vom Standpunkt unseres Begriffes der Sache, der Nachfrage nach Geld, aus betrachtet. Es verhält sich hier wieder wie bei der Eisenbahn. Die Nachfrage nach Güterwagen ist genau so groß, wie das Quantum der vorhandenen Frachtgüter. Bauen wir aber entlang der Eisenbahn einen Schiffskanal, so nimmt die Nachfrage nach Güterwagen um die Masse der auf dem Kanal verladenen Güter ab.

Und die Rolle eines solchen Kanals, der neben dem Geld für den Austausch der Waren gezogen wird, spielen die Kreditgeschäfte. Wenn A in Königsberg an B in Aachen eine Ladung Butter schickt und dieser die Rechnung mit einer Ladung Wein bezahlt, so gehört dazu kein Pfennig Geld d. h. Bargeld. Hätte B keinen Kredit bei A oder A keinen Kredit bei B, so würde die Butter nur gegen Aushändigung von Bargeld ausgeliefert

werden, und ebenso wäre es mit dem Wein. Die Nachfrage, die der Wein und die Butter nach Geld gehalten hätten, ist durch den Kredit hier beseitigt worden.

Die Nachfrage nach Geld nimmt also um das genaue Quantum der auf dem Kreditwege ausgetauschten Waren ab. Wächst die Summe der Kreditgeschäfte, so nimmt die Nachfrage nach Geld ab, und geht der Kredit zurück, so wächst die Nachfrage nach Geld im gleichen Verhältnis. Dieser Einfluß der Kreditgeschäfte auf die Nachfrage nach Geld bleibt auch derselbe, wenn die Ladung Butter und Wein in Geld umgerechnet und dieses Geld durch Wechsel, Schecks u. a. Kreditinstrumente vertreten wird. Es handelt sich immer um eine Umgehung der Nachfrage nach Geld. Diese Kreditinstrumente, obschon sie auf Geld lauten, machen das Geld überflüssig in all den Geschäften, die sie vermitteln. Freilich sind es nur Kreditinstrumente, die mit dem Kredit aufkommen und mit dem Kredit zusammenbrechen. Sie entlasten das Geld nur so lange der Kredit blüht.

Es verhält sich hier wieder wie bei einer Eisenbahn, die durch einen Schiffahrtskanal entlastet wird. Friert der Kanal zu oder verdampft sein Wasser in der Dürre des Sommers, so fallen die Güter, deren Beförderung der Kanal sonst vermittelt, wieder auf die Bahn zurück. Taut das Eis aber wieder auf, so nimmt auch die Nachfrage nach Eisenbahnwagen wieder ab. Ein solcher Kanal, der bald einfriert, bald versandet, auf den also kein Verlaß ist, wird die Bahn eher stören als entlasten. Und so ist es auch mit den Kreditgeschäften und ihrem Einfluß auf die Nachfrage nach Geld.

—

Wir wollen das in diesem Kapitel über die Nachfrage nach Geld Gesagte hier noch einmal kurz zusammenfassen:

Die Nachfrage nach Geld ist durch die Waren vertreten, die die Arbeitsteilung ständig auf den Markt wirft. Die Nachfrage nach Geld wächst also zusammen mit dem Quantum Waren, die die Arbeitsteilung erzeugt, und geht auch mit diesem Quantum zurück. Die Nachfrage nach Geld deckt sich also nicht allein mit dem Vorrat an Waren, sondern ist an und für sich dieser Vorrat. Neben dem Vorrat an Waren gibt es keine andere Nachfrage nach Geld. Und wenn wir hier von Waren sprechen, so dürfen wir von keiner einzigen ihrer körperlichen Eigenschaften abstrahieren. Wir haben, wenn wir von Waren sprechen, Schinken, Kartoffeln, Nägel, Apfel, Kirschen vor Augen. Einen kon-

kreten Schinken, keinen abstrakten Schinken. Einen Schinken, den wir so genau betrachtet haben, daß wir es beschwören können, er sei ein Produkt der roten Erde. Wir sprechen, wenn wir von der Nachfrage nach Geld, von den Waren sprechen, nicht von kristallisierter, mumifizierter Arbeit, nicht von Arbeitsgallerte, sozialer Substanz, von Blut, Schweiß und Arbeitszeit, nicht von einem Schinken, von dem wir alle körperlichen Eigenschaften, den Speck, die Knochen und die Schwarte abstrahiert haben. Wir sprechen Deutsch, Eifeler Deutsch kein Blech. Die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln sind die greif- und sichtbaren Substanzen, die wir auf dem Markte nach Metern, Litern, Kilo kaufen, um uns zu nähren und zu kleiden. Und nicht allein Gewicht und Maß, sondern auch die Güte der Waren ist in der Nachfrage nach Geld eingeschlossen. Ein guter Apfel hält eine größere Nachfrage nach Geld als ein schlechter Apfel.

Die Nachfrage nach Geld hängt von dem Warenstrom ab, den die Arbeits- und Besitzteilung erzeugt, und die Größe dieses Stromes wiederum hängt ab von der Zahl der Arbeiter, von der Qualität, Geschick und Intelligenz der Arbeiter, von der Qualität ihrer Produktionsmittel. Ein englischer Weber wirft 5 mal mehr Kattun auf den Markt als ein indischer Weber. Er erzeugt auch 5 mal mehr Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld.

Die Nachfrage nach Geld hängt von der Schnelligkeit ab, womit der Handel die Waren den Verbrauchern zuführt, und diese Schnelligkeit wächst mit jeder Vervollkommnung der Handelseinrichtungen. Ist die Verschleißkraft eines auf einer Handelshochschule wohlgezogenen Jünglings größer als die eines gewöhnlichen Krämers, so muß auch die Nachfrage nach Geld mit Gründung jeder neuen Handelshochschule abnehmen. Wenn diese Verschleißkraft nicht größer wäre. dann hätten ja solche Schulen keinen Sinn [Man könnte auch hier zu entgegengesetzter Ansicht gelangen, da heute der Absatz der Waren nur durch größere Anstrengungen erweitert werden kann auf Kosten der konkurrierenden Kaufleute, die dann sich zu gleichen Anstrengungen aufraffen.].

Die Nachfrage nach Geld steht im umgekehrten Verhältnis zur Schnelligkeit, womit die Produkte der Arbeits- und Besitzteilung ihren Warencharakter abstreifen.

Die Nachfrage nach Geld hängt auch ab von der Entwicklung und Einschränkung des Kredites, d. h. von dem ständig wechselnden Quantum Waren, die der ständig sich erweiternde

und einschränkende Kredit den Märkten und der Nachfrage nach Geld entziehen.

Die tägliche Nachfrage nach Geld ist also gleich den täglich den Märkten zugeführten Waren, abzüglich der auf dem Kreditwege (oder etwa noch im direkten Tauschhandel) abgehenden Waren.

Für die Nachfrage nach Geld liefert allein der Warenbestand (nicht Güterbestand) ein greif-, sicht- und schätzbares Maß. Wenn einem Bauer für den Betrag seiner Barschaft eine Kuh, eine Egge, ein Acker angeboten wird, so weiß der Bauer genau, wie groß die Nachfrage für seine Barschaft ist. Bietet aber jemand dem Bauer 10% Zins für ein Darlehen aus seiner Barschaft an, so kann der Bauer diese Tatsache ebensowenig zum Maßstab für die Größe der Nachfrage nach Geld nehmen, wie etwa den Schwanz seiner Kuh. Nachfrage nach Geld, Zins und der Schwanz einer Kuh sind inkommensurable Größen.

Mit einem Wort: das Angebot von Waren, das Angebot schlechtweg, das Angebot im Sinne des Satzes „Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise“, das ist die Nachfrage nach Geld. In dem Angebot der Ware ist schon die Nachfrage nach Geld enthalten und umgekehrt. Und das Angebot deckt sich mit dem Warenbestand.

Das Angebot des Geldes.

(Die Nachfrage nach Waren, schlechtweg die Nachfrage.)

Das Charakteristische an den Produkten der Besitz- und Arbeitsteilung liegt in dem Verkaufszwang, der über ihnen lagert, besser gesagt – in ihnen steckt. Zum Verkauf werden die Waren erzeugt, und bei keinem Produkte ist der Warencharakter so rein, wie beim Geld. Das haben wir in einem früheren Kapitel gezeigt.

Die gewöhnliche Ware verläßt über kurz oder lang den Markt als Gebrauchsgut; das Geld aber tauscht jeder nur ein, um es wieder zu verkaufen.

Wie man nun die Waren nicht anders als gegen Geld verkaufen kann, so kann das Geld nicht anders als gegen Ware verkauft werden. Wie die Ware die verkörperte Nachfrage nach Geld darstellt, so vergegenständlicht das Geld die Nachfrage nach Waren. Wo der Geldbestand vergrößert wird, wird auch die

Nachfrage nach Waren vergrößert. Wer kein Geld hat, kann auch keine Nachfrage nach Waren halten. Das Geld, das der Bankier in seinem Keller aufbewahrt, kann er jeden Augenblick über den Markt gießen, und damit eine gewaltige Nachfrage nach Ware erzeugen, während die 1000 hungrigen Arbeitslosen, die die Schätze der Märkte belieäugeln, keine Nachfrage nach Waren erzeugen.

Die Nachfrage nach Waren wird somit in erster Linie von dem Vorrat an Geld abhängig sein; sie wird nicht ständig mit dem Vorrat an Geld übereinstimmen (wir werden noch früh genug diesen heiklen Punkt besprechen), aber der Warencharakter des Geldes zwingt die Besitzer doch, das Geld früh oder spät anzubieten.

Weniger Geld als man besitzt, wird man schon anbieten können, mehr aber auf keinen Fall. Nach oben bildet der eigene Geldbestand immer eine unübersteigbare Grenze für das Geldangebot. Die ausgesprochene Wareneigenschaft des Geldes wird aber immer zur Folge haben, daß im Durchschnitt der Jahre dort mehr Geld gegen Waren angeboten wird, wo der Geldbestand größer ist als dort, wo er kleiner ist.

Die 120 Millionen, die im Juliusturm seit 40 Jahren aufgestapelt sind, beweisen klar, daß Geld und Geldangebot nicht so identisch sind, wie Kartoffeln und Kartoffelangebot, aber ihr Zweck ist doch der, unter bestimmten Umständen angeboten zu werden.

Wie ein Wagen nur durch den Ortswechsel seinem Besitzer nützlich wird, so wird das Geld nur durch den Besitzerwechsel, durch den Gebrauch als Tauschmittel, durch den Geldumlauf, nützlich. Das Geld trägt also die Eigenschaft, die es immer wieder in Umlauf setzt, in sich selbst. Man kann also bis zu einem gewissen Grad von Umlaufszwang, materiellem, seinem Wesen anhaftenden Umlaufszwang sprechen, der dem Geld anhaftet.

Von den Waren sagten wir, daß deren Vorrat im umgekehrten Verhältnis stehe zur Schnelligkeit, womit die Handelseinrichtungen stets vom Markte zum Verbraucher befördern; da aber das Geld nur Gebraucher und keine Verbraucher hat, da das Geld also den Warencharakter behält, da man es nur kauft, um es wieder zu verkaufen (die Goldschmiede können wir hier unberücksichtigt lassen), so hat die Schnelligkeit, womit die Handelseinrichtungen den Besitzerwechsel des Geldes ermöglichen, die entgegengesetzte Wirkung wie bei den Waren. Je schneller das Geld von Hand zu Hand geht, um so schneller erscheint es wieder am Ausgangs-

punkt, um die Bahn von neuem zu betreten. Und mit jedem Wechsel des Geldbesitzers wird eine Ware eine Stufe weiter in den Keller der Konsumenten hinabgestoßen. Wie ein Eisenbahnwagen in einer bestimmten Zeit um so mehr Kilometer tonnen befördert, je schneller sich die Räder drehen, so wird auch das Geld um so mehr Waren aus seiner Bahn werfen, je schneller, d. h. je öfter es die Bahn bestreicht. Ein blanker Taler, ein entschieden echter Taler wird in der Woche vielleicht nur 10 mal den Besitzer wechseln, weil mancher sich an seinem Anblick längere Zeit weidet und noch einmal überlegt, ehe er ihn ausgibt. Bei einem verschlissenen Taler sind diese Hemmungen geringer und bei einem Taler, dessen Echtheit angezweifelt wird, gar nicht vorhanden. Um dieselbe Bahn zu durchlaufen braucht also ein blanker Taler 3 Wochen, ein verschlissener 2 Wochen und ein zweifelhafter nur eine Woche. Um die gleiche Anzahl von Geschäften abzuwickeln braucht man 3 neue, 2 alte und nur 1 zweifelhaften Taler. Die Verschleißkraft, die kaufmännische oder handelstechnische Qualität des Geldes steht also im umgekehrten Verhältnis zur banktechnischen Qualität des Geldes. Kaufmännisch betrachtet ist ein zweifelhafter Taler 3mal besser als ein blanker Taler. Dieses kleine Detail bitte ich zu beachten.

Wenn der König die Banknoten mit dem Bilde der Madonna schmücken läßt und jedem 8 Tage Ablass verspricht, der beim Anblick des Bildes ein Vaterunser für die Seelen der Verstorbenen betet, so werden solche Banknoten, infolge dieses „inneren Wertes“, handelstechnisch weniger leisten, als wenn an Stelle der Madonna der Teufel gesetzt wird mit einem durchdringenden Bocksgestank und mit einem Fluch für alle, die im Besitze des Geldes sind. Die Madonna (der innere Wert) wird den Umlauf hemmen, der Teufel (unterwertig) wird den Umlauf fördern. Handelstechnisch werden drei Madonnen zwei Teufeln gleichkommen, obschon sonst die Madonnen sich nicht mit Teufeln vergleichen lassen.

Das Angebot ist ein Strom, der, von der Arbeitsteilung kommend, in den Häusern der Konsumenten versiegt. Die Nachfrage ist kein Strom, sondern ein kreisender Gegenstand, der, wenn er schnell sich bewegt, uns als ein geschlossener massiver Ring erscheint.

Das Angebot besteht aus immer neuen Waren, die den Weg nur einmal zurücklegen und dann für immer verschwinden.

Die Nachfrage dagegen besteht aus einer Masse von Geldstücken, die den gleichen Weg schon 1000 mal zurückgelegt haben und ihn noch ebenso oft zurücklegen werden.

Wir erkennen aus diesem Vergleich, daß die Nachfrage anderen Gesetzen unterliegt, als das Angebot. Schon der Umstand, daß die Ware in ihrem Laufe zum Konsumenten immer größer, schwerer, will sagen teurer wird, während das Geld nach 1000 Touren den gleichen Preis haben soll, wie beim Antritt der ersten Tour, zeigt deutlich, daß in dieser Beziehung das Geld nicht mit den Waren verglichen werden kann.

Dies sagt aber beileibe nicht, daß das Geld den Warenaustausch etwa „gratis“ vermittelt.

In der Tat, alle Faktoren, die die Höhe des Angebots von Waren bestimmen und die wir im vorigen Kapitel aufzeichneten, fallen bei der Nachfrage (Angebot von Geld) fort, und der eine, die Verbesserung der Handelstechnik, hat beim Gelde sogar den umgekehrten Einfluß wie bei den Waren. Das Angebot von Waren geht durch die Verbesserungen der Handelstechnik, die den Zwischenhandel einschränken, zurück, die Nachfrage d. i. das Angebot von Geld dagegen wächst in Folge der gleichen Verbesserungen.

Für die Waren, für das Angebot sind in erster Linie die Produktionsverhältnisse maßgebend, die Fruchtbarkeit der Natur, die Intelligenz der Arbeiter, die Vollkommenheit der Werkzeuge. Für die Nachfrage ist das alles gleichgültig. Das Gold wird nicht produziert, sondern gefunden, und der für heute, d. h. für die heute lebende Generation allein in Betracht kommende Vorrat wird von den Vorfahren geerbt, oder wenn es sich um Papiergeld handelt, willkürlich „ausgegeben“. Für das Angebot ist die vorjährige Produktion ohne Einfluß, in der Nachfrage dagegen spielt das Gold, das Salomo aus Ophir bezog, noch heute als Partikel der Münzen sicherlich eine Rolle. Das Angebot wird von uns alle Jahre neu erzeugt, die Nachfrage haben wir von Salomo, Montezuma, von den Hunnen geerbt. Wie groß das Angebot sein wird, bestimmt die lebende Generation von Produzenten; wie groß die Nachfrage ist, bestimmen zum Teil Menschen, deren Gebeine schon längst zu Staub geworden sind. Tausend Millionen Menschen sind beschäftigt, das Angebot zu speisen, die Nachfrage wird von einer Handvoll Abenteurer in Alaska und Afrika unterhalten.

Aber für die Nachfrage kommt auch die Schnelligkeit des Geldumlaufes in Betracht, und da mag es manchem schwer werden, irgend eine Grenze für diese Schnelligkeit zu finden. Er wird

darum geneigt sein, anzunehmen, daß die Nachfrage (die doch zusammen mit dem Angebot die wichtige Rolle des allgemeinen Preisrichters spielt) etwas ganz Unbestimmbares sei.

Und in der Tat läßt sich auch kaum eine Schnelligkeit des Umlaufes denken, die sich nicht durch irgend eine Einrichtung vergrößern ließe.

Hat man sich mit Mühe und Not eine Grenze für die Schnelligkeit gesteckt, und es macht dann jemand etwa den Vorschlag, das Geld mit Schwefelwasserstoff zu durchtränken, damit sich jeder beeile, es wieder weiter zu geben, so sieht man, daß die Grenze der möglichen Schnelligkeit nicht weit genug gesteckt war.

Aber für die Praxis, für die heutige Nachfrage kommt es gar nicht darauf an, ob man morgen die Schnelligkeit des Geldumlaufes wird vergrößern können. Das „heute“ gilt auf dem Markte, das „morgen“ wird nur soweit diskontiert, wie man es klar übersehen kann. Wir können uns ja auch für die Schnelligkeit der Eisenbahn keine Grenzen denken, die wir nicht noch durch irgend eine Verbesserung überschreiten könnten; aber für heute liegt diese Schnelligkeit innerhalb der Grenzen, die die fertigen Maschinen, der Bahndamm, die Brücken und Kurven scharf vorzeichnen. Es ist uns allen ganz selbstverständlich, daß wir heute nicht beliebig schnell fahren können. Mit einiger Überlegung wird uns aber der Begriff, daß das Geld heute auch nicht beliebig schnell umlaufen kann, ebenso geläufig sein, und daß die gegebenen Handelseinrichtungen der Schnelligkeit des Geldumlaufes eine Maximalgeschwindigkeit vorzeichnen, die heute einfach nicht überschritten werden kann.

Aber dies sagt nicht, daß die Handelseinrichtungen nicht noch verbessert werden können. Sie werden tatsächlich fast täglich verbessert. Durch die deutsche Münzreform, die an Stelle des früheren Mischmasches eine gleichartige Münze setzte, die ohne Prüfung frei von Hand zu Hand gehen kann, ist sicherlich die Möglichkeit eines schnelleren Umlaufes geschaffen worden.

Man könnte auch zu einer umgekehrten Ansicht gelangen. Tatsächlich muß die größere Sicherheit, die die neue Münze vor Kursverlusten und Fälschungen bietet, einen größeren Reiz auf die Sparer geübt haben, als die schäbigen Groschen, Taler und Gulden. Geld sparen heißt aber den Umlauf unterbrechen. Sicherlich liegt hier ein Hemmungsmoment.

Durch die Börsen, Clearings, Wechsel, Schecks wird bestimmt dem Geld eine größere Umlaufsschnelligkeit gestattet. Wie noch heute die Viehhändler, so trugen früher die Kaufleute allgemein

das Geld für ihre Einkäufe in bar bei sich, auch sagt man, der Seeweg nach Indien sei mit einer Geldschicht bedeckt, die in Schiffbrüchen verloren ging.

Namentlich hat aber das Geldsparen andere Formen angenommen. Früher verbargen die Sparer das Geld allgemein in einem vergrabenen Topf, in der Matratze usw. Heute bringen sie es durch die Sparbanken (Postsparkassen) wieder in Umlauf. Gewaltige Summen verstärken so die Nachfrage.

Selbst die modernen Warenhäuser können als eine Beschleunigung des Geldumlaufes angesehen werden, denn hier kann der Käufer in einem Tag eine Summe los werden, für deren Unterbringung in den zerstreuten Läden der Stadt er sonst zwei Tage gebraucht hätte.

Kurz, die Möglichkeit einer ständigen Erweiterung der Grenzen der Umlauf-schnelligkeit kann nicht geleugnet werden, aber diese Möglichkeit kann das Bild in keiner Weise trüben oder verwischen, das wir jetzt von der Nachfrage gewonnen haben.

Die Nachfrage wird also bestimmt von der Größe des Geldbestandes und von der Schnelligkeit des Geldumlaufes. Die Nachfrage wächst im genauen Verhältnis mit dem Wachstum des Geldbestandes und mit der Schnelligkeit des Geldumlaufes.

Das ist, was wir von der Nachfrage vorerst wissen müssen, um ein ganz allgemeines Bild von der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot zu gewinnen. Freilich ist es noch nicht viel, was wir wissen. Aber es ist wenigstens Substanz in diesen Worten, wir können Nachfrage und Angebot jetzt greifen, betasten, wägen. Es sind keine Phantastereien mehr. Wenn wir von Angebot sprechen, so denken wir nicht mehr an Handlungen, Spekulation und sonstigen Unsinn, sondern wir sehen dort vor uns einen Güterzug vorüberfahren, mit Bergen von Holz, Stroh, Kalk, Gemüse, Wolle, Erde usw. Das alles sehen wir genau, mit unseren Augen, und die übrigen Sinne sind da zur Nachprüfung, daß wir nicht schlafen, träumen.

Und wenn wir von Nachfrage sprechen, so sehen wir auch keine Bettler, kein Defizit, keinen Zins usw., sondern sehen Geld, Papier- oder Metallgeld, Geld das wir greifen und zählen können. Wir sehen, daß das Geld durch eine ihm eigene Kraft in Bewegung, in kreisende Bewegung gesetzt wird, die von den uns bekannten Handelseinrichtungen gefördert, beschleunigt wird. Wir sehen das Geld genau und beobachten, wie es in jedem Kreislauf, den es beschreibt, eine Anzahl Waren greift und aus

dem Markt in die Häuser der Konsumenten wirft. Wir begreifen es es jetzt, weil wir mit unseren Augen den Vorgang verfolgen, daß die Nachfrage z.T. davon abhängig ist, wie schnell das Geld nach jedem Wurf nach einer anderen Ware ausgreift, und sprechen jetzt nicht mehr papageienhaft, sondern mit dem Bewußtsein, auf den Grundmauern der Volkswirtschaft zu stehen, die Worte aus: *Die Preise werden durch Nachfrage und Angebot selbtherlich bestimmt.*

In ziffernmäßiger Darstellung der bis jetzt besprochenen Elemente des Preises erhalten wir ungefähr folgendes Bild:

Angebot		Nachfrage	
Die Arbeits- und Besitzteilung beschickt den Markt bei normaler Funktion der Handelseinrichtungen mit einer täglichen Warenmasse von	Tonnen 1000	Tonnen 1000	Das vom Staate gemünzte oder gedruckte Geld erzeugt bei heutiger Umlaufgeschwindigkeit und gestrigen Preisen eine Nachfrage von ebenfalls . . .
Dieses Angebot wächst dadurch, daß			Diese Nachfrage wächst dadurch, daß
1. Die Warenproduktion durch Bevölkerungsvermehrung steigt, um 10 %	100		1. Die Masse des Geldes durch neue Goldfunde oder Ausgabe von Papiergeld zunimmt 10 %
2. Die Arbeitsteilung sich auf Kosten der Urwirtschaft erweitert, um 5 %	50	100	2. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch bessere Handelsgebräuche und Einrichtungen wächst 20 %
3. Die Produktionsmittel und Methoden eine Verbesserung erfuhren 20 %	200	200	3. Die Sparbanken und die Postsparkassen das Geld der kleinen Sparer wieder in den Handel bringen 10 %
4. Die besser geschulten Arbeiter bessere Waren erzeugen, um 30 % . .	300		
		100	
	1650	1400	
Dagegen nimmt das Angebot dadurch ab:			Diese Nachfrage bleibt aber nicht immer die gleiche, sie erscheint nicht regelmäßig auf dem Markt, wie wir das jetzt sehen werden.
1. Daß bessere Handelseinrichtungen, die Einschränkung des Zwischenhandels, das Ab-			

Übertrag	1650
strömen der Waren vom Markte nach den Ver- brauchsstättenbeschleu- nigen	100
2. Daß durch die Verein- fachung des Wech- selrechtes und andere Umstände die Waren auf dem Kreditwege, statt gegen Bargeld ausgetauscht werden	300
	400
	<hr/> 1250

Erklärung: Als Tonne kann natürlich irgend eine Ware genommen werden, Torf z. B. Man fragt dann, wie viel Kartoffeln, Milch, Heidelbeeren, Buchweizen usw. bei den heutigen Preisen für eine Tonne Torf eingetauscht werden können. Dann sind je 50 kg Kartoffeln 1A Qualität, je 100 Liter Vollmilch, je 60 Liter Buchweizen usw. = 1 Tonne Angebot.

Mit der Nachfrage verhält es sich so: Man fragt: Wie viel Geld kann bei bekannter Geldmasse und heutiger Umlaufgeschwindigkeit heute angeboten werden, und wie viel Tonnen Waren können bei den jetzigen Preisen dafür gekauft werden? Antwort: 1000 Tons. Da die Preise, die diesen 1000 Tons zugrunde gelegt wurden, sich durch Nachfrage und Angebot bilden, so muß notwendigerweise die durch das angebotene Geld in Tonnen ausgedrückte Nachfrage sich immer dem in Tonnen ausgedrückten Angebot anpassen. Ist das nicht der Fall, wie z. B. in obiger Aufstellung, wo einem Angebot von 1250 Tonnen eine Nachfrage von 1400 gegenüber steht, so kommt früh oder spät die Übereinstimmung durch Preisänderungen zustande. In unserem Beispiel würde die Nachfrage durch Rückgang der Preise um ca. 10 Proz. von 1200 auf 1400 Tonnen gehoben, ohne daß die, diese Nachfrage vertretende Geldsumme vermehrt würde.

Das Gesetzmäßige im Umlauf des heutigen Geldes.

Wenn man Nachfrage und Angebot als obersten, als einzigen Preisrichter einsetzt, wenn man den Gegenstand der Werttheorien als ein Hirngespinnst erkannt hat, wenn man eingesehen hat, daß die Produktion um den Preis als Schwerpunkt pendelt und nicht umgekehrt, so wird der Preis und alles was auf ihn einwirkt, zum

Brennpunkt unseres Interesses, und Dinge, die wir bis dahin als Nebensache betrachteten, gewinnen mit einem Schlage ganz außerordentliche Bedeutung.

Und als einen solchen, bisher gänzlich unbeachteten Umstand erwähne ich die Tatsache, daß man, dank der Beschaffenheit des Geldes, die Nachfrage (also das Angebot des Geldes) von einem Tage, von einer Woche, von einem Jahre zum anderen verschieben kann, ohne unmittelbare Verluste zu erleiden – während das Angebot (das Angebot der Waren) durchweg nicht um einen Tag zurückgehalten werden kann, ohne dem Besitzer Unkosten aller Art zu verursachen.

Die im Juliusturm verscharrte Nachfrage von 120 Millionen z. B. ist in 40 Jahren nicht einmal betätigt worden, und die Unkosten, die dem Staat dieser sogenannte Kriegsschatz verursacht, kommen allein von außen, nicht vom Innern des Turmes. Quantum und Qualität des Goldes ist absolut unverändert geblieben. Nicht ein Pfennig ist durch Substanzverlust verloren gegangen.

Dagegen kostet der in Bern aufgehäufte reale Kriegsschatz, der sogenannte Bundes-Weizen, jährlich neben den Kosten der Bewachung, Wartung, Aufspeicherung noch 10 Proz. Substanzverlust. (Ohne den Zins, auf den auch der Spandauer Schatz verzichtet.)

Die Gegenstände, die das Angebot vertreten, verderben, sie werden leichter, schlechter, fallen gegenüber den frischen Produkten ständig im Preise.

Bruch, Rost, Fäulnis, Nässe, Hitze, Kälte, Wind, Blitz, Staub, Mäuse, Motten, Fliegen, Spinnen, Feuer, Hagel, Erdbeben, Krankheiten, Unglücksfälle, Überschwemmungen und Diebe arbeiten nachdrücklich und ohne auszusetzen an der Qualität und Quantität der Waren, und nicht viele unter ihnen gibt es, die nicht bereits nach wenigen Tagen oder Monaten deutliche Spuren dieser Angriffe zeigen. Und gerade die wichtigsten und unentbehrlichsten unter den Waren, die Lebensmittel und Kleider, widerstehen ihren Feinden am schlechtesten.

Wie alles Irdische, so ist die Ware in steter Umwandlung begriffen. Wie das Erz sich im Feuer in reines Eisen verwandelt, so verwandelt sich das reine Eisen im langsamen Feuer der Atmosphäre wieder in Rost. Der schöne Pelz fliegt in Gestalt von tausend Motten zum Fenster hinaus, das Holzwerk des Hauses verwandeln die Würmer in Staub, und selbst das Glas, das dem Zahn der Zeit besser als andere Waren widersteht, sucht die Metamorphose wenigstens als Scherbe mitzumachen.

So hat jede Ware ihren besonderen Feind, den Bruch für Glaswaren, die Motten für Pelzwaren, Rost für Eisenwaren, die Krankheiten für Tiere, und zu diesen Spezialfeinden gesellen sich noch die Generalfeinde, die für alle Waren gemeinschaftlich gelten – Wasser, Feuer, Diebe usw. und der Sauerstoff der Luft, der langsam aber sicher alles verbrennt.

Wenn man die Waren gegen alle diese Verluste versichern wollte, wie viel Versicherungsprämie müßte man wohl bezahlen? Wie viel bezahlt der Ladenbesitzer allein an Miete für den Platz, wo seine Waren lagern?

Aber die Ware verdirbt nicht allein, sondern sie veraltet. Wer würde heute noch einen Vorderlader, ein Spinnrad, einen Zeppelin kaufen? Wer würde für solche Gegenstände die Materialkosten bezahlen? Die Warenproduktion wirft ständig neue, bessere Modelle auf den Markt, und kaum hatte der Zeppelin seine Lenkbarkeit gezeigt, so wurde er schon überflügelt, figurlich sowohl wie tatsächlich.

Wie kann sich nun der Warenbesitzer gegen solche Verluste schützen? Nur dadurch, daß er seinen Kram so schnell wie möglich verkauft. Und um ihn zu verkaufen, muß er ihn anbieten. Die Waren, sein Eigentum, zwingen ihn geradezu zum Angebot. Widersteht er diesem Zwang, so wird er bestraft, und die Strafe vollstreckt sein Eigentum, die Waren.

Dabei ist zu bedenken, daß unausgesetzt neue Produkte auf den Markt kommen, daß die Kuh regelmäßig alle Tage gemolken werden muß, daß der Proletarier durch den unmittelbaren Hunger gezwungen ist, täglich zu arbeiten. Das Angebot muß also größer, dringender werden, in demselben Maße wie etwa der Verkauf, der Absatz stockt. Der Regel nach ist darum auch der Zeitpunkt, wo die Ware die Fabrik verläßt, der günstigste für den Verkauf, und je länger der Verkauf hinausgeschoben wird, um so ungünstiger die Marktverhältnisse. Der Kaffeestaat von Sao Paulo wird diesen Satz sicherlich bestätigen, denn er macht augenblicklich diese Erfahrung im großen.

Warum läuft und schreit der Zeitungsverkäufer? Weil seine Ware wenige Stunden nach der Geburt schon Makulatur wäre. Der Milchhändler hat eine helltönende Glocke an seinem Wagen angebracht, er darf den Tag, will sagen, die Stunde und Minute nicht für den Verkauf verpassen. Die Gemüsefrau steht von allen Bürgern zuerst auf, sie weckt den Haushahn regelmäßig aus seinem Schlaf. Der Metzger darf die Zeit auch nicht verschlafen,

er kann der Pfingstfeier wegen nicht den Laden schließen – denn 24 Stunden würden genügen, um sein ganzes Kapital in beginnende Fäulnis zu bringen. Der Bäcker gar kann seine Ware zum regulären Preis nur absetzen – so lange die Brötchen noch warm sind. Er hat es jahraus jahrein ebenso eilig wie die braven Basler, die den heißen Hirsebrei nach Straßburg bringen. Und der Bauer, der mit der Pflugschar die Kartoffeln aus der Erde geworfen und sie nun den Nachfrösten ausgesetzt hat? Er sammelt sie eilig und bringt sie mit gleicher Eile auf den Markt – um das schöne Wetter auszunutzen und um das mühsame Auf- und Abladen seiner billigen und schweren Ware möglichst zu verhüten.

Und das Heer von Arbeitern, die 10 000 Arbeiterbataillone? Haben es diese nicht ebenso eilig wie der Zeitungsmann, die Gemüsefrau, der Bauer? Wenn sie nicht arbeiten, geht mit jedem Pendelschlag der Uhr ein Teil ihrer Habe verloren.

So sehen wir, wie die Natur der Ware, ihre Vergänglichkeit, die große Mehrheit des Volkes aus dem Schlafe rüttelt, sie zur Eile anspornt und sie zwingt, regelmäßig zu einer bestimmten Stunde auf dem Markte zu erscheinen. Die Eigentümer erhalten von der Ware den Befehl, sie zu Markte zu führen, unter Androhung von Strafe, die die Ware auch selbst vollstreckt. *Das Angebot der Ware geht also von der Ware aus, nicht vom Eigentümer*; einen Willen läßt die Ware ihrem Eigentümer nur in seltenen Ausnahmen und dann noch in beschränktem Maße. So könnte der Bauer z. B. das Korn nach dem Drusch in seiner Scheune aufspeichern, um eine bessere Verkaufsgelegenheit abzuwarten. Die Natur des Kornes läßt dem Eigentümer mehr Muße zum Überlegen, als die Natur des Salats, der Eier, der Milch, des Fleisches, der Arbeitskraft. Aber lange darf der Bauer auch nicht überlegen, denn das Korn verliert an Gewicht und Qualität, wird von Mäusen und Gewürm angegriffen und muß vor Feuer und anderen Gefahren geschützt werden. Übergibt der Bauer den Weizen einem Lagerhaus, so kostet ihn die Sache, abgesehen vom Zins, in 6 Monaten einen bedeutenden Teil des Weizens.

Auf alle Fälle muß aber der Weizen verkauft werden vor der nächsten Ernte, die durch die Zufuhren von der südlichen Halbkugel jetzt alle 6 Monate eintritt.

Es ist also klar das Angebot der von der Arbeitsteilung fortlaufend erzeugten Waren untersteht einem ständigen Druck,

dem es in der Regel sofort nachgibt, und darum können wir das Angebot von Waren, d. i. die Nachfrage nach Geld, mit der Ware selbst identifizieren, sie von menschlichen Handlungen unabhängig erklären. *Das Angebot ist also eine Sache, ein Gegenstand, ist Substanz.*

Man kann also sagen, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, daß das Angebot durchweg einem mächtigen, täglich wachsenden, alle Hindernisse überwindenden, materiellen inneren Zwang unterliegt, einem Zwang, der der Natur der das Angebot darstellenden Dinge anhaftet. Das Angebot kann nicht hinausgeschoben werden. Unabhängig vom Willen der Warenbesitzer muß das Angebot täglich auf dem Markte erscheinen. Ob es regnet, schneit, oder ob die Sonne brennt, ob politische Gerüchte die Börse beunruhigen, das Angebot ist immer gleich dem Vorrat an Waren. Und selbst dann noch ist das Angebot gleich dem Warenbestand, wenn der Preis der Waren unbefriedigend ist. Ob der Preis dem Produzenten Gewinn oder Verlust bringt – einerlei, die Waren werden angeboten, müssen angeboten werden, und zwar in der Regel *sofort*.

—

Das Angebot ist immer gleich dem Warenbestand. Die Nachfrage ist dagegen, wie schon gesagt, von solchem Zwang befreit. Aus Gold hergestellt, einem Edelmetall, das wie der Name schon sagt, eine Ausnahmestelle unter den irdischen Stoffen einnimmt, und sozusagen als Fremdkörper dieser Erde betrachtet werden kann, widersteht es siegreich allen Zerstörungselementen der Natur.

Das Gold rostet nicht und fault nicht, es bricht nicht und stirbt nicht. Frost, Hitze, Sonne, Regen, Feuer, nichts kann ihm schaden. Das Geld, das wir aus Gold machen, schützt seinen Besitzer vor jedem Substanzverlust. Auch die Qualität ändert sich nicht. Vergraben wir einen goldenen Schatz, meinetwegen in einem Morast, ohne irgendwelche Hülle, so wird dieser Schatz noch nach 1000 Jahren ganz unversehrt sein.

Dabei ist auch die Neuproduktion des Goldes im Verhältnis zu der seit Urzeiten aufgespeicherten Goldmasse unerheblich, sie wird in 3 oder 6 Monaten, ja in einem Jahr kaum 1% des Goldbestandes betragen.

Auch vom Modenwechsel wird die Goldwährung nicht berührt, denn der einzige Modenwechsel, der hier in 4000 Jahren stattfand,

war der Übergang von der Doppelwährung zur einfachen Goldwährung.

Das einzige, was das Gold vielleicht zu befürchten hat, wäre die Erfindung eines brauchbaren Papiergeldes, aber selbst gegen solche Möglichkeit ist der Goldbesitzer dadurch geschützt, daß solches Papiergeld nur durch den Willen des Volkes zustande kommen kann – ein schwerfälliger Feind, der ihm Zeit zur Flucht läßt.

So ist der Besitzer des Goldes vor jedem Verlust durch die eigentümlichen Eigenschaften dieses Fremdkörpers geschützt. Die Zeit geht am Gold spurlos vorüber, der Zahn der Zeit kann ihm nichts anhaben.

Der Inhaber des Goldes ist also vor jedem Substanzverlust geschützt; das Gold drängt ihn nicht zum Verkauf. Er kann warten; freilich verliert er den Zins, so lange er wartet. Aber gewinnt er den Zins vielleicht nicht gerade darum, weil er warten kann? Auf alle Fälle verliert der Besitzer der Ware, der auf den Verkauf warten muß auch den Zins. Er verliert den Zins und hat den Substanzverlust, dazu noch die Unkosten der Lagerung und Wartung. Während der Besitzer des Goldes nur den Verlust eines Profites hat.

Der Besitzer des Goldes kann also warten, er kann die Nachfrage hinauschieben; er kann seinen Willen geltend machen. Freilich wird er früh oder spät das Gold anbieten, denn an sich ist es ihm nutzlos, *aber den Zeitpunkt, wo das geschieht, kann er auswählen.*

Das Angebot ist mit den Warenmassen immer genau zu messen, es deckt sich mit diesen Waren. Der Wille des Warenbesitzers ist so machtlos, daß wir ihn füglich unberücksichtigt lassen können.

Bei der Nachfrage dagegen kommt der Wille des Geldbesitzers zur Geltung. Die Ware befiehlt, duldet keinen Widerspruch; das Gold ist geduldiger Diener seines Herrn. Dort Zwang, hier Freiheit, und beides, Zwang auf der einen Seite, Freiheit auf der anderen – bestimmen den Preis.

Der Besitzer des Geldes führt die Nachfrage an der Leine wie einen Hund; und der Hund beißt, wenn er gehetzt wird. Und auf wen könnte die Nachfrage wohl gehetzt werden?

Oder um die *Marxsche* Bildersprache zu gebrauchen: Die Nachfrage betritt den Markt, frei und stolz einherschreitend, wie jemand, der, an den Sieg gewöhnt, ihn für selbstverständlich

hält; das Angebot, in gedrückter, bescheidener Haltung, wie jemand, der nichts zu erwarten hat – als die Gerberei.

Und woher dieses verschiedene Verhalten? Weil der eine Gold zu verkaufen hat, der andere Schmutz. Weil der eine warten kann und der andere nicht. Weil der eine den Tauschvermittler besitzt und er den Tausch, dank der körperlichen Eigenschaften des Tauschvermittlers, ohne persönlichen Schaden zu erleiden, unterbinden kann, während dem anderen aus solcher Unterbrechung ein persönlicher Schaden erwachsen würde, der um so schwerer wird, je länger die Unterbrechung anhält. Weil dieses Verhältnis den Warenbesitzer in Abhängigkeit vom Geldbesitzer bringt oder, um es in der kurzen und klaren Weise von Proudhon auszudrücken: *Weil das Gold nicht Schlüssel, sondern Riegel des Marktes (des Warenaustausches) ist.*

Wenn nun die Nachfrage die Freiheit, die sie genießt, sich zu Nutze macht und vom Markt fernbleibt?

Dann wirkt der Zwang, dem das Angebot unterworfen ist, dahin, daß das Angebot die Nachfrage aufsucht, ihr entgegeneilt, sie heranzulocken sucht durch Anbietung irgend eines Vorteiles.

Das Angebot braucht die Nachfrage und zwar sofortige Nachfrage, und der Nachfrage ist diese Notlage oder Zwangslage des Angebots bekannt.

Folglich wird die Nachfrage der Regel nach eine Extraleistung fordern können für das Vorrecht, vom Markte fern bleiben zu können.

Und warum würde der Besitzer des Geldes nicht diese Extraleistung einfordern? Ist nicht unser ganzes Wirtschaftssystem, die Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot, auf die Ausbeutung der Verlegenheiten des Nächsten begründet? Wie wir das mit der Ausführlichkeit, die die Sache verdient, auf S.39–41 gezeigt haben?

Nehmen wir an, Müller und Schmied, durch Raum und Zeit getrennt, wollen ihre Produkte, Mehl und Nägel, austauschen und brauchen zu dem Zwecke das Geld im Besitze Meyers. Meyer kann den Tausch mit seinem Gelde sofort vermitteln, er kann ihn aber auch verzögern, verschleppen, unterbinden, verbieten, denn sein Geld läßt ihm ja Freiheit, den Zeitpunkt für die Vermittlung des Tausches auszuwählen. Ist es da nicht selbstverständlich, daß Meyer sich diese Macht bezahlen läßt und daß Müller und Schmied in einen Abzug vom Mehl und Nägel

einwilligen müssen? Was bleibt ihnen anderes zu tun übrig? Verweigern sie dem Geld den Tribut, so zieht sich das Geld einfach vom Markte zurück, und Müller und Schmied müssen unverrichteter Sache ihre Habe mit schweren Unkosten wieder nach Hause bringen. Müller und Schmied werden dann gleichzeitig als Konsument wie als Produzent notleiden. Als Produzent, weil ihre Sache verdirbt, als Konsument weil sie die Dinge entbehren, für deren Eintausch sie ihre Produkte zu Markte brachten.

Hier ist als Vorbereitung für den Gedanken der Geldreform die Bemerkung nützlich, daß wenn Meyer statt Gold irgend eine andere Ware als Tauschmittel besäße, meinetwegen Tee, Pulver, Salz, Vieh usw., der Charakter dieses Tauschmittels ihm die Freiheit einer Verschleppung der Nachfrage und damit auch die Macht nehmen würde, einen Tribut von den anderen Waren zu erheben.

Wir können also sagen: Unser heutiges Geld vermittelt der Regel nach (also kaufmännisch) den Austausch der Waren nur unter der Bedingung eines Tributes. Ist der Markt die Straße, auf der die Waren ausgetauscht werden, so ist das Geld der Schlagbaum, der nur nach Zahlung des Wegegeldes gehoben wird. Das Wegegeld, der Profit, der Tribut, der Zins, oder wie man es nennen mag, ist die allgemeine Voraussetzung des Warenaustausches. Kein Tribut, kein Tausch.

Und man verstehe mich recht hier. Ich spreche nicht vom Handelsgewinn, von der Bezahlung, die der Kaufmann für seine Arbeit verlangt und verlangen kann. Das, wovon ich hier spreche, ist der Gewinn, den der Geldbesitzer von den Warenproduzenten darum verlangen kann, weil er den Austausch ihrer Produkte durch Zurückhalten des Geldes zu verhindern vermag. Das hat mit dem Handelsgewinn nichts gemein; das ist eine gesonderte Leistung, die das Geld für sich einkassiert, ein Tribut, den das Geld erheben kann, weil es frei ist vom materiellen Angebotszwang, dem die Waren allgemein unterworfen sind. Zwang, materieller, der Ware anhaftender Zwang beim *Angebot*; Freiheit, Wille, Unabhängigkeit von der Stunde, von der Zeit bei der *Nachfrage* – *das Resultat muß ein Tribut sein*. Die Ware muß dem Gelde diese Freiheit bezahlen; es geht nicht anders. Ohne Tribut wird kein Geld angeboten; ohne dem Geld die Tauschvermittlung zu bezahlen, erreicht keine Ware den Bestimmungsort. Kann aus irgend einem Grunde das Geld seinen gewohnten Tribut nicht erheben – so bleiben die Waren liegen, sie verderben, verfaulen, vergehen (Krise).

Die Grenzen dieses Tributes werde ich in einem späteren Kapitel dieses Buches, der die Zinstheorie behandelt, genau abstecken; für das, was ich jetzt zu zeigen habe, genügt die Feststellung, daß das Geld nur unter der Voraussetzung eines vom Handelsprofit gesonderten Tributes zirkuliert, d. h. den Warenaustausch vermittelt.

Der Einwand, daß die Geldbesitzer unaufschiebbare persönliche Bedürfnisse an Waren haben, die in ihrer Wirkung einer Zwangsnachfrage gleichkommen, und daß diese Zwangsnachfrage den Einfluß des Zwangsangebotes auf den Preis nullifiziert, ist nicht stichhaltig. Wenn auch anerkannt wird, daß das Interesse der Konsumenten am Kauf ebenso groß ist, wie das Interesse des Produzenten am Verkauf, so darf man hier nicht vergessen, daß zwischen Konsumenten und Produzenten aller Regel nach der Händler steht, der die durch Ort und Zeit getrennten Warenbesitzer verbinden soll. Dieser Händler hat aber ganz andere Interessen als die der Produzenten und Konsumenten. In seinem Interesse liegt es, Konsumenten und Produzenten zu trennen, den Austausch zu unterbinden, um die dadurch entstehenden Verlegenheiten auszubeuten. Das Werkzeug für die Unterbindung des Austausches ist das Geld. Hätte der Geldinhaber statt Gold eine andere Ware als Geld, z. B. Nüsse, Butter, Bier usw., so würde die Natur solchen Geldes die Zwangslage der Produzenten und Konsumenten auch auf den Händler übertragen, und dann wäre das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot hergestellt. Dem Zwangsangebot stände in der Natur der zu Geld erhobenen Ware eine Zwangsnachfrage gegenüber.

Und ist schon der Profit selbstverständliche Voraussetzung der Nachfrage, so ist der Fall erst recht ausgeschlossen, daß sich die Nachfrage auf dem Markte einstellt, wenn ihr dort direkte Verluste winken. Das Angebot stellt sich ein ohne jede Rücksicht auf Gewinn und Verlust; die Nachfrage zieht sich bei schlechten Aussichten in ihre Festung, das ist die Unverwüstlichkeit, zurück und wartet dort mit Seelenruhe die Zeit ab, wo die Verhältnisse für einen Ausfall günstiger werden.

Nachfrage, regelrechtes kaufmännisches Angebot des Geldes gegen Waren, gibt es also nur, solange die Marktverhältnisse:

1. genügende Sicherheit gegen Verluste
2. dem Geld einen Tribut bieten.

Da kann es kaum noch interessant sein zu forschen, auf welche Weise die Nachfrage das Angebot dahin bringt, daß die beiden Voraussetzungen des Geldumlaufes erfüllt werden, und zwar uninteressant darum, weil wir jetzt die Ausrüstung der beiden

Gegner kennen und mehr das Schlachten eines Hähnchens, als einen regelrechten Hahnenkampf erwarten können.

Trotzdem dürfen wir uns das Schauspiel nicht ersparen. Wir können noch manches daraus lernen, und an Überraschungen fehlt es auch nicht.

Also der Profit ist die Voraussetzung des Angebots des Geldes gegen Ware. Das heißt soviel, daß niemand Ware kauft, wenn er keinen Preis erwarten kann, der höher steht als der Einkaufspreis.

Es sei	100	der Einstandspreis der Ware
	5	der Preis, den der Kaufmann für seine Arbeit nach den Gesetzen des Wettbewerbes anrechnen kann
	<u>5</u>	der Tribut des Geldes. So ist
	110	der Preis, den der Kaufmann haben muß.

Glaut der Kaufmann diesen Preis nicht erzielen zu können, so hält er auch mit dem Geld zurück. Er wird vielleicht (wie jeder Arbeiter) von seinem Arbeitslohn etwas ablassen, aber den Einstandspreis muß er auf alle Fälle ausschlagen, ebenso den Tribut des Geldes.

Der Fall aber, daß der Preis der Waren in dem Zeitraum, der zwischen Ein- und Verkauf der Regel nach verstreicht, heruntergeht, daß also der Verkaufspreis unter den Einstandspreis fällt, kann eintreten. Erfahrungsgemäß muß sogar jeder Kaufmann mit dieser Möglichkeit rechnen.

Betrachten wir die Tabelle auf S.110 d. B. Von wie vielen Umständen hängt da nicht der Preis ab! Ein Mann, wie James Watt, der jedem Arbeiter 1000 Hände schenkte, kann alle Tage eine starke Vermehrung des Angebots bewirken; er kann alle Tage den Erlös der Waren unter den Einstandspreis drücken. Und wenn dieser Fall eintritt, wer wird dann noch Nachfrage halten, wer wird Geld in Waren anlegen, wenn das Angebot größer als die Nachfrage ist? Der Umlauf des Geldes ist rechnerisch unmöglich, wenn die Warenpreise fallen, und sie können fallen, es genügt ja dazu, daß das Angebot, die Warenproduktion wächst.

Halt! Einen Augenblick! Was ist da gesagt worden? Die Nachfrage zöge sich zurück, der Umlauf des Geldes wäre rechnerisch unmöglich, sobald die Preise zurückgehen! Aber die Preise gehen doch zurück, gerade weil die Nachfrage ungenügend ist!

Und weil sie nicht genügend ist, um einen Preisrückgang zu verhüten, zieht sie sich zurück, wird also noch kleiner?

Gewiß, so ist es; es ist kein Schreib- oder Druckfehler in diesem Satz. *Das Geld zieht sich tatsächlich vom Markte zurück, der Umlauf des Geldes ist unmöglich, rechnerisch unmöglich, sobald das Angebot des Geldes ungenügend ist und ein Rückgang der Warenpreise eintritt oder erwartet wird.*

Als nach Einführung der Goldwährung die Geldfabrikation um den ganzen Betrag der Silberproduktion abnahm und die Preise fielen, da war auch der Umlauf des Geldes unmöglich geworden, und das Gold häufte sich in den Banken an. Der Zinsfuß ging ständig zurück. Als dann die Bimetallisten ihren Kriegszug gegen die Goldwährung eröffneten und die damals herrschende chronische Wirtschaftskrise mit einer ungenügenden Geldproduktion begründeten, da wiesen die Bamberger und Genossen auf die großen Bankreserven, auf den niedrigen Zinsfuß und erklärten diese Erscheinungen als einen unumstößlichen Beweis dafür, daß es eigentlich noch zu viel Geld gab. Den Preisfall begründeten sie mit einem allgemeinen Rückgang der Produktionskosten (auch des Goldes?), mit einer Überproduktion an Waren.

Die Bimetallisten, vor allem *Laveleye*, entkräfteten diese Beweisführung auf glänzende Weise durch den Nachweis, daß das Geld kaufmännisch nicht umlaufen *kann*, sobald es nicht in genügender Menge angeboten wird, um einen Rückgang der Preise zu verhindern. Die großen Bankdepots, der niedrige Zins wären der schlagendste Beweis dafür, daß *nicht genügend* Geld angeboten wurde.

Jedoch unsere im Wertnebel herumirrenden Währungsphilosophen haben diesen Sachverhalt niemals begriffen. Und auch heute noch ist er ihnen nicht klar; obschon die Entwicklung der Geldverhältnisse ihnen inzwischen genügende Beweise für die Richtigkeit dieser bimetallistischen Theorie geliefert hat. Denn seitdem der Zufall große Mengen Goldes hat finden lassen, und die Warenpreise auf der ganzen Linie mächtig aufwärtsstreben, – sind die großen Bankbestände verschwunden und der Zinsfuß ist höher als je. *Also ist es doch so, daß die Banken sich füllen, daß der Zinsfuß fällt, weil es an Geld fehlt; und daß umgekehrt die Banken sich leeren und der Zinsfuß steigt, weil zuviel Geld angeboten wird.*

Und die Preise fallen ja gerade darum, weil das Geldangebot ungenügend ist.

Dabei ist es gar nicht einmal nötig, daß die Warenpreise tatsächlich fallen, um das Geld zu veranlassen, sich vom Markte in seine Festung zurückzuziehen. Es genügt dazu, daß nach allgemeiner Ansicht die Preise fallen werden (wobei es wieder ganz einerlei ist, womit solche Ansicht begründet wird), um die Nachfrage stutzig zu machen, um das Angebot des Geldes zu verhindern – und um dadurch das, was man erwartet oder befürchtet, wirklich eintreten zu lassen. *Denn die Preise werden durch Nachfrage und Angebot bestimmt und gehen zurück, sowie die Nachfrage ausbleibt.*

Liegt in diesem Satz nicht eine Offenbarung? Zeigt sie uns die Natur der Wirtschaftskrisen nicht mit einer Deutlichkeit, die keine der dickleibigen Untersuchungen über den Gegenstand erreicht? Der Satz zeigt uns, wie es kommt, daß manchmal über Nacht eine Krise, ein schwarzer Freitag ausbrechen kann, der Tod und Verderben um sich streut.

Die Nachfrage verschwindet, verbirgt sich, *weil* sie ungenügend war, um den Austausch der Waren auf dem bisherigen Preisstand auszuführen! Das Angebot war größer als die Nachfrage, darum muß sich die Nachfrage ganz zurückziehen. Der Kaufmann schreibt eine Bestellung aus auf Kattun. Hört er aber, daß die Kattunproduktion gestiegen ist, so wirft er den Bestellungsbogen in den Papierkorb! Ist das nicht köstlich?

Aber wirft die Produktion nicht ständig neue Warenmassen auf den Markt und wachsen darum nicht die Bestände, sobald der Absatz stockt? Steigt nicht das Wasser im Flußbett, wenn man die Schleusen schließt?

Das Angebot wird also größer, dringender, weil die Nachfrage zögert, und die Nachfrage zögert ja nur darum, weil das Angebot zu groß ist im Verhältnis zur Nachfrage.

Auch hier ist weder Schreib- noch Druckfehler. Die vom Standpunkt des Unbeteiligten so lächerliche Erscheinung der Wirtschaftskrisen muß auch eine lächerliche Ursache haben *Die Nachfrage wird kleiner, weil sie zu klein ist, das Angebot wird größer, weil es zu groß ist!*

Hier mögen die Mitglieder des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung wieder „einen Seufzer fahren lassen und wenn es geht noch einen“.

Aber die Komödie wächst sich noch zur Tragödie aus. Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, d. h. das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden. Je mehr Waren angeboten werden, desto größer ist die Nachfrage nach Geld. Die Waren, die im Tauschhandel oder auf Kreditwegen den Konsumenten erreichen, sind für die Nachfrage nach Geld verloren. Die Preise steigen also, wenn die Kreditverkäufe zunehmen, denn die gegen Geld angebotenen Warenmassen nehmen um den Betrag dieser Kreditverkäufe ab – und Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise, d. h. das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden.

Umgekehrt müssen darum auch die Preise fallen, wenn die Kreditverkäufe abnehmen, weil dann die Waren, die auf diesen Seitenkanälen den Konsumenten erreichten, auf die Nachfrage nach Bargeld zurückfallen.

Das Angebot von Waren gegen Bargeld wächst also im Verhältnis, wie die Kreditverkäufe abnehmen.

Die Kreditverkäufe nehmen aber ab, wenn die Preise fallen, wenn der Verkaufspreis unter dem Einstand steht, wenn der Kaufmann der Regel nach an seinen Warenbeständen verliert, wenn er die Inventarstücke, die er für 1000 gekauft, jetzt am Tage der Inventur für 900 kaufen kann und darum auch für 900 in die Inventur einstellen muß. Die Sicherheit des Kaufmanns steigt und fällt mit den Preisen seiner Waren, und *darum fallen und steigen auch die Kreditverkäufe mit dem Fallen und Steigen der Warenpreise*. Ich brauche das nicht weiter zu erörtern denn es ist das eine bekannte Tatsache. Aber so bekannt die Sache ist, so wenig Absonderliches hat man darin gefunden. Und die Sache ist doch komisch genug.

Steigen die Preise, d. h. ist die Nachfrage größer als das Angebot, so kommt der Kredit herbeigeeilt, entzieht dem Markte einen Teil der Waren, und treibt so die Preise noch höher. Fallen aber die Preise, so zieht sich der Kredit zurück, die Waren fallen auf das Bargeld zurück und drücken die Preise noch weiter hinunter!

Braucht man noch weiter nach einer Erklärung der Wirtschaftskrisen zu suchen? [Im Reichstag wurde 1907 der Betrag der in Deutschland umlaufenden Wechsel mit 35 Milliarden Mark angegeben. wenn es sich hier vielleicht auch nur um die Gesamtsumme der während eines Jahres abgestempelten Wechsel handeln sollte, die dann auf 3 Monatswechsel umgerechnet, auf 9 Milliarden Mark zusammenschumpft, so zeigt diese Summe doch, welche Gefahr für die Stetigkeit der Nachfrage (und der Preise) dieser von Stimmungen und Konjunkturen abhängige Kredit und Wettbewerber des Geldes in sich birgt.]

Weil wir unsere Produktionsmittel verbesserten, weil wir fleißig und erfinderisch waren, weil wir gutes Wetter, gute Ernten hatten, weil wir fruchtbar waren weil wir die Arbeitsteilung, die Mutter aller Kultur, gepflegt haben usw., ist das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld gewachsen, und weil wir dieser größeren Nachfrage nach Geld kein verstärktes Angebot von Geld entgegenwarfen, fielen die Preise der Waren.

Und weil die Preise fielen, wurde die Nachfrage zurückgezogen, das Geld verschart. Und weil die Nachfrage zurückgezogen wurde und der Absatz stockte, türmten sich die Waren zu Bergen an, wie die Eisschollen auf dem Rhein, wenn der Eisgang irgendwo stockt. Das Angebot durchbricht die Dämme, überschwemmt die Märkte, und zu jedem Preise werden die Waren losgeschlagen. Aber gerade weil die Preise auf der ganzen Linie zurückgehen, kann kein Kaufmann Ware kaufen, denn er muß ja befürchten, daß das, was er heute so verlockend billig kauft, von seinem Konkurrenten morgen noch billiger gekauft wird, und daß er dann nicht konkurrieren kann. Die Waren sind unverkäuflich, weil sie zu billig sind und noch billiger zu werden drohen. Die Krise!

Aber gerade weil die Krise ausgebrochen ist, weil die Aktiva der Kaufleute zusammenschrumpfen, die Passiva (den Aktiven gegenüber) gestiegen sind, weil jeder, der Geldlieferungsverträge [Geldlieferungsverträge sind Wechsel, Schuldscheine, Obligationen, Pacht- und Mietverträge, Versicherungen aller Art usw.] abgeschlossen, diesen des erhöhten Geldpreises (Waren) wegen nicht nachkommen kann, weil auch schon Zahlungseinstellungen vorkommen und der ganze Warenaustausch in ein Hazardspiel ausgeartet ist, darum werden die Kreditverkäufe eingeschränkt und *wächst die Nachfrage nach Bargeld um die ganze Masse der auf dem Kreditwege bis dahin ausgetauschten Waren* – gerade zu einer Zeit, wo das Bargeld schon überlastet ist und darum vergraben wird!

Wie das Feuer den Luftzug erzeugt, der den Brand belebt, so stärkt heute die Unterbrechung des Geldumlaufes die Nachfrage nach Geld. Nirgendwo sieht man die ausgleichenden Kräfte wirken, von denen noch so viele träumen. Verschärfung, nicht

Milderung; von Ausgleich, von regulierenden Kräften nirgendwo eine Spur.

Diesen Ausgleich bei wachsender Nachfrage nach Geld (Angebot von Waren) sucht man in einem beschleunigten Geldumlauf, indem man annimmt, daß der Wunsch, *billig* [Billig ist im kaufmännischen Sinne keine Ware an sich, sondern nur im Verhältnis zum Erlös. So lange die Preise fallen, sind alle Waren teuer; billig werden sie, wenn die allgemeine Preissteigerung den Verkaufspreis über den Einstandspreis hebt.] zu kaufen das Geld in verstärkter Masse zu Markte führen muß, und zwar aus den Reserven! Aber das umgekehrte ist der Fall. Die *Preissteigerung* reizt den Kaufmann, nicht der *Preisrückgang*. Der Preisrückgang kann ihm ja nur Schaden bringen. Die Furcht, daß das, was heute so billig [Billig ist im kaufmännischen Sinne keine Ware an sich, sondern nur im Verhältnis zum Erlös. So lange die Preise fallen, sind alle Waren teuer; billig werden sie, wenn die allgemeine Preissteigerung den Verkaufspreis über den Einstandspreis hebt.] angeboten wird, morgen noch billiger sein wird, schnürt alle Börsen zu, und tatsächlich sehen wir ja auch nur so oft und so lange offene Börsen, wie man eine Preissteigerung erwartet. Übrigens, wo sind diese berühmten Reserven? Etwa bei den Banken? Die Banken ziehen ihre Gelder aus dem Verkehr, wenn der Verkehr keine Sicherheit mehr bietet infolge allgemeinen Preisrückganges der Waren, aber die Millionen, die so dem Markte zu einer Zeit entzogen werden, wo sie dort am nötigsten sind, können doch nicht als *Reserven* betrachtet werden. Die Banken sind immer überfüllt, wenn die Preise fallen, sie sind leer, wenn die Preise steigen. Wäre es umgekehrt, so könnte man von Reserven reden. Wenn es also Reserven gibt, so müßte man sie im Interesse des Warenaustausches so schnell wie möglich *auflösen*, denn ihre Existenz wäre eine weitere Ursache für Preisschwankungen. Reserven, also Geldansammlungen, können nur dadurch gebildet werden, daß man das Geld dem Umlauf, dem Markte, dem Warenaustausch, seiner Bestimmung entzieht; wenn man aber solche Reserven immer nur dann bildet, wenn es sowieso schon auf dem Markte an Geld fehlt, so müssen wir sie direkt als Gift bezeichnen.

Das ist also das Gesetzmäßige in der Nachfrage, daß sie verschwindet, so bald sie ungenügend ist.

Aber wie ist es, wenn sie etwa im Verhältnis zum Angebot zu groß ist, wenn die Warenpreise steigen? Denn auch mit einer solchen Möglichkeit muß man rechnen. Es geht auch das aus unserer Darstellung (S. 110) klar hervor, und die Marktgeschichte der letzten Jahrzehnte ist da, um solches zu beweisen. Es leugnet niemand, daß alle Preise trotz ständig verbesserter Produktionsmittel ganz arg gestiegen sind.

Was macht nun der Besitzer des Geldes, wenn die Preise steigen, wenn er das, was er heute kauft, voraussichtlich oder gar erfahrungsgemäß morgen teurer verkaufen kann *wenn also die Preissteigerung alles billig macht* (s. Anm. S.125), wenn der Umsatz des Geldes steigenden Profit abwirft?

Er kauft so viel er kann, d. h. so viel er Geld hat und darüber hinaus, so viel er Kredit hat. Und Kredit genießt der Kaufmannsstand – so lange die Preise steigen, solange der Verkaufspreis über dem Einstandspreis steht. Dabei bringt es die rosige Stimmung, die die steigenden Profitsätze bei der Kaufmannschaft unterhalten, wieder mit sich, daß man sich rascher als sonst zum Kauf entschließt, daß man das Geld nicht zehnmal umdreht, ehe man es ausgibt. Das Geld läuft schneller um, wenn die Preise steigen, der Geldumlauf erreicht die Maximalgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen überhaupt gestatten.

Und die Nachfrage ist gleich der Masse und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Und Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise.

Also weil die Preise stiegen, wächst die Nachfrage durch beschleunigte Geldzirkulation, und gleichzeitig geht das Angebot (gegen Bargeld) zurück wegen vermehrter Kreditverkäufe. *Die Preise steigen also weiter, weil die Preise steigen. Die Nachfrage wird belebt, sie wächst, weil sie zu groß ist.* Der Kaufmann kauft Ware weit über den unmittelbaren Bedarf hinaus, er sucht sich zu decken – weil das Angebot zu gering ist im Verhältnis zur Nachfrage. Als das Angebot wuchs und im Verhältnis zur Nachfrage zu groß war – da beschränkte der Kaufmann seine Bestellungen auf das Minimalmaß, auf das, was er unmittelbar absetzen konnte. Er wollte und konnte zwischen Kauf und Verkauf keine Zeit verstreichen lassen – denn in dieser Zeit wäre der Verkaufspreis unter den Einstandspreis gefallen. Jetzt da es an Waren fehlt – da kann er nicht genug kaufen – , da scheint ihm alles, was er kauft, zu wenig, da möchte er ein großes Lager haben. Die Wechselschulden, die er etwa hierbei macht, schrumpfen gegenüber den Aktiven, die durch die Preissteigerung immer größer werden, täglich zusammen, sie machen ihm keine Sorgen – so lange die Preise steigen.

Ist auch das nicht wieder eine ganz tolle Erscheinung, würdig der tollen Erscheinungen in der Hochkonjunktur (boom auf amerikanisch).

Die Nachfrage wächst, muß gesetzmäßig wachsen, so oft und so lange das Angebot ungenügend ist.

Jawohl, oh yes, die Metallwährung, unsere mit dem Wertbrei gespeiste Goldwährung, bewährt sich. Das hat unsere Untersuchung klar bewiesen. Sie erzeugt eine wachsende Nachfrage, wenn diese an sich schon zu groß ist und schränkt die Nachfrage auf die persönlichen, leiblichen Bedürfnisse der wenigen Geldbesitzer ein – so bald sie an sich schon zu klein ist. Man gibt dem Hungrigen nichts zu essen, weil er hungrig ist, und den Satten füttert man zum Platzen, weil er satt ist.

—

Worin die Nützlichkeit des Geldes besteht, haben wir (S.39 – 57) gezeigt. Diesen Nutzen des Geldes hat man bisher leider immer übersehen, was zur Folge hatte, daß sich niemand eine Nachfrage nach Geld (Papiergeld) denken konnte, das aus nutzlosem Stoff hergestellt ist. Irgend etwas mußte doch die Bürger zum Ankauf des Geldes reizen, und war es nicht der Nutzen des Tauschmittels, so mußte es der Nutzen seines Stoffes sein.

Nun ist das Gold tatsächlich ein industriell verwendbarer Stoff. Diese Verwendbarkeit wäre noch viel größer, wenn das Gold nicht so teuer wäre. Nur der hohe Preis des Goldes verhindert, daß man das Gold nicht in vielen Fällen an Stelle von Eisen, Blei, Kupfer verwendet.

Immerhin aber ist das Gold nicht so teuer, daß es nicht wenigstens für Luxuswaren, wo es nicht auf die Billigkeit ankommt, gebraucht wird. Und tatsächlich ist das Gold das spezielle Material der Juwelierindustrie. Armbänder, Ketten, Uhrgehäuse und sonstigen Zierrat macht man aus Gold, ebenso Monstranzen, Kelche für den katholischen Kirchendienst; Beschläge für Automobile, Turmuhren, Blitzableiter, Bilderrahmen usw. usw. werden mit Gold überzogen, auch Photographen und Zahntechniker verbrauchen viel Gold.

Die Verwendung des Goldes in diesen Luxusindustrien wächst natürlich zusammen mit dem Luxus, mit dem Wohlstand und Reichtum. und dieser Reichtum wächst mit der Warenproduktion, mit der Arbeit. Der Durchschnittspreis des Jahres für die Unze Standard-Silber in London stellte sich 1903 auf 24 $\frac{3}{4}$ d., 1904 auf 26 $\frac{3}{8}$ d., 1905 auf 27 $\frac{13}{16}$ d. und 1906 auf 30 $\frac{7}{8}$ d. Die Steigerung in drei Jahren betrug also 25 Proz. Diese drei Jahre waren sogenannte gute Zeiten, in denen mehr Luxus getrieben und mehr Silber zu allerlei Luxuswaren verbraucht wurde.

Also, je mehr Waren erzeugt werden, desto größere Mengen goldener Münzen wandern in den Schmelztiegel der Juweliere.

Halt! Halt! Was ist da wieder für widersinniges Zeug gesagt worden? Je mehr gearbeitet wird, je mehr Waren erzeugt werden, desto größer der Reichtum, und je größer der Reichtum, desto mehr Geld (Tauschmittel der Waren) wird zu Luxuswaren eingeschmolzen? Habe ich da richtig gehört?

Jawohl, genau das ist gesagt worden. Es ist hier kein Sprachfehler, und ich sage es mit der Ruhe, womit ein Richter ein Todesurteil ausspricht. Ich weiß, in den wenigen Worten liegt Material genug, um die Goldwährung zu verurteilen. Und man bringe mir den Mann vor meine Augen, der es wagt, das Gesagte zu bestreiten!

Ich wiederhole: Je mehr Waren produziert werden, desto größer der Wohlstand und Reichtum, und umso mehr wird dem Luxus gefröhnt. Das durch die Warenproduktion (Warenangebot) wohlhabend gewordene Volk leert die Juwelierläden, und die Juweliere werfen das für ihre Ware erhaltene Geld in den Schmelztiegel, um mit dem Geldstoff (Gold) Ersatz für die verkauften Ketten, Uhren usw. zu schaffen.

Also weil wir viele Waren erzeugt haben, weil die Ernten gesegnet waren, weil Thomas ein Verfahren erfand, mit welchem schlechte Erze vorzüglichen Stahl liefern, weil mit diesem Stahl wir zu vorzüglichen Werkzeugen gelangen, die das Produkt unserer Arbeit verzehnfachen, weil zudem noch die Rückstände des Thomasverfahrens sich als außergewöhnlicher Düngestoff erwiesen, der den Ertrag unserer Felder verdreifacht hat, weil die Fronleichnamsprozessionen unsere Ernten gesegnet und die Arbeiter in Schulen gelernt haben, ihre Hände mit Verstand zu gebrauchen, kurz, weil die Produktion und das Angebot von Waren gewachsen war – *darum vernichten wir die Nachfrage, indem wir das Tauschmittel, den Träger der Nachfrage, einschmelzen!*

Wenn die Kartoffeln dieses Jahr gut geraten – so kaufe ich meiner Frau eine goldene Halskette, sagt der Gutsbesitzer.

Wenn meine Kuh dieses Jahr zwei Kälber gibt, so kaufe ich meiner Braut heuer den Trauring, sagt der Bauer.

Wenn ich mit der neuen Maschine doppelt so viel Hosen nähen kann, so kaufe ich eine goldene Uhr – sagt der Handwerker.

Wenn ich mit meinem neuen patentierten Verfahren zehnmal so viel Stickstoff gewinne, so lasse ich auf meine Kosten die Kapelle zu Maria Hilf neu vergolden, sagt der Chemiker.

Wenn das Stahlwerk in der Produktion dieses Jahr wieder den Rekord bricht, so kaufe ich ein goldenes Tafelgeschirr, sagt der Rentier.

Kurz, das Mittel für den Ankauf des Trauringes, für die Halskette usw. ist immer und regelmäßig die vermehrte Warenproduktion (Angebot), und das Gold für diese Ketten, Ringe usw. wird immer der Nachfrage, der Münze entzogen (auch das ungemünzte Gold ist durch das Gesetz Geld).

Weil nun das vom Juwelier eingeschmolzene Geld für die *Nachfrage nach Waren* verloren geht, weil dies auch fatalerweise gesetzmäßig gerade zu einer Zeit geschieht, wo das Warenangebot groß ist (s. o.), und weil doch Nachfrage und Angebot die Preise bestimmen, *so gehen die Preise zurück*. Und der Preisrückgang unterbricht den Warenaustausch, die Warenproduktion; er erzeugt Arbeitslosigkeit und Bettelei.

Die Goldwährung, die Nützlichkeit des Geldstoffes als Material für die Luxuswarenindustrie, ist also eigentlich die Säge, womit sie den Ast absägt, auf dem der Wohlstand wächst. Das Geld ist die Voraussetzung der Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung führt zum Wohlstand, und dieser vernichtet das Geld. Gesetzmäßig endet also der Wohlstand immer als Vaternörder.

Goldwährung und Bettler gehören zusammen, und wenn Friedrich der Große sich schämte, über ein Bettlervolk zu regieren, so zeigt das nur, daß er ein empfindliches Ehrgefühl hatte. Sonst hatte er keinen besonderen Anlaß zu erröten. So weit auch die Edelmetallwährung drang, die Könige haben immer nur über Bettlervölker regiert. So lange der Mensch den Luxus liebt und den gesunden Stand seiner Finanzen dazu benutzt, Goldwaren zu kaufen, und solange gleichzeitig dieses Gold das Material seiner Tauschmittel liefern muß – *kann der Wohlstand des Volkes unmöglich einen Grad erreichen, der ihm erlaubt, seinem Hang zu fröhnen*.

Der Titel des berühmten Buches: „Inquiry into the nature of the wealth of nations“ ist Unsinn. Es hat noch nie ein reiches Volk gegeben.

Übrigens das in diesem Kapitel beschriebene Spiel der Kräfte spricht nur gegen die Goldwährung, nicht aber auch allgemein gegen die Nützlichkeit des Geldstoffes. Nur weil der Geldstoff (hier also Gold) zu *Luxuswaren*, die erst bei sich entwickelndem Reichtum gekauft werden,

verarbeitet wird – hat die Brauchbarkeit des Geldstoffes die oben erwähnten mörderischen Folgen. Wenn man das Geld aus einem Stoffe machte, der zwar auch industriell brauchbar wäre, aber nicht gerade für Luxuswaren, so hätte der Reichtum keinen Einfluß auf das Einschmelzen der Münzen.

Die Nützlichkeit des Geldstoffes ist überflüssig, wie wir das gezeigt haben; sie braucht aber nicht *notwendigerweise* zum Bankerott der Währung zu führen. Es käme eben darauf an, worin diese Nützlichkeit besteht.

—

Nicht immer wird es geschehen, daß der Bauer die gute Ernte dazu benutzen wird, um seiner Gemahlin eine goldene Kette zu kaufen, und nicht alle Chemiker erleben den Segen für ihre Erfindungen mit dem Gelübde, das Bildnis der Muttergottes vergolden zu lassen.

Wenn die Ernte gut ausfällt, werde ich eine Säemaschine kaufen, sagt der Bauer.

Wenn ich Glück im Stall habe, werde ich den Sumpf entwässern, sagt der Gutsbesitzer.

Wenn meine Erfindung den Erwartungen entspricht, werde ich eine Fabrik gründen, sagt der Chemiker.

Wenn das Werk dieses Jahr gut arbeitet und der Streik beigelegt wird, werde ich eine Mietskaserne bauen, sagt der Rentner.

Also, je mehr Ware erzeugt wird, desto mehr wachsen die Anlagen zur Erzeugung von mehr Ware (das sogenannte Realkapital).

Aber von diesen Anlagen, vom Realkapital, erwartet man Zins, *und der Zins fällt in dem Maße, wie das Realkapital im Verhältnis zur Bevölkerung wächst.* Viele Wohnungen, wenig Mieter, niedriger Hauszins. Viele Fabriken und wenig Arbeiter, niedriger Fabrikzins.

Fällt also der Zins der Realkapitalien infolge der neuen Anlagen unter das herkömmliche Maß, so wird kein Geld mehr für solche Anlagen hergegeben. Kein Zins, kein Geld! [Ich verweise hier auf die Theorie des Zinses am Schlusse dieses Buches.]

Stopp! halt! einen Augenblick. Habe ich da wieder recht verstanden? Wenn der Zins der Fabriken, Häuser, Schiffe fällt, dann werden keine Häuser mehr gebaut, weil niemand mehr Geld hergibt für neue Realkapitalien! ist das wahr? Und wie sollen dann die billigen Wohnungen entstehen?

Jawohl, das ist wahr, das habe ich gesagt, und wer wird es wagen, mir das zu bestreiten? Wenn der Zins der Häuser, über-

haupt der Realkapitalien fällt, so zieht sich das Geld, das in diesen Anlagen bis dahin Verwendung fand, zurück, und was geschieht dann mit den Waren, die in der Erneuerung und Vergrößerung der Realkapitalien verwendet werden? [Nach Angaben, die Landesbankrat Reuech-Wiesbaden auf dem deutschen Wohnungskongreß machte, beansprucht allein die Finanzierung des Wohnungsbaues in Deutschland jährlich 5500 bis 2000 Millionen Mark.]

Also, wenn das Volk fleißig und erfinderisch war, wenn die Ernte von Sonne und Regen begünstigt wurde, wenn viele Produkte zur Verfügung des Volkes stehen, um Wohnungen und Arbeitsstätten zu erweitern – dann, gerade dann zieht sich das Geld, das den Tausch hier vermitteln soll, zurück und wartet.

Und weil das Geld sich zurückzieht, weil die Nachfrage fehlt, gehen die Preise herunter; und die Krise ist wieder da.

Gesetzmäßig muß also die Krise ausbrechen, wenn als Folge vermehrter Realkapitalien der Fabrik- und Hauszins heruntergeht.

Ich erwähne hier, daß in der am Schlusse behandelten Zinstheorie der Beweis erbracht wird, daß der Geldzins unabhängig vom Zins der Realkapitalien ist (aber nicht umgekehrt) und daß der hier zu erwartende Einwand, der Geldzins ginge mit dem Zins der Realkapitalien zurück, und daß darum auch bei niedergehendem Realkapitalzins das Geld für neue Realkapitalien nicht fehlt, auf Irrtum beruht.

Also auch aus diesem Grunde kann die Volkswirtschaft nur von Krise zu Krise sich entwickeln. Unter der Herrschaft des Metallgeldes muß das Volk gesetzmäßig obdachlos als Bettler sein Leben fristen. Das Gold – das ist unser angestammter König, der wahre roi des gueux.

Die Wirtschaftskrise und die Bedingungen, die zu ihrer Verhütung zu erfüllen sind.

Wirtschaftskrisen, also Absatzstockung und Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen, sind nur bei weichenden Preisen denkbar.

Die Preise können aus drei Gründen zurückgehen:

1. Weil die eigentümlichen Produktionsverhältnisse des Goldes eine willkürliche Anpassung des Geldangebots (Nachfrage) an die Warenproduktion (Angebot) nicht erlauben.

2. Weil bei steigender Warenproduktion (blühende Volkswirtschaft) und damit Hand in Hand gehender Vermehrung der

sog. Realkapitalien der Zins der Realkapitalien zurückgeht und weil dann kein Geld mehr für den Bau neuer Realkapitalien sich anbietet, und der Absatz der hierfür bestimmten Waren (ein ganz bedeutender Teil der Warenproduktion, zumal bei zunehmender Volkszahl) stockt.

3. Weil bei vermehrter Warenproduktion und wachsendem Wohlstand das Geld (Nachfrage) eingeschmolzen wird und zwar im Verhältnis zum wachsenden Warenangebot.

Diese drei Ursachen des Rückganges der Warenpreise genügen jede allein für sich, um eine Krise hervorzurufen, und ihre Natur ist so, daß wenn auch die eine etwa infolge genügender Goldfunde versagt, die anderen dafür in die Lücke springen. Einer der drei Ursachen der Krise verfällt die Volkswirtschaft immer und gesetzmäßig.

Nur in dem Fall, daß man anhaltend solche außergewöhnlichen Goldmassen findet und zwar so viel, daß die Preise trotz vermehrtem Goldkonsum der Industrie anhaltend und stark (mindestens um 5% jährlich) steigen, kann sich die Volkswirtschaft ohne Krise abwickeln. Aber eine solche allgemeine Preissteigerung wäre an sich ein Bankerott der Währung. Auch der Widerstand, den der Rückgang des Realkapitalzinses dem Geldumlauf bietet, würde durch solche allgemeine Preissteigerung gebrochen indem die Preissteigerung das Geld geradezu zum Umlauf zwingt.

Wie könnten nun die Krisen verhütet werden? In der Erklärung der Krisenursache ist auch schon die Bedingung angegeben, die für die Verhütung der Krisen erfüllt werden muß, und diese lautet: *Die Preise dürfen niemals und unter keinerlei Umständen fallen!*

Das ist die Bedingung, die erfüllt werden muß. Und wie kann man das erreichen?

Wir erreichen das:

1. Indem wir das Geld vom Gold trennen und die Geldfabrikation nach den Bedürfnissen des Marktes richten.

2. Indem wir das aus Papier gefertigte Geld so gestalten, daß dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird und zwar selbst dann noch angeboten wird, wenn der Kapitalzins, der Zins des Geldes sowohl, wie der Zins der Realkapitalien, fällt und verschwindet.

Wie das erreicht werden kann, wollen wir nunmehr untersuchen. Vorher aber wollen wir noch einen Vorschlag prüfen, der in letzter Zeit wiederholt von hervorragenden Männern gemacht wurde, um denselben Zweck, d.h. die Anpassung des Geld

angebots an das Warenangebot (Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot mittels Papiergeldemissionen) zu erreichen, der aber trotz seiner scheinbaren Einfachheit das Ziel notwendigerweise verfehlen muß und darum die Gefahr in sich birgt, daß er den langsam keimenden Glauben an die Papierwährung wieder zerstören wird.

Die Emissionsreform.

Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise, und die Volkswirtschaft braucht feste Preise. um sich harmonisch auszubilden und um die dem Geld eigenen, glücklichen Entwicklungskeime zur vollen Entfaltung zu bringen.

Wir wären weit, weit über den Kapitalismus hinaus,[Kapitalismus = wirtschaftlicher Zustand, in dem die Nachfrage nach Geld und Realkapitalien das Angebot übertrifft und darum den Zins bedingt.] wenn seit 3000 Jahren durch die Wirtschaftskrisen die Kultur nicht immer wieder die mühsam erklimmenen Stufen heruntergestoßen worden wäre; wenn die bettelhafte Armut, in der jede Krise die Volksmassen hinterläßt, nicht die Bettlergesinnung großgezogen hätte, die nun einmal den Menschen, groß und klein, in den Knochen liegt. Unsere Arbeiter würden sich die Behandlung, die ihnen durch die Unternehmer und den Staat zu Teil wird, nicht gefallen lassen, wenn die Nachfrage nach ihren Produkten ebenso regelmäßig auf dem Markte erschiene, wie das Angebot, und unsere Agrarier würden nicht bei den Brotkonsumenten, bei den ausgemergelten, dünnen Arbeiterfrauen um Brotzölle gebettelt und dabei nach Bettlerart, um das öffentliche Mitleid zu erregen, ihre Geschwüre (die Not der Grundrentner) bloßgelegt haben, wenn die Goldwährung sie durch den Druck, den sie auf die Preise geübt, nicht geplündert und bestohlen hätte.

Die Plage des Hungers und der Druck der Schulden sind böse Erzieher.

Und wo wären wir heute in wissenschaftlicher, technischer, religiöser Beziehung angelangt, wenn die vielversprechende Kultur, die das Gold, obschon blutbefleckt, geraubt und erpreßt, in Rom erstehen ließ, nicht unter einer anderthalbtausendjährigen, durch Geldmangel erzeugten ökonomischen Eiszeit erstarrt, vergletschert, vernichtet worden wäre? Sicherlich säßen wir jetzt auf dem Throne Gottes und ließen das All im Kreis an unserem Finger laufen.

Salomo machte Wunderdinge – weil er Stoff für die Geldfabrikation aus Ophir erhielt, wodurch ein geregelter Austausch und die Arbeitsteilung möglich wurde. Aber was er machte, ging wieder zusammen mit dem Aufhören der Goldzufuhr verloren.

Jeder Anlauf zur Kultur ist immer automatisch, gesetzmäßig durch den Rückgang der Preise erstickt worden. Denn Kultur heißt Arbeitsteilung, Arbeitsteilung heißt Angebot, und das Angebot kann nicht zum Tausch führen, wenn die Preise wegen Mangels an Nachfrage (Geld) abwärts gehen.

Geld und Kultur gehen zusammen auf und unter. Darum war auch die merkantilistische Theorie, die das Gold als den Inbegriff des Reichtums und der Kultur betrachtete und folgerichtig darum auch eine auf ständige Vermehrung des Geldbestandes gerichtete Wirtschaftspolitik durch Schutzzölle befürwortete, gar nicht so falsch. Der gesunde Gedanke hatte nur einen törichten Ausdruck gefunden. Die Tatsache war da, daß bei Zufluß von Gold die Gewerbe, Künste und Wissenschaften gediehen. Nur verwechselten die Merkantilisten Geld und Gold. Sie glaubten, das Gold bewirke das Wunder mit Hilfe seines „inneren Wertes“; es gab für sie kein Geld, sondern nur Gold, Geld und Gold war ein Begriff. Sie wußten nicht, daß das Geld, nicht das Gold, den Austausch der Waren vermittelt und daß der Reichtum durch die Arbeitsteilung entsteht, die das Geld, nicht das Gold ermöglicht. *Sie suchten die Wirkungen der Arbeitsteilung in Eigenschaften des **Goldes**, statt in denen des **Geldes**.*

Wer nun einmal gelernt hat, das Geld vom Gold zu trennen und zu unterscheiden, sich auch von der Wichtigkeit fester Preise überzeugt und dabei den Wertaberglauben abgeschworen hat, der kommt leicht auf den Gedanken: So verfertigt doch einfach Papiergeld und bringt es unter die Leute, sowie ihr merkt, daß das Angebot die Nachfrage überholt und die Preise zu weichen beginnen, und umgekehrt zieht Papiergeld ein und verbrennt es, sowie ihr merkt, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt und daß die Preise anziehen. Es handelt sich ja nur um eine Quantitätsfrage, und die lithographische Presse und das Feuer stellen es in eure Macht, die Nachfrage (Geld) dem Angebot (Ware) stets derart scharf anzupassen, daß die Preise fest bleiben müssen.

So spricht Michael Flürscheim [*Michael Flürscheim*, The Economic and Social Problem, Jefferson Publishing Company, Xenia, Clay County, Illinois, U.S.A.], der diesen Gedanken

mit Eifer vertritt und der mich unter die Ersten zählt, die ihn formuliert und verbreitet haben. Gegen diese Ehre muß ich aber insofern Verwahrung einlegen, als ich es stets und von vornherein bestritten habe [Silvio Gesell, Nervus Rerum 5. 36-37. Buenos Aires 1891.], daß das Papiergeld in der Form, wie es heute bekannt ist, (also ohne materiellen, unmittelbaren Umlaufszwang) einfach durch Quantitätsveränderungen sich dem Angebot so anschmiegen lasse, wie es die Bedürfnisse eines geregelten Austausches der Produkte (der nationalen wie internationalen) erheischen.

Ich bestreite es und will hier gleich klipp und klar den Nachweis bringen, daß solange der Staat neben der Masse des Geldes nicht auch noch den Umlauf des ausgegebenen Geldes kontrolliert, alle die im ersten Teil dieses Buches aufgedeckten Widersprüche des Geldumlaufes ungelöst bleiben.

So lange das Geld, als Ware betrachtet, besser als die Ware im allgemeinen ist, so lange man von Geldprivilegien spricht, so lange namentlich die Sparer das Geld den Waren (ihren eigenen Produkten) vorziehen, so lange die Spekulanten das Geld ungestraft zu ihren Angriffen mißbrauchen können. wird das Geld den Austausch der Produkte nicht ohne einen vom Handelsgewinn gesonderten Tribut vermitteln. Und das Geld soll doch „ein Schlüssel und kein Riegel des Marktes“ sein, es soll eine Straße und keine Barriere sein; es soll den Austausch fördern, verbilligen, nicht hemmen und belasten. Und es ist doch klar, daß ein Geld nicht zugleich Tausch- und Sparmittel, Peitsche und Bremse sein kann.

Deshalb fordere ich neben einer nur durch die reine Papierwährung ermöglichten Kontrolle der Geldmassen durch den Staat eine *vollkommene, materielle Trennung des Tauschmittels vom Sparmittel*. Den Sparern stehen alle Produkte der Welt zur Verfügung, warum sollen sie also ihre Ersparnisse gerade in Geld anlegen? Das Geld wurde doch nicht gemacht, damit es gespart werden könnte!

Das Angebot steht unter einem unmittelbaren, den Waren anhaftenden, materiellen Zwang; darum forderte ich einen gleichen Zwang für die Nachfrage, damit bei den Verhandlungen um den Preis das Angebot nicht der Nachfrage gegenüber im Nachteil bliebe [Wer noch nicht ganz weit vom Wertaberglauben ist, wird die Bedeutung dieser Gerechtigkeitsforderung nicht begreifen.].

Das *Angebot* wird durch den erwähnten Zwang über den Willen der Warenbesitzer gestellt, wird einfache, meßbare Substanz, die *Nachfrage* muß darum auch vom Willen der Geldbesitzer getrennt werden, auch sie soll zur Substanz werden, damit sie jederzeit abgewogen und gemessen werden kann. Wer es weiß, wie groß die Warenproduktion war, der weiß auch, wie groß das Angebot sein wird – ebenso muß jeder, der den Geldbestand kennt, wissen, wie groß die Nachfrage sein wird.

Das alles erreicht man auf einfachste Weise durch den materiellen, dem Gelde anhaftenden Umlaufszwang des Tauschmittels, und es läßt sich nur durch ihn erreichen. (Siehe den folgenden Abschnitt, der die Geldreform behandelt.)

Der materielle Umlaufszwang befreit den Geldumlauf von allen Hemmungen, die Profit, Spekulation, Furcht und Panik ihm entgegenstellen, versetzt die gesamte vom Staate ausgegebene Geldmasse in eine ununterbrochene, gleichmäßige, durch nichts zu störende Zirkulation und erzeugt dadurch eine ebenso regelmäßige, ununterbrochene *Nachfrage*.

Infolge der Regelmäßigkeit, womit nun die Nachfrage sich einstellt, hören die Absatzstockungen, die Warenanschwellungen auf, und so wird als unmittelbare Begleiterscheinung der regelmäßigen Nachfrage auch das Angebot regelmäßig sein und nur mehr von der Produktion beeinflusst werden, genau wie ein Flußbett regelmäßig wird, sowie das Gefälle gleichmäßig verteilt wird.

Dann sind nur ganz geringe Änderungen in der Geldquantität nötig, um die Nachfrage den natürlichen Schwankungen der Warenproduktion stets auf den Leib zuschneiden zu können.

Sieht man jedoch von diesem Umlaufszwang für das Geld ab, so komplizieren und verwirren sich sofort alle Verhältnisse. Die Nachfrage entzieht sich dem Machtbereich des Staates. Wobei noch, wie gezeigt wurde, das einzige gesetzmäßige Element in diesem Wirrwarr, die Profitbedingung für den Geldumlauf dahin wirkt, daß das Geld privatwirtschaftlich vom Markt zurückgezogen werden muß, sobald es an Geld fehlt, und umgekehrt wieder dem Umlauf zugeführt wird, wenn es schon im Übermaß angeboten wird.

Zur Prüfung der Richtigkeit des hier Gesagten will ich jetzt den Vorschlag, den Flürscheim vertritt [Siehe auch: Arthur J. Fonda (Denver Colorado), *Honest Money*. Professor Frank Parsons, *Rational Money*. Professor Marshall Cambridge, *Contemporary Revue* 1887.], einer genaueren

Prüfung unterwerfen. Es wird dies auch darum nötig, weil die schönen Erfolge, die man mit der auf das Gold pari zugespitzten Emissionsreform in Argentinien [Silvio Gesell, *La cuestion monetaria argentina*. Buenos Aires 1898. – Silvio Gesell, *La plétora monetaria*, Buenos Aires 1907.], Brasilien, Indien u. a. O. erzielt hat, die Aufmerksamkeit auf das Papiergeld gelenkt und den Glauben an eine weitere Vervollkommnungsmöglichkeit dieses Tauschmittels erweckt haben. Die Anhänger der Papierwährung könnten aber ihrer Sache keinen größeren Schaden zufügen, als durch Einführung oder Guttheißung von Reformen, bei denen nicht jede Möglichkeit eines Mißerfolges ausgeschlossen ist. Jeder Fehlschlag stärkt nur die Position der Metallisten und macht die Papierwährung wieder für Jahrzehnte undiskutierbar.

—

Die hier als unzulänglich erwähnte einfache Emissionsreform läuft also darauf hinaus, den Staat zu ermächtigen, Geld in einer nur durch die Preise der Waren beschränkten Menge auszugeben, bzw. einzuziehen. Die Nachfrage nach Geld soll der Staat nur noch mit dem Durchschnittspreis der Waren messen. Der Staat vermehrt den Geldumlauf, wenn die Preise fallen, er schränkt den Geldumlauf ein, sobald die Preise steigen. Das Geld soll nicht in einer bestimmten Ware, auch nicht in Gold einlösbar sein; für die Einlösung soll der Inhaber auf den Markt angewiesen sein. Im übrigen aber soll sich das Papiergeld nicht von dem gemeinen Papiergeld unterscheiden. Namentlich soll auch das Geld nach wie vor als Sparmittel gebraucht oder mißbraucht werden können, ebenso als Reserven von Spekulanten. Die Nachfrage soll also alle Vorrechte behalten, die es heute gegenüber dem Angebot besitzt. *Die Nachfrage soll bleiben, was sie heute ist, ein Willensakt der Geldbesitzer.*

Der ausgesprochene Zweck der Sache soll aber sein – die chronische Überproduktion und Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Wirtschaftskrisen unmöglich zu machen und den Kapitalzins zu unterdrücken.

—

Entscheidend für die Beurteilung dieser Reform wird das Verhalten der Sparer sein, und da wollen wir hier in erster Linie daran erinnern, was wir (S. 112-113) über das Sparen gesagt haben. Der Sparer erzeugt mehr Ware, als er selbst kauft, und der Überschuß wird von den Unternehmern mit dem Geld der Sparer

gekauft und zu neuen Realkapitalien verarbeitet. Aber die Sparer geben das Geld nicht her ohne Zins, und die Unternehmer können keinen Zins bezahlen, wenn das, was sie bauen, nicht wenigstens den gleichen Zins einbringt, den die Sparer fordern. Wird aber eine Zeitlang an der Vermehrung der Häuser, Werkstätten, Schiffe usw. gearbeitet, so fällt naturgemäß der Zins dieser Dinge. Dann können die Unternehmer den von den Sparern geforderten Zins nicht zahlen. Das Geld bleibt in den Sparkassen liegen, und da gerade mit diesem Geld die Warenüberschüsse der Sparer gekauft werden, so fehlt für diese jetzt der Absatz, und die Preise gehen zurück. Die Krise ist da.

Hier nun wollen die Emissionsreformer eingreifen. Sie sagen: Warum ist die Krise ausgebrochen? Weil die Preise fielen, und die Preise fielen, weil es an Geld fehlte, d. h. weil das vorhandene Geld wegen des herabgesetzten Zinsertrages der Realkapitalien nicht angeboten wurde. Gut denn, so lassen wir die Sparer und Sparkassen im Besitz des Geldes. Sie mögen das Geld verscharren. Und wir drucken neues dafür. Der Staat verfertigt Geld und liefert es den Unternehmern, wenn die Sparer und Kapitalisten es ihnen vorenthalten. Geht der Zins der Realkapitalien herunter, so geht der Staat mit dem Zins auch herunter. Können die Unternehmer nur noch 3–2–1 Proz. aus den Häusern, Fabriken, Schiffen schlagen, so geben wir den Unternehmern das Geld zu 3–2–1 Proz., und wenn es sein muß, zu 0 Proz.

Das klingt ja gut; der Vorschlag ist einfach, und man hält ihn für verständig. Aber er klingt nur gut für den Laien. Ein geübtes Ohr vernimmt da schrille Mißtöne.

Wie, ist nicht das Geld gemacht worden, um den Warenaustausch zu vermitteln? Und da gestattet man den Sparern, den Kapitalisten und Spekulanten, das Geld für andere, dem Warenaustausch fremde Zwecke zu verwenden? Das Geld wurde gemacht, um dem Warenerzeuger den Tausch seiner Produkte gegen die Produkte anderer Warenerzeuger zu erleichtern. Das Geld ist also ein Tauschmittel, mehr nicht. Das Geld vermittelt den Tausch, und der Tausch ist vollendet, wenn *zwei* Warenerzeuger ihre Produkte gegenseitig ausgetauscht haben. So lange der Warenerzeuger seine Sache nur gegen Geld verkauft hat, ist der Tausch nicht beendet, es bleibt ein Mann auf dem Markte, *der auf ihn wartet*. Der dem Geld zugrunde liegende Gedanke verlangt also, daß dem Verkauf der Ware gegen Geld sofort der Kauf von Ware mit Geld folgt, damit der Tausch vollendet

werde. Wer mit dem Kauf zögert, läßt den Tausch unvollendet, er nimmt notwendigerweise einem anderen Warenerzeuger den Absatz, er mißbraucht das Geld. Ohne Kauf kein Verkauf; darum, wenn das Geld seinen Zweck erfüllen soll, soll der Kauf dem Verkauf auf dem Fuße folgen – Schlag auf Schlag.

Wer Ware erzeugt, erzeugt ein Tauschobjekt, und wer nichts eintauschen will, der soll keine Ware erzeugen. Tut er es doch, mit der Absicht, später mit dem Gelderlös seiner Waren andere Waren zu kaufen, so muß er doch gehalten werden, vorläufig wenigstens das Geld anderen zu verleihen, die jetzt Waren brauchen und kein Geld haben, damit diese den Tausch vollenden, den ersterer unterbrochen hatte. Denn durch den Verkauf seines Produktes gegen Geld ist ja der Tausch nur zur Hälfte vollendet. Tut er es nicht, oder verzögert er die Verleihung des Geldes (um etwa einen Zins zu erpressen), so fügt er berechtigten Interessen seiner Mitbürger einen unmittelbaren Schaden zu und bedient sich für diesen Schaden eines staatlichen Instrumentes, das dem Gemeinwohl dienen soll.

Nun heißt es, daß der Mann, der seine Produkte gegen Geld verkauft hat und dieses nicht wieder durch den Kauf von Waren weitergibt, bereit ist, das Geld zu verleihen, wenn ihm *ein Zins* geboten wird. Kein Zins kein Geld. Aber diese Bedingung kann man nicht als rechtmäßig gelten lassen. Bedingungslos soll der Mann sein Geld verleihen, sonst muß er gehalten werden, selber Ware zu kaufen oder seine eigenen Produkte zurückzunehmen. Dem Privatmanne steht es nicht zu, den Umlauf des Geldes an Bedingungen zu knüpfen, einerlei welcher Art sie seien. Wer Geld hat, hat ein Recht auf *unmittelbaren* Kauf von Waren, mehr nicht. Ein Recht auf Zins ist dem Gedanken des Geldes zuwider, denn dieses Recht käme einer Besteuerung gleich, einer privaten Besteuerung des Warenaustausches mit Hilfe einer staatlichen Einrichtung. Das Recht auf Zins käme dem Rechte gleich, den Warenaustausch durch Festhalten des Geldes zu unterbrechen, um die Warenbesitzer, die auf dieses Geld warten, in Verlegenheit zu versetzen und um diese Verlegenheiten für die Zinserpressung auszubeuten. Die Bedingungen, unter denen das Geld verliehen werden kann, sind Privatangelegenheiten der Sparer, mit denen der Staat nichts zu tun hat. Für den Staat ist das Geld reines Tauschmittel. Er sagt dem Sparer: Du hast mehr Ware verkauft, als du gekauft hast und besitzt einen Geldüberschuß. Dieser Überschuß muß unter

allen Umständen auf den Markt zurückgebracht und gegen Waren umgesetzt werden. Eine Ruhebanks ist das Geld nicht, sondern ein Transitlager. Hast du persönlich keinen unmittelbaren Bedarf an Waren, so kaufe Wechsel, Schuldscheine, Pfandbriefe usw. von solchen Personen, die jetzt Waren brauchen, aber dazu kein Geld haben. Die Bedingungen, zu denen du die Wechsel kaufen kannst, sind deine Privatangelegenheiten; du hast nur der bedingungslosen Pflicht zu gehorchen. das Geld wieder sofort auf den Markt zu bringen. Tust du es nicht, so mußst du durch Strafen dazu gehalten werden, denn durch dein Versäumnis erleiden die Bürger Schaden.

Der Staat baut Straßen für den Transport der Waren, und er verfertigt Geld für den Tausch der Waren. Und wie der Staat verlangt, daß niemand eine belebte Straße durch zu langsames Fahren mit Ochsenkarren versperre, so muß er auch verlangen, daß niemand den Tausch durch Festhalten des Geldes unterbreche oder verzögere. Wer dennoch solche Rücksichtslosigkeiten begeht, soll ebenso bestraft werden, wie jemand, der vor Gericht geladen wird und den Termin nicht einhält.

Aber über diese doch ziemlich selbstverständlichen Forderungen eines gesunden, zweckentsprechenden Geldwesens gehen die Emissionsreformer mit jugendlichem Leichtsinne hinweg. Sie fürchten wohl den Unwillen des souveränen Volkes, das über das Geldwesen zu bestimmen hat. Sie fürchten, das Volk vor den hohlen Schädel zu stoßen mit einer Forderung, die so allen herkömmlichen Ansichten zuwiderläuft und hoffen wohl, auch so ihr Ziel zu erreichen. Ein eitler Wahn!

Die Sparer also erzeugen mehr Ware, als wie sie selber gebrauchen, und das für den Überschuss gelöste Geld geben sie ohne Zins nicht wieder frei. Die Krise, die die Sparer durch solches Benehmen unmittelbar verursachen, soll nun dadurch beschworen werden, daß der Staat den Unternehmern Geld zu einem billigeren Satz liefert und zwar Geld, das direkt von der Presse kommt.

Der Produktenüberschuss der Sparer wird also nicht mit dem Geld der Sparer gekauft, sondern mit neuem Geld. Vorläufig hat das auch nicht viel zu besagen. Und mit Hilfe des neuen Geldes geht der Bau von Häusern, Fabriken, Schiffen usw. ungestört weiter. Die Unternehmer erhalten zwar von diesen Dingen immer weniger Zins, aber dafür brauchen sie auch nur immer weniger Zins zu bezahlen. Für sie als Unternehmer ist also der

Zinsertrag der Häuser ganz einerlei. Sie müssen diesen Zins ja doch an ihre Gläubiger abliefern. Es wird ohne Störung unausgesetzt gearbeitet und unausgesetzt gespart. Manche dieser Sparer finden es vorteilhaft, ihr Geld auch noch zu herabgesetztem Zins zu verleihen; aber bei manchen, und besonders bei den kleinen Sparern, wo der Zins sowieso nicht viel ausmacht, genügt schon das Herabgehen des Zinses von 5 auf 4 oder 3 Proz., um ganz auf den Zins zu verzichten und um das Geld in altmodischer Weise bei sich zu Hause zu bewahren. Diese Summen, die einzeln vielleicht nur 50 Mark im Durchschnitt ausmachen, betragen zusammen viele hundert Millionen Mark, und der Staat ersetzt sie durch Ausgabe neuen Geldes. Und so wird die Krise vermieden, und es wird weiter gearbeitet an Häusern, Schiffen, Fabriken, deren Zins ständig, und wie man annimmt, schnell heruntergeht. Aber mit jedem Zurückgehen des Zinses wachsen die Hemmungen, die den Sparer veranlassen, sein Geld nicht zur Sparkasse zu bringen. Bald sind es auch schon die größeren Sparer, die es nicht mehr für der Mühe wert halten, das Geld zur Sparkasse zu bringen, besonders dort, wo der Weg zur Sparkasse in Betracht kommt und wo man nicht weiß, ob man das Geld in Kürze nicht wird gebrauchen können. Auch mögen viele das Geld bei sich sicherer halten als in fremden Händen, unter fremder Verwaltung. Alle diese Hemmungen wurden durch den hohen Zins bisher überwunden. Jetzt gewinnen sie die Oberhand. Und ein Strom von Geld, von Papiergeld, fließt vom Markte durch die Hände der Sparer in Millionen von Sparbüchsen, und unermüdlich ersetzt die lithographische Presse des Geldamtes, was hier dem Markt entzogen wird! Ein gewaltiger Strom von Papiergeld, von Nachfrage, täglich fälliger Nachfrage, wird hier auf ein totes Geleise abgelenkt.

Und je mehr der Zins fällt, um so stärker fließt dieser Strom; schließlich, und noch bevor der Markt an Realkapital völlig gesättigt ist, schon wenn der Zins auf 1% gefallen ist, bringt niemand mehr seine Ersparnisse zur Sparkasse, alle behalten das Geld lieber unter eigener Aufsicht. Und dann wandern die gesamten Ersparnisse des Volkes in die Sparbüchse. Viele Milliarden. Gewaltige Summen, die noch jährlich darum stark anwachsen werden, weil das Herabgehen des Zinses die Sparer stark entlasten wird, und weil durch das Ausfallen der Wirtschaftskrisen das Volk die gestern gemachten Ersparnisse wegen Arbeitsmangels heute nicht wieder aufzuzehren braucht. Fällt

der Zins auf 1%, so verdoppeln sich die Einnahmen des werktätigen Volkes, und bei verdoppelten Einnahmen verzehnfachen sich die Ersparnisse. da ja das letzte Ende der Einnahmen gespart wird und dieses Ende jetzt um die Hälfte der Einnahmen wächst.

Und all dieses Geld soll der Staat ersetzen, jährlich ersetzen! Ein ganzes Volk, das seine Ersparnisse in Geld, in täglich fälliger Nachfrage anlegt, in Papierfetzen, die nur darum etwas gelten, weil der Austausch der Produkte einen geringen Teil davon benötigt! Das ist an und für sich ein verdächtiger Zustand.

Die Hypotheken betragen allein 43 Milliarden Mark in Deutschland. Wird kein Zins dafür gezahlt, so werden sie gekündigt, eingezogen und verscharrt und der Staat muß 43 Milliarden neu drucken. An Wechseln laufen in Deutschland jahraus jahrein an 30 Milliarden um, die gleichzeitig als Tauschmittel dienen. Fällt der Diskont weg, so diskontiert auch niemand mehr einen Wechsel. Diese werden für Handelszwecke unbrauchbar, und der Staat muß entsprechend mehr Geld ausgeben. Dasselbe ist der Fall mit den Privatschuldscheinen und den Schulden des Staates und der Gemeinden. Fällt der Zins auf 1 oder 0%, so werden alle Guthaben gekündigt, jeder will bares Geld haben. Viele Hunderte von Milliarden wären dazu nötig. Mit 100 Pressen, die jahraus, jahrein 1000 Mark Zettel drucken, könnte der Staat solchen Bedarf kaum decken. Hunderte von Milliarden an verscharrter Nachfrage, täglich fälliger Nachfrage!

Wie nun, wenn aus irgend einem Anlaß diese Nachfrage lebendig würde und sich betätigen wollte? Wo wäre das Angebot dafür? Und wenn das Angebot fehlt, dann steigen die Preise, und eine Preissteigerung erzeugt Differenzen, *und die Differenzen locken das Geld auf den Markt!* Wie wir das im 1. Teil dieses Buches gezeigt haben. Steigen die Preise, winken die Differenzen, so platzen alle Sparsbüchsen, und lawinenartig ergießen sich die Milliarden auf den Markt. Rette sich, wer kann! ertönt es, und das einzige Rettungsboot in diesem Schiffbruch sind die Waren. Wer Ware gekauft hat, ist gerettet. Also kaufen sie alle; die Nachfrage steigt in die Milliarden, und da das Angebot natürlich fehlt, so schießen die Preise in die Höhe. Die Preissteigerung nullifiziert die Ersparnisse – und mit dem Papiergeld tapeziert man wieder den Kuhstall – nach alter Weise, wie es mit den Assignaten geschah.

Freilich verneint *Flürsheim* eine solche Möglichkeit. Er sagt: Die Sparer, bzw. Inhaber der Milliardennachfrage können niemals auf den Gedanken kommen, daß die Preise der Waren steigen werden, weil der Staat jeden sich an den Warenpreisen zeigenden Überschuß an Geld sofort einzieht.

Aber hier stoßen wir auf den zweiten Widerspruch der Emissionsreform. Der erste Widerspruch liegt darin, daß der Staat den Gebrauch resp. Mißbrauch des Geldes als Sparmittel überhaupt duldet, wodurch es möglich und nötig wurde, daß der Staat mehr Geld herstellen mußte, als für den Zweck des Geldes, den Warenaustausch, nötig war.

Der zweite Widerspruch liegt darin, daß der Staat das Geld bei der Ausgabe selber nicht als Tauschmittel benutzte, es so nicht gegen Waren, sondern gegen Wechsel, Pfandbriefe oder sonstige Sicherheiten hergab. Und das Geld ist doch Tauschmittel, und als solches durfte es nur gegen Waren ausgegeben werden. Hätte der Staat das Geld gegen Waren ausgegeben, also so ausgegeben wie es dem Zwecke des Geldes entspricht und wären diese Waren inzwischen nicht in Schutt und Moder zerfallen), so brauchte er den Gletscherbruch der Spargelder gar nicht zu fürchten. Aber jetzt hat er nur Pfandbriefe, Schuldscheine, Wechsel der Unternehmer, die keinen Zins abwerfen, und mit solchen Dingen kann man kein bares Geld einlösen.

Der Staat hatte also selber den Charakter des Geldes verkannt, als er den Unternehmern Geld vorschoß, das ihnen die Sparer verweigerten. Er hatte seine Gewalt mißbraucht, und das Geld rächt schwer und brutal jeden Mißbrauch, den der Staat damit treibt.

Da der Staat mit seinen Pfandbriefen den Geldüberschuß nicht zurückziehen kann, so muß er sich dazu bequemen, den Geldbesitzern einen Vorteil anzubieten, der die Differenz ausgleicht, den die Geldbesitzer von der Hausse erwartet. Der Staat muß ein Agio auf sein eigenes Geld bezahlen; für 100 Mk. in Geld muß er 105–110–150–200 Mark in Wechseln, Pfandbriefen geben, je nach der Differenz, die man von den Geldmassen erwartet, die sich jeden Augenblick auf den Markt ergießen können.

Und hier würde der dritte Widerspruch zu Tage treten, den solche Emissionsreform in sich birgt, und der darin besteht, daß man an das Geld, das man für Sparzwecke bestimmt, ganz andere Forderungen stellt als an Geld, das man für Handelszwecke bestimmt. Als Konsument bezahlt der Sparer für ein Quantum

Waren 100 Mark, aber als Sparer bezahlt er diesen Preis nicht. *Da sind ihm die 100 Mark lieber. Also sind 100 Mark als Sparmittel mehr als die Ware, die man für 100 Mark kaufen kann.* Man kann mit Waren niemals Spargelder einlösen.

Der Staat hat aber in diesem Falle Tausch- und Spargeld für gleich angesehen; er hat das Geld, das die Sparer vom Markte holten, durch Kauf von Wechseln, Pfandbriefen usw. ersetzt. Jetzt, da er den Tausch der Pfandbriefe gegen die Spargelder bewirken muß, sieht er, daß das nicht geht.

Dieser Sachverhalt wird noch klarer, wenn wir uns zwei verschiedene Geldarten, z. B. Gold und Tee, nebeneinander kursierend denken. Für alle, die das Geld als Tauschmittel gebrauchen, wird es einerlei sein, ob sie mit dem einen oder dem anderen bezahlt werden, da sie das Geld ja wieder ausgeben. Für die Sparer wird es aber durchaus nicht einerlei sein, ob sie Geld oder Tee haben, da das Gold sich hält, der Tee aber verdirbt. Die Sparer würden niemals für 10 Mark Tee 10 Mark Gold geben; ja dem Sparer, der mit längeren Zeitläufen rechnet, wird sogar Gold und Ware in keinem Tauschverhältnis gleichgültig sein. *Für ihn sind Gold und Ware einfach inkommensurable Größen.*

Dabei muß sich der Staat beeilen; es darf überhaupt nicht zur Hausse kommen, denn kommt es überhaupt zu Differenzgeschäften, so gibt es keinen Halt mehr, da kommt jeder staatliche Eingriff zu spät. Man vergegenwärtige sich doch die Lage, in der sich hier der Staat befindet: 10 Milliarden sind für den regelrechten Austausch der Produkte nötig; 100 Milliarden sind ausgegeben und sind von den Sparern festgehalten. Kehrt von diesem Überschuß von 90 Milliarden ein geringer Teil auf den Markt zurück, so steigen die Preise, und sowie die Preise steigen, folgt der Rest der 90 Milliarden sofort nach! – Und zwar geschieht das so: Die Kaufleute, die die Hausse wittern, suchen sich zu decken, d. h. kaufen über den unmittelbaren Bedarf hinaus. Dazu brauchen sie Geld, das sie sich von den Sparern durch Anbieten von Zins verschaffen. Für diesen Zins wird die erwartete Differenz, die die Hausse erzeugt, Deckung schaffen. Die Hausse kommt nun wirklich zustande, und zwar als unmittelbares Produkt jener Spargelder, und gibt zu neuen Anleihen und Spekulationskäufen Anlaß. Und so weiter, in geometrischer Progression, bis daß alles Geld aus den Sparbüchern von der Hausse verschlungen ist.

Der leiseste Zweifel an der Macht des Staates, daß er die Preise vor einer Hausse wirksam schützen wird, genügt, um

augenblicklich die gesparten Milliarden genau ebenso auf den Markt, vor die Läden der Kaufleute zu führen, wie der gleiche Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Depositenbanken plötzlich alle Depositeninhaber an die Schalter der Bank führt. Im Laufschrift, in Autos und Aeroplanen kämen sie herbeigestürmt. Das ist eben die notwendige Folge einer Reform im Geldwesen, die den Mißbrauch des Tauschmittels als Sparmittel unangetastet läßt.

So lange das Papiergeld nur seinem Zweck entsprechend als Tauschmittel verwendet wird, ist alles in bester Ordnung. Reißt man aber das Papiergeld aus dieser Ordnung heraus, dann bleibt nur Geldpapier übrig. Ein Fidibus, gut genug um den Kuhstall zu tapezieren.

Der Widerspruch, der in der körperlichen Vereinigung von Tausch- und Sparmittel liegt, zeigt sich uns noch deutlicher, wenn wir annehmen, daß, ähnlich wie zu Josephs Zeiten, nach einer Reihe von guten Jahren einige schlechte folgen würden. Während der guten Jahre hätte das Volk natürlich viel sparen können, d. h. es hätte Berge von Papiergeld aufgestapelt, und wenn es nun in den darauffolgenden schlechten Jahren auf diese Papiermassen zurückgreifen will, so zeigt es sich, daß dieser aufgestapelten Nachfrage kein Angebot gegenübersteht.

Die Reform, die uns hier beschäftigt, kann also nur so lange wirksam sein, als der Zins, den die Unternehmer selber erheben und darum auch an die Sparkassen und Kapitalisten zahlen können, ausreichend ist, um die Masse der Sparer zu veranlassen, ihr Geld immer wieder in Umlauf zu setzen. Aber behauptet nicht gerade *Flürscheim*, daß der Zins in kürzester Zeit auf 0 fallen muß, wenn er erst einmal ins „Rutschen“ kommt und die Wirtschaftskrisen vermieden werden?

Die Emissionsreform würde also nur eine ganz kurze Lebensdauer haben können und dabei den Keim für den größten Schwindel in sich tragen, den die Menschheit bisher erlebt hat, und der zur Folge haben würde, daß das Volk in den Schoß des allein seeligmachenden Goldes zurückzukehren verlangen würde, wie es bisher immer der Fall gewesen ist.

Da scheint es mir doch vernünftiger zu sein, gleich gründliche Arbeit zu verrichten und mit der hier besprochenen Emissionsreform gleich eine Reform des Geldes zu verbinden, die das Tauschmittel vom Sparmittel materiell trennt, die alle Privatgeldreserven auflöst, alle Sparbüchsen zerschlägt, alle Kassetten sprengt und die bewirkt, daß zu jeder Zeit, im Krieg wie im Frieden, in

guten wie in schlechten Jahren, sich immer und genau so viel Geld im Verkehr befindet, *als wie der Markt ohne Preisschwankungen aufnehmen kann.*

Durch die Geldreform, die nun hier besprochen werden soll, wird die herkömmliche Vereinigung von Tausch- und Sparmittel in Übereinstimmung mit den Ergebnissen unserer Untersuchung grob und rücksichtslos zerhauen. *Das Geld wird reines Tauschmittel, vom Willen der Inhaber befreite, materielle, chemisch reine Nachfrage.*

B. Das Geld wie es sein soll und sein kann

“Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation, d. h. einen exakten und regelmäßigen Tausch der Produkte, erhebt die Ware und Arbeit auf die Rangstufe des baren Geldes, und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert.“
Proudhon.

Geldreform und Reformgeld.

Daß das Geld *verbesserungsbedürftig* ist, habe ich im ersten Teil dieses Buches gezeigt. Daß das Geld auch *verbesserungsfähig* ist, soll jetzt nachgewiesen werden.

Aber vorher noch eine Frage. Was verlangen wir eigentlich vom Geld. was ist überhaupt gutes, was ist schlechtes Geld?

Das Geld ist Tauschmittel, nichts anderes. Es soll den Austausch der Produkte erleichtern, die Schwierigkeiten des Tauschhandels umgehen. Der Tauschhandel war unsicher, schwerfällig. kostspielig und versagte wohl auch oft, und das Geld, das den Tauschhandel ablösen soll, muß darum den Austausch der Produkte *sichern, beschleunigen, verbilligen*.

Das ist es, was wir vom Geld fordern. Der Grad der Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit, womit die Waren ausgetauscht werden, *bildet den Prüfstein für die Qualität des Geldes*.

Wenn wir noch nebenbei fordern, daß uns das Geld durch körperliche Eigenschaften möglichst wenig belästige, so ist das eine Forderung, die entschieden erst dann in Betracht kommt. wenn sie die Erreichung des Geldzweckes nicht hindert.

Läßt sich die *Sicherung, Beschleunigung und Verbilligung* des Warenaustausches mit einem Geld erzielen, das die Motten nicht zerfressen und das sich obendrein trefflich sparen läßt – gut, so mag man solches Geld einführen. Leidet aber die Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit des Warenaustausches darunter, so sagen wir – weg damit.

Und in der Erkenntnis, daß hier die Arbeitsteilung, die wahre Grundlage unserer Existenz, in Frage kommt, werden wir das

Geld genau so herstellen, wie es die Arbeitsteilung verlangt, und zwar ohne irgendwelche Rücksicht auf private Wünsche und Vorurteile.

Um die Güte des Geldes zu prüfen, werden wir keine Wage, keinen Schmelztiegel, keine Chemikalien gebrauchen; wir werden uns auch nicht in die Betrachtung eines Geldstückes versenken, auch niemand fragen. Wir werden die Arbeit betrachten, die das Geld verrichtet. Sehen wir, daß das Geld die Waren aufspürt und auf dem kürzesten Weg von der Arbeitsstätte zum Konsumenten führt, beobachten wir, daß die Märkte und Warenlager sich lichten, daß die Zahl der Kaufleute abnimmt, daß die Profitsätze zusammenschmelzen, daß keine Absatzstockungen eintreten, daß den Produzenten der Absatz für die Produkte ihrer vollen Arbeitskraft gesichert ist, so werden wir ausrufen: Ein vortreffliches Geld! Und werden auch bei dieser Meinung verharren, wenn wir bei näherer Betrachtung sehen, daß das Geld wenig körperliche Reize hat. Wir werden das Geld betrachten, wie man etwa eine Maschine betrachtet, und unser Urteil ganz nach den Leistungen, nicht nach der Gestalt und Farbe richten.

Von einem guten Geld, einem zweckentsprechenden Tauschmittel, werden wir also verlangen:

1. Daß es den Austausch der Produkte *sichere*, was wir daran erkennen werden, daß der Tausch ohne Absatzstockungen, Krisen und Arbeitslosigkeit vor sich geht.

2. Daß es den Austausch *beschleunige*, was wir an den geringen Warenbeständen, der geringen Zahl von Kaufleuten und Läden und an den entsprechend gefüllten Vorratsräumen der Verbraucher ermessen werden.

3. Daß es den Austausch *verbillige*, was wir an dem geringen Unterschied zwischen dem Preis, den der Produzent erhält und dem Preis, den der Konsument bezahlt, ermessen werden. (Zu den Produzenten gehören in diesem Falle auch alle, die am Transport der Produkte beteiligt sind.)

Wie schlecht das herkömmliche Geld sich als Tauschmittel bewährt, das hat uns unsere Untersuchung gezeigt. Ein Geld, das gesetzmäßig in der Weise arbeitet, daß es sich zurückzieht, wenn es zu fehlen beginnt, und das mit all seinen Reserven und Trabanten den Markt betritt, wenn es dort schon übermäßig vertreten ist, kann nur dem Schwindel und Wucher dienen, und muß als unbrauchbar bezeichnet werden, ob es auch, rein körperlich betrachtet, manche angenehme Eigenschaften hat. Wie schön

machte sich doch der König von Bayern auf den deutschen Doppelkronen, ruft manche alte Jungfer aus und knüpft daran das Urteil: Welch vortreffliches Geld hat uns doch die Monarchie und die Goldwährung beschert. Aber das ist ein ganz naiver Standpunkt, obschon er der Standpunkt der großen Mehrheit des Volkes ist.

Was waren das für grauenvolle Zustände, ruft der *Kenner* aus die uns die Goldwährung brachte. Zuerst die durch den Milliardenplunder gespeiste Gründerzeit, dann der unausbleibliche, gesetzmäßig eintretende Krach!

Wir führten die Goldwährung ein, weil wir davon einen Vorteil erwarteten, und welchen anderen Vorteil können wir von einer Änderung im Geldwesen erwarten, als eine größere Sicherung, *Verbilligung* und *Beschleunigung* des Austausches der Produkte?

Und wenn das der Zweck der Sache war, wie erklärte man den Zusammenhang zwischen den Milliarden, der Goldwährung und jenem Zweck? Es wäre das sehr interessant zu erfahren. So weit und tief ich auch meine Fühlhörner ausgestreckt habe, niemals bin ich auf diesen Zusammenhang gestoßen. Das naive Urteil der eben genannten alten Jungfer scheint mir bei der Besprechung der Goldwährung den Ausschlag gegeben zu haben. Man wollte Gold, schönes, glänzendes Gold, niedliche runde Dingelchen haben, um den Austausch von Stroh, Eisen, Kalk, Häuten, Petroleum, Weizen, Kohle usw. zu *erleichtern*, zu sichern, zu beschleunigen und zu verbilligen. Wie das geschehen sollte, wußte sicherlich niemand zu sagen, man glaubte es einfach. Und im Übrigen verließ man sich ganz (selbst Bismarck tat es) auf das Urteil der „Sachverständigen“.

Der Warenaustausch frißt nach wie vor der Münzreform 30, 40, vielleicht auch 50%, der gesamten Produktion. Die Krisen brechen noch ebenso oft aus und sind ebenso verheerend wie zur Zeit der Taler und Gulden, und an der Zahl der Kaufleute kann man unmittelbar ermessen, wie gering die Verschleißkraft des Goldes ist. Es ist ein stumpfes, an die Steinzeit erinnerndes Handwerkszeug, womit die Goldwährung den Handel versehen hat. [Dabei ist die Goldwährung noch außerordentlich durch den Zufall begünstigt worden. Ohne die gewaltigen Goldfunde der letzten Jahrzehnte sähe es wüst aus in der Welt.]

Woran liegt es, daß die Verschleißkraft [Verschleißkraft: so viel wie die Kraft, die Waren vom Produzenten dem Konsumenten zuzuführen.] des Goldes so

gering ist? Es liegt daran, daß man das Geld zu sehr *verbessert* hat, nämlich verbessert vom einseitigen Standpunkt des Inhabers. Man hat bei der Wahl des Geldstoffes ganz allein an den Käufer gedacht, an die Nachfrage. Die Ware, das Angebot, den Verkäufer, den Verfertiger der Ware hat man ganz und gar vergessen. Man hat für die Herstellung des Geldes den schönsten Stoff ausgesucht, den die Erde birgt, ein Edelmetall – weil es für die Inhaber Annehmlichkeiten bot. Und man hat dabei vergessen, daß die Warenbesitzer beim Verkauf ihrer Produkte diese Annehmlichkeiten bezahlen müssen. Man hat durch die Wahl des Geldstoffes dem Käufer Zeit gegeben, den für ihn günstigsten Augenblick für den Kauf von Waren auszuwählen und hat dabei vergessen, daß diese Freiheit den Verkäufer zwingt, auf dem Markt geduldig zu warten, bis es dem Käufer beliebt zu erscheinen. Man hat durch die Wahl des Geldstoffes aus der Nachfrage einen Willensakt der Geldbesitzer gemacht, man hat die Nachfrage der Laune überantwortet, der Profitsucht, der Spekulation und dem Zufall, und dabei hat man völlig außer Acht gelassen, daß das Angebot wegen der Natur seiner Substanz diesem Willen gegenüber ganz schutzlos ist. So entstand die Macht des Geldes, die, in Geldmacht umgewandelt einen unerträglichen Druck auf alle Produzenten ausübt.

Kurz, unsere biedereren Sachverständigen haben die Währungsfragen beantwortet, wie ein eigenpänziger deutscher Bauer sie in dem Augenblick beantworten würde, wo er das Geld für ein verkaufte Stück Vieh in der Hand hält, also ganz einseitig, vom Standpunkt des Geldbesitzers. Sie haben diese Geldmacht so gestärkt, das Geld vom *einseitigen Standpunkt des Inhabers* so verbessert, daß es als Tauschmittel unbrauchbar wurde. Nach dem Zwecke des Geldes haben sie augenscheinlich nie gefragt, und so haben sie, wie *Proudhon* sich ausdrückt, einen „Riegel, an Stelle eines Schlüssels für den Markt“ geschmiedet. Das Geld stößt die Ware ab, statt sie anzuziehen. Man kauft Ware, ja, aber nur wenn man hungrig ist, oder wenn man einen Profit dabei macht. Als Konsument kauft jeder das Minimum. Irgend welchen Vorrat will niemand haben; in den Bauplänen sind Vorratskammern niemals vorgesehen. Würde man allen Bürgern heute eine gefüllte Vorratskammer schenken – morgen schon fände man alle diese Vorräte auf den Märkten wieder. Nur Geld wollen die Bürger haben, obschon alle wissen, daß dieser Wunsch nicht erfüllt werden kann, insofern als das

Geld aller sich gegenseitig nullifiziert. Der Besitz einer goldenen Münze ist ja unbestreitbar viel angenehmer. Die Waren mögen die „Anderen“ haben. Die Anderen. Aber wer sind denn diese „Anderen“ ? Wir selbst sind diese Anderen; wir alle, die Waren erzeugen. Indem wir also als Käufer die Produkte der Anderen zurückweisen, stoßen wir uns alle gegenseitig unsere Produkte zurück. Wenn wir das Geld nicht den Produkten unserer Mitbürger vorzögen, wenn wir an Stelle einer angestrebten und doch unerreichbaren Geldreserve eine Vorratskammer anlegten und diese mit den Produkten unserer Mitbürger füllten, so brauchten wir unsere eigenen Produkte nicht in kostspieligen Läden feilhalten zu lassen, wo sie durch die Handelsspesen zum großen Teil aufgezehrt werden. Wir hätten dann einen schnellen und billigen Absatz der Produkte.

Das Gold paßt nicht zum Charakter unserer Produkte. Gold und Stroh, Gold und Petroleum, Gold und Guano, Gold und Ziegelsteine, Gold und Eisen, Gold und Häute!! Nur eine Fiktion, ein ungeheurer Wahngedanke, nur der Gegenstand der Wertlehre kann diesen Widerspruch überbrücken. Die Waren im allgemeinen, Stroh, Petroleum, Guano können nur dann sicher gegenseitig ausgetauscht werden, wenn es allen Bürgern völlig gleichgültig ist, ob sie Geld oder Ware besitzen, und das kann nur dann der Fall sein, wenn das Geld mit dem Extrakt all der üblen Eigenschaften behaftet wird, die unseren Produkten „eigen“ sind. Es ist das ganz klar. Unsere Produkte faulen, vergehen, brechen. explodieren, und nur wenn das Geld körperliche Eigenschaften besitzt, die jene unangenehmen, verlustbringenden Eigenschaften der Waren aufwiegen, kann es den Austausch schnell, sicher und billig vermitteln, weil eben solches Geld von niemand, in keiner Lage und zu keiner Zeit den Waren vorgezogen wird.

Geld, das wie eine Zeitung veraltet wie Kartoffeln fault. wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, das allein kann sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Man gibt dann noch das eigene Produkt gegen Geld her, weil man das Geld als Tauschmittel braucht, nicht, weil man vom Besitz des Geldes einen Vorteil erwartet.

Wir müssen also das Geld als **Ware** verschlechtern, wenn wir es als **Tauschmittel** verbessern wollen.

Die Besitzer der Waren haben es mit dem Tausch stets eilig; so will es die Gerechtigkeit, daß auch die Besitzer des Tausch-

mittels es eilig haben sollen. Das Angebot steht unter unmittelbarem, materiellem Zwang, so soll auch die Nachfrage unter gleichen Zwang gestellt werden.

Das Angebot ist eine vom Willen der Warenbesitzer losgelöste Substanz; so soll auch die Nachfrage keinem Willen gehorchen.

Wenn wir uns dazu verstehen können, die Vorrechte der Geldbesitzer zu beseitigen und die Nachfrage zur einfachen Substanz zu machen, so lösen wir alle Widersprüche des herkömmlichen Geldwesens restlos auf und erreichen damit, daß die Nachfrage völlig unabhängig von allen politischen, wirtschaftlichen oder natürlichen Ereignissen unentwegt auf dem Markte erscheint. Namentlich werden auch die Machinationen der Spekulanten, die Ansichten oder Launen, der Rentner und Bankiers ohne irgend welchen Einfluß auf die Nachfrage sein. Ja, das was wir „Börsenstimmung“ nennen, wird überhaupt nicht mehr existieren. Wie etwa das Fallgesetz keine Stimmungen kennt. so wird es sich auch mit der Nachfrage verhalten. Keine Furcht vor Verlusten, keine Erwartung eines Profites wird die Nachfrage vom Markte abhalten können.

So wird die Nachfrage unter allen denkbaren Verhältnissen immer der von den gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Umlaufgeschwindigkeit der vom Staate kontrollierten Geldmassen entsprechen.

Alle Privatgeldreserven lösen sich durch den Umlaufszwang selbsttätig auf. Die gesamte, ausgegebene Geldmasse ist in ununterbrochener, gleichmäßiger, schneller Rotation. Niemand kann noch dem Staate in der Verwaltung des Geldes durch Ausgraben von Privatreserven, oder durch Einzug solcher Reserven ins „Handwerk“ pfuschen, und dann kann der Staat durch Einzug oder Ausgabe geringfügiger Geldmassen die Nachfrage jederzeit dem Angebot haarscharf anpassen.

Mehr als das ist aber nicht nötig, um den Austausch unserer Produkte vor jeder denkbaren Störung zu sichern, um Wirtschaftskrisen. Arbeitslosigkeit unmöglich zu machen, um den Handelsprofit auf die Rangstufe der Tagelöhnerarbeit und Lohnes herabzusetzen und um in kurzer Zeit den Zins in einem Meer von Kapital zu ersäufen.

Und was kosten uns Produzenten, die wir durch die Arbeitsteilung das Geld schaffen, diese reichen Gaben eines Geldumlaufzwanges? Nichts, als den Verzicht auf das Vorrecht, in die

Kleingeld (ev. auch durch das heutige Nickelgeld ersetzbar).

1	2	21	22	41	46	61	66	81	86
3	4	23	24	42	47	62	67	82	87
5	6	25	26	43	48	63	68	83	88
7	8	27	28	44	49	64	69	84	89
9	10	29	30	45	50	65	70	85	90
<hr/>									
11	12	31	32	51	56	71	76	91	96
13	14	33	34	52	57	72	77	92	97
15	16	35	36	53	58	73	78	93	98
17	18	37	38	54	59	74	79	94	99
19	20	39	40	55	60	75	80	95	100

Wird in Häftchen von 10 oder 50 Zetteln ausgegeben. Die Rückseite trägt den Aufdruck der Zettel B. von 1 Mark. Diese Zettel können also, so lange sie nicht angebrochen sind, als 1 Markzettel dienen. Dieser Zettel vereinigt in sich 1 Münze von 1 Mark, 2 Münzen von 50 Pfg., 5 Münzen von 20 Pfg., 4 von 25 Pfg., 10 à 10 Pfg., 20 Münzen von 5 Pfg., 50 von 2 Pfg. und 100 von 1 Pfg., im Ganzen 192 Münzen.

Gebrauchsanweisung.

(Bildet die Rückseite des Reformgeldes.)

1. Man reiße nach Bedarf ab, und zwar von der letzten Reihe anfangend von unten nach oben. jedes Feld gilt 1 Pfg.; die großen Felder 10 Pfg.
2. Niemand ist verpflichtet, für mehr als 1 Mark von diesem Kleingeld in Zahlung zu nehmen.
3. Kaufleute, bei denen sich größere Mengen Abschnitte sammeln, erhalten an den Staatskassen, unentgeltlich, gummierte mit Datum versehene Unterlagen, auf die sie die Abschnitte aufkleben und zu 1 Markzetteln wieder vereinigen können.
4. Solche aufgeklebten Zettel dürfen jedoch nicht mehr in Umlauf gesetzt werden; alle Staatskassen tauschen sie jederzeit nach Abzug des dem Datum entsprechenden Kursverlustes gegen neue um.
5. Mit Schluß des Jahres ist dieser Zettel nicht mehr kursfähig. Unter Nachzahlung von 5 Pfg. wird er gegen einen neuen an allen Staatskassen umgetauscht.

Das Reichsgeldamt.

Erklärungen.

Wie ersichtlich, gilt dieser Zettel am 1. Januar Mk. 100,00 (resp. Mk. 10,00 oder 1,00) und fällt dann von Woche zu Woche um 1 ‰ (eins vom Tausend) so, daß er am Ende des Jahres nur noch Mk. 94,80 gilt. Wer dann etwa am 1. Juni 100 Mark zu zahlen hat, der muß zu dem Hunderter noch Mk. 2,10 zulegen, um die Summe voll zu machen. Und wer am gleichen Tag 100 zu fordern hat, der hat ein Recht zu dem Hunderter noch die Zulage von Mk. 2,10 zu fordern. Nur für die jeweiligen Inhaber verliert also das Reformgeld ständig an Zahlkraft. Das Verhältnis der Gläubiger zu ihren Schuldnern bleibt unberührt.

Wer daher obigen Zettel am 1. Juni mit Mk. 97,90 in Zahlung nimmt und bezahlt damit noch in der gleichen Woche eine Schuld, der verliert nichts; wartet er damit bis Ende des Monats, so verliert er 40 Pfg. Würde er den Zettel vom 1. Juni bis Ende des Jahres behalten, so betrüge der Verlust Mk. 3,10, nämlich Mk. 97,90, wofür er ihn erhalten, abzüglich Mk. 94,80, wofür er ihn hergibt.

Ende des Jahres wird alles Geld durch neues ersetzt. Unter Nachzahlung von Mk. 5,20 erhält man an jedem beliebigen Tag des folgenden Jahres an allen Staatskassen einen neuen Zettel, der am 1. Januar 100 Mk. galt, für jeden alten Zettel von 100 Mk. Diese Nachzahlung schlägt der Staat zu den allgemeinen Staatseinnahmen.

Der Verlust am Kurs des Geldes ist mit dem Besitze des Geldes (des Bargeldes) untrennbar verbunden. Man kann ihm nur dadurch entgehen, daß man das Geld so verwendet, wie es seinem Zwecke entspricht, indem man es weitergibt. Wer Ware kauft, seine Schulden bezahlt, das Geld verleiht, wälzt damit auch den Verlust auf andere ab. (Für alle, die mit ihren Produkten im Schnee draußen auf den Käufer lauern, für alle, die sorgenvoll auf den Eingang kreditierter Gelder harren, eine gar süße Last.)

Wenn dieser Zettel, wie es in der Regel der Fall sein wird, während des ganzen Jahres von Hand zu Hand geht, so verteilt sich der Gesamtverlust von 520 Promille auf alle die, durch deren Hände das Geld im Laufe des ganzen Jahres gegangen ist.

Wer persönlich keine Verwendung für das Geld hat, es aber sofort an andere verleiht, der hat keinen Verlust. Wer obigen Zettel etwa am 1. Juli für Mk. 97,50 in Zahlung genommen hat und bringt ihn in der gleichen Woche zur Sparkasse oder Depositen

bank, oder verleiht ihn direkt, dem wird der Zettel mit Mk. 97,50 gutgeschrieben. Ob überhaupt, und wie viel Zins ihm der Schuldner zahlen wird, wird genau so, wie heute, von den Verhältnissen auf dem Anleihemarkt abhängen.

Für die Erleichterung der Zahlungstechnik wird der Staat Multiplikationstabellen, ähnlich wie diese hier, für jede der 52 Wochen ausarbeiten und in Form der Abreißkalender unentgeltlich abgeben. Solche Tabellen hängen an allen Kassen und an jedem Ladentisch.

Zuschlagsätze für die Tage vom 9.—15. Juli — 27⁰/₁₀₀.

Bemerkung. Da für größere Beträge der Zuschlag vom Zuschlag (ähnlich wie der Zinseszins) in Betracht kommt, so ist dieser hier gleich mit eingezogen worden. So wären 27⁰/₁₀₀ von 1000 nur 27. Aber 27⁰/₁₀₀ von 27 sind wieder 75, darum sind in dieser Tabelle auch für 1000 Mk. 27,75 Zuschlag angegeben.

Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag
1 Pfg. 3	11 Pfg. 30	21 Pfg. 59	31 Pfg. 86	41 Mk. 1,14
2 " 6	12 " 33	22 " 62	32 " 89	42 " 1,16
3 " 9	13 " 36	23 " 65	33 " 92	43 " 1,19
4 " 11	14 " 39	24 " 67	34 " 95	44 " 1,22
5 " 14	15 " 42	25 " 70	35 " 98	45 " 1,25
6 " 17	16 " 45	26 " 73	36 Mk. 1,01	46 " 1,27
7 " 20	17 " 47	27 " 75	37 " 1,03	47 " 1,31
8 " 23	18 " 50	28 " 78	38 " 1,06	48 " 1,34
9 " 26	19 " 53	29 " 81	39 " 1,09	49 " 1,37
10 " 28	20 " 56	30 " 83	40 " 1,12	50 " 1,39
51 Mk. 1,42	61 Mk. 1,70	71 Mk. 1,99	81 Mk. 2,25	91 Mk. 2,53
52 " 1,45	62 " 1,73	72 " 2,01	82 " 2,28	92 " 2,56
53 " 1,48	63 " 1,76	73 " 2,03	83 " 2,31	93 " 2,59
54 " 1,51	64 " 1,78	74 " 2,06	84 " 2,34	94 " 2,62
55 " 1,54	65 " 1,81	75 " 2,09	85 " 2,36	95 " 2,65
56 " 1,57	66 " 1,83	76 " 2,11	86 " 2,39	96 " 2,67
57 " 1,60	67 " 1,85	77 " 2,14	87 " 2,42	97 " 2,69
58 " 1,62	68 " 1,88	78 " 2,16	88 " 2,44	98 " 2,73
59 " 1,65	69 " 1,91	79 " 2,19	89 " 2,47	99 " 2,75
60 " 1,67	70 " 1,94	80 " 2,22	90 " 2,50	100 " 2,78
100 Mk. 2,78	600 Mk. 16,65	2000 Mk. 55,50	7000 Mk. 194,26	1—20 Pfg. — Pfg.
200 " 5,55	700 " 19,43	3000 " 83,25	8000 " 222,00	21—40 " 1 "
300 " 8,32	800 " 22,21	4000 " 111,01	9000 " 249,79	41—80 " 2 "
400 " 11,10	900 " 24,98	5000 " 138,75	10000 " 277,46	81—100 " 2 "
500 " 13,88	1000 " 27,75	6000 " 166,51		

Die Zahlung einer beliebigen Summe an einem beliebigen Tag wickelt sich dann wie folgt ab:

10. Juli: Wechsel von		Mk. 3744,37
Zuschlag 27 ‰	Mk. 3000,— = Mk. 83,25	} laut Tabelle
„	700,— = „ 19,43	
„	44,— = „ 1,22	
„	0,37 = „ —,01	
	Mk. 3744,37	Mk. 103,91
		Mk. 3848,28

Das sind dann 3 Zettel à 1000, 8 à 100, 4 à 10, 8 à 1 und 28 Pfg. abgerissen von 1 Zettel Kleingeld.

Bei Barverkäufen würden die Kaufleute den Zuschlag gleich mit in Rechnung stellen, so daß bei der Zahlung jeder Zettel für seinen vollen Nenner gilt.

10. Juli: 1 Hut	Mk. 9,—
1 Topf	„ 1,70
1 Stuhl	„ 4,35
	Mk. 15,05
Zuschlag	Mk. 0,42 laut Tabelle
	Mk. 15,47

das sind 1 Zehner, 5 Einer, 47 Pfg.

Für die Kassenbeamten gelten folgende Regeln. Sie rechnen Sonnabends zu einer ihnen bestimmten Stunde den Bestand zusammen, rechnen davon eins vom Tausend ab und übertragen den Saldo auf die nächste Woche. Der Abzug von 1 ‰ wird als Ausgabe gebucht.

Daß die Geldzettel jetzt nicht mehr auf runde Zahlen lauten, ist kein Fehler des Reformgeldes. Lauten denn etwa die Warenpreise auf runde Zahlen? Sogar 1/2 Pfennigmünzen verlangten die süddeutschen Pfennigkrämer. Ein auf runde Zahlen abgerundetes Geld wäre von Vorteil, wenn auch alle Warenpreise so abgerundet werden könnten. Und wo man heute die Preise derart abrundet, merkt man sofort auch die gewaltsame Anpassung der Preise an die Zahlungsmittel. Oder muß etwa das Theaterbillet genau ausgerechnet 10 Mark kosten? Kann sich der Unternehmer am 1. Dezember nicht auch mit 9,53 Mark begnügen? Wo man also heute Rücksicht auf die Bequemlichkeit des Zahlers nimmt und den Kanarienvogel für 15 Mark verkauft, obschon er nach den letzten Börsenberichten 15,10 Mark oder 14,60 Mark kosten müßte, da wird man auch noch nach der Geldreform jene Rücksicht walten lassen und für den Hut am 1. Juni nicht

10 Mark, sondern einen Zehner fordern. Überall aber, wo scharf gerechnet werden muß, lohnt es sich auch scharf zu rechnen, und da scheut man eine kleine Unbequemlichkeit nicht. Wenn jemand 1000 Mark einzukassieren hat, wird es ihm einerlei sein, ob es sich um eine runde Summe handelt oder nicht.

Es erübrigt sich, die sonstigen Fragen, die die Zahlungs- und Kassentechnik aufwirft, hier zu beantworten. Wer mit Interesse dem Werden des Gedankens gefolgt ist, dem das Reformgeld entsprungen ist, der findet für diese einfachen Buchhalterefragen auch sofort die Antwort.

Jeder, der sich mit der Geldreform vertraut gemacht hat, findet immer nach kurzer Überlegung, daß das neue Geld einer bürokratischen Kassenführung keine Schwierigkeiten bereitet. Es hat sogar in dieser Beziehung kleine Vorteile voraus, wie man das an folgendem Beispiel ermessen kann.

Liegt heute in einer Kasse die Summe von etwa Mk. 14.551,13, so werden aller Wahrscheinlichkeit nach darin alle die heute verkommenden Stücke vertreten sein. Die Zusammensetzung mag also folgende sein:

in Papier	{	2 × 1000,— Mk. = Mk. 2000,—	
		7 × 500,— „ = „ 3500,—	
		30 × 100,— „ = „ 3000,—	
		12 × 50,— „ = „ 600,—	
		7 × 20,— „ = „ 140,—	
		8 × 10,— „ = „ 80,—	
		2 × 5,— „ = „ 10,—	Mk. 9330,—
in Gold	{	200 × 20,— Mk. = Mk. 4000,—	
		110 × 10,— „ = „ 1100,—	Mk. 5100,—
in Silber	{	12 × 5,— Mk. = Mk. 60,—	
		7 × 3,— „ = „ 21,—	
		10 × 2,— „ = „ 20,—	
		17 × 1,00 „ = „ 17,—	
		4 × 0,50 „ = „ 2,—	Mk. 120,—
in Nickel	{	12 × 0,25 Mk. = Mk. 3,—	
		7 × 0,10 „ = „ 0,70	
		4 × 0,05 „ = „ 0,20	Mk. 3,90
in Kupfer	{	8 × 0,02 Mk. = Mk. 0,16	
		7 × 0,01 „ = „ 0,07	Mk. 0,23
			<u>Mk. 14 551,13</u>

Anm. der Red.: Die Addition ergibt 14.554,13 Mk.

Die gleiche Summe bei entsprechender Stückelung in Reformgeld würde dagegen sich wie folgt zusammenstellen:

2 Zettel	à	1.000	2.000,-
65 „	à	100	6.500,-
600 „	à	10	6.000,-
51 „	à	1	51,-
1 Abriß			<u>0,13</u>
719 Zettel	Mk.		<u>14.551,13</u>

Statt eines mineralogischen Kabinetts (Gold, Silber, Nickel, Kupfer, Papier) nur Papier. Und nur 5 Stückelungen statt 19.

Aber diese kleinen Vorteile sind nicht das, was wir suchen. Wir wollen den Austausch der Produkte sichern, beschleunigen und verbilligen. Wir wollen der Beerensammlerin in Schweden helfen, ihr einfaches Produkt gegen ein Paar Schweizer Schuhe einzutauschen und sind uns bewußt, wie viele kaufmännische Schwierigkeiten bei dieser scheinbar einfachen Handlung zu überwinden sind, daß schier unzählige kaufmännische Handlungen nötig waren, um den Schuh zustande zu bringen. An diesem so einfachen Produkt ist die ganze Welt beteiligt – russisches Oberleder, chilenisches Sohlleder, argentinischer Gerbstoff, indischer Flachs, ägyptische Baumwolle, spanisches Eisen, amerikanische Maschinen, isländischer Walfischtran usw., und dem Handel, der diese Stoffe zum Schuh vereinigte, wollen wir eine sichere Grundlage geben. Was gehen uns da die kleinen Freuden und Sorgen der Kassierer an? Kümmerte sich Napoleon in der Schlacht bei Leipzig um die Hasen, die der Geschützdonner aus dem Schlafe rüttelte? Mag der Kassierer sich dem Reformgeld unterordnen, so gut er es versteht. Vom Standpunkt der Arbeitsteilung, der Grundlage der Kassenbeamten nur Bagatellfragen. Das Geld soll unsere Produkte verschleiffen; alles übrige sind bedeutungslose Nebensachen. Zufälligerweise wird die Geldreform die Kassenführung erleichtern, wie sie ebenso zufälligerweise die Staatskassen füllen wird. Würde sie das aber nicht tun, würde sie die Kassenführung zum gefährlichsten Berufe machen, und dem Staate nebenbei ebenso viele Millionen kosten, wie sie ihm einbringen wird (nämlich jährlich 5%, des Geldumlaufs [Das Reformgeld nimmt an Masse durch den Kursverlust jährlich um 5% ab. Der Staat ersetzt diesen Ausfall jährlich durch Neuausgabe von 5% der gesamten umlaufenden Geldmasse und schlägt diese Millionen zu seinen Einnahmen (jährlich 2 – 300 Millionen Mark)], so würde ich

dennoch auf der Reform bestehen, voraus gesetzt, daß dabei ein Vorteil für die Arbeitsteilung und den Austausch der Produkte erwüchse. Denn der winzigste Vorteil auf diesem Gebiete, eine geringe

Beschleunigung, Sicherung und Verbilligung

im Austausch der Produkte erspart uns jährlich Riesensummen. Ob es nötig sein wird. an Stelle des Nickelgeldes das S.143 beschriebene Kleingeld einzuführen? Die Erfahrung wird diese Frage beantworten. Möglich wäre es, daß nach Einführung der Geldreform die Sparer sich des Nickelgeldes bemächtigen würden, daß der Weg aus den Münzstätten für die Nickelmünzen auch der Weg zu den Sparsbüchsen sein würde und daß dann niemals genug Nickelgeld geprägt werden könnte.

Auf alle Fälle handelt es sich hier um eine untergeordnete Frage, im wesentlichen um eine Frage der Portemonnaietechnik; deren Beantwortung wir der Portemonnaietechnik überlassen können. Im allgemeinen läßt sich Papiergeld mit Metallgeld schlecht in einer Geldtasche vereinigen, und gehen wir zur Papierwährung über, so ist es besser, das Metallgeld ganz auszuscheiden. Zumal wir damit die so nötige Teilbarkeit des Geldes in fast idealer Weise erreichen und das Wechseln und wieder Zurückgeben bei diesem Geld ganz wegfällt.

Wie der Staat das Reformgeld in Umlauf setzt.

Mit der Geldreform wird der Reichsbank natürlich das Notenprivileg entzogen werden, und an die Stelle der Reichsbank tritt das

Reichswährungsamt

dem die Aufgabe zufällt, die tägliche Nachfrage nach Geld zu decken. Das Reichswährungsamt betreibt keine Bankgeschäfte. Es diskontiert keine Wechsel, es klassifiziert die Bürger nicht in Firmen 1., 2. u. 3. Kategorie. Es tritt in keinerlei Beziehungen zu Privatpersonen.

Das Reichswährungsamt gibt Geld aus, wenn solches im Lande fehlt und es zieht Geld ein, wenn im Lande sich ein Überschuß zeigt. Das ist alles.

Um das Reformgeld in Umlauf zu setzen, werden alle Staatskassen angewiesen, das bisherige Metallgeld und die Reichskassenscheine zum freiwilligen Umtausch anzunehmen, und zwar pari, für eine Mark in Gold eine Mark in Reformgeld.

Wer in diesen Tausch nicht einwilligt, mag das Gold behalten. Niemand drängt ihn zum Tausch. Irgend ein gesetzlicher Druck wird nicht auf ihn geübt. Keinerlei Gewalt wird da gebraucht. Es wird nur jedem gesagt, daß nach Ablauf einer bestimmten Frist (1–2 oder 3 Monate) das Metallgeld nur mehr Metall, aber kein Geld mehr sein wird. Wer dann noch Metallgeld hat, kann es dann nur noch beim Goldschmied gegen Reformgeld verkaufen. Der Staat anerkennt dann nur noch Reformgeld als Geld an allen seinen Kassen an. Das Gold ist dann dem Staate gegenüber nur noch Ware, wie Holz, Kupfer, Silber, Papier, Tran usw. Und wie man heute die Steuern nicht mit Holz, Silber oder Stroh bezahlen kann, so wird man auch nach Verlauf der Umtauschfrist kein Gold mehr zu diesem Zwecke verwenden können.

Im übrigen aber braucht der Staat seine wirtschaftliche Macht als größter Produzent nicht um das Reformgeld auch dem Privatverkehr aufzuzwingen. Der Staat duldet ohne Neid die Verwendung des Goldes im Privatverkehr; er duldet es aber auch ohne Neid, daß jetzt Privatmünzstätten errichtet werden, in denen Münzen von jedem beliebigen Feingehalt und Gewicht geprägt werden. Für den Staat gibt es jetzt keine Münzen, folglich auch keine Falschmünzer mehr. Das Prägen von Münzen gibt der Staat frei; jeder, der sich damit amüsieren will, darf es tun. Der Staat entzieht allen Münzen, auch den von ihm früher geprägten, die Gewähr für Gewicht und Feingehalt. Mehr tut der Staat nicht, um das Gold kursunfähig zu machen; es genügt. Der Staat weiß, daß es ja nur staatliches Geld geben kann und daß es darum gar keiner besonderen Anstrengungen bedarf, um sein Geld in den Privatverkehr einzuführen. Das besorgt allein die Unentbehrlichkeit des Geldes einerseits und die Unentbehrlichkeit einer staatlichen Kontrolle des Geldes andererseits.

Wenn also jemand dem Reformgeld feindlich gesinnt sein sollte und das Reformgeld als Zahlung für seine Produkte zurückweist, so läßt man ihn gewähren. Er kann ja fernerhin Gold für seine Produkte verlangen. Aber dieses Gold muß er dann auf die Wage legen und den Feingehalt mit Säuren und Prüf-

stein feststellen, und zwar Münze für Münze. Dann muß er sich erkundigen, ob ihm jemand das Gold auch wieder abnehmen wird und zu welchem Preis, und er muß hierbei auf große Überraschungen gefaßt sein. Findet er dann, daß das alles kostspielig und langweilig ist, so kann er ja als reuiger Sünder in den Schoß des allein seligmachenden Staatsgeldes zurückkehren – wie das ja die grimmi- gen Feinde der Goldwährung, die Agrarier, auch getan haben. Auch sie waren dem Staatsgeld (Gold) feindlich gesinnt und nahmen es doch an.

—

Was der Staat mit dem in Umtausch für das Reformgeld erhaltenen Gold machen wird? Der Staat schmelzt es ein, läßt es zu Ketten, Armbändern, Uhrgehäusen verarbeiten und schenkt diese allen Bräuten im Deutschen Reich bei ihrer Verheiratung. Was könnte der Staat Vernünftigeres mit dem Gold, mit dem Hunnenschatz, machen?

Der Staat braucht das Gold nicht, und verkauft er es in Auktionen, so drückt er den Preis und bereitet anderen Völkern Verlegenheiten, wie Deutschland das schon einmal mit den unüberlegten Silberverkäufen getan. Wenn der Staat damals die eingezogenen Taler dazu benutzt hätte, um vor jedem Pfandhaus und jeder Hypothekenbank den Vormännern der Goldwährung ein massiv silbernes Standbild in Cyklopengröße zu errichten – es wäre für die allgemeine Volks- und Weltwirtschaft und auch für den Fiskus besser gewesen. Diese elenden Millionen, wahre Miseräbelchen vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus betrachtet, die der Staat aus jenen Talerverkäufen löste, haben nicht wenig dazu beigetragen, den Silberpreis zu drücken, und die Schwierigkeiten, die den deutschen Grundrentnern durch die billigen Getreidepreise erwachsen, waren zum Teil auf diese Silberverkäufe zurückzuführen. Wahrlich, wenn man damals nach obigem Vorschlag gehandelt, die Silbertaler zu Tafelgeschirr eingeschmolzen und zu Hochzeitsgeschenken von Staats wegen verwendet hätte – das was der Staat hier verloren – er hätte es an der größeren Steuerkraft der Bürger und an den damaligen Staatsdefizits zehnfach gespart.

Die Sache verhält sich so: Durch die deutsche Münzreform wurde dem Silber der deutsche Münzmarkt entzogen und auf das Gold übertragen. Die Nachfrage nach Silber fiel, die nach Gold stieg, und so verschob sich das bestehende Tauschverhältnis vom Silber zum Gold.

Dieses Verhältnis wurde noch mehr und gewaltsam dadurch beeinflusst, daß nun das Deutsche Reich auch noch das Angebot von Silber (neben der gedrückten Nachfrage) durch die Silberverkäufe vermehrte.

Diese Verschiebung in dem damaligen Tauschverhältnis zwischen Gold und Silber (1 zu 16) drückte sich in einer starken allgemeinen Hausse in den Silberwährungsländern und in einer entsprechenden Baisse in den Goldwährungsländern aus. Diese Hausse in den Silberwährungsländern (Rußland, Österreich, Indien, Vereinigte Staaten) begünstigte dort die verschuldeten Landwirte ganz außerordentlich, indem sie für die Zahlung der Zinsen und Amortisationen (die Landwirte als Grundbesitzer sind immer und müssen gesetzmäßig immer verschuldet sein) ihrer Hypotheken einen bedeutend geringeren Teil ihrer Produkte verkaufen mußten als früher. Der für sie verbleibende Rest war größer, und sie konnten ihre Betriebe ausdehnen. Sie konnten besser als früher in Deutschland konkurrieren, denn wenn auch hier der Getreidepreis in Gold fiel, so erhielten sie für das Gold doch mehr Silber (zuletzt das doppelte Quantum), und dieses Silber war in ihren Ländern Geld, Geld, womit sie ihre Schulden zahlen konnten.

In Deutschland war dagegen den Grundbesitzern die in Silber eingegangene Hypothekenschuld mir nichts, dir nichts, in Gold umgewandelt worden; d. h. sie konnten Zinsen und Amortisationen nicht mehr mit Silber bezahlen, sondern nur mit Gold. Und für ihre Produkte erhielten sie nun weniger Gold. Sie mußten somit für Zins und Amortisationen ihrer Schulden einen ganz erheblich größeren Teil ihrer Ernten opfern. Neben der Landwirtschaft litt aber auch die Industrie in noch stärkerem Maße durch den Preisrückgang der Waren, der die Goldwährung begleitete. Die Verluste, die das Volk in den Jahren 1878-1885 durch die chronische Krise erlitt, sind ganz unberechenbar. Es handelt sich um viele Milliarden.

Wie das Reformgeld verwaltet wird.

Nachdem das Reformgeld in Umlauf gesetzt und das Metallgeld außer Gebrauch erklärt worden, wird es sich für das Reichswährungsamt nur mehr darum handeln, das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren (allgemeiner Preisstand der Waren) zu beobachten und durch Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufes den Kurs des Geldes fest auf ein genau bestimmtes Ziel – Festigkeit des allgemeinen Preisstandes der Waren – zu lenken. Als Kompaß dient dem Reichsgeldamt die Seite 82-83 bereits besprochene Statistik für die Ermittlung des Durchschnittspreises aller Waren. Je nach den Ergebnissen dieser Statistik,

je nachdem der Durchschnittspreis Neigung nach oben oder nach unten zeigt, wird der Geldumlauf eingeschränkt oder erweitert.

Da mit der Geldreform jede im Umlauf befindliche Mark auch fortlaufend, nie rastend, angeboten wird, so braucht sich das Reichswährungsamt weiter nicht um das ausgegebene Geld zu kümmern. *Das Angebot des ausgegebenen Geldes wird unter allen Umständen stets seiner Masse und der durch die gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Maximalumlaufsgeschwindigkeit entsprechen.* Der Umlauf des Reformgeldes sucht unter allen denkbaren Verhältnissen, in Kriegs- wie in Friedenszeiten, die Grenzen dieser Maximalgeschwindigkeit zu durchbrechen, ähnlich wie ein im Zimmer umirrender Käfer immer mit dem Kopfe gegen die Decke stößt. Alle Privatgeldreserven sind aufgelöst, und im Verkehr befindet sich nie mehr und nie weniger als das genaue Quantum an Tauschmitteln, das der Verkehr unmittelbar beansprucht. Nicht zu wenig und nicht zu viel. Das Minimum an Geldumlauf ist gleichzeitig auch das Maximum. Wäre weniger als dieses Minimum vorhanden, so würden die Preise wegen mangelnder Nachfrage abwärts neigen. Wäre mehr als dieses Maximum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren die normale Höhe sofort überschreiten, und die Preise würden anziehen. In beiden Fällen aber würde das Reichswährungsamt einschreiten und durch Einziehung oder Ausgabe von Geld (Nachfrage) die Ordnung wieder herstellen. *Mit dem Reformgeld läuft die Nachfrage nicht mehr getrennt vom Geld als selbständiger Wille einher. Das Reformgeld ist nicht mehr ein einfaches Mittel zur Nachfrage, sondern das Reformgeld ist an und für sich die Nachfrage. Die verkörperte Nachfrage, und eine andere Nachfrage (Wille, Spekulation, Laune, Furcht, Panik usw.) gibt es nicht mehr auf dem Markte. Die Masse des ausgegebenen Geldes, zusammen mit der Maximalumlaufsgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen dieser Geldmasse gestatten, ist dann auch die Grenze, das sich deckende Maximum und Minimum der Nachfrage.*

Da das Geld an und für sich die Nachfrage darstellt, so genügt es, die Geldausgabe zu vermehren oder zu vermindern, um die Nachfrage scharf und dauernd dem Warenangebot auf den Leib zuzuschneiden.

Um die Geldausgabe zu vergrößern, übergibt das Reichswährungsamt dem Finanzminister neues Geld, der es durch einen

entsprechenden Abschlag von allen Steuern verausgabt. Betragen die einzuziehenden Steuern 1000 Millionen, und sind 100 Millionen neues Geld in Umlauf zu setzen, so wird von allen Steuerzetteln ein Abzug von 10% gemacht.

Das ist eine einfache Sache, aber noch einfacher wird die Verminderung des Geldumlaufes sein. Denn da die Gesamtmasse des Geldes durch den Kursverlust um 5% jährlich abnimmt, so braucht man, um den Geldbestand zu vermindern, überhaupt nichts zu tun. Der etwaige Überschuß verbraucht sich selbsttätig. Genügt das aber nicht, so kann durch Steuerzuschlag nachgeholfen werden.

Da, wie gesagt, alle Privatreserven verschwinden und die gesamte ausgegebene Geldmasse sich in ununterbrochener und gleichmäßig schneller Rotation befindet, so wird es sich niemals um große Summen handeln können, die eingezogen oder ausgegeben werden müssen. Wie ein Fluß mit gleichmäßigem Gefäll auch ein gleichmäßiges Bett hat, so wird das Reformgeld, weil es gleichmäßig umläuft, den Markt auch gleichmäßig mit Geld versehen.

Das Reichswährungsamt beherrscht also mit dem Reformgeld das Angebot von Tauschmitteln in absoluter Weise. Es ist Alleinherrscher, sowohl über die Geldfabrikation, wie über das Geldangebot.

Unter dem Reichswährungsamt brauchen wir uns nicht ein großartiges Gebäude mit Hunderten von Beamten vorzustellen, wie etwa die Reichsbank. Das Reichswährungsamt betreibt keinerlei Bankgeschäfte. Es hat keine Schalter, nicht einmal einen Geldschrank. Der Druck des Geldes findet in der Reichsdruckerei statt; die Ausgabe und der Umtausch durch die Staatskassen, die Preisermittlungen finden im Statistischen Amt statt. Es ist also nur ein Mann nötig, der das Geld von der Reichsdruckerei den Staatskassen übergibt, und der das für währungstechnische Zwecke von den Steuerämtern eingezogene Geld verbrennt. Das ist der ganze Apparat. Eine Presse und ein Ofen. Einfach, billig, wirksam.

Und mit diesem einfachen Apparat wollen wir die schwere Arbeit der Goldgräber, die kunstvollen Maschinen der Münzstätten, das Kapital der Banken, die nervöse Tätigkeit der Reichsbank ersetzen und zwar so ersetzen, daß niemals ein Pfennig zu viel, niemals zu wenig in Umlauf sein wird. Und das heute,

morgen, ewig, beim Schall der Fanfaren wie beim Schlagen der Schamade. Und mehr als ersetzen. Wir wollen mustergültige, bedächtige, für alle Welt vorbildliche Arbeit liefern.

Das Reformgeld und der Außenhandel.

Der Außenhandel braucht zu seiner gedeihlichen Entwicklung feste Wechselkurse als Unterlage für alle Berechnungen, zu denen die Waren- und Finanzgeschäfte Anlaß geben. Der Deutsche, der Waren aus Japan, Feuerland, Alaska einführt oder dorthin schickt, muß wissen, daß die Mark deutscher Reichswährung in einem dauernd festen Verhältnis steht zu dem Geld jener Länder, so daß er mit dem Landesgeld über Rubel, Yens, Dollars, Rupien usw. sicher verfügen kann. Wie nötig das ist, geht aus folgendem Beispiel hervor: Ein Kaufmann in Feuerland bietet seinem Geschäftsfreund in Danzig Schafsfelle an, das Tausend für 655 Pesos. Ein Peso mag heute 1,82 Mk. sein, und dem Mann in Danzig paßt dieser Preis. Er bestellt also telegraphisch eine Ladung dieses Stoffes, die nach 2 Monaten eintrifft. Er verkauft die Felle und hat nun deutsches Geld, während er chilenisches Geld schuldet, und wenn sich inzwischen das damalige Verhältnis von 1,82 zu 1 nicht verschoben hat, so ist das Geschäft gelungen. Aber wie, wenn der Peso jetzt 1,90 Mk. oder 2 Mk. kostet? Dann verwandelt sich der ausgerechnete Gewinn in Verlust, wie natürlich auch das Umgekehrte eintreten kann. Man könnte nun sagen, der Feuerländer solle sein Angebot in Mark machen, dann hätte sein Geschäftsfreund in Danzig keine Sorgen. Ganz recht, aber dann ist es der Feuerländer, der das Risiko solcher Kursdifferenzen trägt.

Ebenso verhält es sich mit den Finanzgeschäften. Macht die türkische, indische, russische, brasilianische Regierung in Europa eine Anleihe in Mark, und ändert sich in der Folge das Tauschverhältnis der Mark zu dem Geld des Schuldners, so trägt der Schuldner das Risiko. Und wird die Anleihe im Gelde der Schuldner abgeschlossen, so trägt der Gläubiger das Risiko.

Eine allgemeine, gleiche Währung würde nun solches Risiko beseitigen, und weil man mit Recht von *der allgemeinen Einführung der Goldwährung* diesen Vorteil erwarten kann, entschloß man sich seiner Zeit in Deutschland für die Goldwährung, in der Meinung, daß alle Handelsvölker dem Beispiel folgen würden. Aber nicht alle Völker hatten die kindlich naiven Ansichten, die damals noch in Deutschland über das Geldwesen

verbreitet waren. Man wußte im Ausland, was man in Deutschland vollkommen übersehen hatte, nämlich, daß der Übergang von der Doppelwährung zur einfachen Währung notwendigerweise auf die Warenpreise drücken würde und daß durch einen solchen Übergang die Schuldner auf ganz unerhörte Weise geprellt werden würden. Man denke doch, wohin es geführt hätte, wenn alle Völker das Beispiel Deutschlands befolgt hätten; wenn man überall das Silber eingeschmolzen und durch Gold zu ersetzen versucht hätte! Wo hätte man diese Goldmassen herholen können? Das Gold wird doch gefunden! Und wenn sich die Völker das Gold gegenseitig durch Schutzzölle und sonstigen Schwindel abzuluxen gesucht hätten, bis wohin wären da die Preise gefallen?

Es war also eine unvernünftige Hoffnung, der man sich in Deutschland hingegeben hatte, nämlich die, daß sich die Goldwährung universell einführen ließe [Das hat mit der Frage nichts zu tun daß – wenn die Goldwährung allgemein eingeführt worden wäre, der Wechselkurs zwischen allen Ländern festgeblieben wäre. Diese Bedingung des festen Wechselkurses ist eben eine Unmöglichkeit.]. Aber ohne die Allgemeinheit der Goldwährung hat die Goldwährung keinen vernünftigen Sinn. *Sie bewirkt dann das Gegenteil von dem, was sie erstrebt. Sie trennt, statt zu vereinigen.* Sie führt dahin, daß die Länder, die durch die Doppelwährung bis dahin verbunden waren, dadurch getrennt werden, daß das eine die Goldwährung, das andere die Silberwährung hat. Welchen Sinn hatte die deutsche Goldwährung für den Handel mit Indien, Rußland, China, ganz Südamerika usw.?

Aber wenn auch die allgemeine Goldwährung ein Traum blieb, so gelang es doch durch künstliche Eingriffe, durch nationale Verwaltung des Geldwesens, den Zweck der Goldwährung zu erreichen. Statt die Gulden, Rubel, Rupien, die Yens, Pesos, Dollars, Liras, Pesetas, Franken nach dem Vorschlag und Vorbild Deutschlands einzuschmelzen und durch Gold zu ersetzen, ließ man diese Münzen einfach im Verkehr und begnügte sich damit, die Münzstätten dem Silber zu sperren und aus der Geldfabrikation ein Staatsmonopol zu machen. Und indem man nun die Fabrikation von Silbermünzen und Papiergeld dem Wechselkurs anpaßte, indem man Geld einzog und verbrannte, wenn der Wechselkurs fiel und Geld prägte oder druckte, wenn der Wechselkurs stieg, erreichte man den Zweck der Goldwährung, die Festigkeit des Wechselkurses, wie wenn man Gold in Umlauf gesetzt hätte.

Man hatte den Vorteil der allgemeinen Welt-Goldwährung erreicht, ohne eine goldene Münze zu prägen, ja ohne ein Goldkörnchen zu besitzen. Das Interessanteste aber ist, daß selbst die Länder, die weder Gold noch Silber in Umlauf hatten, sondern gemeines, ungedecktes Papiergeld, mit den gleichen einfachen Mitteln sich die Vorteile fester Wechselkurse sicherten. Man gab Papiergeld aus und zog Papiergeld ein, und mit diesem einfachen Mittel blieben die Wechselkurse fest. Das heißt, man ahmte das, was bei der Goldwährung automatisch eintritt, auf künstliche Weise nach. Wenn diese Möglichkeit gefehlt hätte, wenn Indien, Rußland, Südamerika, Nordamerika und so viele andere Staaten ihre nationale Papier-, Silber- und Mischwahrung nicht dem Wechselkurs auf die Goldwahrungslander künstlich, durch gewaltsamen, staatlichen Eingriff angepaßt hätten, welchen Sinn hätte dann noch die Goldwährung in Deutschland gehabt? Indien, Rußland, die Vereinigten Staaten u. a. haben den Wechselkurs auf die Goldwahrungslander zum Maßstab für das Quantum des auszugebenden Geldes genommen und haben den Zweck (die Festigkeit des Wechselkurses) damit erreicht. Wenn sie das nun nicht getan hätten? Dann wäre trotz der deutschen Goldwährung der Wechselkurs auf alle obigen Länder schwankend geblieben, und den Vorteil fester Wechselkurse hätte die Goldwährung Deutschlands nicht gebracht. Dann wäre man vielleicht auch in Deutschland dahinter gekommen, daß man die festen Wechselkurse ja gar nicht durch einseitiges Vorgehen erreichen kann, daß die Goldwährung, da sie ja doch nicht universell durchführbar ist, zwecklos und friedentorend ist, und daß man sich mit der Welt auf anderer Grundlage zu verständigen hat, wenn der Handel den Vorteil fester internationaler Wechselkurse genießen will.

Aber nun wird hier ein Einwand gemacht und gegen die Möglichkeit einer allgemeinen Einführung der Papierwährung ohne Metallunterlage erhoben. Man sagt: Indien, Rußland, Argentinien usw. passen ihre Währungspolitik dem Gold an. Nimmt man das Gold fort, so bleibt für die Währungspolitik dieser Länder kein Anhaltspunkt übrig. Indien z. B. zieht Silbergeld ein und prägt Silbergeld aus, wenn sich das Tauschverhältnis der Rupie zum Gold verändert. Nimmt man nun das Gold weg, geht England zur Papierwährung über – wo bleibt dann noch der Maßstab für die Währungspolitik Indiens, und wie kann dann überhaupt noch ein fester Wechselkurs zwischen Indien und

England aufrecht erhalten werden? Und nach welchen Grundsätzen wird nun England selbst sein Papiergeld verwalten? Es scheint dann alles in der Luft zu schweben.

Die Antwort auf diese Fragen ist nun leicht zu finden, wenn man sich auf den wertleugnenden Standpunkt stellt und das Geld als Tauschmittel betrachtet.

Mit der Rupie in Indien kann man Ware kaufen, die man in England verkaufen kann. Und mit dem Schilling in England kann man Ware kaufen, die in Indien Absatz findet. Wenn also auch die Rupie und der Schilling keine Freizügigkeit haben, so ist doch manches von dem, was man mit der Rupie und dem Schilling kaufen kann, internationales Gut. Diese Waren stellen die Brücke her für die Verbindung zwischen dem Papierschilling und der Papier- oder Silberrupie. Wenn wir nun weiter sagen:

In Indien wird das Geld derart verwaltet werden, daß die Warenpreise im Durchschnitt fest bleiben und daß das Gleiche auch in England geschieht, so erreichen wir ja damit, was wir noch eben für unmöglich erklärten, nämlich, daß das Tauschverhältnis zwischen der indischen Rupie und dem englischen Schilling unverändert bleibt – nach dem Grundsatz:

Wenn $A = B$ und $B = C$, so ist auch $A = C$.

Allerdings, um diesen Satz auf unser Verhältnis anwenden zu können, muß das Tauschverhältnis der indischen und englischen exportfähigen Waren, die hier durch die beiden B dargestellt sind, im Durchschnitt auch unverändert bleiben.

Bedingung ist, daß das Quantum Waren, das man in Indien regelmäßig für eine bestimmte Summe Geld kaufen kann, auf dem englischen Markt verkauft, regelmäßig eine Summe Schillinge liefert, die in englischen Waren umgesetzt und auf den indischen Markt gebracht, nach Abzug aller Kosten wieder die ursprüngliche Summe von Rupien gibt. Und das läßt sich erreichen, wenn, wie gesagt, in beiden Ländern die Geldausgabe so verwaltet wird, daß der Durchschnittswarenpreis unverändert bleibt.

Aber was wir hier sagen, läßt sich noch auf eine viel einfachere Formel reduzieren.

Nehmen wir an, in Indien und England und in beliebig viel anderen Ländern würde zur Kontrolle der mehrfach erwähnten, allgemeinen Warenpreisstatistik noch der Wechselkurs hinzugenommen und zwar in der Weise, daß in jedem Lande der Geldumlauf erweitert würde, wenn der Wechselkurs steigt, und er umgekehrt eingeschränkt würde, wenn der Wechselkurs fällt.

Die eigentliche Grundlage für die Geldausgabe liefert dann immer noch die Warenpreisstatistik, aber als Oberkontrolleur ernannt man den Wechselkurs. Wird in allen Ländern richtig mit der Geldausgabe nach der richtig geführten Warenpreisstatistik verfahren, so dürfen keine erheblichen Differenzen im Wechselkurs eintreten.

Statt daß also, wie bisher, die Länder mit Papier- und Silberwährung ihre Geldausgabe einseitig dem Gold (oder dem Wechselkurs auf England) unterwerfen, würde durch *allseitiges Entgegenkommen* der erstrebte, feste, gegenseitige Wechselkurs erreicht werden. Indien würde also, wenn der Wechselkurs auf England fällt (was in England einen steigenden Wechselkurs auf Indien bedeutet), nicht mehr einseitig Rupien einschmelzen und verbrennen, sondern England würde durch gleichzeitige Ausgabe von Shillingen an der Wiederherstellung des Gleichgewichtes mitwirken, und durch solche ineinandergreifende Maßregeln wird das Ziel um so leichter und schneller erreicht. Wenn A dem B nachläuft, so mag es lange dauern, ehe er ihn erreicht. Läuft aber B dem A entgegen, so treffen sie sich gleich.

Diesen einfachen und naheliegenden Gedanken weiterspinnend, kommt man ohne Schwierigkeit zur Gründung eines

Internationalen Währungsbüros.

In diesem Büro werden die Bewegungen des Wechselkurses zwischen den einzelnen Ländern studiert, die Methoden, die in den einzelnen Ländern angewendet werden, um die Geldausgabe dem Stand der Warenpreise anzupassen, gründlich verglichen, um festzustellen, ob die etwaigen Abweichungen des Wechselkurses darauf zurückzuführen sind, daß im Lande A die Preise zu hoch, oder im Lande B die Preise zu niedrig sind, worauf dann die Einladung ergeht an das Land A, die Preise durch Einziehung von Geld um $x\%$ zu ermäßigen, und an das Land B, die Preise durch Geldausgabe um $x\%$ zu heben. Irgend ein Zwang wird natürlich hier nicht geübt, wird auch nicht nötig sein, da ja alle Länder ein Interesse an festen Wechselkursen haben und die Erfahrung zeigt, daß alle Länder zu den größten Opfern an Geld und Würde bereit sind, wenn es sich darum handelt, das nationale Geld mit dem des Auslandes in ein festes Verhältnis zu bringen.

Übrigens würde es für den Anfang völlig ausreichen, wenn in dem I. W. B. die Haupthandelsstaaten vertreten wären. Ist

zwischen diesen Staaten der Wechselkurs fest, so gliedern sich die kleineren Staaten einfach und zwanglos dadurch an, daß sie, wie sie es heute sowieso schon tun, den Wechselkurs auf jene Hauptstaaten als Richtmaß für die eigene Geldverwaltung erheben und auf eine selbständige Statistik verzichten.

Die Ansicht, daß Deutschland seiner Zeit des Goldes wegen zur Goldwährung übergang, ist falsch, Eingestandenermaßen suchte Deutschland eine Anlehnung an die englische Währung (übrigens ein sehr vernünftiger Gedanke, wenn diese Anlehnung *gegenseitig gesucht wird.*) England hatte zufälligerweise die Goldwährung, und darum suchte D. auch die Goldwährung einzuführen. Was also D. einführte, war nicht die Goldwährung, sondern die englische Währung. Hätte England seiner Zeit die Silber-, Doppel- oder Papierwährung gehabt, so hätte Deutschland mit den gleichen Gründen eine dieser Währungen angenommen. Seitdem das Silber in den Hauptstaaten abgetan ist, fällt es keinem Staate mehr ein – die Währung auf das Silber zuzuschneiden, und dasselbe wäre der Fall mit dem Gold – wenn England und Deutschland keine Goldwährung hätten. Somit liefert also heute schon nicht das Gold, sondern der Wechselkurs auf England und Deutschland das Richtmaß für die Geldverwaltung der meisten Länder.

Zur glatten Abwicklung der Geschäfte, zum Ausgleich etwaiger aus der Zahlungsbilanz entstehender Defizite gehört natürlich ein angemessener Fonds oder ein entsprechender Kredit im Ausland, um damit in die Lücken einspringen zu können. die durch natürliche Vorgänge (z. B. Ernteergebnisse) in der Zahlungsbilanz eintreten. Aber dieser Fonds würde nicht mehr in Goldbarren bestehen, sondern in ausländischen Wechseln, Aktien, Staatspapieren, ähnlich wie z.B. heute schon die Zahlungsbilanz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten mit dem Hin- und Hersenden von Pfandbriefen, Aktien, Konsols, Wechseln usw. ausgeglichen wird. Hierbei ist auch zu bedenken, daß die großen Schwankungen in dieser Zahlungsbilanz in der Hauptsache Wirkung der Währungspolitik sind, die überall ohne anderes Richtmaß als die Routine getrieben wird. Würde man hier wie drüben das Geldwesen nach gleichen Grundsätzen verwalten, so würden auch die Schwankungen in der Zahlungsbilanz stark zusammenschrumpfen.

Man wird dann auch – mit der Zeit – wenn sich das Vertrauen in die Papiergeldwährung befestigt hat, dazu übergehen, mit besonders durch den Handel verbundenen Staaten internationale Währungsvereine zu gründen, ähnlich wie der lateinische Münzbund, aber auf gesünderer Grundlage. Solche Vereine beginnen damit,

daß sie der Festigkeit des Wechselkurses zwischen den Vereinsländern durch gegenseitiges schnelles Entgegenkommen, eine ganz besondere, sorgsame Behandlung angedeihen lassen. Dann wird für größere Zahlungen an den Banken dem Geld der Vereinsländer gesetzliche Zahlkraft eingeräumt, späterhin wird für die Vereinsländer eine Einheit vereinbart und zuletzt wird das Geld der Vereinsländer von einer einzigen Stelle aus verwaltet. Materielle Hindernisse irgend welcher Art stehen solchem Geschehen nicht im Wege. Würden sich die Hauptstaaten Europas in dieser Weise einigen, dann würde solches „Vereinsgeld“ ein derartiges Übergewicht in der Welt gewinnen, daß sich alle anderen Länder angliedern würden, sei es, daß sie den Wechselkurs auf die Vereinsländer zum Richtmaß der eigenen Geldverwaltung erheben würden, sei es, daß sie um Beitritt zum Verein nachsuchen würden.

—

Es läßt sich also tatsächlich und ohne große Anstrengungen und ohne Kosten irgend welcher Art der internationale feste Wechselkurs mittels der nackten Papierwährung erreichen und zwar in Verbindung (was die Goldwährung nicht kann) mit einem festen Durchschnittspreis der Waren und ohne von den einzelnen Staaten die Aufgabe ihrer nationalen Währung zu verlangen. *Es gehört dazu nur eine, von international anerkannten, allgemeinen Grundsätzen geleitete Handlung.*

Nicht durch Anpassung der Geldverwaltung an ein fremdes Geld, nicht dadurch, daß wir das nationale Geld der Geldverwaltung einer fremden Macht unterordnen (nichts anderes bedeutete die Einführung der Goldwährung in Deutschland), sondern durch ein allgemeines, *gegenseitiges* Entgegenkommen würde man dieses schöne Ziel internationaler Kultur erreichen. Wir brauchen dafür nicht mehr um die „zu kurze Decke“ zu kämpfen; wir brauchen keine Anleihen zu machen (wie Italien, Rußland, Österreich); wir brauchen nicht mehr durch Schutzzölle die Goldwährung vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir brauchen nur zu wollen; ein materielles Hindernis besteht nirgendwo. Wir können sofort einen festen internationalen Wechselkurs zwischen allen Handelsvölkern der Welt haben, sofern wir es nur wollen.

Und dieser Wille ist da; er kann als Tatsache von jedem diskontiert werden, der sich mit dem Problem des festen Welt-

wechsellkurses befaßt. In der Einführung der Goldwährung, mit allen ihren schmerzlichen Begleiterscheinungen, in der Anpassung der nationalen Papier- und Silberwährung an die Goldwährung, mit der damit verbundenen Ansteckungsgefahr für alle Krankheiten der Goldwährung, haben die Nationen es unzweideutig bekundet, daß sie vom Wunsche beseelt sind, das nationale Geld mit dem Gelde des Auslandes in ein festes Verhältnis zu bringen.

Jedoch, wir wollen auch noch den Fall untersuchen, daß Deutschland mit der Geldreform zur reinen Papierwährung überginge und daß die anderen Nationen beim Alten blieben.

In solchem Falle wären natürlich feste Warenpreise und fester Wechselkurs nicht vereinbar und Deutschland müßte für eines dieser beiden wirtschaftlichen Ideale optieren.

Nehmen wir nun an, daß Deutschland aus Rücksicht auf die Interessen des Welthandels feste Wechselkurse als Ziel seiner Geldverwaltung aufstellen würde und daß damit auf feste Warenpreise verzichtet würde. Dann wäre die Lage außerordentlich einfach. Man würde dann Geld ausgeben, wenn der Durchschnitt der Wechselkurse steigt und Geld einziehen, wenn die Wechselkurse fallen, und für den Ausgleich der Schwankungen in der Zahlungsbilanz würde man fremde Wechsel in Reserve halten, die der Staat verkauft, wenn der Wechselkurs unter den Goldpunkt fällt und die er wieder einkauft, wenn der Kurs diesen Punkt überschreitet.

Wir hätten dann in Bezug auf den Wechselkurs das gleiche System, welches in Argentinien seit 10 Jahren die bekannten, für alle Metallisten so verblüffenden, für die Wertapostaten aber ganz selbstverständlichen Erfolge gegeben hat. Das System wäre nur etwas weiter ausgebildet auf dem Wege der vollkommenen Ausschaltung des Goldes, insofern als an Stelle der argentinischen Goldbarren Auslandswechsel treten würden, bei denen die beiden Goldpunkte naturgemäß näher aneinander liegen. Der Wechselkurs in Argentinien schwankt im Maximum zwischen den Kosten der Ein- und Ausfuhr des Goldes, die bei einem Zinsfuß von 6 Proz. und einer Seereise von 1 Monat nicht unerheblich sind. Hätte man statt Gold Wechsel auf London, Paris, Berlin und New York auf Lager, so würden diese Kursschwankungen fast auf 0 fallen, da der Wechsel keine Zinsen und nur eine Bagatelle an Frachtspesen kostet.

In Wirklichkeit erreichen die Wechselkursschwankungen niemals obiges Maximum, da die Kosten für die Ein- und Ausfuhr des Zahlungssaldos sich auf die Gesamtmasse der verhandelten Wechsel verteilt.

Freilich, mit diesem System würden wir viele Begleiterscheinungen der Goldwährung auf Deutschland übertragen und sogar übertragen müssen. Wir müßten Hausse und Baisse, die Echternacher Springprozeßion getreulich mitmachen. Nur die Krisen, die Arbeitslosigkeit würden wir nicht mitzumachen brauchen und zwar darum nicht, weil das Reformgeld, wie wir das noch zeigen werden, kräftig genug ist, um die Hindernisse, die die Baisse seinem Umlauf errichtet, unter allen denkbaren Umständen zu überwinden. Während also im Auslande die Baisse immer Krise und Arbeitslosigkeit zur unausbleiblichen Folge hat, würde man in Deutschland ruhig weiter arbeiten – als ob nichts geschehen sei. Das Reformgeld läuft nämlich auch dann noch um – wenn der Umsatz des Geldes unmittelbaren, vorausgesehenen, ja erwarteten und berechneten Verlust abwirft.

Ein ganz unerhörtes Ereignis in der Geschichte des Geldes. Bei den Waren kommt es alle Tage vor, daß der Besitzer sie anbietet, trotzdem er nur Verluste erwartet.

Wäre nun bei einer solchen Verwaltung des deutschen Geldes die Führung einer Warenpreisstatistik ohne direktes Interesse, da ja der Wechselkurs den Maßstab für die Geldausgabe allein liefern soll, so wäre sie dennoch nicht überflüssig. Man könnte sie als Agitationsmittel für die internationale Einführung der Geldreform (die uns allein feste Wechselkurse zusammen mit festen Preisen bringen kann) ganz ausgezeichnet gebrauchen. Diese Statistik wäre der Spiegel, mit dem man den Völkern die wahre Natur der Goldwährung vor Augen führen könnte. Seht, würde man sagen, wie unter der Herrschaft der Goldwährung Baisse auf Hausse folgt. Hier könnt ihr die Sprünge unmittelbar messen. Hier ist der Maßstab dafür. Dieses Jahr sind die Preise durchschnittlich um 10 Proz. gestiegen, voriges Jahr waren sie um 20 Proz. gefallen. Es handelt sich nun darum, ob ihr noch weiter mit Hausse und Baisse rechnen wollt. Habt ihr es satt, wollt ihr Krisen, Arbeitslosigkeit, Revolten verhüten, so handelt wie wir. Vermehrt die Nachfrage durch Ausgabe von Geld – wenn die Preise fallen, drückt, mäßigt die Nachfrage durch Einzug von Geld – wenn die Preise steigen. So bleiben die Preise fest, die Krise wird verhütet und die Spekulanten wandern aus. Habt ihr aber nicht den genügenden Geldstoff um solche Währungspolitik zu be-

treiben, so macht es wie wir. Trennt das Geld vom Gold, und verfertigt Geld, wenn die Preise fallen und zieht Geld ein, wenn die Preise steigen. Und wenn euch auch das nicht gelingen mag, weil Niemand das von euch verfertigte Geld in Umlauf setzen will, das ihr zur Bekämpfung der Baisse in Umlauf setzen wollt, so ahmt unser Reformgeld nach. Denn seht, wir brauchen uns um sein Angebot nicht zu kümmern – es zirkuliert auch dann noch, wenn die Preise fallen – und weil es unter allen Umständen zirkuliert, so sind wir frei von Krisen und Arbeitslosigkeit.

—

So manche nationale Einrichtung, sofern sie sich bewährt, geht über die Grenze und erobert die Welt. Wir halten schon so viele internationale Verträge. Warum könnte man diesen nicht noch einen Vertrag angliedern, in dem es heißt:

1. Die zu einem internationalen Währungsbund sich zusammenschließenden Staaten verpflichten sich, ihre nationale Währung, ob Gold-, Silber- oder Papierwährung, derart zu verwalten, daß der Durchschnitt der Warenpreise innerhalb ihrer Landesgrenzen fest bleibt, d. h. sie verpflichten sich, so lange und so oft neues Geld in Umlauf zu setzen, als wie die Warenpreise abwärts neigen, und Geld einzuziehen, so lange und so oft die Preise nach oben streben.

2. Sie verpflichten sich ferner, die Wechselkursschwankungen, die trotz solcher Währungspolitik noch eintreten mögen, durch gegenseitiges Entgegenkommen dadurch zu unterdrücken, daß sie nach den Anordnungen des zu errichtenden internationalen Währungsbüros dort, wo der Wechselkurs steigt, Geld ausgeben, während sie gleichzeitig dort, wo der Wechselkurs fällt, Geld einziehen.

Das Gesetzmäßige im Umlauf des neuen Geldes.

Betrachten wir das Reformgeld genauer. Was kann sein Besitzer oder Inhaber damit anfangen? Am 1. Januar gilt es auf den Märkten, in den Läden, an der Lohnkasse, an allen Staatskassen und vor Gericht 100 Mark und am 31. Dezember nur noch 95 Mark; d. h. will der Inhaber den Zettel am Ende des Jahres dazu benützen, um 100 Mark in Wechseln, Rechnungen, Steuerzetteln usw. zu bezahlen, so muß er auf den Zettel noch 5 Mark zulegen.

Was ist geschehen? Nichts, als was mit den Waren geschieht. Ähnlich wie ein bestimmtes Ei sich von dem ökonomischen Begriff „Ei“ ständig und schnell entfernt und mit dem Faulwerden überhaupt nicht mehr damit verglichen werden kann, so entfernt sich das individuelle Markstück ständig von dem, was die Mark in der Währung bedeutet. Die Mark als Währung ist das Unveränderliche, das Währende, die Grundlage aller Berechnungen; die Mark als Geld hat nur den Ausgangspunkt mit jener gemein. Es ist also weiter nichts geschehen, als was mit allen Dingen rings um uns her geschieht. Die Gattung, der Begriff bleibt sich gleich, das Exemplar, der Vertreter ist sterblich und treibt ständig seinem Ende entgegen. Nichts mehr ist geschehen, als daß wir das Tauschobjekt von der Währung, das Exemplar von der Gattung getrennt und das Geld dem allgemeinen Gesetz des Werdens und Vergehens unterworfen haben.

Der Inhaber dieses vergänglichen Geldes wird sich also ebenso hüten das Geld zu behalten, wie der Eierhändler sich hütet, die Eier länger als absolut nötig zu behalten. *Der Inhaber des neuen Geldes wird gesetzmäßig danach trachten, das Geld und den mit seinem Besitze untrennbaren Verlust auf andere – abzuwälzen.*

Aber wie kann er das? Durch den Verkauf seiner Produkte ist er in den Besitz des Geldes gekommen. Er mußte das Geld annehmen, obschon er den Schaden kannte, den der Besitz des Geldes ihm verursachen würde. Er wußte es ganz genau, daß der Besitz des Geldes mit Verlusten verknüpft war. Trotzdem verkaufte er seine Produkte gegen dieses wirklich schnöde Geld. Seine Produkte waren von vornherein für den Markt bestimmt. Er mußte seine Produkte tauschen und den Tausch konnte nach der ganzen Lage der Dinge nur das Geld vermitteln, und anderes Geld als dieses verfertigt nun einmal der Staat nicht mehr. Also mußte er das gehaßte Reformgeld im Tausch für seine Produkte annehmen, falls er seine Produkte absetzen, den Zweck seiner Arbeit erreichen wollte. Er hätte vielleicht mit dem Verkauf seiner Produkte warten können, etwa bis zum unmittelbaren Bedarf an anderen Waren, aber dann wären ja seine eigenen Produkte in der Zwischenzeit schlechter, billiger geworden; er hätte an den eigenen Produkten durch Quantitäts- und Qualitätsverluste, durch Wartung und Lagerung so viel und vielleicht mehr verloren, als wie er jetzt am Besitze des Geldes verliert. Er war also in einer Zwangslage, als er das neue Geld in

Empfang nahm, *und dieser Zwang rührte von der Beschaffenheit seiner eigenen Produkte her*. Jetzt ist er im Besitze des Geldes, das dauernd im Kurs fällt. Wird er nun einen Käufer dafür finden, wird er jemand finden, der es duldet, daß der Verlust, der aus dem Besitze des Geldes entspringt, auf ihn abgewälzt wird? Nur Jemand, der, wie er, in einer Zwangslage ist, wird ihm dieses wirklich „schlechte“ Geld abnehmen; nur jemand, der, wie er, Ware erzeugt hat und diese nun aus Rücksicht auf die täglichen Qualitäts- und Quantitätsverluste möglichst schnell absetzen möchte, wird bereit sein, das „schlechte“ moderne Geld in Empfang zu nehmen.

So haben wir also hier gleich zu Anfang eine sehr bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen: Der *Käufer* hat ein ebenso dringendes, persönliches, unmittelbares mit dem Besitze des Geldes verknüpftes Interesse, das Geld auf den Warenbesitzer abzuwälzen, wie der *Verkäufer* ein unmittelbares Interesse hat, die Waren auf den Käufer abzuwälzen. Das Interesse an dem unmittelbaren Zustandekommen des Tausches ist beiderseitig gleich groß, was natürlich zur Folge hat, daß bei den Preisverhandlungen der Käufer nicht mehr auf seine Unverletzlichkeit (Gold) hinweisen und damit drohen kann, daß er die Verhandlungen abbrechen wird, falls sich der Verkäufer nicht seinen Bedingungen unterwerfen will. Käufer und Verkäufer sind nun gleich schlecht gerüstet; beide haben ein gleiches, unmittelbares, dringendes Interesse am Zustandekommen des Handels. Brauchen wir da noch zu erwähnen, daß darum auch die Tauschbedingungen gerecht sein werden, und daß der Handel schneller von Statten gehen wird?

Aber nehmen wir nun an, der Geldzettel, den wir eben betrachteten, wäre in die Hände eines Sparerers, Kaufmannes oder Kapitalisten geraten. Was werden diese damit anfangen? Auch in ihren Händen schrumpft das Geld ständig zusammen. Sie sind in den Besitz des Reformgeldes durch Tausch gegen die früheren Goldmünzen gelangt. Sie waren durch kein Gesetz zu dem Tausch gezwungen worden; sie hätten das Gold behalten können. Aber der Staat hatte bekannt gemacht, daß er den Umtausch nach einer bestimmten Frist verweigern würde, und was hätten sie dann noch mit dem Gold anfangen können? Sie hätten wohl goldene Ketten damit machen können, aber wer hätte ihnen diese in solchen Massen abgekauft und zu welchem Preis, und womit hätte man diese goldenen Kettenbezahlt? Mit Reformgeld.

Wie wir in einem früheren Kapitel zeigten, erzeugt die Goldwährung gesetzmäßig und selbsttätig die Armut, die ihrerseits das Gold als Luxusgegenstand aus dem Bereich der Volksmassen entfernt. Die Verbindung des Geldes mit dem Gold vernichtet also selbst die Nachfrage nach Goldwaren, und drückt somit auf deren Preis. Wird das Gold vom Geld getrennt und die Bahn für den Wohlstand der breiten Volksmassen freigelegt, so kann es vorkommen, daß mit der Zeit die Nachfrage nach Goldwaren einen solchen Umfang nimmt, daß der Preis des Goldes hoch über seinen heutigen Stand getrieben wird. Irgend eine Störung für die Volkswirtschaft würde aber daraus natürlich nicht mehr erwachsen.

Also fanden sie es ratsam, den Umtauschtermin nicht verstreichen zu lassen, und jetzt betrachten sie das neue Geld, ihr Eigentum. Die Nutzlosigkeit des entmünzten Goldes zwang sie, in den Tausch gegen Reformgeld einzuwilligen, und der Verlust, der mit dem Besitze des neuen Geldes verknüpft ist, zwingt sie, sich dieses Geldes zu entledigen, um den Verlust so schnell wie möglich auf andere *abzuwälzen*.

Und da sie nun in ihrer Eigenschaft als Sparer und Kapitalisten keinen persönlichen Bedarf an Waren haben, so suchen sie Abnehmer für das Geld bei Leuten, die Ware kaufen möchten, aber das Geld dazu erst in einer späteren Zeit liefern können. Sie bieten also das Geld als Darlehen an – wie sie das früher übrigens auch mit dem Gold taten. Aber es ist doch ein Unterschied gegen früher. Früher konnten sie das Geld ausleihen und sie taten es, so lange ihnen die Bedingungen gefielen; jetzt müssen sie es tun, ob ihnen die Bedingungen der Verleihung zusagen oder nicht. Sie stehen jetzt unter Zwang. Wie sie durch die Natur ihres Eigentums (Gold) gezwungen waren, Reformgeld anzunehmen, so sind sie jetzt durch die Natur des Geldes wieder gezwungen, das Geld abzugeben. Wenn der Zins, den man bietet, ihnen nicht gefällt, so mögen sie das Gold zurückkaufen, sie mögen Waren kaufen, sie mögen Wein kaufen, von dem es heißt, daß er mit der Zeit immer besser und teurer wird, sie mögen Aktien, Konsols kaufen, sie mögen selbst als Unternehmer Häuser bauen, Handel treiben. sie können alles machen, was man mit Geld machen kann, nur eins können sie nicht mehr, *sie können die Weitergabe des Geldes von keiner Bedingung mehr abhängig machen*.

Ob ihnen der Zins, den der Schuldner bietet, gefällt, ob der Zins, den das zu bauende Haus abzuwerfen verspricht, ihnen

genügt, ob der Kurs der Aktien günstig ist, ob der Preis des Weines und der Diamanten, die sie auf Lager nehmen wollen, durch die große Zahl der Käufer, die auf denselben geistreichen Gedanken verfielen, nicht zu hoch getrieben wurde, ob der Verkaufspreis des auf Lager immer besser gewordenen Weines die Auslagen für Wartung, Lagerung usw. decken wird – einerlei, das Geld muß weitergegeben werden. Und zwar gleich, sofort, heute, nicht morgen. Je mehr sie überlegen, umso größer der Verlust. Angenommen aber, sie finden jemand, dem sie das Geld verleihen können – so kann dieser nur eine Absicht haben – er will seinerseits das Geld sofort anlegen, in Waren, in Unternehmungen oder sonstwie. Um das Geld in den Kasten zu legen, wo es verdirbt, wird doch niemand Geld borgen. Durch Weitergabe wird er den Verlust, der mit dem Besitze des Geldes verknüpft ist, auf andere „abzuwälzen“ suchen. Wie also auch das Geld „angelegt“ werden mag, es wird immer sofort Nachfrage erzeugen. Unmittelbar als Käufer oder mittelbar als Verleiher, wird der Geldbesitzer immer sofort Nachfrage nach Waren halten müssen, und zwar im genauen Verhältnis zur Menge seines Geldbesitzes.

Daraus ergibt sich, daß die Nachfrage überhaupt kein Willensakt der Geldinhaber mehr sein wird, daß bei der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot der Wunsch nach Profit und Differenz ohne Einfluß bleiben muß, daß die Nachfrage unabhängig von den Konjunkturen, vom Glauben an Hausse und Baisse sein wird, unabhängig auch von allen politischen Gerüchten, von den Ernteaussichten, unabhängig von der Qualität der Monarchen, von Furcht und Panik.

Die Nachfrage wird dann unter allen denkbaren Verhältnissen, bei Fanfaren wie bei Schamaden immer haarscharf gleich sein:

1. der vom Staate kontrollierten Geldmasse;
2. der von den gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Maximalumlaufgeschwindigkeit dieser Geldmassen.

Die Nachfrage wird genau, wie das Angebot der Kartoffeln, des Heues, des Kalkes, der Kohlen usw. zu einer wäg- und meßbaren, unorganischen, willenlosen Substanz. Das Geld wird durch eine ihm anhaftende Naturgewalt immer nach den Grenzen der zur Zeit möglichen Umlaufgeschwindigkeit gravitieren und diese unter allen denkbaren Verhältnissen stets zu durchbrechen suchen. Wie der Mond still und unberührt durch das, was hier auf Erden vorgeht, seine Kreise beschreibt, genau

so wird das Reformgeld, losgelöst vom Willen seiner Inhaber, seine Bahnen durch die Märkte vollziehen.

Was bedeutet das für die Volkswirtschaft? Es bedeutet, daß wir nun Herr der sogenannten Konjunkturen sind, daß der Staat durch Ausgabe und Einziehung von Geld die Nachfrage ganz nach den Bedürfnissen des Marktes abstimmen kann, daß nicht mehr die Geldinhaber, die ängstlichen Spießbürger, die Spekulanten, die Börsenstimmung, die Laune usw. die Nachfrage hervorbringen, sondern daß der Staat absolut darüber zu bestimmen hat, wie groß die Nachfrage sein soll. Der Staat fabriziert jetzt die Nachfrage, genau wie er Briefmarken fabriziert, genau auch wie die Arbeiter das Angebot fabrizieren. *Die Nachfrage wird zum Staatsmonopol erhoben.*

Fallen die Preise, so fabriziert der Staat Geld und bringt dieses Geld in den Verkehr. Und dieses Geld ist Nachfrage, Nachfrage in Substanz. Und wenn die Preise anziehen, so verbrennt der Staat Geld, und was er verbrennt, ist Nachfrage.

So ist der Staat Beherrscher der Konjunkturen, und das bedeutet wieder nichts weniger, als daß der Staat nun auch Herr der Wirtschaftskrisen, Herr der Arbeitslosigkeit ist. Ohne den Willen des Staates können die Preise weder steigen noch fallen. Jede Hausse- und Baissebewegung wird so zu einer Willensäußerung des Staates, für die er verantwortlich ist.

Die Nachfrage als Willensakt der Geldinhaber mußte gesetzmäßig Differenzen, Krisen, Arbeitslosigkeit und Schwindel zeugen. Mit der Geldreform wird dieser Wille in die Hände des Staates gelegt, der nun, dem Geldzweck entsprechend, seine Macht dazu benutzt, um die Differenzen zu unterdrücken.

—

Wer das neue Geld betrachtet, wird sich sagen, daß er die Praxis der verflorenen Jahrtausende aufgeben und keine Geldreserven mehr halten kann, da ihm ja das Geld in der Kasse ständig Verluste bringt. Das neue Geld löst also alle Geldreserven selbsttätig auf, sowohl die des fürsorglichen Spießbürgers, wie die des Kaufmanns und des zum Sprung bereiten Spekulanten.

Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft? Es bedeutet, daß jetzt immer nur genauso viel Tauschmittel im Besitze der Bürger sein werden, als wie der Handel unmittelbar beansprucht, und zwar so bemessen, daß die Preise wegen zu großer oder zu geringer Geldfülle keine Schwankungen mehr durchmachen können. Es bedeutet, daß niemand mehr dem Staate bei der Verwaltung

des Geldes ins „Handwerk pfuschen“ kann. Es bedeutet, daß aus Privatreserven dem Markt kein Geld mehr zufließen kann, wenn der Staat eine Drainage des Geldmarktes für nötig hält, und daß kein Geld mehr in die Privatreserven abfließen kann, wenn der Staat eine Berieselung des Geldmarktes vornehmen will. Es bedeutet, daß darum auch der Staat nur ganz geringe Geldbeträge einzuziehen oder auszugeben braucht, um das Ziel seiner Währungspolitik zu erreichen.

Es bedeutet aber auch, daß niemand mehr Privatreserven anzulegen braucht, weil die Regelmäßigkeit, mit der das Geld jetzt umläuft, die Reserven überflüssig macht. War die Reserve eine Zisterne, so wird die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes zur ewig sprudelnden Geldquelle.

—

Wer das Reformgeld näher betrachtet, wird sich sagen, daß es nicht besser ist als Ware und Vorräte, und daß Geld und Ware nunmehr gleich *schlecht* sind. Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft? „Nichts weniger, als daß $\frac{2}{3}$ der Kaufleute überflüssig werden, und daß die Handelsspesen (die Spesen, die den Austausch der Produkte belasten), die manche auf 30–40 Prozent der Produkte und mehr einschätzen, um $\frac{2}{3}$ ermäßigt werden, es bedeutet, daß alle Produzenten zu einer Mehreinnahme von $2 \times 40 / 3 \times 100$ gelangen werden.

Und das erklärt sich so: wenn mir die auf Vorrat gekaufte Ware im allgemeinen ebenso lieb ist, wie vorrätiges Geld, so kaufe ich Vorräte, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet und warte nicht mehr, wie heute, bis zum unmittelbaren Bedarf. Mit dem Inhalte meiner Geldkassette lege ich mir eine Vorratskammer an und fülle sie.

Man wende hier nicht ein, daß das Volk gar nicht die Mittel hat, um eine Vorratskammer anzulegen – denn die bettelhafte heutige Armut des Volkes ist ja gerade die gesetzmäßig eintretende Folge der bisherigen Gewohnheit, das Gold den Waren und Vorräten vorzuziehen. Niemand wollte Vorräte haben, darum existieren sie nicht, daher auch die Armut.

Ich warte also nicht mehr bis zum Weihnachtsabend, um die Puppe für den Weihnachtsbaum zu kaufen. Ich bestelle auch den Winterrock nicht erst beim ersten Schneefall. Ich kaufe die Puppe, wenn ich zufällig beim Puppenhändler vorbeigehe, im Herbst, im Sommer, vielleicht schon zu Ostern. Und der Puppenhändler wird nicht mehr mit einer Weihnachtswoche,

mit einer „Saison“ rechnen, sondern das ganze Jahr wird er auf Absatz rechnen können. Darum wird er auch keinen großen Laden und viel Personal halten (das den größten Teil des Jahres nur wenig zu tun hat) für den Empfang des Weihnachtsgedränges. Ein Zimmerchen und ein lahmes Weib werden als Handelseinrichtung genügen.

Jedoch dem Puppenmacher ist der Besitz des jetzt während des ganzen Jahres einlaufenden Geldes nicht lieber, als allen anderen. Auch er wird mit dem Kauf nicht bis zum unmittelbaren Bedürfnis warten; auch er leert seine Taschen und füllt die Vorratskammern. Jeder wälzt den Verlust, der mit dem Besitze des Geldes verknüpft ist, auf andere, immer wieder auf andere ab, und dieses immerwährende Abwälzen des Geldes auf die Schultern anderer ist immer begleitet von einem ständigen Abwälzen der Produkte von den Schultern der Arbeiter auf die der Konsumenten. Wie an uns im Eisenbahnzug die Telegraphenstangen in entgegengesetzter Richtung vorbeizueilen scheinen, so fließt ein Strom von Waren dem von Hand zu Hand eilenden Geld entgegen.

Die Waren werden schneller und sicherer als bisher die Reise von der Produktionsstätte zur Konsumstätte zurücklegen, und diese Schnelligkeit wird natürlich die Reisekosten entsprechend verbilligen. Die Läden leeren sich; die Mehrzahl wird einfach überflüssig. Die Verschleißkraft des einzelnen Kaufmannes wird sich verzehnfachen. Das Publikum wird die Waren postenweise kaufen, in der Originalpackung, ein Faß, eine Kiste, einen Ballen. Und was sollen die Kaufleute machen, wenn ihnen das Publikum die Waren wegnimmt, auf denen sie bis jetzt saßen? Von 10 Läden werden 9 eingehen, und die Städte werden den Jahrmarktscharakter verlieren. Aus den schönen, sonnigen Läden werden Kinderstuben gemacht, und an Stelle der im Winde flatternden Konfektionsstücke werden in den Fenstern Blumenstöcke ausgestellt. Für die geringe Anzahl von Läden, die jetzt noch übrig bleibt, gibt es dann Platz die Menge, und der Preis dieses Platzes, die Ladenmiete, wird auf den Preis fallen, den der Laden als Wohnraum erzielen kann.

Und noch eins ist in dieser Verbindung zu erwähnen. Die Kreditverkäufe fallen aus, es wird nur mehr gegen bar verkauft und zwar auf Verlangen der Käufer, die es alle immer eilig mit dem Bezahlen haben, die das Geld immer gleich auf andere *abwälzen* wollen. Wer zufälligerweise vergaß, Geld für seine

Einkäufe einzustecken, der läßt beim Kaufmann die Sachen nicht einfach anschreiben, sondern kehrt nach Hause zurück, holt das Geld und bezahlt bar. Und der Kaufmann, der auf diese Weise bar bezahlt wird, bezahlt seinerseits auch wieder bar, erstens, weil er jetzt zahlen kann, zweitens, weil auch ihn das Geld zur Barzahlung drängt. Auf diese Weise werden eine schier unendliche Reihe von Buchungen und Stundungen darum überflüssig, weil der eine, durch Eigenschaften seines Geldes gedrängt, die Mühe überwand, das vergessene Geld von Hause abzuholen. Auch das ist eine Sache von Bedeutung.

Das schnelle Abwandern der Produkte von der Arbeitsstätte zur Konsumstätte, die damit Hand in Hand gehende Einschränkung der Läden, wo man bisher jeden Bedarf zu jeder Zeit decken konnte, wird zur Folge haben, daß man nicht mehr selbstverständlich mit dieser Möglichkeit rechnen wird. Man wird daher überlegen, was man in Zukunft an Produkten brauchen wird, um diese dann dem Kaufmann im voraus zu bestellen. Der Handel wird dadurch zum großen Teil zum reinen Kommissionsgeschäft, wo man per mille rechnet. Der Kaufmann wird nicht mehr zu überlegen brauchen, was und wie viel seine Kundschaft in 6 oder 12 Monaten wird kaufen wollen. Es wird dadurch aus der Volkswirtschaft eine Fehlerquelle entfernt, die große Verwirrung anrichtet und schon manchem Kaufmann das Genick brach.

Fassen wir das hier Gesagte zusammen: Die Waren werden nur wenig mehr im Preise schwanken. Die Preisschwankungen werden auf die Differenzen beschränkt bleiben, die die Warenpreise untereinander aus natürlichen Gründen erleiden [Ein allgemeines Steigen und Fallen des Preisstandes der Waren bringt auch Verschiebungen der Warenpreise untereinander mit sich, und zwar verhält sich das so: Steigen die Preise allgemein, so werden die Schuldner auf Kosten der Gläubiger begünstigt und umgekehrt. Die Schuldner haben aber vielfach andere Bedürfnisse als die Rentner, und so muß auch eine Begünstigung der Schuldner auf Kosten der Rentner die Nachfrage nach den einzelnen Waren verändern.].

Die großen Schwankungen aber des Geldes zur Gesamtmasse der Waren fallen fortan aus. Der Kaufmann wird also diesem Teil seines Geschäftes viel weniger Aufmerksamkeit zu widmen brauchen. Auch die Krisen braucht der Kaufmann nicht mehr als Elemente seiner Wahrscheinlichkeitsrechnung einzubeziehen. Dabei wird der Absatz schnell, erstaunlich schnell von statten gehen; mit Ballen, Kisten, Fässern ziehen

die Käufer ab, Meter, Liter und Gewichte werden überflüssig. Die Käufer zahlen bar, manche im voraus. Verluste durch schlechte Zahler kommen nur wenig oder gar nicht mehr vor. Viele Käufer nehmen die Waren überhaupt nicht mehr aus den Läden, sondern bestellen sie im voraus und lassen sie unmittelbar von der Bahn ins Haus bringen.

Das alles bedeutet aber, daß man künftig für die Ausübung des Handelsberufes nicht mehr wie heute die Elite des Volkes an Regsamkeit und Tüchtigkeit brauchen wird, daß für den kaufmännischen Beruf die große Masse von Spießbürgern ebenso befähigt sein wird, wie sie jetzt schon befähigt ist, Kartoffeln zu bauen, Staatsämter zu bekleiden, Hüte zu fabrizieren usw. *Das alles bedeutet, daß nach den Gesetzen des Wettbewerbes der Handelsgewinn auf die Rangstufe des allgemeinen Lohnes fallen wird.*

Im vorigen Kapitel, wo wir vom Außenhandel sprachen, wurde der Vorschlag gemacht, im Interesse fester Wechselkurse auf feste Warenpreise so lange zu verzichten, bis daß die anderen Handelsnationen zur Anerkennung unserer Grundsätze in ihrer nationalen Verwaltung des Geldmonopols gelangt sind, denn nur so lassen sich feste Warenpreise im Inlande mit festen Wechselkursen vereinigen. Wenn wir nun nach diesem Vorschlag die festen Wechselkurse damit bezahlen, daß wir alle Hausse- und Baissebewegungen, die sich im Ausland zeigen, zielbewußt und mit Absicht auf unser eigenes Land übertragen, indem wir Geld verbrennen, wenn die Baisse schon einen Geldmangel anzeigt, und Geld ausgeben, wenn die Hausse schon einen Überfluß verkündet, so sind doch die Folgen, die von solchem Vorgehen zu gewärtigen sind, bei weitem nicht so schlimm beim Reformgeld, wie beim herkömmlichen Geldwesen.

Bei jeder Baisse wird in den Goldwährungsländern der Umschlag des Geldes, weil er keinen Gewinn verspricht, automatisch gesperrt, und nur aus diesem Grunde ist auch jede Baisse von einer Krise (Absatzstockung, Arbeitslosigkeit) begleitet.

Anders mit dem Reformgeld. Das Reformgeld wandert unausgesetzt, ohne Rücksicht auf Profit, Differenz, Handelsgewinn, Zins usw. von Hand zu Hand. Es wird ständig, ohne Möglichkeit einer Unterbrechung, gegen Waren angeboten. Es unterhält den Verkehr, fördert die Arbeit und träufelt Öl auf die Maschinen, wirft sich ins Geschirr ohne jemals auszusetzen, und

zwar selbst dann geschieht das – und das ist die Paradeleistung des Reformgeldes – wenn an Stelle eines Gewinnes der Geldumlauf einen vorausgesehenen, abgeschätzten, ja sogar genau berechneten Verlust einbringt und dieser Verlust vom Staate im Interesse fester Wechselkurse im voraus angekündigt und erzwungen wird. Der Staat macht bekannt, daß wieder einmal in den Goldwährungsländern eine allgemeine Baisse im Anzug oder schon eingetreten ist, und daß er sich veranlaßt sieht, im Interesse der Festigkeit der Wechselkurse diese ausländische Baisse durch Einziehung und Vernichtung entsprechender Geldmassen auf den heimischen Markt zu übertragen, daß also alle Preise durch gewaltsam eingeschränkte Nachfrage auf ein niedrigeres Niveau herabgesetzt werden. Jeder weiß nun, daß morgen alles billiger als heute sein wird, und trotzdem fällt es niemand ein, das Geld zu verscharren, die Fabrik zu schließen und den schon ausgefüllten Bestellungsbrief wieder zu vernichten.

Geschähe dies trotzdem, so brauchte man nur den Kursverlust des Geldes, den wir mit 1‰ wöchentlich für den Zweck des Zwangsumlaufes für genügend erachteten, entsprechend zu erhöhen.

Das Reformgeld erzwingt den Umlauf; den Warenaustausch, die Fortführung der Arbeit in allen Industrien. Die Ware (mit den sie erzeugenden Arbeitern) ist unter allen Umständen immer zum Tausch bereit; sie stellt keine Bedingung, und diese nie versagende Bereitwilligkeit überträgt die Geldreform auf das Geld.

Wenn heute ein Kapitalist ausrechnet, daß der Umschlag einer Million Mark ihm einen Pfennig Verlust einbringt, so unterläßt er selbstverständlich den Umschlag seines Geldes. Er vergräbt das Geld in den Kellern der Bankhäuser. Als Folge davon wird 1 Million an Waren weniger abgesetzt, und da niemand Ware erzeugt, die nicht abgesetzt wird, so wird der Betrieb eingestellt, die Arbeiter werden entlassen. Es werden für 1 Million Mark weniger Löhne gezahlt. Sodaß der Verlust von einem Pfennig, den der Kapitalist erwartete, die Ursache eines unmittelbaren Verlustes von 1 Million Mark für die Volkswirtschaft wird.

Mit der Reform des Geldes wird das nicht mehr möglich sein; das Geld wird unabhängig von jeder Bedingung umlaufen, es wird den Waren Absatz, den Arbeitern Beschäftigung verschaffen – einerlei ob der Staat eine Hausse oder Baisse ankündigt.

Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft, in diesem Falle für die deutsche Volkswirtschaft?

Wir drücken nach unserer Annahme die Warenpreise mit Absicht und in Erkenntnis der Folgen auf ein tieferes Niveau, um den Wechselkurs, das Verhältnis des deutschen Geldes zu dem des Auslandes, unverändert zu lassen. Aber während im Ausland dabei Handel und Wandel darnieder liegen, wird diesseits der Grenzen unentwegt weiter gearbeitet – als ob nichts geschehen wäre. Das Geld geht weiter von Hand zu Hand, kein Arbeiter irrt beschäftigungslos umher. Und wenn dann wie gewöhnlich im Auslande nach einiger Zeit der Umschwung erfolgt und die Baisse wieder in Hausse umschlägt, dann sind die heimischen Unternehmer in der Lage, mit guten Vorräten und einer in Vollbetrieb befindlichen Fabrik die günstigen „Konjunkturen“ auszunützen, während die ausländischen Unternehmer mit ihrer verrosteten und veralteten Maschinerie und ihren in alle Winde zerstreuten Arbeitern die günstigste Zeit verstreichen lassen müssen. So könnte das Reformgeld, so lange es auf Deutschland beschränkt bleibt, zu einer „deutschen Gefahr“ für die ganze Welt werden.

—

Wer das Reformgeld näher betrachtet, gelangt schnell zur Erkenntnis, daß mit dem Reformgeld die Ware ebensogut wie Geld ist. Und was bedeutet das? Nichts weiter, als daß wir das Ideal Proudhons erreicht haben. „Erhebt die Ware und Arbeit auf die Rangstufe baren Geldes, sagte er, und alle Widersprüche unserer Volkswirtschaft verschwinden; Arbeitslosigkeit wird unmöglich, der Zins der Produktionsmittel wird durch ein wachsendes Angebot von Produktionsmitteln beseitigt, und mit der Beseitigung des Zinses schenke ich euch das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln. Dies Recht ist dann ebenso leer wie ein Grundstück, das keine Rente abwirft“ [Ich zitiere aus dem Gedächtnis. Diese Sätze findet man zerstreut in Proudhons Schriften in vielen Varianten.].

Zwar haben wir zur Erreichung dieses Ideals des hellsten Kopfes unter den Sozialisten den umgekehrten Weg eingeschlagen, den uns Proudhon zeigte, indem wir die Ware nicht auf die Rangstufe des Goldes erhoben (was übrigens nicht möglich ist), sondern indem wir das Geld vom Gold trennten und dieses Geld auf die Rangstufe der gemeinen Waren herab-

drücken. Dadurch wurde der ganze ungeheure Apparat überflüssig, den Proudhon für die Erreichung seines Zieles bauen wollte. Wir brauchen uns mit dem Reformgeld gar nicht mehr um die Waren zu kümmern, wir brauchen keine Warenbanken. Wir stoßen das Gold von seinem Postament und setzen darauf ein Geld, das ebenso schlecht wie die Ware ist, und das Ziel ist erreicht. Weil das Geld jetzt zusammen mit den Waren verdirbt, verrostet, vergeht – darum steht jetzt die Ware auf der Rangstufe baren Geldes, und darum gibt es keine Arbeitslosigkeit mehr. Wer Geld hat, verfügt über Ware, und wer Ware besitzt, verfügt mit gleicher Sicherheit über Geld – eben weil Geld und Ware gleich schlecht sind.

Wer Ware besitzt, sucht Geld, und wer Geld besitzt, sucht Ware. Und wer mit Geld in der Tasche keine Ware findet, der gibt sich nicht damit zufrieden, sondern folgt der Spur der Ware bis zu ihrer Quelle die Arbeit. Darum wird nicht allein die fertige Ware, sondern auch gleich die Arbeit auf die Rangstufe baren Geldes erhoben. Kein Arbeiter wird noch nach Arbeit suchen müssen, da sich das Geld ja nicht mehr verbirgt: Die Nachfrage nach Arbeit wird ebenso weithin sichtbar sein, wie das Angebot.

Jeder Taler, den das Reichswährungsamt vom Stapel läßt, verwandelt sich in eine unmittelbare Nachfrage nach Arbeit und Arbeitern; je 1000 solcher Taler ersetzen ein Arbeitsamt, und das gesamte ausgegebene Geld stellt fortan **einen automatischen Arbeitsnachweis, eine automatische, ideale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit dar.**

Überschlag

Was wir bisher von der Geldreform abgeleitet haben, war Folgendes:

1. Daß die Nachfrage sich in eine wägbare Substanz verwandelt, erhoben über Willen, Laune, Profitsucht, Spekulationen der Geldbesitzer. Sie wird keine Willensäußerung der Geldbesitzer mehr sein;
2. Daß der Geldumlauf unter allen Umständen immer den Rekord der Umlaufgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen dem Geld gestatten, zu durchbrechen suchen wird, so daß die Nachfrage zu jeder Stunde immer

- a) der vom Staate in Umlauf gesetzten und kontrollierten Geldmasse,
 - b) der von den Handelseinrichtungen gestatteten Umlaufgeschwindigkeit entsprechen wird;
3. daß sämtliche Privatgeldreserven, die als ebenso viele Privatemissionskassen und Störenfriede anzusehen sind, automatisch aufgelöst werden, wodurch der Staat erst in die Lage versetzt wird, währungstechnische Präzisionsarbeit zu liefern.

Als Folge dieser ersten Wirkungen wird

1. der Absatz der Waren regelmäßig, ohne die Möglichkeit von Stockungen verlaufen;
2. dadurch das Warenangebot immer nur der Warenproduktion entsprechen;
3. werden alle Preisschwankungen, die auf Absatzstockungen zurück zuführen sind, unterdrückt;
4. werden infolge der Regelmäßigkeit, womit fortan Nachfrage und Angebot auf dem Markte erscheinen, die großen allgemeinen Preisschwankungen, die von einer Störung des Verhältnisses der Waren zum Geld herrührten, wegfallen;
5. der Staat nur mehr geringe Geldmassen auszugeben oder einzuziehen brauchen, um die Nachfrage dem Angebot direkt auf den Leib zuschneiden zu können und dadurch eine absolute Beständigkeit im allgemeinen Preisstand der Waren zu erzielen;
6. letzteres auch namentlich darum eintreten, weil durch den schnellen Umlauf die Verschleißkraft des Geldes verdoppelt, vervielfacht wird, und weil darum auch der Einzug oder die Ausgabe einer Geldsumme vervielfachte Wirkung auslösen muß. Statt 10 Milliarden Mark im Verkehr zu erhalten, wird Deutschlands Handel mit 5, vielleicht auch mit 3 Milliarden auskömmlich versorgt sein.

Durch den Geldumlaufszwang, wie er durch die Geldreform erreicht wird, wird ferner:

1. eine reinliche Trennung von Tausch- und Sparmitteln durchgeführt;
2. der Geldbesitzer das Geld bedingungslos unabhängig von Zins und Profit in Umlauf setzen müssen;
3. das Geld selbst dann noch umlaufen, wenn der Zins fällt und ver schwindet;

4. das Geld selbst ohne Profit für den Besitzer umlaufen.

Als Folge, dieser und zusammenwirkend mit den vorher erwähnten Umständen wird der Geldumlaufszwang:

die allgemeinen Wirtschaftskrisen mit all ihren Begleiterscheinungen unmöglich machen.

Durch den mit dem Besitze des Geldes verbundenen direkten, persönlichen Verlust wird Folgendes erreicht:

1. Ware, Arbeit, Geld werden für alle, sowohl für die Konsumenten, wie für die Sparer, gleichgültige Dinge sein, Dinge, die ohne Profit, Zins und Tribut gegenseitig auswechselbar sind;
2. Das Geld wird zum Arbeitsnachweis und zur automatischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit;
3. Sämtliche Vorrechte des Geldes werden ausgeglichen.

Die absolute privatwirtschaftliche Gleichstellung des Geldes mit den Waren bedingt:

1. daß man die unentbehrlichen Reserven mit Vorliebe in Vorräten statt in Geld anlegen wird;
2. daß man die Waren nicht mehr wie bisher in den kleinsten Mengen kaufen wird, sondern faß- und kistenweise, in der Originalpackung;
3. daß dadurch die Läden sich leeren und die Kaufleute in großer Zahl überflüssig werden.

Zugleich wird auch

4. der Kreditverkauf beseitigt, die allgemeine Barzahlung durchgeführt;
5. die Warenspekulation unmöglich gemacht, weil die Warenbestände, in Millionen von Vorratskammern verteilt, der Konzentration entzogen sind.

Durch das Zusammenwirken dieser 5 Umstände wird der Warenaustausch ganz außerordentlich gesichert, beschleunigt und verbilligt werden, zumal auch der Handel durch die Beseitigung der Krisen, durch die Festigkeit der Preise zu einer sehr einfachen Sache wird, für die fortan jeder Biedermann genügend Witz besitzt.

Die schönste, wirklich revolutionäre Leistung der Geldreform wird aber die sein, daß durch die Unterdrückung der Arbeitslosigkeit, durch die vom Zinsertrag unabhängig gewordene Produktion von Produktionsmitteln (Realkapital) der Zins bald in einer Überproduktion an Kapital ersäuft und dadurch das jetzige unwürdige Volksgemisch von Fürsten, Rentnern und Proletariern

in den Boden gestampft und der Platz bereitet wird für ein stolzes Geschlecht freier und selbständiger Bürger, für Männer, die man jedem in der Welt, ohne zu erröten, als Landsleute vorstellen kann.

Die Geldreform beseitigt das tausendmal verfluchte Geld nicht, sondern sie gestaltet es um nach den richtig erkannten Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Die Geldreform läßt sogar das Grundgesetz unserer Volkswirtschaft, das, wie wir zu Anfang dargetan haben, der Wucher ist, unangetastet, aber sie wird zeigen, daß der Wucher, wie „jene Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft“ wirken muß, sobald wir der Nachfrage den Willen nehmen und sie in gleicher Rüstung wie das Angebot diesem entgegentreten lassen.

Die nun hier folgende Zinstheorie habe ich im Bewußtsein ihrer wissenschaftlichen und praktischen Tragweite so ausgearbeitet, daß sie allen verständlich sein wird und auch jeder Kritik standhalten kann.

Die Lehre vom Zins nach der Zerstörung des Wertglaubens

Ihr wußtet nicht, wo ihr das Kapital
fassen solltet und standet vor ihm,
wie eine nach Blut dürstende Meute
vor einem Stachelschwein.

Proudhon.

Einleitung.

„Es gibt nur ein einziges Produkt, das immer Kapital ist, und dieses Kapitalprodukt ist das Geld (d. h. hier das herkömmliche Geld). Das Geld ist darum nicht bloß „auch“ Kapital, sondern es ist das Kapital par excellence, Gott Vater in Person. Seine Kapitaleigenschaft ist ihm beständig flüssig, kann beständig befruchtend (für den Kapitalisten) ausgeschüttet werden auf jeden beliebigen Stoff, an jedem beliebigen Ort. Das Geld, als Kapital par excellence ist darum in noch höherem Sinne Kapital, als selbst das stehende Kapital.“

Lassalle.

„Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form G. W. G., kaufen um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor. Da es aber *unmöglich* ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Aequivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten, durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann (soll wohl in Übereinstimmung mit der obigen Formel G. W. G. statt Kaufmann Geld heißen). Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern.“

Marx, Kapital, Bd. 1, 6. Aufl., S. 127.

Mit anderen Worten: Die Erklärung des einfachen, stündlich vor unseren Augen sich abspielenden Vorganges G. W. G.' ist nach der Ansicht *Marx'* eine höchst komplizierte Sache (es gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern). Und ohne diese Mittelglieder (die *Marx* im Produktionsprozeß sucht) erscheint nicht

nur das Handelskapital unmöglich, sondern wäre es tatsächlich – obschon *Marx* merkwürdigerweise das Handelskapital als den Vorläufer des Produktionskapitals erklärt.

Wenn man dagegen von der Voraussetzung ausgeht, daß, wie *Lassalle* es oben sagt, das Geld Kapital ist, so ist die Form G. W. G.' ohne weiteres erklärt. Statt „unmöglich“ zu erscheinen, ist das Handelskapital ohne weiteres eine selbstverständliche Sache, und die doppelseitige Übervorteilung der Produzenten als Käufer und Verkäufer erscheint dann nicht mehr als „bloße Prellerei“, sondern als ein auf die Macht des Geldes sich stützender Rechtsakt, der seine wissenschaftliche Erklärung in dem Nachweis findet, warum das Geld eigentlich den Waren gegenüber Kapital ist, was eigentlich das Geld von den Waren unterscheidet, damit es „von jedem beliebigen Stoff, an jedem beliebigen Ort“ den Kapitaltribut erheben kann.

„Es ist augenscheinlich, sagt *Marx*, daß der Zirkulationsprozeß G. W. G. abgeschmackt und inhaltlos wäre, wollte man vermittelst eines Umweges denselben Geldwert gegen denselben Geldwert austauschen.“ (Bd. 1, S. 110, 6. Aufl.)

Diesen Inhalt und Geschmack erhält der Zirkulationsprozeß laut *Marx* erst in der Formel G. W. G.

Proudhon, der das Geld genauer unter die Lupe nahm, war anderer Ansicht. Er nahm Anstoß an der Formel G. W. G.' und suchte sie auf die natürliche Formel G. W. G.' dadurch zurückzuführen, daß er Geld und Ware zu Aequivalenten (Gegenstände, die ohne Gewinn ausgetauscht werden) zu machen trachtete.

Für *Marx* bestand diese Aequivalenz von vornherein, darum mußte er das G' außerhalb der Zirkulation, in „einer langen Reihe von Mittelgliedern“ suchen, während *Proudhon* mit seinen hellen Augen das G' unmittelbar in der Zirkulation fand. Ohne Proletariat (die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln) konnte *Marx* das G' nicht erklären; das Geldkapital gesondert vom Proletarier wäre etwas ganz Unmögliches, trotzdem *Marx* die Primogenitur des Geldkapitals zugesteht.

Demnach wurde nach *Marx* der Zirkulationsprozeß nach der Formel G. W. G. (also ohne G') sich abspielen müssen, falls das Proletariat vernichtet und jeder Arbeiter in den Besitz seiner Produktionsmittel gesetzt wird.

Aber wie kann das sein, wenn, wie Marx wieder selbst gesteht, in diesem Falle der Schatzbildner das Geld festhalten würde? (Bd. 1, S. 110)

Der Schatzbildner hält also das Geld (hier Gold) fest, wenn das G' nicht herauszuholen ist. Ganz recht, doch frage ich, verwandelt der Schatzbildner nicht gerade dadurch das Geld in ein Kapital, daß er es festhält, resp. ist das Geld nicht ein Kapital dadurch, daß es dem Schatzbildner gestattet, es ohne unmittelbaren Verlust festzuhalten? *Durch das Festhalten des Geldes bereitet der Schatzbildner den Warenbesitzern ja erst die Verlegenheiten, die diese veranlassen, das G' zu bewilligen.*

Folglich könnte „die lange Reihe von Mittelgliedern“, die *Marx* braucht, um das G' zu erklären, bestenfalls nur ein Umweg sein. Der Schatzbildner, die Möglichkeit, das Geld festzuhalten und den Warenproduzenten dadurch Verlegenheiten zu bereiten, erklärt das G' zur Genüge.

Übrigens ist die Formel G. W. G. vom privatwirtschaftlichen Standpunkt der meisten Kaufleute heute schon die Regel, insofern als sie mit geborgtem Geld arbeiten und das G' an ihre Gläubiger abzuliefern haben. Aber inhaltslos und abgeschmackt ist für sie diese Formel doch nicht, denn sie liefert ihnen Arbeit und Lohn (der vom Kapitalzins entblößte Handelsgewinn), ähnlich wie auch dem Pächter die Landwirtschaft nicht inhaltslos ist, obwohl er die Rente voll abzuliefern hat.

Marx [Der Umstand, daß wir hier in dieser entscheidenden Frage keine jüngeren Autoren als *Marx* und *Proudhon* zitieren können, beweist, wie weit diese Männer ihrer Zeit vorausgeeilt sind.] war leider im Irrtum, als er glaubte, Ware und das herkömmliche Geld ohne weiteres als Aequivalente betrachten zu dürfen. *Proudhon* irrte ebenfalls, als er glaubte, die Aequivalenz von Ware und Gold auf künstliche Weise (durch Erhebung der Ware auf die Rangstufe baren Geldes) herstellen zu können.

Das Reformgeld gibt der Formel

G. W. G.

Geschmack und Inhalt, indem die Geldreform das Geld auf die Rangstufe der Ware herabdrückt und so erreicht, daß Geld und Ware ohne G' gegenseitig ausgetauscht werden.

Zu dem gleichen Resultat wäre übrigens *Marx* bei seinem umsichtigen Vorgehen auch gelangt und hätte dabei die Wertbesessenheit überwunden, wenn er die Formel G. W. G. vom Standpunkt eines Geldes untersucht hätte, das, wie das Reformgeld, alle üblen Eigenschaften der Waren im Extrakt besitzt. *Dann hätte er den Schatzbildner nicht gegen die Formel G. W. G. ausspielen können, und dann hätte*

auch er in dieser Formel Inhalt und Geschmack entdeckt.

Das Weitere hätte sich dann von selbst ergeben, er hätte das sekundäre Kapital (Produktionsmittel), wie es sich ja übrigens nach der historischen Entwicklung selber vorstellt, vom primären Kapital (Geld) abgeleitet und hätte keine Saltomortales zu schlagen brauchen, um den Sohn zu seinem eigenen Vater zu machen.

Der Urzins.

Dieselben unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Gegenstand der Wertlehre bisher der Erkenntnis der wahren Natur des Geldes bereitere, sind auch wieder die Ursache gewesen, warum man bis heute keine widerspruchslöse Antwort auf die gewiß deutliche Frage geben konnte, woher der Zins komme.

Da der sogen. Wert als das wahre Fundament der ganzen Wissenschaft betrachtet wurde, so mußte jeder Zinsforscher, der wissenschaftlich vorgehen wollte, die Elemente des Zinses in der Wertlehre suchen, und was konnte er wohl aus diesem Sumpfe hervorholen?

„Das Zinsproblem ist im letzten Grunde ein „Wertproblem“, sagt v. *Boehm-Bawerk* (Kapital und Kapitalzins S.492), ganz in Übereinstimmung mit *Knies*, wonach „die Lehre vom Wert für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung ist“. Seltsam aber ist, daß v. *Boehm-Bawerk*, der für die Kritik der Zinstheorien den Gegenstand der Wertlehre zum Stützpunkt nimmt, es völlig unterläßt, seinen Lesern zu sagen, was sie sich eigentlich unter dem Sprachzeichen „Wert“ vorzustellen haben, trotzdem ihm bekannt war, daß, wie *Zuckerlandl* sich ausdrückt, „In der Lehre vom Wert noch alles streitig ist, von den Benennungen angefangen“. Zwei Jahre nach Veröffentlichung obigen Werkes (1886) sagt auch v. *Boehm-Bawerk* es selbst: „Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Wert eine der unklarsten, verworrensten und strittigsten Parteien unserer Wissenschaft“.

Brächten wir nun den zu Anfang angeführten Satz in Übereinstimmung mit diesem Ausfluß der Selbsterkenntnis, so müßte es heißen: *Das Zinsproblem ist ein Problem des Wertproblems.*

In dem Satz: „Das Zinsproblem ist nur ein Wertproblem“ wird das Dasein des Wertproblems verschwiegen, und es wird

gesagt, daß mit Hilfe des, als wohlbekannt, vorausgesetzten „Wertes“ die Lösung des Zinsproblems in Angriff genommen werden kann.

Welch verwirrende Rolle der Gegenstand der Wertlehre bei der Zinsforschung spielt, erkennt man am besten daran, daß v. *Boehm-Bawerk* sogar einzelne Zinstheorien vom Standpunkt der *Wertproduktivität* des Kapitals, (also Wertmaschinen) kritisieren mußte. Wunderbar, ganz wunderbar! Und doch mußte es so kommen. Hat man einmal vom Stoffwert (*Helfferrich*) gesprochen, so ist man auf dem Wege zum „Wertstoff“ und zur „Wertmaschine“ womit man dann auch „Wertkonserven“ macht, die im „Wertpetrefakt“ die höchste technische Vollendung erreichen.

Da für alle Wertgläubigen „Nachfrage und Angebot“ nur eine Verlegenheitsrolle in der Wissenschaft spielen können, so kam es niemand in den Sinn, von diesem Punkte aus dem Zinsproblem auf den Leib zu rücken. Der Wertglaube ließ sie alle falsche Wege einschlagen. Kein einziger Zinsforscher beruft sich ausdrücklich und bewußt auf „Nachfrage und Angebot“. Ja, unter Wertgläubigen darf sich überhaupt niemand in grundlegenden Fragen auf Angebot und Nachfrage berufen, denn den Grund der Wissenschaft liefert der „Wert“, und Nachfrage und Angebot bestimmen nur die „Preise“, die allein für Marktweiber Interesse haben.

Wie viel Arbeit und Geisteskraft ist in diesem Tarnkappenkampf vergeudet worden, wie viele Edle sind hier an sich selbst verzweifelt. (Die Edelsten sind die, die das Resultat ihrer Untersuchungen nicht veröffentlichten, weil es sie unbefriedigt ließ.) Ein Windmühlenkampf. Resultat: Rein negativ.

Wir glücklichen Wertleugner haben es leichter. Wir sagen: Die ganze Volkswirtschaft löst sich in eine unendliche Kette von einzelnen Preisen auf, die ausnahmslos durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden. Auch der Zins ist eine volkswirtschaftliche Erscheinung, auf die unser Grundgesetz anzuwenden ist.

Die Frage „Woher der Zins kommt“ beantworten wir also vorerst mit den für alle Wertgläubigen sicherlich höchst naiv klingenden Worten: Weil das Angebot kleiner als die Nachfrage ist. Selbstverständlich, denn wäre umgekehrt das Angebot größer als die Nachfrage, gäbe es mehr Häuser als Mieter, mehr Fabriken als Arbeiter, so müßte der Geber dem Nehmer Zins zahlen. Wir hätten dann negativen Zins.

Das Wort „negativ“ spielt hier die gleiche Rolle wie in der Elektrizität, wo man die Elektrizität des negativen Pols auch nicht negieren will. Negativer Zins wäre also der positive Zins, den der Nehmer vom Geber dafür erhebt, daß er die Verlegenheiten, auf die die Geber bei der Verleihung ihrer Habe stoßen, für sich ausbeutet; wie umgekehrt die Geber die Lage ausbeuten, wenn sie den Nehmern gegenüber im Vorteil sind. Wenn z. B. konkurrierende Kartoffelverleiher mit zusammen 100 Tonnen konkurrierenden Kartoffelborgern mit einem Bedarf von zusammen nur 50 Tonnen gegenüberstehen, so ist unter Berücksichtigung der Natur des hier zu verleihenden „Kapitals“ anzunehmen, daß die Borger die Saatkartoffeln von einem Frühling zum anderen weit unter „pari“ argeboten erhalten, daß also die Borger von den Leihern Zins erheben können. Ein Fall, der nebenbei gesagt, unter der Herrschaft des Geldes undenkbar ist, wohl aber als Begleiterscheinung des Tauschhandels sich vorstellen läßt.

Aber diese Frage ist für alle Wertleugner derart selbstverständlich, daß sie überhaupt nicht mehr gestellt wird. Das Grundgesetz der Wertleugner beantwortet schon diese Frage zur Genüge.

Darum lautet auch die Ausgangsfrage überhaupt nicht mehr „Woher der Zins kommt“, sondern: Warum hinkt das Angebot von Kapital seit historischen Zeiten immer und ausnahmslos derart hinter der Nachfrage einher, daß die Geber von den Nehmern einen Zins verlangen können? Mit anderen Worten: Warum gibt es regelmäßig mehr Mieter als Wohnungen, mehr Arbeiter als Fabriken, mehr Geldborger als Geldverleiher?

Auf diese einfache, naheliegende Frage konnten keine Wertgläubigen verfallen, obschon niemand leugnen wird, daß eine erschöpfende Antwort auf diese Frage das Zinsproblem im wissenschaftlichen Sinne lösen würde. Wenn wir nachweisen könnten, daß das Angebot von Kapital niemals die Nachfrage einholen kann, etwa auf Grund des malthusianischen Lehrsatzes, wonach die Borger sich im geometrischen, die Verleiher aber nur im arithmetischen Verhältnis vermehren, so wäre doch das Zinsproblem im wissenschaftlichen Sinne gelöst, trotzdem dabei der Gegenstand der Wertlehre vollkommen aus dem Spiele bliebe. Und die Richtigkeit dieser wissenschaftlichen Lösung würde dadurch anerkannt werden, daß man die sozialpolitische Lösung des Zinsproblems durch künstliche Beschränkung der Geburten bei den Kapitalnehmern in Angriff nehmen würde.

Für uns Wertleugner lautet die wissenschaftliche Zinsfrage also nicht „Woher der Zins kommt“, sondern „Warum das An-

gebot von Kapital regelmäßig von der Nachfrage überholt wird“. Und dieser Frage wollen wir die erschöpfende Antwort geben.

Vorgreifend, so zu sagen als Wegweiser, wollen wir schon die noch unbegründete Antwort vorausschicken, die schon *Proudhon* vor 50 Jahren gab: „Weil das Gold kein Schlüssel, sondern ein Riegel des Marktes ist,“ oder, wie *Lassalle* sagt: „Weil das Geld das Kapital par excellence ist“.

Wir wollen also den Nachweis bringen, daß, weil das Geld den Austausch aller Waren untersagen kann (wie das geschieht, ist im ersten Teil dieser Schrift geschildert worden) und weil das Geld von den Waren einen Tribut erheben kann, auch alles, was zu seinem Zustandekommen (Häuser, Schiffe, Fabriken) des Geldes bedarf; Kapital sein muß. Wir wollen zeigen, daß das Geld für alles, was heute noch neben dem Geld Kapital ist, immer die Marktverhältnisse derartig vorbereitet, daß diese Dinge ihren Besitzern Zins abwerfen. Wir wollen zeigen, daß das herkömmliche Geld immer automatisch das Zustandekommen von Häusern, Fabriken, Schiffen usw. derart künstlich beschneidet, daß deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann. Wir wollen nachweisen, daß das Geld nicht nur „Kapital par excellence“ ist, sondern der regelrechte *Quartiermacher* des gesamten sogen. Realkapitals (mit Ausnahme natürlich des Bodens).

Sind die Häuser, Fabriken usw. von Natur aus und selbstverständlich durchaus keine Kapitalien, so werden sie vom Geld dazu erhoben, und das Mittel, dessen sich das Geld dazu bedient, ist die Krise und Arbeitslosigkeit. Das Geld versagt einfach seine Vermittlung beim Bau der Häuser und Fabriken, sowie das wachsende Angebot dieser Dinge den Zins derselben drückt, und wie kann ein Haus ohne die Vermittlung des Geldes zustandekommen?

Ich kehre also nicht etwa den Unsinn um, den man oft zu hören bekommt, nämlich, daß das Geld Zins einbringt, weil man damit Häuser kaufen kann, die Zins abwerfen, wobei man zu erklären vergißt, wie es kommt, daß man mit Geld, das man für steril erklärt, Häuser kaufen kann, die Zins abwerfen. Ich sage nicht, daß, weil das Geld Kapital ist und man mit Geld Häuser kaufen kann, die an sich steril sind, diese Häuser auch Zins abwerfen müssen.

Ich sage, daß das Geld dem Zustandekommen und Angebot von Realkapitalien Grenzen absteckt, so daß die Nachfrage nie-

mals gedeckt oder gar vom Angebot überholt werden kann, wenn auch sonst solchem „Überholen“ nichts im Wege stände. Das Geld, Kapital an sich, kann für die Vermittlung des Austausches der Waren, von diesen, aufs Jahr berechnet, 5% erheben, darum wird niemand sein Geld in Häusern, Schiffen usw. festlegen, wenn die Häuser usw. nicht auch 5% abwerfen. Und wenn niemand unter 5% sein Geld in Häusern anlegen will, so können keine Häuser entstehen, so lange sie nicht den genannten Zins abwerfen. Und der Mangel an Häusern drückt den Hauszins herauf.

Das Haus, die Fabrikanlage, das Schiff usw. müssen also gesetzmäßig stets derartige vom Geld vorbereitete Marktverhältnisse vorfinden, daß sie den gleichen Zins erheben können, den das Geld jederzeit von den Waren erpressen kann, und zwar darum erpressen kann, weil es den Austausch gestattet und versagen kann. Das ist es, was ich sage.

Ich sage, daß das herkömmliche Geld ohne Profit nicht zirkulieren kann, und daß eine Unterbrechung der Geldzirkulation das Zustandekommen von Realkapitalien verhindert, da Unterbrechung der Geldzirkulation in ihrer unmittelbaren Wirkung gleich einer Krise oder einem Generalstreik ist.

Darum behaupte ich auch, daß, wenn wir das Geld in dem Sinne umgestalten, daß es auch ohne Rücksicht auf den Zins (G') zirkulieren muß, die Krisen als Erpressungsmittel des Zinses für die Zirkulation des Geldes *überflüssig* werden und daß ohne Krisen in absehbarer Zeit so viele Häuser, Fabriken, Schiffe entstanden sein werden, daß das Angebot die Nachfrage einholt und diese Dinge den Charakter eines Kapitals einbüßen werden.

Ich sage also kurz, bündig und unzweideutig, ohne den Sinn meiner Worte durch Wertgeflunker zu verdunkeln, daß die zinstragende Kraft der heutigen Realkapitalien nicht aus einer Eigenschaft, sondern aus der künstlich durch das herkömmliche Geld vorbereiteten Marktlage entspringt, nämlich der erzwungenen, ständigen *Unterproduktion* an Realkapitalien, die einherläuft mit einer ebenso ständigen *Überproduktion* an Waren (Absatzstockung, Krisis, Arbeitslosigkeit). Die Steine, Bretter, Türen, Fenster, Träger, Farben, Tapeten usw., die als sogenannte Warenüberproduktion auf die Preise drücken und vor den Toren der Märkte auf ihre Zulassung warten, können die Arbeiter nicht zu einem Hause vereinigen, weil das Haus nicht den Zins verspricht, den das zu ihrer Anschaffung nötige Geld von allen Waren zwangsweise „jederzeit und an jedem Ort“ erheben kann.

Das ist es, was ich sage, und das Gesagte soll nun bewiesen werden. Und weil wir dabei uns in allen Hauptpunkten auf den Inhalt des 1. Abschnittes dieses Buches beziehen können, so werden wir in schnellem Schritte, auf sicherer Bahn unserem Ziele zustreben.

Die Grenzen des Geldzinses (Urzins).

Die Kapitaleigenschaft des Geldes gründet auf folgenden Tatsachen:

1. daß das Geld unentratbare Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung ist;
2. daß das herkömmliche Geld (Metall- und Papiergeld) sich unbegrenzt ohne Qualitäts- und Quantitätsverluste und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markte zurückhalten läßt, während gleichzeitig die auf das Geld angewiesenen Warenproduzenten durch Verluste an der Qualität und Quantität ihrer Waren, sowie durch Lagerkosten geschoben, eine zwangsweise, unaufschiebbare Nachfrage nach Geld (Tauschmittel), halten;
3. daß der Geldbesitzer infolge dieser eigentümlichen Verhältnisse eine besondere Vergütung dafür erzwingen kann, daß er darauf verzichtet, den Austausch der Waren durch Festhalten des Geldes und zum Schaden der Produzenten zu verhindern.

Dieses einmal festgesetzt, will ich nun zunächst die Frage beantworten, durch welche Umstände die Höhe des Zinses, den das Geld für die Tauschvermittlung erheben kann, begrenzt wird und zwar darum zunächst, weil diese Antwort am besten die wahre Natur des Geldzinses offenbart.

Wenn das Geld darum Kapital ist (G. W. G.), daß es den Austausch der Produkte willkürlich untersagen kann, so wird man einwenden, warum der Zins nicht bis an den Nutzen heranreicht, den die Arbeitsteilung der Urwirtschaft und dem Tauschhandel gegenüber bietet, ähnlich wie die Frage berechtigt ist, warum die Grundbesitzer für die Grundrenten nicht in jedem Falle das Gesetz des ehernen Lohnes anwenden, oder warum die Aktionäre des Suezkanals für die Höhe der Schiffsabgaben noch andere Faktoren zu Rate ziehen, als den Wettbewerb des Seeweges um das Kap der guten Hoffnung.

Aber der Tribut des Geldes folgt anderen Gesetzen, als der Tribut des Bodens. Er hat mehr Ähnlichkeit mit dem Tribut, den die Raubritter im Mittelalter erhoben. War damals der Kaufmann gezwungen die Straße zu benutzen, die an der Burg des Ritters vorüberführte, so wurde gründlich geplündert, 30, 40, 50% Zoll erhoben. Hatte aber der Kaufmann die Auswahl, so war der Ritter bescheiden, er setzte den Zoll herab, auf daß der Kaufmann in Zukunft diese Straße nicht gänzlich miede.

So ähnlich verhält es sich beim Geld. Auch das Geld muß damit rechnen, daß, wenn seine Tributforderungen zu hoch geschraubt sind, ihm Wettbewerber erwachsen.

Ich werde später noch nachzuweisen haben, daß es bei der *Verleihung* von Geld niemals Konkurrenz geben kann. Die Konkurrenten, von denen oben die Rede ist, treten nicht bei der *Verleihung*, sondern beim *Tausch* des Geldes gegen Waren auf (also Konkurrenten des Tauschvermittlers).

Zunächst ist es klar, daß die Arbeitsteilung bedeutend weiter ausgebildet werden kann, als wie es heute in der Welt der Fall ist. Die Goldwährung ist eine Weltwährung, und der Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung ist eine zum Schutze eines Unsinns aufgestellte Wache. Die Goldwährung muß weltwirtschaftlich betrachtet werden. Und $\frac{3}{4}$ der Weltbewohner behelfen sich heute schlecht und recht mit der Urwirtschaft. Warum? Zum Teil darum, weil der Austausch der Produkte mit Hilfe des Geldes diesen Tausch zu stark mit Zinsspesen belastet. Diese Spesen müssen die Produzenten veranlassen, in einzelnen Zweigen ihrer Tätigkeit, oder auch ganz, auf die Warenproduktion zu verzichten und bei der Urwirtschaft zu bleiben. Ob Ur- oder Warenwirtschaft, hängt von einem Rechenexempel ab, in dem der Geldzins, womit die Warenwirtschaft belastet ist, oft genug der Urwirtschaft den Vorzug geben mag. So wird z. B. mancher deutsche Kleinbauer lieber seine Kartoffelernte im eigenen Stall verfüttern und das Schwein selber für den Hausbedarf schlachten, wenn das Fleisch durch den Zins des Tauschvermittlers um ein geringes verteuert wird. Dann wird der Bauer weniger Waren (Kartoffeln für den Markt), mehr Gebrüste auch erzeugen und darum weniger Geld brauchen.

Diesem Teil der Produktion gegenüber, der selbst in Deutschland nicht zu unterschätzen ist, muß das Geld bescheiden bei seinen Tributforderungen sein, um die Warenwirtschaft nicht auf die Urwirtschaft hinüberzustoßen. Und ähnlich wie der deutsche Bauer, handeln die Völkermassen Asiens und Afrikas.

Wenn also nun die Geldbesitzer zu hohen Tribut von den Waren fordern, so wird jener Teil der heutigen Warenproduktion, der um den Grenznutzen der Arbeitsteilung pendelt, aufgegeben, und die Urwirtschaft tritt oder bleibt an dessen Stelle.

Der zu hohe Geldtribut vermindert die Warenproduktion zu Gunsten der Urproduktion und hat zur Folge, daß die Nachfrage nach Geld abnimmt – *und daß die Preise steigen.*

Das wollen wir vorläufig festhalten.

—

Einen gleichen Einfluß auf die Nachfrage nach Geld, d. h. nach Tauschmitteln, übt der alte Tauschhandel aus, wenn das Geld zu hohen Tribut fordert. Das Geld verdankt sein Dasein überhaupt nur den Schwierigkeiten des Tauschhandels, die das Geld überwinden soll. Verlangt aber das Geld für die Tauschvermittlung zu hohen Tribut, so wird der Tauschhandel den Wettbewerb in vielen Fällen wieder mit Erfolg aufnehmen, besonders dort, wo, wie in vielen Teilen Asiens und Afrikas, die Produzenten nicht durch Ort oder Zeit getrennt sind. Je stärker der Geldzins den Austausch der Produkte belastet, um so eher kann der Tauschhandel dem Geldhandel als Konkurrent „die Spitze bieten“. Denn die auf dem Wege des Tauschhandels verhandelten Waren erreichen den Konsumenten ohne Zins zu bezahlen. Wem würden sie denn zinspflichtig sein? [Wenn im Tauschhandel Kartoffeln gegen Fische ausgetauscht werden, und jeder belastet sein Produkt mit 10% Zins, so heben sich diese Zinsen gegenseitig auf. Hiermit ist aber beileibe nicht gesagt, daß bei *Anleihen*, also nicht beim Tausch, Zins unmöglich wäre.] So ist es also klar, daß, wenn das Geld den Tauschhandel ablösen soll, es nicht beliebig hohe Tributforderungen stellen kann, zumal die Produzenten die Hindernisse, die die Trennung durch Ort und Zeit dem Tauschhandel bietet, dadurch zu überwinden wissen, daß sie sich an bestimmten Tagen und Orten (Markttage) zusammenfinden.

So entziehen sie dem Geld die Existenzunterlage, nämlich die Nachfrage nach Tauschmitteln, die die Ware verkörpert. Die Waren, die der Tauschhandel unterbringt, sind für das Geld verloren, ähnlich wie der Zigeunerkarren für die Eisenbahn ein verllorener Kunde ist.

Wie viel Prozent der Weltwarenproduktion auf diese Weise um den Tauschhandel herum pendeln, wie viel Waren also durch zu hohe Zinsspesen von der Benutzung des Tauschmittels aus-

geschlossen werden, brauchen wir für unsere Zwecke nicht zu berechnen. Es genügt, daß wir im Tauschhandel das Dasein eines Wettbewerbers des Geldes festgestellt haben, dessen *Konkurrenzfähigkeit zusammen mit den Tributforderungen des Geldes wachsen muß*. Steigt der Zins, so werden viele Waren vom Geldhandel auf den Tauschhandel abgestoßen, die Nachfrage nach Geld nimmt ab, *und die Preise steigen* – also genau wie bei der Urwirtschaft. Auch hier wollen wir uns vorläufig mit dieser Feststellung begnügen.

—

In gleicher Richtung wie die Urwirtschaft und der Tauschhandel wirkt auch der *Wechsel*, sowie die Tributansprüche des Geldes zu hoch geschraubt werden. Denn auch die Waren, die mit Wechseln ausgetauscht werden, sparen den Geldzins, und *hoher Geldzins ist ein Ansporn zu ausgedehnterer Verwendung des Wechsels*.

In Deutschland sollen im Jahre 1907 für 35 Milliarden Mark Wechsel ausgestellt worden sein, was bei einer durchschnittlichen Umlaufzeit von 3 Monaten rund 9 Milliarden Mark ausmacht. Da diese Wechsel von der Handelswelt mit Vorliebe als Reserven benutzt würden, die sonst aus barem Geld bestehen würden, so ersetzt der Wechsel ein gleichgroßes Quantum Geld.

Freilich, der Wechsel ist nicht so bequem und sicher wie das Geld, er kann in vielen Fällen das Geld überhaupt nicht ersetzen. was man daran ersieht, daß die Wechsel diskontiert werden, trotzdem sie sich dabei einen Abzug gefallen lassen müssen. Oft aber, besonders im Großhandel, hat der Wechsel vor dem Bargeld nur wenig Nachteile, und da genügt eine nur geringe Erhöhung des Geldzinses, damit man dem Wechsel den Vorzug gebe.

Der Geldzins wirkt auf den Wechsel wie die Erhöhung der Eisenbahnfrachten auf die Benutzung der Schiffahrtskanäle. Je höher der Zins, um so größer ist der Ansporn, durch den Gebrauch von Wechseln im Handel den Geldtribut zu umgehen. Aus demselben Grund muß aber auch alles, was die natürlichen Nachteile des Wechsels (dem Bargeld gegenüber) künstlich vermehrt, auch die Position des Geldes stärken und die Zinsansprüche des Bargeldes erhöhen. Drückt der Wettbewerb der Wechsel den Zins des Bargeldes auf 5% herab, so wird dieser Zins auf 6–7–8%, und höher steigen, wenn wir den Gebrauch des Wechsels durch Alarmnachrichten erschweren, *oder wenn wir*

den Wechsel durch Stempelabgaben belasten. Je unsicherer der Wechsel erscheint, um so höher der Zins; je schwerfälliger das Wechselrecht, um so höher der Zins; je mehr der Wechsel durch Stempelabgaben belastet wird, um so höhere Forderungen kann sein Konkurrent, das Bargeld, stellen, um so höher steigt der Zins. Belasten wir den Wechsel mit einer Steuer von 1% so wird auch der Diskonto um 1% steigen. Belasten wir den Wechsel mit 5% Steuer, so steigt der Diskonto von 5 auf 10% (Falls die schon genannten Konkurrenten des Geldes nicht eingreifen.)

Bei diesem Sachverhalt ist das Benehmen des Staates interessant, der eine Erhöhung der Wechselstempelsteuer vorschlägt, um seine Einnahmen zu vermehren, zugleich aber darüber klagt, daß er seine Anleihen nur zu erhöhtem Zinsfuß unterbringen kann. Im Interesse des Staates als Schuldner läge es, die Stempelabgaben auf Wechsel abzuschaffen, um den Zins für seine Anleihen heruntersetzen zu können. Was er an Wechselsteuern weniger einnehmen würde, würde er an den Zinsen seiner Anleihen wiedergewinnen und zugleich die Zinslasten des Volkes vermindern.

Wenn wir nun umgekehrt statt einer Steuer eine Wechselprämie (einerlei wie man sich diese denkt) ausschreiben würden, so versteht sich, daß mit einer solchen Prämie der Wechselumlauf auch gefördert und gehemmt werden könnte, gefördert, wenn die Prämie steigt, gehemmt, wenn die Prämie ermäßigt wird.

Ist nun die Ersparnis, die der Wechselverkehr dem Handel bietet, keine solche Prämie, die wächst, wenn der Geldzins wächst, die fällt, wenn der Geldzins fällt? *Der Wechselverkehr steigt also im gleichen Verhältnis, wie der Geldzins steigt.*

Aber wo Wechsel verkehren, da verkehren auch entsprechende Massen an Waren, nur in umgekehrter Richtung. Und diese Waren sind wieder für die Nachfrage nach Geld verloren. Der Wechsel hat sie dem Gelde abgejagt. Die Nachfrage nach Bargeld geht also im gleichen Maße zurück, *und entsprechend steigen wieder die Preise*, wie der Wechselverkehr zunimmt, und der Wechselverkehr wächst zusammen mit dem Geldzins. Auch das wollen wir uns vorläufig merken.

—

Das Geld ist also nicht absoluter Herrscher auf dem Markte. Es muß mit Wettbewerbern rechnen und kann infolgedessen die Tributforderungen nicht beliebig hochschrauben.

Jedoch man könnte nun einwenden, daß das Geld in sehr vielen Fällen, namentlich in unseren modernen Städten, unentbehrlich ist, daß das Geld sogar in den meisten Fällen den größeren Teil des Produktes als Tribut für die Tauschvermittlung verlangen könnte, ohne darum den Tauschhandel und die Urproduktion auszulösen, ja, daß selbst bei einem Diskont von 50% in sehr vielen Fällen das Geld nicht durch Wechsel ersetzbar ist.

Der Wechsel zirkuliert nur unter Bekannten. Er ist nicht teilbar genug für die Bedürfnisse des Kleinhandels. Er ist an bestimmte Gesetze, an bestimmte Zeit und Orte gebunden. Das alles beschränkt seine Zirkulationsbahn auf einen sehr kleinen Durchmesser.

Und darauf gestützt könnte man sagen, daß in allen diesen Fällen der Geldtribut für die Tauschvermittlung sehr viel höher sein müßte, als wie er wirklich ist, falls die Theorie richtig wäre, wonach das Geld den Zins erhebt, weil es willkürlich den Austausch der Produkte sperren kann.

Aber bei diesem Einwand wird eine Tatsache vergessen, die wir im ersten Teil dieser Schrift kennen gelernt haben, nämlich, daß eine allgemeine Preissteigerung das Geld auf den Markt bringt. Eine allgemeine Preissteigerung der Waren bedeutet ja für alle Geldbesitzer immer einen der Preissteigerung genau entsprechenden Verlust, und diesem Verlust können sie nur entgehen, wenn sie das Geld gegen Waren anbieten. Eine allgemeine Preissteigerung ist für das herkömmliche Geld ein Umlaufszwang, ähnlich in manchen Wirkungen dem Umlaufszwang des Reformgeldes. Durch Kauf von Waren sucht man bei einer allgemeinen Preissteigerung den dem Geld drohenden Verlust – auf andere *abzuwälzen*.

Nun halten wir vor Augen, was wir von der Urwirtschaft, vom Tauschhandel und vom Wechsel gesagt haben. Alle diese Konkurrenten des Geldes greifen gleichzeitig in den Warenaustausch ein, sobald das Geld den Tribut erhöht und bewirken eine allgemeine Preiserhöhung und dann ist es die Preiserhöhung, die das Geld zwingt, in den Tausch der Waren einzuwilligen *und von seinen zu hoch geschraubten Zinsforderungen abzusehen*: So daß die Preissteigerung, die die Urwirtschaft, der Tauschhandel und der Wechsel auslösen, auch diejenigen Waren vor übertriebenen Tributforderungen des Geldes schützt, die nicht unmittelbar den Schutz der Konkurrenten des Geldes genießen.

So können wir also sagen, daß die Erhöhung des Geldtributes über eine bestimmte Grenze automatisch die Kräfte auslöst, die ihn wieder herunterdrücken.

Umgekehrt, wenn der Geldzins unter diese Grenze fällt, so wird wegen der dadurch verringerten Handelsspesen in vielen Fällen die Arbeitsteilung eingeführt, wo heute die Urwirtschaft noch lohnt, und der Geldhandel breitet sich aus, wo man sich noch mit dem Tauschhandel behilft. Gleichzeitig verliert der Wechsel an Reiz (bei 0% Zins würde der Wechsel überhaupt verschwinden). Diese Umstände, also vermehrte Warenproduktion (auf Kosten der Urwirtschaft) bei gleichzeitigem vermehrten Angebot von Waren (auf Kosten des Tauschhandels) und vermehrtem Angebot von Waren gegen Bargeld (auf Kosten des Wechselverkehrs) würden die Preise drücken, den Warenaustausch erschweren, und die entstehenden Verlegenheiten der Produzenten würde sich das Geld wieder mit erhöhten Tributforderungen nutzbar machen.

Das Spiel der Kräfte, das der Geldzins durch seine Einwirkung auf die Preise auslöst, wirkt also wie ein automatischer Regulator auf den Zins zurück, so daß die Maximalgrenze des Geldzinses auch die Minimalgrenze ist. (Der Umstand, daß der Diskont starke Schwankungen leidet, beweist nichts gegen diesen Satz, wie wir das noch zeigen werden.)

Der Geldzins fällt also immer notwendigerweise auf den Punkt zurück, wo durch ihn der Wechselverkehr, der Tauschhandel und die Urwirtschaft gefördert oder eingeschränkt wird.

—

Die Ansicht ist heute noch allgemein verbreitet, selbst bei den scharfsinnigen Hebräern, die sich jahrtausendlang vorwiegend praktisch und auch theoretisch mit diesen Dingen befaßt haben und diesen „Judenkram“ eigentlich verstehen müßten, nämlich, daß der Geldzins durch die Konkurrenz der Geldverleiher steigt und fällt.

(Ich mache hier auf die Anmerkung S.203 aufmerksam.)

Diese Ansicht ist irrig. Es gibt unter *Geldverleihern* keine Konkurrenz; sie ist sachlich unmöglich. Stammt das Geld, das die Kapitalisten zu verleihen haben, aus dem Verkehr, so stopfen sie mit der weiteren Verleihung dieses Geldes nur die Löcher zu, die sie beim Inkasso des Geldes gegraben haben. Sind 10–100–1000 Geldverleiher da, so sind auch 10–100–1000

Löcher da, die diese Geldverleiher in die Zirkulationsbahn gegraben haben. Je mehr Geld angeboten wird, um so größer sind diese Löcher. Bei sonst unveränderten Verhältnissen muß sich also immer eine Nachfrage nach Leihgeld einstellen, die dem Geld entspricht, das die Kapitalisten zu verleihen haben. Für das Geld, das der Kapitalist anbietet, muß sich automatisch die dazugehörige Nachfrage einstellen. Unter solchen Verhältnissen kann man aber nicht mehr von Konkurrenz sprechen, die auf den Zins Einfluß ausüben könnte. Sonst müßte ja auch der Umstand, daß am Martinstag der Umzug stattfindet, auf die Mieten Einfluß haben. Aber das ist nicht der Fall, denn die größere Anzahl von Wohnungsuchenden entspricht einer gleichen Zahl von aufgegebenen Wohnungen. Der Umzug an sich ist ohne jeden Einfluß auf die Mieten. Und ebenso verhält es sich bei der Konkurrenz der Geldverleiher. Auch hier handelt es sich nur um einen Umzug des Geldes.

Ist es aber neues Geld, unmittelbar von Alaska kommendes Geld, das die Geldverleiher anbieten, so wird dieses neue Geld die Preise hochtreiben, und die Preissteigerung wird alle, die Geld für ein Unternehmen borgen müssen, zwingen, die Summe um den Betrag der Preissteigerung zu erhöhen. Statt 10 000 Mk. wird der Unternehmer für das gleiche Haus 11–12–15 000 Mk. brauchen, und so wird das durch das neue Geld vermehrte Angebot auch automatisch eine entsprechend vergrößerte Nachfrage erzeugen, wodurch wieder der Einfluß des neuen Geldes auf den Zins bald genug nullifiziert wird.

Die Erscheinung, daß bei Vermehrung des Geldumlaufes (durch Goldfunde oder Papiergeldemissionen) der Zinsfuß nicht nur nicht fällt, sondern im Gegenteil in die Höhe geht, werden wir noch erklären.

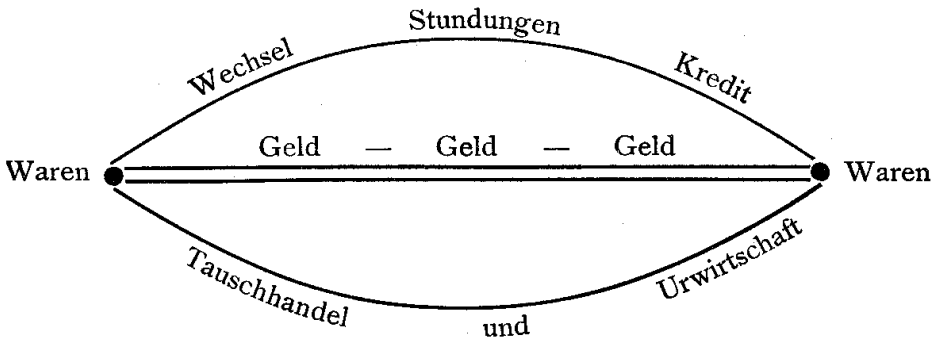
Eine Konkurrenz unter Geldverleihern, die auf den Zins Einfluß haben könnte, gibt es also nicht. Sie ist unmöglich.

Die einzigen Wettbewerber des Geldes, die die Macht des Geldes beschränken, sind die oben genannten drei Faktoren: die Urproduktion, der Tauschhandel und der Wechsel, in Verbindung mit der allgemeinen Preissteigerung, die eine vermehrte Urproduktion, vermehrten Tauschhandel und vermehrten Wechselverkehr, als Folge erhöhter Zinsforderungen, automatisch auslösen.

Zwischen zwei Punkten ist nur eine Gerade möglich, die Gerade ist die kürzeste, und die kürzeste ist – auf das Wirtschaftliche übertragen – auch die billigste.

Die kürzeste Straße aber zwischen Konsumenten und Produzenten, und darum auch die ökonomischste, ist das Geld. (Bei der Urwirtschaft geht das Produkt direkt von der Hand in den Mund. Dafür aber sind hier die Produktionsverhältnisse ungleich schlechter als bei der Warenproduktion.)

Alle anderen Straßen (Tauschhandel, Wechsel), die die Waren einschlagen, um den Konsumenten zu erreichen, sind länger und kostspieliger.



Aber diese billigste und kürzeste Straße kann der Geldbesitzer sperren, und gesetzmäßig gibt er sie nur frei, falls man ihm den Unterschied der Handelsspesen bezahlt, den der längere Weg via Tauschhandel oder Wechsel verursacht. Fordert er mehr als diesen Unterschied, so schlägt die Ware den längeren Weg ein, fordert er weniger, so wird das Geld überlastet.

Das Geld erhebt den Zins für seine Benutzung per Tag, wie eine Mietskutsche und vieles andere. Der Zins wird den allgemeinen Handelsspesen zugerechnet und mit diesen erhoben -ob durch Abzug beim Produzenten oder durch einen Zuschlag beim Konsumenten ist einerlei. In der Regel geschieht es so, daß der Kaufmann den Preis erfahrungsgemäß kennt, den er beim Konsumenten für die Ware erzielen kann. Von diesem Preise zieht er die Handelsspesen, seinen eigenen Arbeitslohn (netto Handelsgewinn) und den Zins ab. Diesen Zins berechnet er nach der Zeit, die erfahrungsgemäß im Durchschnitt bis zum Verkauf der Ware verstreicht. Der Rest ist für den Produzenten der Ware.

Welcher von den drei Wettbewerbern des Geldes, die dem Geldzins die Grenzen ziehen, ist der wichtigere? In entwickelten Handelsgebieten und normalen Zeiten ist der Wechsel der wichtigere, während die beiden anderen für die unentwickelten Länder ausschlaggebend sind. Denkt man sich z.B. Deutschland als geschlossenen Handelsstaat mit eigener Papierwährung, so würde ohne den Wechsel das Geld schon sehr hohe Ansprüche stellen können, ehe die Urwirtschaft und der Tauschhandel genügend stark eingreifen könnten, um die für die Freigabe des Geldes nötige Masse zu erzeugen. Ja, man könnte annehmen, daß ohne den Wechsel (wozu natürlich Kreditverkäufe, Stundungen usw. mitzurechnen sind) das Geld in dem angenommenen Fall die Zinsforderungen bis hart an die Grenze des Nutzens steigern könnte, den uns die Arbeitsteilung bietet. Was ja schon vollkommen durch das Aufgeben der Arbeit in Krisenzeiten bewiesen wird. Den Arbeitslosen hilft die Urwirtschaft und der Tauschhandel nur ganz ausnahmsweise, und dann auch nur in sehr geringem Maße. So kann ein Arbeitsloser z. B. seine Hosen selber flicken, er kann sich selbst rasieren und seine Mahlzeiten selber bereiten. Er kann sein Brot backen, seine Kinder vielleicht unterrichten, und statt ins Theater zu gehen, schreibt er selbst für seine Familie ein Lustspiel, wenn der Hunger ihn in die dazu nötige Stimmung versetzt hat.

Ist also bei uns der Wechsel der wichtigste Zinsregulator, so sind in unentwickelten Ländern, in Asien und Afrika, in denen der Wechsel keine große Rolle spielen kann, die Urwirtschaft und der Tauschhandel von höchster Bedeutung für die Regulierung des Geldzinses. Und daß in solchen Ländern dieser Regulator wirksam sein muß, erkennt man daran, daß der Geldzins in früheren Zeiten, als die Arbeitsteilung nur in kleine Kreise des Volkes eingedrungen war, z. B. zur Zeit der Römer und im Bauernstaat der Königin Elisabeth von England, ungefähr der gleiche war wie heute, wie man das aus den Angaben am Schlusse dieses Buches ersehen kann.

Diese Gleichmäßigkeit des reinen Geldzinses ist so auffallend, daß man annehmen kann, die drei unter sich so verschiedenen und so verschiedene Kulturzustände voraussetzenden Regulatoren des Geldzinses (Urwirtschaft und Wechselrecht!) müßten sich gegenseitig bedingen und ergänzen. So erzeugt z.B. eine schon hoch entwickelte nur wenig mehr ausdehnungsfähige Arbeitsteilung und der damit bedingte Ausschluß der Urwirtschaft und des

Tauschhandels wiederum die Kultur, die sozialen, gesetzlichen und handels-technischen Einrichtungen, auf denen der Wechselverkehr sich ausbilden und gedeihen kann. Die 36 Milliarden Mark, die 1907 in Deutschland in Wechseln in Umlauf gesetzt wurden, geben einen besseren Maßstab für die Entwicklung des Handels, als das Eisenbahnnetz und manches andere.

Und umgekehrt sind dort, wo der Kulturzustand den Ersatz des Geldes durch Wechsel ausschließt, wieder Urwirtschaft und Tauschhandel die treuen Wächter, die es verhindern, daß das Geld seinen Tribut nicht über bestimmte Grenzen hinaus erheben kann.

—

Fassen wir das in diesem Kapitel Gesagte kurz zusammen:

Der Geldzins ist ein Produkt eines selbständigen Kapitals, d. i. des Geldes, und läßt sich am besten mit dem Barriere- oder Schlagbaumgeld vergleichen, das der Raubritter und bis in jüngster Zeit der Staat für die Benutzung der Straßen erhob. Der Geldzins wird nicht vom Zins der Realkapitalien beeinflusst (wohl aber umgekehrt), und die Konkurrenz der Geldverleiher hat keinen Einfluß auf ihn. Begrenzt wird der Geldzins durch die Konkurrenz, die ihm die anderen Tauschmittel der Wechsel, der Tauschhandel und die Urwirtschaft bereiten.

Bei der Geldverleihung wird nur der Besitzer des Geldes gewechselt, ohne daß dadurch irgend etwas am Geld geändert wird. Statt des Mannes ist es die Frau, die den Schlagbaum fallen läßt und die das Barrieregeld erhebt. Beim Wechsel und Tauschhandel dagegen findet kein solcher wesentlicher Personenwechsel statt, sondern es wird dem Geld eine wirksame Konkurrenz dadurch eröffnet, daß den Waren andere Wege für den Austausch gebahnt werden.

Durch die Hausse, die der Wechsel, die Urwirtschaft und der Tauschhandel auslösen, wird der Geldumlauf unter wirtschaftlichen Zwang gestellt, der es bewirkt, daß das Geld auch solchen Waren gegenüber seine Macht über bestimmte Grenzen hinaus nicht mißbrauchen kann, die zu ihrem Austausch sich nicht des Wechsels oder des Tauschhandels bedienen können.

Der Geldzins wird von den Waren, also direkt aus der Zirkulation, beim gegenseitigen Austausch erhoben. Der Geldzins ist von der Existenz eines von Arbeitsmitteln entblößten Proletariats vollkommen unabhängig. Er würde keinen Pfifferling geringer sein, wenn alle Arbeiter mit eigenen Arbeitsmitteln versehen wären. Der Geldzins würde in solchem Falle den Arbeitern

bei der Übergabe ihrer Produkte an den Händler (Geldbesitzer) erhoben, und zwar darum erhoben, weil der Händler durch Festhalten des Geldes (ohne unmittelbaren Schaden für ihn) den Austausch der Produkte der Arbeiter untersagen und dadurch den Arbeitern einen direkten, unabwälbaren Schaden zufügen kann, weil diese Produkte durchweg und ohne nennenswerte Ausnahmen täglich an Quantität und Qualität verlieren und dabei noch erhebliche Kosten für Lagerung und Wartung verursachen.

Diesen Geldzins werden wir von jetzt ab „**Urzins**“ nennen [Die Bezeichnung „Urzins“ für den Geldzins, im Gegensatz zum Zins der Realkapitalien, wird den Vorteil haben, daß beide Zinsarten leichter von einander gehalten werden können.].

Die Übertragung des Urzinses (Geldzins) auf die Ware.

Eine Ware, die mit Urzins belastet werden soll, muß diese Last natürlich tragen können, d. h. sie muß solche Marktverhältnisse vorfinden, die ihr gestatten, den Einstandspreis plus Urzins im Verkaufspreis einzulösen, d. h. die Marktverhältnisse müssen derartige sein, daß das Geld nach der Formel $G. W. G.$ umlaufen kann.

Das ist klar. Denn wäre das nicht der Fall, so würde das Geld den Tausch ja nicht vermitteln, und die Verlegenheiten, in die die Warenproduzenten dann geraten, würden diese veranlassen, die Differenz zwischen Einstandspreis der Waren und ihrem Verkaufspreis so zu erweitern, daß in ihr neben allen anderen Handelsspesen auch noch der Urzins Platz fände.

Das alles geht ganz automatisch vonstatten. Weil also das herkömmliche Geld, unser Tauschmittel, an und für sich ein Kapital ist, das keine Ware ohne seine Brandmarke in den Handel aufnimmt, *findet die Ware gesetz- und regelmäßig solche Marktverhältnisse vor*, die die Ware als zinserhebendes Kapital erscheinen lassen, wenigstens für den Konsumenten, denn er bezahlt den Preis, den der Produzent erhalten hat, plus Zins. Vom Standpunkt des Produzenten dagegen erscheint die Ware (sein Produkt) als negatives Kapital, denn er erhält das, was er eigentlich erhalten sollte, nämlich den Preis, den der Konsument bezahlt, minus Zins. Diesen Teil seines Produkt-

erlöses (des Konsumentenpreises) hat ihm das Geld abgepreßt. Ein Gegenstand aber, der Zins zahlen muß, darf füglich nicht als Kapital bezeichnet werden. Wenn die Ware Kapital wäre, so müßte sie es auch im Tauschhandel sein, und wie würde man sich da die Erhebung des Zinses vorstellen? Zwei Kapitalgegenstände, einander gegenübergestellt, nullifizieren sich, wie z.B. Rentenland und Geld ohne Zins gegeneinander ausgetauscht werden. Obschon jedes für sich Kapital ist, können sie sich einander gegenüber nicht als Kapital benehmen. Der Ware gegenüber ist aber das Geld immer Kapital.

Übrigens **erscheint** die Ware dem Konsumenten nur als Kapital. Sieht er näher zu, so findet er bald, daß sie die Beute des Geldkapitals ist.

Jeder Produzent ist auch Konsument, und wie im Tauschhandel jeder das unverkürzte Produkt des anderen erhält, so muß auch heute jeder Konsument nicht den Preis, den der Händler dem Produzenten bezahlt, als die volle Gegenleistung für sein Produkt ansehen, sondern jenen Preis plus Zins, den er (der Konsument) dem Händler bezahlen muß. Tut er das, so erscheint auch dem Konsumenten die Ware als negatives Kapital. Sie nimmt dann ihren wahren Charakter an, nämlich den eines einfachen Kassenboten des Geldkapitals. Sie erhebt den Urzins vom Konsumenten der Ware nicht für den Produzenten, sondern für den Besitzer des Geldes (Tauschmittel). So etwa wie eine Nachnahmesendung. Und die Waffe, womit das Geld seinen Kassenboten ausrüstet, das ist die Unterbrechung der Verbindung zwischen den Produzenten durch Verweigerung des Tauschmittels.

Nimmt man dem Geld, dem Tauschvermittler, das Vorrecht, den Austausch der Produkte zwecks Erpressung des Urzinses untersagen zu können, wie es durch das Reformgeld erreicht wird, so muß das Geld seine Dienste umsonst leisten, *und die Waren werden, genau wie im Tauschhandel, ohne Zinsbelastung gegeneinander ausgetauscht.*

Um diese kostenlose Tauschvermittlung herbeizuführen, prägt der Staat die Münzen kostenlos für die Barrenbesitzer, freilich ohne damit seinen Zweck zu erreichen. Würde der Staat diese kostenfreie Prägung durch einen jährlichen Schlagschatz von 5% ersetzen, dann würde das Geld die Tauschvermittlung umsonst bewirken.

Die Übertragung des Urzinses auf das sogenannte Realkapital.

Die Ware wird mit Geld gekauft und, mit Urzins belastet, an den Konsumenten gegen Geld wieder verkauft. Und mit dem Verkauf der Ware ist das Geld wieder frei für einen neuen Beutezug.

Hiernach müßte der Konsument regelmäßig mehr Geld ausgeben, als er als Produzent einnimmt. Dieses Mehr, aus dem Urzins bestehend, verschafft sich der Produzent dadurch, daß er mehr Ware produziert und verkauft, als er kauft. Das Mehr, das so die Produzenten erzeugen, wird von den Geldbesitzern für persönlichen Bedarf gekauft, und zwar gerade mit dem Geld, das sie als Zins erheben. Mit den Handelsspesen, die der Konsument bezahlt, verhält es sich ebenso.

Der Urzins, den das Geld auf solche Weise von den Waren erhebt., ist also keine einmalige Beute. Der Urzins ist eine dauernd sprudelnde Quelle, und die Erfahrung der Jahrtausende zeigt, daß man mit einer jährlichen und durchschnittlichen Beute von 4 oder 5% rechnen kann.

Der Zins, den der Kaufmann in direktem Verkehr mit der Ware von dieser erhebt – das ist der wahre und volle Urzins. Das was der Kaufmann seinem Gläubiger von diesem Zins abgeliefert, das ist der Urzins minus Erhebungskosten. Wie auch das Barrieregeld, das der Schlagbaumpächter an den Staat abgeliefert, nicht das volle Barrieregeld ist.

Wenn man nun mit dem Geld Ziegelsteine, Kalk, Träger usw. kauft, nicht um diese als Ware wieder zu verkaufen, sondern um ein Mietshaus zu bauen, so verzichtet man freiwillig auf die Wiederkehr des Geldes und auf den Genuß des ihm anhaftenden Zinses. Man hat dann wohl ein Haus, aber kein Geld, kein Tauschmittel. Aber auf den Zins des Geldes, auf ein solches Kleinod, verzichtet niemand ohne Gegenleistung. Auf die Wiederkehr des Geldes und seines Tributes verzichtet man selbstverständlich nur unter der Bedingung, daß das Mietshaus nun seinerseits den Zins einbringen wird, den das in seinem Bau verausgabte Geld erfahrungsgemäß jederzeit im Warenhandel einbringt. Kann das Geld von den Waren, aufs Jahr verteilt, 5% erheben, so muß auch das Haus von den Mietern, das Schiff von den Frachtgütern, die Fabrik von den Löhnen [Ich gebrauche diesen Ausdruck ungern, weil er vielseitig ist. Besser ist es, vom Preis zu sprechen, den der Unternehmer den Arbeitern für ihre Produkte bezahlt. Der Unternehmer bezahlt das Arbeitsprodukt, die Leistung, nicht die Arbeit, d. b. die Funktion der tätigen Organe der Arbeiter.] den gleichen

Tribut erheben können, sonst bleibt das Geld einfach auf dem Markte bei den Waren, und das Haus wird nicht gebaut.

Das Geld stellt also für das Zustandekommen eines Hauses, einer Fabrik usw. die selbstverständliche Bedingung, daß das Haus von den Mietern, die Fabrik von den Arbeitern, das Schiff von den Frachten denselben Zins erheben kann, den es selber von den Waren jederzeit erheben kann. Kein Zins, kein Geld für Häuser, Fabriken, Schiffe. Und ohne Geld, wie soll da jemand die tausend verschiedenen Gegenstände zusammentragen und zusammenfügen, die für ein Schiff, eine Fabrik, ein Haus nötig sind? Es ist ganz undenkbar, daß ohne Geld ein Haus usw. zu Stande komme. Und so besteht auch das Urkapital jedes kapitalistischen Unternehmens aus einer Summe Geld. Für alle die Millionen Mietshäuser, Fabriken, Schiffe usw. gilt das Wort: *Im Anfang war das Geld.*

Wenn aber das Geld sich nicht hergibt für den Bau von Häusern, falls diese nicht den gleichen Zins, den das Geld von den Waren erhebt, erzielen können, so werden keine Häuser gebaut, und dann werden sie bald fehlen, und dann treibt der Mangel an Häusern den Mietzins herauf, genau wie der Mangel an Fabriken den Lohn der Arbeiter drückt.

Also muß es geschehen, gesetzmäßig muß es so kommen, daß die Häuser, Schiffe, Fabriken, kurz das gesamte sogenannte Realkapital, den gleichen Zins einträgt, den das Geld dem Warenaustausch als Urzins aufbürden kann.

Die Häuser, die Fabriken, Maschinen usw. sind Kapital. Sie erheben den Zins nicht wie die Ware als Kassenbote, um ihn an den Geldbesitzer abzuliefern, sondern für den Besitzer des Hauses. Aber diese Macht stützt sich nicht auf Eigenschaften dieser Dinge, sondern darauf, *daß das Geld, genau wie bei den Waren, die Marktlage für die Erhebung des Zinses vorbereitet. Das Verhältnis der Wohnungen zu den Mietern, der Schiffe zu den Frachtgütern, der Arbeiter zu den Fabriken, wird vom Geld immer künstlich, gesetz- und zwangsweise so gestaltet, daß die Mieter und Arbeiter (die Nachfrage) einem ungenügenden Angebot (Wohnungen, Fabriken) gegenüberstehen.*

Das herkömmliche, vom Staate verfertigte Geld (Tauschmittel) schützt alle existierenden Häuser vor einer den Zinsertrag schmälernenden Konkurrenz neuer Häuser. Das Geld wacht mit Eifer-

sucht darüber, daß seine Kreaturen nicht entarten. Wenn sich das Geld zu einem Hausbau hergibt, so stellt es gleichzeitig einen Schein aus, worin es sich verpflichtet, daß es dem Volke niemals gestatten wird, so viele Häuser zu bauen, daß deren Zinsertrag unter den Urzins fällt. Und die Wirksamkeit dieser Gewähr ist durch die Erfahrung der Jahrtausende bestätigt worden.

Wenn man bedenkt, daß der Staat sich oftmals interessiert zeigt bei den Versuchen, der Arbeitslosigkeit zu steuern, daß er bei Gelegenheit Notstandsarbeiten (Arbeiterhäuser) unternimmt, und daß er das herkömmliche Geld verfertigt und verwaltet, so wird man ein bescheidenes Lächeln nur schwer unterdrücken können.

Das sogenannte Realkapital ist also eigentlich nichts weniger als real. Das Realkapital, oder das Kapitalreal, das Königskapital, das wirkliche Urkapital, das ist das Geld. Alle anderen Kapitalgegenstände sind Kreaturen des Geldes. Ihre Existenz als Kapital hängt durchaus von der Existenz des heutigen Geldes ab. Nimmt man dem Geld das Vorrecht, dem Volk den Bau neuer Häuser zu verbieten, reißt man das Wehr ein, welches das Geld zwischen den Arbeitern und den sogenannten Realkapitalien errichtet, so wächst das Angebot dieser Dinge, und sie verlieren ihren Charakter als Kapital.

Es klingt ja fast ungeheuerlich, und man muß seiner Sache sicher sein, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die Häuser, Fabriken, Schiffe, Eisenbahnen, Theater, Elektrizitätswerke, kurz das gewaltige, düstere Meer, das man vom Berliner Kreuzberg aus überschaut, nur darum Kapital ist und Kapital sein muß, weil das Geld Kapital ist. Dieses ungeheure Meer, das sicherlich das Geldkapital 100 mal überragt, brächte darum Zins ein, weil das Geld es so will! Das klingt doch gewiß unwahrscheinlich.

Aber das Unwahrscheinliche erscheint uns sofort ganz annehmbar, wenn wir bedenken, daß unser herkömmliches Geld uralt ist, daß es seit 3 oder 4000 Jahren ganz automatisch und gesetzmäßig den Bau von Häusern usw. immer künstlich so weit beschränkte, daß die Nachfrage stets größer als das Angebot war und so die Häuser Kapital blieben.

Um das Unwahrscheinliche zu begreifen, muß man zu den 10 Milliarden Mk., die in Deutschland umlaufen mögen, die ökonomische Eiszeit, das Mittelalter, die 1000 Wirtschaftskrisen rechnen, die das Geld seitdem erzwungen hat. Die Milliarden mal Milliarden an Realkapital, die im Laufe der Zeit *durch erzwungene*

Arbeitslosigkeit nicht erstanden sind, erklären das Unwahrscheinliche.

Der Mangel an Häusern, Schiffen, Fabriken usw., der im Zinsertrag dieser Gegenstände in die Erscheinung tritt, ist das Ergebnis einer seit Jahrtausenden ununterbrochen wirkenden Ursache.

Wenn die Volksmassen während der Krisenjahre 1873–1878, statt zu feiern und zu hungern, Häuser und Maschinen hätten bauen dürfen, ob da nicht unter dem Drucke des Angebots der Hauszins gefallen wäre? Und das waren nur 5 Jahre. Dabei darf man nicht vergessen, daß die anderen Ursachen der Wirtschaftskrisen, die wir im ersten Teil d. B. besprachen, unabhängig vom Zins in der gleichen Richtung (Beschränkung und Verhinderung des Tausches) wirken.

Es ist also klar. Das sogen. Realkapital muß Zins abwerfen, weil es nur durch Ausgeben von Geld zustande kommen kann und weil dieses Geld ein Kapital ist. Das sogen. Realkapital besitzt nicht, wie das Geld, eigene zinszeugende Organe. Es handelt sich bei diesen sogen. Realkapitalien, genau wie bei den Waren, um vom Geld ad hoc geschaffene und erzwungene Marktverhältnisse, um eine automatisch wirkende, künstliche Beschränkung in der Produktion sogenannter Realkapitalien, so daß deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann.

Gesetzmäßig erzeugt das herkömmliche, vom Staate abgestempelte und verwaltete Geld durch erzwungene Arbeitslosigkeit das obdachlose Proletariat, dessen Existenz Voraussetzung für den Kapitalcharakter der Häuser, Fabriken, Schiffe ist.

Das Geld ist für das Zustandekommen der sogen. Realkapitalien unentbehrlich, und ohne Zins gibt es kein Geld. Ohne Proletariat gibt es aber kein Realkapital. Folglich muß auch die Unentbehrlichkeit des Geldes das für den Zins der Realkapitalien und den Umlauf des Geldes unentbehrliche Proletariat erzeugen.

Das Geld schafft das Proletariat, nicht weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil es das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu erschaffen (verfertigen).

Man braucht also für die Herkunftserklärung des Proletariats nicht zu dem verzweifelten Ausweg der sogen. historischen Erklärung zu greifen, denn das Proletariat ist eine gesetzmäßig sich einstellende Begleiterscheinung des herkömmlichen Geldes.

Ohne Proletariat kein Zins der Realkapitalien, ohne Zins kein Geldumlauf, ohne Geldumlauf keine Arbeit und als Folge des Arbeitsmangels Proletariat.

In anderen Zeiten hat das Schwert zweifellos an der Schaffung des Proletariats kräftig mitgewirkt. Auch Thron (Gesetze) und Altar sind fleißig daran beteiligt gewesen. Auch heute noch sucht man die Grundrente unter den Schutz der Gesetze zu stellen und durch Kornzölle dem Volke die Waffen zu entreißen, die es sich für den Kampf gegen die Grundrente in Form von Schiffen, Eisenbahnen und landwirtschaftlichen Maschinen geschmiedet hat. Dem Recht auf Arbeit und Brot stellt man das Recht auf Grundrente entgegen! Aber auch ohne diese Hilfe wäre das Kapital nicht um einen einzigen Proletarier ärmer. Wäre die Hilfe von Schwert und Gesetz ausgeblieben, so hätten wir an deren Stelle ein paar Wirtschaftskrisen, einige Bataillone Arbeiterreserven mehr gehabt. Das Geldkapital braucht Schwert und Gesetz nicht, um das nötige Proletariat für die Realkapitalien zu schaffen; es trägt die dazu nötigen Kräfte in sich selbst. Mit der Gewalt der Naturkräfte schafft es sie. *Metallgeld und Proletarier sind unzertrennlich.*

Das sogen. Realkapital besteht sicher aus sehr realen und unentbehrlichen Gegenständen, aber als Kapital sind diese Gegenstände nichts weniger als real. Der Zins, den sie heute abwerfen, ist eine Kreatur des Urkapitals, des Geldes.

Vervollständigung der Theorie.

Wenn wir das Geld als das Urkapital und als allgemeinen Quartiermacher des sogen. Realkapitals bezeichnen und damit die Behauptung verknüpfen, daß das sogen. Realkapital seine zinszeugende Kraft nur dem Umstande verdankt, daß das Geld durch erzwungene Krisen, erzwungene Arbeitslosigkeit, also eigentlich durch Sengen und Brennen dem Realkapital die für die Erhebung eines dem Urzins entsprechenden Zinses nötige Marktlage vorbereitet – so müssen wir auch nachweisen können, daß der Zins der Realkapitalien vom Zins des Urkapitals (Geld) derart beherrscht wird, daß er auf diesen immer und gesetzmäßig zurückfallen muß, falls er sich aus irgend einem Grunde von diesem vorübergehend entfernt hat.

Denn wir sagen, daß Nachfrage und Angebot den Zins bestimmen und erkennen damit an, daß der Zins vielen Einflüssen unterworfen ist.

Was wir also sagen, ist, daß wenn aus anderen Gründen der Zins der Realkapitalien vorübergehend über den Urzins steigt, er aus zwingenden, in der Natur selbst liegenden Gründen wieder fallen muß, und zwar bis auf den Zins des Urkapitals, und umgekehrt, daß, wenn der Zins der Realkapitalien vorübergehend unter den Urzins fällt, das Geld ihn automatisch wieder auf diese Höhe zurückführt, wodurch der Urzins das gesetzmäßige Maximum und Minimum wird von dem, was man in der Regel vom Realkapital erwarten kann.

Der Urzins ist der Schwerpunkt, um den der Zins aller Realkapitalien pendelt.

Wenn das aber so ist, so müssen wir auch wieder den Nachweis erbringen können, daß, wenn wir die künstlichen Hindernisse beseitigen, die das heutige Geld dem Werden von sogen. Realkapitalien errichtet, das Angebot solcher Kapitalien durch die nun ungefesselte Arbeit des Volkes *und ohne irgend ein anderes Zutun* früher oder später die Nachfrage decken wird und zwar in dem Sinne, daß der Zins in der ganzen Welt auf Null fallen muß, wenigstens in allen Ländern, die durch Freihandel und Freizügigkeit miteinander verbunden sind.

Der Kapitalzins ist eine internationale Sache; er kann nicht einseitig national beseitigt werden. Würden z. B. die Häuser in Deutschland keinen Zins abwerfen, während man in Frankreich noch Zinsen erheben kann, so würde man kein Haus mehr in Deutschland bauen. Die deutschen Kapitalisten würden ihre Überschüsse über die Grenze bringen durch Ankauf französischer Wechsel, mit deren Erlös die Häuser in Frankreich gebaut würden.

Dazu wird der Nachweis nötig sein, daß

1. *es nicht an materieller Kraft fehlt, um das zur Ersäufung des Zinses nötige Meer von Realkapitalien in absehbarer Zeit zu erzeugen:*

2. *der Reiz oder Wille, Realkapitalien (Mietshäuser, Fabriken, Schiffe) hervorzubringen, nicht erlahmen wird, falls diese keinen Zins mehr abwerfen.*

Daß der Zins der Realkapitalien sich jederzeit nach oben sowohl, wie nach unten vom Urzins entfernen kann, können wir leicht erkennen, wenn wir uns folgenden Fall vorstellen:

Nehmen wir an, daß die Pest $\frac{3}{4}$ der Menschheit von ihrem Dasein erlösen würde, so würde das jetzige Verhältnis zwischen Proletariat und Realkapitalien auf den Kopf gestellt, und auf jeden Mieter kämen 4 Wohnungen, auf jeden Knecht 4 Pflüge, auf jeden Arbeiterstamm 4 Fabriken. Unter solchen Verhältnissen würden die Realkapitalien keinen Zins mehr abwerfen. Der Wettbewerb der Hausbesitzer würde die Mieten, und der Wettbewerb der Unternehmer würde den Unternehmergewinn so weit herunterdrücken, daß wahrscheinlich nicht einmal die vollen Kosten für Instandhaltung und Abschreibung herausgeschlagen werden könnten.

So konnte man in der Provinzialhauptstadt La Plata in Argentinien in den Krisenjahren 1890 –1895 umsonst die schönsten Häuser bewohnen, nicht einmal die Kosten der Instandhaltung konnten die Hausbesitzer erheben.

Unter solchen Verhältnissen würde nur mehr ein einziges Kapital fortbestehen, und zwar *das Geld*. Während alle übrigen Kapitalgegenstände die zinszeugende Kraft eingebüßt haben würden, brauchte das Geld auch dann noch nichts von seinen Zinsforderungen abzulassen, wenn 99% der Bevölkerung verschwunden wären. *Die Produkte der zinsfreien Arbeitsmittel* müßten für ihren Austausch dem Geld fernerhin den gleichen Zins zahlen – als ob nichts geschehen wäre.

Mit dieser Annahme wird die wahre Natur des Geldes und ihr Verhältnis zu den Realkapitalien sehr gut beleuchtet.

Wenn wir annehmen, daß der Geldbestand durch die Pest nicht verändert worden wäre, so würde das Mißverhältnis zwischen Geld und Produkten die Preise stark in die Höhe treiben, aber der relativ große Geldbestand hätte auf den Zins keinen Einfluß, da, wie wir gezeigt haben, es niemals eine Konkurrenz unter Geldverleihern geben kann. Nur der Bruttozins würde durch die Preissteigerung eine Erhöhung erfahren (s. am Schluß den Artikel über die Bestandteile des Bruttozinses).

Unter diesen angenommenen Umständen bleibt es selbstverständlich ausgeschlossen, daß jemand Geld für den Bau einer Fabrik hergeben würde. Dies würde erst dann wieder geschehen, nachdem durch Feuersbrünste oder andere elementare Ereignisse, worunter in erster Linie der Zahn der Zeit zu rechnen ist, das Angebot solcher Realkapitalien sich so weit vermindert hätte, daß das ursprüngliche Verhältnis und damit der Urzins wieder erreicht wäre. Warum das so wäre, ist gesagt.

Der Zins der sogenannten Realkapitalien kann demnach jederzeit infolge außergewöhnlicher Ereignisse unter den Urzins fallen, aber die natürlichen Zerstörungen, denen das Realkapital ausgesetzt ist (s. die Liste der jährlichen Schiffbrüche und Abtakelungen, der Feuersbrünste, der Abschreibungen aller Fabriken, der Eisenbahnzusammenstöße usw.), zusammen mit dem Umstand, daß das Geld keine Neuproduktion von Realkapital zuläßt, so lange das bestehende Realkapital nicht den Urzins abwirft, bringen Nachfrage und Angebot von Realkapitalien gesetzmäßig wieder in das ursprüngliche Verhältnis zurück.

Anstatt obiges Spiel der Kräfte an einem künstlich konstruierten Fall zu erklären, hätte ich auch einfach auf die Wirtschaftskrisen hinweisen können, in denen der Zins der Realkapitalien unter den Urzins fällt. Aber ein solches Beispiel ist für unseren Zweck darum ungeeignet, weil der Tatbestand sich durch die Arbeitslosigkeit und andere Umstände ganz ungewöhnlich verwirrt.

—

Wir sind aber noch den Beweis schuldig, daß das Realkapital auch nicht dauernd *über* dem Urzins stehen kann.

Daß durch besondere Verhältnisse dieser Fall eintreten kann und in manchen Ländern mit relativ starker Einwanderung sogar jahrzehntelang anhalten kann, wollen wir gleich und freudig anerkennen, denn er ist ein schöner Beweis für die Richtigkeit der wertleugnenden Lehre vom Zins, wonach Angebot und Nachfrage absolut darüber bestimmen, ob und welchen Zins die Realkapitalien abwerfen.

Wie viel Kapital an Wohnung, Arbeitsmitteln, Läden, Eisenbahnen, Kanälen, Hafenanlagen usw. auf eine Arbeiterfamilie in Amerika entfällt, weiß ich nicht. Es mögen 5000, es mögen auch 10000 Dollars sein. Nehmen wir nur 5000 Doll. an, so müßten die Amerikaner, um für die proletarischen Untertanen europäischer Fürsten, die dort jährlich landen, etwa 100000 Familien, alle Jahre $5000 \times 100\,000 = 500$ Millionen Dollars in neuen Häusern, Fabriken, Eisenbahnen, Schiffen anlegen, nur um für diese Einwanderer Obdach und Arbeitsinstrumente zu beschaffen. Eine Leistung, der gegenüber die armseligen Geldbeträge, womit das „Vaterland“ seine Kinder ausstattet, überhaupt nicht in Betracht kommen.

Nehmen wir den Fall an, daß auf den Ruf „Wer in Deutschland unzufrieden ist, soll auswandern“, sämtliche deutsche Arbeiter nach den Vereinigten Staaten ausgewandert wären, so hätte es dort an allem gemangelt, um diese Massen zu beschäftigen und zu beherbergen. Dieser Mangel an Fabriken, Maschinen, Häusern hätte auf die Löhne gedrückt und gleichzeitig die Woh-

nungsmieten gewaltig in die Höhe geschraubt. Der Zins der Realkapitalien wäre gewaltig gestiegen.

Die Sache entzieht sich gewöhnlich dadurch direkter Beobachtung, daß die Realkapitalien im Preise steigen, wenn der Zinsertrag steigt. Ein Haus, das man für 10000 Mk. verkaufen kann, weil es 500 Mk. Zins einbringt, steigt auf 20000 Mk., wenn der Hauszins auf 1000 Mk. steigt.

Nun müssen wir erklären können, daß aus natürlichen, zwingenden Gründen die Erhöhung des Zinses der sogenannten Realkapitalien über den Urzins eine ständig wachsende Neuproduktion von Häusern usw. automatisch auslöst, unter deren Druck (Angebot) der Zins dieser Dinge in absehbarer Zeit wieder auf den Urzins als Grenze und Schwerpunkt fällt und zwar ebenso automatisch, wie er im entgegengesetzten Falle wieder bis an diese Grenze gestiegen war. Es dürfen solchem Geschehen keine Hindernisse natürlicher und psychologischer Ordnung gegenüberstehen. Der Arbeitswille, die Arbeitskraft, sowie die Unterstützung der Natur müssen ausreichend sein, um die sogenannten Realkapitalien immer und an allen Orten in einer Menge zu beschaffen, daß deren Angebot als Kapital den Zins auf die Grenzen des Urzinses drücken muß.

Es ist kein Unsinn, sondern ein Ausfluß reiner Vernunft, wenn *Flürsheim* [The Economic Problem by Michael Flürsheim. Xenia U. S. A. 1910.] sagt: „Der Zins ist der Vater des Zinses“. Womit gesagt wird, daß die Zinslasten das Volk daran hindern, das zur Beseitigung des Zinses nötige Angebot von Realkapital zu erzeugen, ähnlich wie der Pachtzins den Bauer daran hindert, das gepachtete Land zu kaufen und zu bezahlen.

Aber im Satze: „Der Zins ist der Vater des Zinses“ ist auch die Behauptung eingeschlossen, daß ein steigender Zins auch die Ursache eines unaufhaltsam weiteren Steigens des Zinses sein müßte. Ist das Fallgesetz auf den Zins anwendbar, wenn der Zins fällt, so müßte es auch in umgekehrter Richtung anwendbar sein, wenn der Zins steigt. Mit den Methoden, die *Flürsheim* in seinen Untersuchungen anwendet, konnte er diesen Widerspruch nicht lösen.

Daß dem nun auch tatsächlich so ist, erkennen wir an der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika in verhältnismäßig kurzer Zeit auf dem internationalen Kapitalmarkt von der Nachfrage zum Angebot übergegangen sind, daß sie das Riesenwerk von Panama mit eigenen Mitteln ausführen, daß sie mit der Mitgift ihrer Töchter die europäischen Fürstenhäuser vor dem Ruin retten und auch sonst in der Welt Absatz für

ihre Kapitalüberschüsse suchen. Dieser Fall ist um so überzeugender, als dort der Bürgerkrieg und die gewaltige Einwanderung pudelarmer Einwanderer einerseits das Angebot unnatürlich beschränkt, andererseits die Nachfrage unnatürlich vermehrt hatten. Auch dadurch wirkt dieser Fall so überzeugend, daß während der wenigen Jahrzehnte, in denen sich dieser Umschwung abgespielt hat, der Prozeß durch besonders zahlreiche und verheerende Wirtschaftskrisen natürlich stark verlangsamt wurde.

Dies ist aber nur die Tatsache. Fehlt noch die Erklärung.

Der Zins, den das sogenannte Realkapital abwirft, reizt zur Bildung neuer Kapitalien, und je höher der Zins, um so größer der Reiz. Freilich, je höher der Zins, um so größer die Zinslasten und um so schwerer wird es denen, die den Zins aufbringen, selber durch Sparen ein Kapital zu bilden. Jedoch in der heutigen Ordnung der Dinge sind es nur in geringem Maße die Überschüsse der arbeitenden, zinszahlenden Klassen, mit denen die Neuanlagen von Kapital ausgeführt werden. In der Hauptsache stammen diese aus den Überschüssen der Kapitalisten, und diese Überschüsse wachsen natürlich mit der Vermehrung ihrer Einnahmen, d. h. also mit der Erhöhung des Kapitalzinses.

Hierbei ist nun folgendes zu beachten:

Ein Herabgehen des Zinses von 5 auf 4% ermäßigt die Zinslasten der Arbeiter um 20%, aber die Einnahmen der Arbeiter wachsen dadurch nicht im gleichen Verhältnis.

Wäre z. B. der Brutto-Arbeitsertrag	100
und gingen hiervon bei 5% an Zinslasten ab etwa	<u>60</u>
so blieben netto übrig	40

Geht nun der Zins auf 4% herab, so sind die Zinslasten

$\frac{60 \times 4}{5} = 48$, und dann bleiben netto übrig	52
---	----

was einer Lohnerhöhung von 30% entspricht. Betragen aber die Zinslasten (also alles, was der Arbeiter verzinst = die Wohnung, die Fabrik, die Läden, Eisenbahnen, Bäckerei usw.) bei 5% nicht 60, sondern nur etwa 30% des Arbeitsproduktes, so bleiben als Lohn übrig $100 \div 30 =$

70

und ein Herabgehen des Zinses von 5 auf 4% setzt die Zinslasten von 30 auf 24 herab, so daß der Lohn jetzt netto beträgt $100 \div 24 =$

76

was eine Erhöhung von $8\frac{1}{2}\%$ beträgt, während doch der Zins um 20% gefallen ist.

Beim Kapitalisten hingegen steigen und fallen die Einnahmen genau mit dem Zins. Steigt der Zins von 4 auf 5%, so hat der Kapitalist eine Mehreinnahme von genau 20% und umgekehrt, wenn der Zinsfuß fällt.

Dies ist für das, was wir zu zeigen haben, eine wichtige Tatsache.

Nehmen wir an, daß aus irgend einem Grunde das Realkapital den Zinsertrag verdoppelte; so würden auch die Einnahmen der Kapitalisten sich verdoppeln, und bei unveränderten Ausgaben würden ihre Überschüsse um die volle Hälfte ihrer Einnahmen steigen. Unter der Annahme (die wir gleich begründen werden), daß die Kapitalisten diese *Überschüsse* nicht für Privatausgaben, sondern in der Hauptsache für Kapitalanlagen verwenden würden, müßte bald unter dem Drucke des wachsenden Angebots solcher Realkapitalien der Zins derselben zurückgehen.

Freilich würde eine Verdoppelung der Zinserträge bei den Kapitalisten einer Verdoppelung der Zinslasten bei den Arbeitern gleichkommen, die nun ihrerseits nur wenige oder überhaupt keine Ersparnisse machen können. Aber dadurch wird der Einfluß der Zinserhöhung auf Vermehrung der Kapitalanlagen nicht aufgehoben und zwar aus folgendem Grunde: Wenn ein ausgemergelter Arbeiter eine Lohnerhöhung erzielt, so hat er aller Regel nach immer Dringenderes zu tun als eine Sparbüchse zu kaufen. So viele dringende Bedürfnisse des schwächlichen Leibes erwarten da die Lohnerhöhung.

Beim Kapitalisten dagegen trifft die Vermehrung der Einnahmen durch eine Erhöhung des Zinses ganz andere Verhältnisse vor. Er hat kein persönliches Bedürfnis, das er nicht befriedigen könnte und hat nur eine Sorge: Er muß sein Kapital vermehren, damit seine Kinder später in der Lage sind, das Leben weiter zu führen, das er sie mit seinem Beispiel lehrt. Sowie die Zahl der Kinder das erste Paar überschreitet, tritt für den Kapitalisten die Notwendigkeit heran, sein Kapital zu vermehren, und dazu stehen ihm keine anderen Einnahmequellen zur Verfügung, als zu sparen. Der Arbeiter dagegen braucht nicht für seine Kinder zu sparen, denn diese werden wie die Eltern standesgemäß vom Lohne leben.

Der Kapitalist muß sparen; er muß die zinstragenden Kapitalien vermehren (obschon die Vermehrung dieser Kapitalien den Zins derselben drückt), um sein sich vermehrendes Geschlecht in die Lage zu versetzen, sich standesgemäß ohne Arbeit durchs Leben zu schlagen. Und wenn er schon der Regel nach sparen muß, so kann man annehmen, daß er auch aller Regel nach die durch Zinserhöhung wachsenden Überschüsse zu neuen Kapitalanlagen verwenden wird.

Darum kann man folgern daß eine Erhöhung des Kapitalzinses, obschon sie immer auf Kosten des arbeitenden Volkes und der kleinen Sparer erfolgt, dennoch die Summe der in einem Lande für neue Realkapitalien verfügbaren Überschüsse eher vermehren als vermindern muß, und daß eine Zinserhöhung darum *auch die Kräfte vermehrt, die auf den Zins drücken. Je höher der Zins, desto schneller wächst dieser Druck.*

Beispiele freilich kann man hierfür nicht beibringen; zahlenmäßig läßt sich das Gesagte nicht beweisen. Dazu eignen sich die Zahlen nicht, die uns die Goldwährung liefert. Wenn Carnegie seinen Arbeitern 20 oder 50% mehr Lohn bezahlt hätte, so wäre er wahrscheinlich nie zu der ersten Milliarde gelangt. Ob aber dann alle die Stahlwerke, die Carnegie mit dem Gelde schuf und die nun das Angebot des Realkapitals vermehren, die Löhne in die Höhe treiben und den Zins entsprechend herunterdrücken, entstanden wären durch die Ersparnisse der Arbeiter? Ob die Arbeiter jene 20 oder 50% Lohnerhöhung nicht für eine auskömmliche Ernährung ihrer Kinder, für gesündere Wohnungen, für Seife und Bäder verschwendet hätten?

Mit anderen Worten: ob die Arbeiter zusammen für neue Stahlwerke so viele Überschüsse gemacht hätten, als wie Carnegie allein mit seinen billigen persönlichen Bedürfnissen sparen konnte? (Eigentlich hätten die Arbeiter, um das gleiche, heute bestehende Verhältnis zwischen Nachfrage nach Arbeitsmitteln und ihrem Angebot aufrecht zu erhalten, eine bedeutend größere Masse an Realkapitalien schaffen müssen, denn der karge Lohn verursacht heute eine skandalöse Säuglingssterblichkeit, und eine Lohnerhöhung würde diese vermindern und infolgedessen eine starke Vermehrung der Arbeiter, (also die Nachfrage nach Arbeitsmitteln) verursacht haben.

Wir verneinen nun obige Frage rundweg – und irren dabei ganz gewaltig. Denn was hat Carnegie durch die Häufung von Realkapitalien, durch seine persönliche Sparsamkeit erreicht? Er hat den Zins dieser Dinge immer und immer wieder unter den Urzins gedrückt und dadurch Krise auf Krise ausgelöst, die ebenso viele Realkapitalien vernichteten oder am Entstehen verhinderten, wie der brave Mann durch sein ver-

nünftiges Wirtschaften zusammenbrachte. Hätte Carnegie die Überschüsse seines Betriebes durch Lohnerhöhung unter die Arbeiter verteilt, so wäre von diesen Lohnerhöhungen nur ein kleinerer Teil für neue Realkapitalien gespart worden, der größere Teil wäre in Seifen-, Speck- und Bohnen. Orgien verpraßt worden. Darum aber wäre der Zins langsamer gefallen, und die Zwischenräume von einer Krise zur anderen wären größer gewesen. Die Arbeiter hätten infolgedessen durch erzwungene Arbeitslosigkeit weniger verloren und dadurch wieder ausgeglichen, was sie sonst an Luxus mehr verschwendeten. Das Resultat wäre, was den Zins anbetrifft, das Gleiche geblieben; d.h. *ohne* die Sparsamkeit Carnegies stände heute das Angebot von Realkapitalien auf gleicher Höhe, wie mit dieser Sparsamkeit. Der Unterschied zwischen dem, was Carnegie allein sparen konnte und dem, was die Arbeiter bei einer diesen Ersparnissen entsprechenden Lohnerhöhung weniger gespart hätten, ist durch Wirtschaftskrisen gesetz- und regelmäßig vernichtet worden.

—

Der Selbsterhaltungstrieb des Kapitalisten, sowie der Umstand, daß sich der Kapitalist vermehrt, zwingen ihn dazu, Überschüsse zu machen, und zwar zinstragende Überschüsse. Er muß sie sogar dann noch machen, wenn seine Einnahmen zurückgehen, und zwar muß der Selbsterhaltungstrieb den Kapitalisten um so stärker zur Sparsamkeit mahnen, je mehr der Zins fällt. Will z. B. ein Kapitalist den Einnahmeausfall, den er dadurch erleidet, daß der Zins von 5 auf 4% fällt, durch Kapitalvermehrung ausgleichen, so muß er sein Kapital durch Ersparnisse an seinen persönlichen Ausgaben um ein fünftel, vermehren.

Steigt der Zins, so *können* die Kapitalisten sparen, fällt er, so *müssen* sie sparen. Im ersten Fall wird das Resultat zwar größer sein als im zweiten Fall, aber das schränkt die Bedeutung dieses Sachverhalts für den Zins nicht ein. Es ändert dies nichts an der Tatsache, daß, je mehr der Zinsfuß fällt, der Kapitalist auf Kosten seiner Privatausgaben seine Einnahmen für die Vermehrung der Realkapitalien um so stärker heranziehen muß, *obschon gerade seine Notlage eine Folge vermehrter Realkapitalien ist.*

Für uns, die wir behaupten, daß es in der Natur der Dinge liegt, daß die Realkapitalien sich bis zur eigenen Vernichtung, also bis zur völligen Beseitigung des Zinses vermehren [Man nennt solches Kapital heute totes Kapital. Eine *contradictio in adjecto*, da Gegenstände, die keinen Zins mehr abwerfen, überhaupt kein Kapital, weder totes noch lebendes Kapital sind.], ist die soeben erwähnte Tatsache ein schöner Beweis für das, was wir

noch nachzuweisen haben, nämlich, daß, wenn der Kapitalzins fällt, der Wille und die Notwendigkeit zu neuen, den Zins erdrückenden Kapitalanlagen nicht fehlen werden – vorausgesetzt, daß wir solchen Kapitalvermehrungen das Hindernis wegräumen, welches das herkömmliche Geld ihrem Werden errichtet.

Geht der Zinsfuß von 5 auf 4% herab, so muß der Kapitalist durch Einschränkung seiner Privatausgaben sein Kapital von 8 auf 10 erhöhen, und zwar durch Anlegen seiner vermehrten Ersparnisse in Realkapitalien. Weil der Zins von 5 auf 4% fiel, wird also der Kapitalist an Stelle eines Sommerhauses für sich eine Mietskaserne in der Stadt bauen lassen.

Fällt der Zins weiter (unter dem Drucke der neuen Mietskaserne) von 4 auf 3%, so muß der Kapitalist sich weitere Einschränkungen auferlegen, und statt die Schulden eines fürstlichen Schwiegersohnes zu bezahlen, wird er seine Tochter einem Bauunternehmer geben, der mit der Mitgift Mietskasernen errichtet, die zwar Zins abwerfen, aber auch gleichzeitig auf den Zins drücken. Und so weiter.

Es liegt also in der Natur, im Selbsterhaltungstrieb des Kapitalisten, also gerade in dem Triebe, bei dem der Wille absoluter Meister im Menschen ist, daß er von seinen Einnahmen einen um so stärkeren Prozentsatz zu neuen, den Zins herabdrückenden Realkapitalien verwenden muß, *je mehr der Zins fällt*.

In Zahlen ausgedrückt erhalten wir von dem hier Gesagten folgendes Bild:

Der Zins, den die Arbeiter in Deutschland bei 5% aufbringen, betrage	20 Mrd.
---	---------

Davon bestimmen die Kapitalisten für Neuanlagen 50% und den Rest für persönliche Bedürfnisse.	10 Mrd.
--	---------

Nun fällt der Zins von 5% auf 4% und die Zinseinkünfte ent- sprechend von 20 auf	16 Mrd.
---	---------

So verlieren die Kapitalisten	4 Mrd.
-------------------------------	--------

Durch diesen Einnahmeausfall, der einem Kapitalverlust von 100 Milliarden entspricht, werden die Kapitalisten gezwungen, einen größeren Teil ihrer Einkünfte für Neuanlagen zu bestimmen. Statt der früheren 50% mögen sie jetzt 60% ihrer von 20 auf 16 Milliarden reduzierten Einkünfte für Neuanlagen bestimmen, was dann an Stelle der früheren 10 Milliarden ausmacht.

	9,6 Mrd.
--	----------

Aber dem Einnahmeausfall der Kapitalisten steht eine gleich große Mehreinnahme bei den Arbeitern gegenüber. Würden die Arbeiter diese Mehreinnahmen unverkürzt durch die Sparkassen neuen zinstragenden Anlagen zuführen, so würde durch den Zinsrückgang von
 die ursprüngliche von uns oben mit 10 Milliarden angegebenen Neuanlagen bestimmte Summe betragen nun
 nämlich 4 Milliarden von Seiten der Arbeiter und $9 \frac{6}{10}$ Milliarden von Seiten der Kapitalisten.

4 Mrd

13 $\frac{6}{10}$ Mrd.

Nehmen wir aber an, daß die Arbeiter nur einen Teil der 4 Milliarden an herabgesetzten Zinslasten sparen würden, etwa nur 50%; so würde immerhin durch den Zinsrückgang von 5 auf 4% die Summe der jährlichen kapitalistischen Neuanlagen von 10 auf
 steigen.

11 $\frac{6}{10}$ Mrd

—

Und je mehr der Zinsfuß fällt, um so mehr wächst die Summe, die für zinsdrückende und -erdrückende Neuanlagen bestimmt wird – von Seiten der Kapitalisten aus Not, von Seiten der Arbeiter, weil sie ihren Sparinstinkten Folge geben *können*. Die Natur des Realkapitalisten treibt ihn also sozusagen zum Selbstmord.

Je mehr der Zins fällt, um so stärker wird die Neuproduktion von Realkapitalien, die auf den Zins drücken – so daß vielleicht das physikalische *Fallgesetz* auf den Zins anwendbar sein mag -selbstverständlich erst dann, wenn wir das Hindernis beseitigen, welches das herkömmliche Geld dem Zustandekommen solcher Massen von Realkapitalien errichtet.

—

Man sagt, daß wenn das Realkapital keinen Zins mehr einbringt, niemand mehr ein Mietshaus, eine Fabrik, einen Ziegelofen usw. bauen wird. Man wird die Ersparnisse lieber in Wallfahrtsreisen verausgaben, als Mietshäuser bauen, damit andere darin mietefrei in Saus und Braus leben können.

Aber hier wird mehr behauptet, als das Wort zinsfrei sagt. Die Miete eines Hauses besteht nur zum Teil, manchmal sogar in zentralen Lagen der Stadt, nur zum geringeren Teil aus Zins. Die Miete begreift die Grundrente, die Ausbesserungen, Abschrei-

bungen, Steuern, Versicherung, die privaten Ausgaben für Reinigung, Beaufsichtigung, Ausstattung usw., und den Zins. Oft mag der Zins 70 oder 80% der Miete ausmachen, oft auch nur 20 oder 30% . Wenn also der Zins auf 0 fällt, so bleibt immer noch ein genügender Rest an obigen Ausgaben, um zu verhüten, daß jeder Vagabund einen Palast für sich beansprucht.

Ebenso verhält es sich mit den übrigen Realkapitalien. Wer diese Realkapitalien in Benutzung hat, muß neben dem Zins noch erhebliche Ausgaben für Instandhaltung, Abschreibungen, Versicherungen, Grundrenten, Steuern usw. gewärtigen, Ausgaben, die aller Regel nach ein Vielfaches des Zinses betragen. Das Häuserkapital steht in dieser Beziehung noch am günstigsten.

Aber auch sonst ist der Einwand nicht richtig, namentlich auch nicht den bisher von ihren Renten lebenden Personen gegenüber.

Denn, werden diese Personen schon durch den Rückgang des Kapitalzinses zu größerer Sparsamkeit gezwungen, so werden sie durch das völlige Verschwinden des Zinses um so mehr darauf bedacht sein, das, was sie haben (und was jetzt kein Kapital mehr ist), möglichst langsam zu verzehren. Und das erreichen sie eben damit, daß sie von den jährlichen Abschreibungen ihres Kapitals nur einen Teil für persönliche Zwecke verausgaben, den Rest aber wieder für den Bau neuer Häuser, Schiffe usw. bestimmen, die ihnen keinen Zins, wohl aber Sicherheit gegen unmittelbaren Verlust bieten. Würden sie das Geld (Reformgeld) behalten, so würden sie nicht nur keinen Zins, sondern noch einen Verlust haben. Durch den Bau neuer Häuser vermeiden sie diesen Verlust.

So wird z. B. ein Aktionär des Norddeutschen Lloyd, der nach unserer Annahme keine Dividenden mehr zu erwarten hat, nicht verlangen, daß ihm der Betrag der Abschreibungen, womit der Lloyd heute die neuen Schiffe baut, voll ausbezahlt werde. Er wird sich mit einem Teil begnügen, um den Tag möglichst lange hinauszuschieben, an dem ihm der Rest seines Vermögens ausbezahlt wird. So werden also immer wieder neue Schiffe gebaut, trotzdem sie keinen Zins und nur Abschreibungen abwerfen. Freilich würde aber dennoch mit der Zeit das letzte Schiff des Norddeutschen Lloyd in Trümmer zerfallen, wenn nicht andere an die Stelle des von den Abschreibungen zehrenden, gewesenen Rentners einspringen würden, wenn nicht die von den Zinslasten befreiten Arbeiter das tun würden, was die

gewesenen Rentner nicht mehr tun können. Den Teil der Abschreibungen, den der gewesene Rentner verzehrt, werden also die Sparer ersetzen, allerdings auch nur mit der Absicht, um im Alter von den erwarteten Abschreibungen leben und zehren zu können.

Es ist also nicht nötig, daß die Häuser, Fabriken, Schiffe usw. Zins abwerfen, um die Mittel zu ihrer Herstellung von allen Seiten heranzulocken. Diese Dinge erweisen sich für alle Sparer als das beste Konservierungsmittel für die Ersparnisse. Indem das Volk die Überschüsse in Häusern, Schiffen, Fabriken anlegt, die keinen Zins eintragen, wohl aber sich in Abschreibungen wieder auflösen, spart es die Kosten der Wartung und Lagerung dieser Überschüsse, und zwar vom Tage, wo der Überschuß gemacht wurde, bis zum Tage, wo er verzehrt werden soll, und da zwischen diesen beiden Tagen oft Jahrzehnte liegen (ein Jüngling, der für sein Alter spart!) so sind es große Vorteile, die dem Sparer die genannten Anlagen bieten.

Der Zins ist ja sicher ein besonderer Reiz für den Sparer. Aber nötig ist dieser besondere Reiz nicht. Der Sparinstinkt ist auch ohne diesen Reiz machtvoll genug. Übrigens, so kräftig dieser Zinsreiz auch sein mag, so ist er doch keinesfalls stärker, als das Hindernis, das der Zins dem Sparer errichtet. Infolge der Zinslasten heißt sparen heute für die Volksmassen – entsagen, entbehren, hungern, frieren und nach Luft schnappen. Denn gerade durch den Zins, den der Arbeiter erst für andere aufbringen muß, wird der Arbeitsertrag derart stark beschnitten, daß in der Regel der Arbeiter an sparen überhaupt nicht denken kann. Ist also der Zins ein Sparreiz, so ist er in noch stärkerem Grade ein Sparhindernis. Der Zins beschränkt die Sparmöglichkeit auf ganz kleine Kreise, und die Sparfähigkeit auf den geringen Extrakt dieser Kreise, die den nötigen heroischen Entsamungsmut dazu haben. Geht der Zins auf 0 herunter, so steigt der Arbeitsertrag um den vollen Betrag der Zinslasten, und entsprechend erweitert sich die Sparmöglich- und Sparfähigkeit. Und es ist doch sicher leichter, von 200 Mk. 100 Mk. zu sparen, als von 100 Mk. 5 Mk. Und wahrscheinlich ist es auch, daß wenn jemand durch die Zinsaussichten mitbestimmt wurde, bei 100 Mk. sich und seinen Kindern 10 Mk. am Munde abzusparen, derselbe bei 200 Mk. ohne jenen Reiz aus natürlichen Spartrieben, wenn auch nicht 110 Mk., so doch erheblich mehr als 10 Mk. sparen wird.

In der Natur wird übrigens das Sparen ganz allgemein ohne Aussicht auf Zins geübt. Die Bienen und Hamster sparen, obschon ihnen der Schatz keinen Zins, wohl aber viele Feinde verschafft. Bei den Naturvölkern wird auch gespart, obschon dort von Zins keine Rede ist. Warum soll der Kulturmensch anders geartet sein? Man spart, um sich ein Haus zu bauen, man spart für die Hochzeit, fürs Alter, für Krankheitsfälle, und in Deutschland sparen manche sogar für ihre Totenmesse und für die Begräbniskasse. Und das Begräbnis wirft dem Toten doch keinen Zins ab. Und übrigens, seit wann spart der Proletarier für die Sparkasse? Brachte das in den Matratzen verborgene Geld früher Zins ein? Und solche Sparanlagen waren doch bis vor 30 Jahren allgemein Sitte. Auch die Wintervorräte bringen keinen Zins ein, dagegen viel Verdruß.

Sparen heißt, mehr Ware erzeugen, als verbrauchen. Ein Volk, das spart, erzeugt mehr Ware, als wie es für den unmittelbaren Verbrauch bestimmt. Aber was macht der Sparer, das Volk, mit diesen Überschüssen an Waren? Wer bewahrt diese Waren auf, und wer bezahlt die Kosten der Aufbewahrung? Wenn wir hier antworten: der Sparer verkauft seine Produktionsüberschüsse, so verlegen wir die Frage vom Verkäufer auf den Käufer, und auf ein Volk als Ganzes ist diese Antwort überhaupt nicht anwendbar.

Wenn nun jemand Ersparnisse macht, d. h. mehr Waren erzeugt als Ware verbraucht, und er findet jemand, dem er den Überschuß unter der Bedingung verleihen kann, daß ihm seine Ersparnisse ohne Zins, aber auch ohne Verluste, nach Jahr und Tag, wieder zurückerstattet werden, so ist das für den Sparer ein außerordentlich vorteilhafter Handel. Spart er doch die Unterhaltungskosten seiner Ersparnisse. Er gibt 100 Tonnen frischen Weizen in seiner Jugend, und in seinem Alter erhält er 100 Tonnen frischen Weizen gleicher Qualität zurück.

Die einfache, volle Rückerstattung des geliehenen Gutes enthält also, sobald wir nur das Gold aus dem Spiele lassen, eine recht bedeutende Leistung von seiten des Schuldners oder Borgers, nämlich die Kosten der Aufbewahrung des geliehenen Gutes. Diese Kosten müßte der Sparer tragen, wenn er niemand fände, der ihm die Ersparnisse abnimmt. Freilich, dem Borger verursachen die geliehenen Güter keine Aufbewahrungskosten, weil er diese (z. B. geliehenen Saatweizen) in der Reproduktion verbraucht, aber dieser Vorteil, der eigentlich dem Borger ge-

hört, überträgt der Borger im zinsfreien Darlehen ohne Gegenleistung auf den Verleiher.

Wären die Leiher zahlreicher als die Borger, so würden sich die Borger genannten Vorteil in der Form eines negativen Zinses bezahlen lassen.

Also von welcher Seite man auch das zinsfreie Darlehen betrachtet, Hindernisse natürlicher Ordnung stehen ihm nicht im Wege. Im Gegenteil. Je mehr der Zins fällt, um so eifriger wird an der Vermehrung der Häuser, Fabriken, Schiffe gearbeitet werden, und am stärksten wird gebaut werden, wenn die Mietskasernen, Fabriken, Kanäle, Eisenbahnen, Theater, Krematorien, Straßenbahnen, Kalköfen, Eisenhütten usw. gar keinen Zins mehr abwerfen werden.

Für von Boehm-Bawerk ist es ganz selbstverständlich, daß ein gegenwärtiges Gut höher eingeschätzt werden muß, als ein künftiges, und auf dieser Voraussetzung gründet er auch seine neue Zinstheorie. Und warum wäre das selbstverständlich? Darauf gibt er selbst die etwas wunderliche Antwort: Weil man Wein kaufen kann, der im Keller jährlich besser und teurer wird!! Weil also der Wein (v. *Boehm-Bawerk* hat unter allen Waren keine zweite gefunden, die diese wunderbare Eigenschaft besitzt) angeblich von selbst, ohne Arbeit, ohne Kosten irgend welcher Art, also auch ohne die Lagerkosten, im Keller jährlich besser wird, darum werden wohl auch die übrigen Waren, Kartoffeln, Mehl, Pulver, Kalk, Häute, Holz, Eisen, Seide, Wolle, Schwefelsäure, Modeartikel usw. jährlich auf Lager besser und teurer! Wenn aber diese Begründung richtig ist, so ist ja die soziale Frage in idealer Weise gelöst. Man braucht nur genügend Waren aufzuhäufen (wozu sich ja die Überproduktion und die Arbeiterreserven prächtig eignen), und dann kann das ganze Volk von den Renten leben, die die auf Lager immer besser und teurer (ein Qualitätsunterschied ist ökonomisch immer auf einen Quantitätsunterschied reduzierbar) werdenden Waren ohne Arbeit irgendwelcher Art abwerfen. Übrigens ist nicht einzusehen, warum man dann auch nicht umgekehrt folgern könnte: weil alle Waren, mit Ausnahme des Geldes und des Weines, in kurzer Zeit sich in Schutt und Moder verwandeln, darum verwandelt sich auch der Wein und das Geld in Moder!

—

Die Sorgen der Sparer gehen uns zwar nichts an, weil wir ja nur eine Theorie des Zinses geben wollen, aber es trägt vielleicht zur Klärung dieser Theorie bei, wenn wir uns diese Sorgen näher betrachten.

Nehmen wir also an, daß nach der Entfernung des Goldes aus der Zirkulationsbahn der Waren jemand sparen will, um im

Alter sorglos ohne Arbeit leben zu können. So stellt sich gleich die Frage ein, welche Gestalt er seinen Ersparnissen geben wird. Anhäufung seiner eigenen oder der Produkte anderer ist von vornherein ausgeschlossen, auch an einen Schatz in Reformgeld ist nicht zu denken. Da kämen zinsfreie Darlehen an Unternehmer, die neue Maschinen kaufen wollen, an Kaufleute, die ihre Geschäfte erweitern wollen, usw. in erster Linie in Betracht – und zwar je länger das Ziel der Rückzahlung, um so besser. Freilich läuft dabei unser Sparer die Gefahr, daß seine Schuldner ihm das Darlehen nicht zurückgeben werden. Aber diese Gefahr läßt er sich bezahlen in der Risikoprämie, um die sich übrigens auch heute der reine Zins jedes ähnlichen Darlehens erhöht. Will aber unser Sparer sich gegen solche Verluste sichern, so baut er mit seinen Ersparnissen ein Haus, und der Mieter bezahlt ihm in den jährlichen Abschreibungen die Kosten des Baues nach und nach zurück. Das Haus, bleibt für ihn ein Pfand. Und die Bauart des Hauses richtet der Sparer nach den Abschreibungen ein, die er zu haben wünscht. Er baut ein steinernes Haus, wenn er sich mit 2% Abschreibungen jährlich begnügt; er legt seine Ersparnisse in Schiffen an, die mit 10% Abschreibungen gebucht werden, er kauft eine Pulverfabrik, die mit 30% Abschreibungen rechnen muß. Kurz, er hat die Wahl. Ähnlich wie die Energie, die die Kinder Abrahams im Bau der Pyramiden anhäuferten, heute nach 4000 Jahren durch Herabschleudern der Bausteine ohne Verlust wieder lebendig gemacht werden kann, so würden die in einem zinsfreien Hause verbauten Ersparnisse in der Miete in Form von Abschreibungen wieder unverkürzt zum Vorschein kommen, ohne Zinsen zwar, aber immer noch mit dem ganz unberechenbaren Vorteil, daß der Sparer seine Überschüsse über die Zeit hinweg, wo er sie nicht brauchte, ohne Verlust hinüberleitet in die Zeit, da er Gebrauch davon machen will.

Wer also eine Mietskaserne mit der Absicht baut, sie zinsfrei zu vermieten, der ist ungefähr in der gleichen Lage, wie jemand, der sein Geld zinsfrei auf Ratenabzahlung gegen Pfand verleiht.

Und wer ein Haus zinsfrei mietet, oder einen Arbeiter beschäftigt, dessen Lohn die Ausschüttung einer Dividende für den Aktionär nicht mehr zuläßt, ist auch wieder in der gleichen Lage, wie ein Mann, der sich ein pfandgesichertes Darlehen auf Abzahlung und zinsfrei geben läßt.

In der Praxis wird es aber wohl so kommen, daß Lebensversicherungsgesellschaften den Sparern alle Sorgen abnehmen werden, indem diese mit den Geldern der Sparer die Häuser, Schiffe, Fabriken bauen werden und dann aus den Abschreibungen dieser Dinge den Sparern eine lebenslängliche Pension zahlen. Kräftigen Männern 5%, der Einlagen, kränklichen oder älteren Leuten 10 oder 20% Unter solchen Verhältnissen gäbe es allerdings keine Erbonkel mehr. Mit dem letzten Nagel des Vermögens wird der Sarg zugeschlagen. Der Sparer zehrt von seinem Gute, sowie er zu arbeiten aufhört, und mit dem Tode ist es aufgezehrt. Übrigens braucht auch unter solchen Verhältnissen niemand seine Nachkommen mit einem Erbe auszustatten. Ausstattung genug ist es für alle, wenn man die Arbeit von den Zinslasten befreit. Der von den Zinslasten befreite Mann braucht nichts zu erben, wie auch der Jüngling zu Nain keine Krücken mehr brauchte. Er schafft selber Hab und Gut, und mit seinen Überschüssen speist er die Kassen der gedachten Versicherungsgesellschaften, so daß die Abschreibungen an den Häusern, Schiffen usw., die den Alten ausgezahlt werden, mit den Ersparnissen der Jungen immer wieder durch Neubauten ausgefüllt werden. Die Ausgaben für die Alten werden durch die Ersparnisse der Jungen gedeckt.

Ein Arbeiter mag heute an Wohnung, Arbeitsmitteln, Eisenbahnen, Schiffen, Läden, Spitälern, Krematorien usw. ein Kapital von 20 000 oder 50 000 Mk. verzinsen. D. h. an Kapitalzins muß er jährlich direkt in Lohnabzügen, indirekt in den Warenpreisen usw., 1000 oder vielleicht auch 2000 Mk. jährlich aufbringen (neben der Grundrente selbstverständlich). Ohne den Kapitalzins würde sein Arbeitsertrag sich verdoppeln, vielleicht auch verdreifachen. Wenn nun ein solcher Arbeiter bei 1000 Mk. Lohn heute jährlich 100 Mk. spart, so wird er lange brauchen müssen, ehe er von seinen Renten wird leben können. Dies um so mehr, als er durch sein Sparen ja heute die periodischen Krisen auslöst, die ihn immer wieder zwingen, seine Ersparnisse anzugreifen, wenn er sie nicht gar in der durch seine Sparsamkeit hervorgerufenen Krise und im Bankrott seiner Bank verliert, wie das ja manchmal vorkommen soll.

Hat dagegen der Arbeiter durch die Beseitigung des Zinses doppelte Einnahmen, so kann er in dem angenommenen Fall nicht 100 Mk, sondern 1100 Mk. jährlich sparen, und wenn auch das Gesparte sich nicht mehr durch Zins „von selber“ vermehrt,

so wird doch am Ende der Sparjahre eine solche Differenz zwischen dem, was er früher mit Zins und dem, was er jetzt ohne Zins gespart hat, bestehen, daß er die Zinsen gerne vermissen wird. Und diese Differenz wird nicht einfach im Verhältnis stehen wie 100 + Zins zu 1100, sondern bedeutend größer sein, weil der Arbeiter nicht mehr durch Perioden von Arbeitslosigkeit gezwungen sein wird, von den Ersparnissen zu zehren.

—

Noch eine Einwendung haben wir zu widerlegen, die man gegen die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt erhebt.

Man sagt, daß man mit mehr oder besseren Maschinen billiger produzieren kann, daß darum jeder Unternehmer ein Herabgehen des Zinses dazu benutzen wird, um seine Fabrik zu erweitern oder zu verbessern. Woraus dann gefolgert wird, daß der Rückgang des Zinses und besonders die Zinsfreiheit eine solche Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt von Seiten der Unternehmer auslösen muß, daß das Angebot sie nicht decken kann, weshalb dann der Zins überhaupt nicht auf Null fallen kann.

Wer diesen Einwand erhebt, vergißt, daß wenn es sich um eine einfache Erweiterung des Unternehmens handelt (10 Drehbänke an Stelle von 5; 10 Ziegelmaschinen, wo bisher 5 arbeiteten usw.), diese nicht ohne entsprechend mehr Arbeiter ausgenutzt werden kann. Die Nachfrage nach Geld zwecks Vergrößerung einer Fabrik bedeutet also auch gleichzeitig eine entsprechend vergrößerte Nachfrage nach Arbeitern, die durch erhöhte Lohnforderungen den vom Unternehmer von der Erweiterung seines Unternehmens erwarteten Vorteil wieder nullifizieren. Durch die einfache Vergrößerung seiner Fabrik kann also ein Unternehmer keinen besonderen Vorteil von den zinsfreien Darlehen erwarten, und darum wird die Zinsfreiheit kein Reizmittel sein, dessentwegen die Unternehmer eine grenzenlose Nachfrage nach zinsfreien Darlehen halten. Diese Grenze ist durch die Lohnforderungen der Arbeiter gezogen, denen ganz allein die Zinsfreiheit zu gute kommt. Und das ist ja auch natürlich – denn das Verhältnis des Unternehmers und Arbeiters ist im Grunde durch nichts verschieden von dem Verhältnis, das zwischen Pfandleihern und Pfandborgern besteht, und ein Herabgehen des Zinses kommt den Borgern zugute.

Der Unternehmer kauft nicht die Arbeit oder die Arbeitszeit, auch nicht die Arbeitskraft, denn er verkauft auch keine Arbeitskraft. Was er kauft und verkauft, das ist das Arbeitsprodukt, und der Preis, den er dafür bezahlt, richtet sich nicht nach den Kosten der Pro- und Reproduktion des Arbeiters (der Unternehmer schert sich den Teufel um die Reproduktion des Arbeiters, das erkennt man doch klar genug am Arbeiter selber), sondern einfach nach dem, was der Konsument dafür bezahlt. Von diesem Preis zieht der Unternehmer den Zins der maschinellen Anlagen, die Kosten der Rohstoffe plus Zins und den Lohn seiner eigenen Arbeit ab. Der Zins entspricht der Regel nach dem Urzins, der Lohn des Unternehmers unterliegt, wie jeder Arbeitslohn, dem Gesetze des Wettbewerbs, und mit dem Rohstoff, den der Unternehmer verarbeiten läßt, handelt der Unternehmer so, wie jeder Krämer mit seinen Waren handelt. Der Unternehmer schießt dem Arbeiter Maschinen und Rohstoffe vor und zieht den Zins davon vom Produkte des Arbeiters ab – der Rest ist der sogen. Lohn, der im Grunde nichts anderes ist, als der Preis der vom Arbeiter gelieferten Ware.

Die industriellen Anlagen sind somit wirklich nichts anderes als Pfandhäuser. Zwischen einem Pfandhausbesitzer und Krupp ist kein Qualitäts- sondern nur ein Quantitätsunterschied. Dieser Charakter der Fabrik kommt beim Stücklohn ganz nackt zum Vorschein. Stücklohn ist aber im Grunde aller Lohn, denn der Lohn richtet sich nach den Stücken, die der Unternehmer sich vom einzelnen Arbeiter verspricht.

Aber neben der einfachen Vergrößerung der Unternehmungen, die die Nachfrage nach Arbeitern vergrößert, gibt es noch eine eigentliche Verbesserung der Arbeitsmittel, die es gestattet, mit der gleichen Anzahl Arbeiter mehr Ware zu erzeugen. Ein Bauer z. B. kann die Zahl seiner Pflüge verdoppeln, aber dann muß er auch die Zahl der Knechte verdoppeln. Kauft er aber einen Dampfpflug, so bebaut er eine doppelte Fläche, ohne die Zahl der Knechte zu verdoppeln.

Für solche *Verbesserung* der Arbeitsmittel (die immer scharf von der Vermehrung der Arbeitsmittel zu scheiden ist) besteht freilich immer unbegrenzte Nachfrage. Schon allein um konkurrenzfähig zu bleiben, ist jeder Unternehmer gezwungen, die alte Fabrik in Brand zu setzen und eine neue zu bauen, sowie die Erfinder etwas besseres zu Stande gebracht haben. Und die Unternehmer, die dann auf solche Ausgaben nicht vorbereitet sind, halten Nachfrage nach Darlehen.

Dennoch kann man hieraus nicht folgern, daß die Nachfrage nach zinsfreien Darlehen für die Verbesserung der Arbeitsmittel *zu jeder Zeit* unbegrenzt sein muß, daß also das An-

gebot niemals die Nachfrage erreichen kann, die sich automatisch bei Zinsfreiheit einstellt, und zwar kann man dies deshalb nicht folgern, weil für solche Verbesserungen der Produktionsmittel das Geld für ihre Beschaffung überhaupt erst in zweiter Linie in Betracht kommt.

Jeder, der gelernt hat, einen Besen zu binden, kann auch deren hundert binden. Verlangt man aber von ihm, mit zinsfreiem Geld in der Hand, eine Verbesserung seiner Arbeitsmittel, um mehr oder bessere Ware mit gleicher Arbeit zu erzielen, so wird er die Antwort schuldig bleiben. Eine Verbesserung der Arbeitsmittel ist ein geistiges Produkt, das man nicht wie Kartoffeln und Werttheorien das Dutzend zu so und so viel kaufen kann. Man kann sie nicht einfach bestellen, auch mit noch so „billigem“ Geld nicht. Ungezählte Millionen könnten die Bürger immer durch Verwertung von Patentrechten einstecken, und zwar als Eigentum, nicht als zinsfreies Darlehen, jedoch melden sich diese Bierphilister nicht.

Es mag sein, daß in 10 oder 100 Jahren die Arbeitsmittel derart verbessert sein werden, daß die Arbeiter durchweg das doppelte, das fünf- oder zehnfache leisten werden. Und jeder Unternehmer hat dann für solche Verbesserung auch schon die Bestellung versandbereit. Aber heute müssen die Unternehmer die altertümlichen Maschinen gebrauchen, die ihnen der barbarische Stand unserer heutigen Technik liefert.

Aber davon abgesehen. Nehmen wir an, es würde eine kostspielige Maschine erfunden, mit welcher jeder durchweg sein Produkt verdoppelt, so würde eine solche Erfindung eine riesenhafte Nachfrage nach Darlehen für die Beschaffung der neuen Maschine auslösen. Und wenn wir vorher zinsfreie Darlehen hatten, so würde diese Nachfrage den Zins wieder zum Vorschein bringen. Der Zins könnte sogar unter diesen angenommenen Verhältnissen (die das gesamte Realkapital zum alten Eisen werfen) eine nie dagewesene Höhe erreichen. Aber das würde nicht lange dauern, denn die durch das neue Arbeitsmittel jetzt um die Hälfte billiger gewordenen Produkte (billig nicht im Sinne eines Preisrückganges, sondern billig, weil man mit der gleichen Arbeit jetzt doppelte Produkte und mit dem doppelten Produkte doppelte Quantitäten Ware eintauschen kann) würden den Bürgern gestatten, außerordentliche Ersparnisse zu machen, deren Angebot die außerordentliche Nachfrage nach Leihgeld bald ein- und überholen würde.

Das hier Gesagte bezieht sich auch und in noch höherem Grade auf die Verbesserungen des Ackerbodens. Freilich, bei oberflächlicher Betrachtung wird man die bei zinsfreien Darlehen rechnerisch möglich werdenden Meliorationen für ein Ungeheuer halten, das alle Sparmittel des Volkes ohne Verdauungsbeschwerden verschlingen kann. Es lohnt sich bei 0% Zins jede Melioration, von der sich überhaupt Vermehrung des Bodenproduktes erwarten läßt; sie lohnt sich selbst dann noch, wenn die Rückzahlung des Darlehens aus den Netto – Mehrerträgen Jahrhunderte in Anspruch nimmt.

Bei 5% Zins mag es sich lohnen, einen Wald in Kanada abzuhausen und als Weide einzurichten, wobei es dem Zahn der Zeit überlassen bleibt, die Stümpfe zu beseitigen. Bei 4% lohnt es sich, die Stümpfe mit Dynamit zu beseitigen. Bei 3% lohnt es sich den Boden zu rigolen, bei 2% ihn zu planieren, bei 1% ihn zu bewässern, und bei 0% endlich wird man die ganze Ackerkrume durchsieben können, um die Steine zu entfernen!

Aber hier ist wieder zu bedenken, daß jede ständige Verbesserung des Bodens auch die für die Ernährung des Volkes nötige Bodenfläche einschränkt, daß jede Einschränkung der nötigen Bodenfläche auf die Grundrente drückt, und daß jede Ersparnis des Volkes an den Grundrenten wieder die Mittel liefert, um die Nachfrage nach Darlehen für Bodenmeliorationen zu decken. Bearbeitet man z. B. die Oberfläche des Deutschen Reichs in der bezeichneten Weise, so genügt vielleicht schon $\frac{1}{2}$ dieser Fläche, um die heute nötigen Lebensmittel hervorzubringen. Dann aber bleibt die Resthälfte der heutigen Ackerfläche brach liegen zu jedermanns Verfügung, weil einfach überflüssig. Dieses überflüssige Land bringt dann überhaupt keine Rente mehr ein und drückt außerdem noch auf die Rente der bebauten Fläche [Der Einfluß des Zinses auf die Grundrente ist eingehender in meiner Schrift: Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitstag behandelt.].

Es ergibt sich hieraus, daß die Ackergrundrente zum großen Teil, wie der Zins der Realkapitalien, auf dem Urzins fußt, daß nicht die gesamte heutige Ackerfläche bei zinsfreien Darlehen in der erwähnten Weise in Bearbeitung genommen würde, sondern nur ein Teil, daß die Ersparnisse an Grundrenten und die Mehrerträge des verbesserten Bodens (bei gleicher Arbeit) selber wieder das Angebot zu der für Meliorationen bestimmten Nach-

frage nach Darlehen auslösen, und daß es sich also auch hier nicht um ein Danaidenfaß für zinsfreie Darlehen handelt.

Man kann also sagen, daß jede Nachfrage nach Darlehen, die für die Verbesserung der Arbeitsmittel gemacht wird, selber wieder das Angebot zur Deckung dieser Nachfrage mit großem Überschuß auslösen muß.

—

Von welcher Seite wir auch die Deckung der Nachfrage nach Darlehen im Sinne einer durch diese Deckung bewirkten Beseitigung des Zinses betrachten mögen, Hindernisse natürlicher Ordnung stehen einer solchen Deckung nicht im Wege, weder auf Seiten der Nachfrage, noch auf Seiten des Angebots. Sowie wir das herkömmliche Geld aus dem Spiele lassen, ist die Bahn frei, sowohl für zinsfreie Darlehen, wie für zinsfreie Wohnungen und Arbeitsmittel. Die Beseitigung des Zinses ist ein natürliches Produkt einer natürlichen Ordnung, die durch keine künstlichen Eingriffe gestört wird. Alles in der Natur des Menschen, ebenso wie in der Natur der Produktionsverhältnisse, drängt auf eine unaufhaltsame Vermehrung der sogenannten Realkapitalien hin, eine Vermehrung, die nicht einmal beim völligen Wegfall des Zinses innehält. Und als einzigen Störenfried in dieser Ordnung haben wir den Umstand erkannt, daß das herkömmliche Tauschmittel dank eigentümlichen, fremdartigen Vorzügen, die Möglichkeit bietet, die Nachfrage, ohne unmittelbaren Schaden für den Inhaber des Tauschmittels, willkürlich hinauszuschieben, während das Angebot durch körperliche Eigenschaften der Waren jedes Zögern mit Bußen aller Art ahndet.

—

Wir haben die wertleugnende Lehre vom Zins jetzt schon von so vielen Seiten kennen gelernt, daß wir nun am Schlusse eine Frage aufwerfen und beantworten können, die eigentlich in natürlicher Rangordnung an die Spitze des Kapitels zu stellen gewesen wäre, die ich aber geflissentlich bisher zurücksetzte, weil zu ihrer richtigen Erfassung Kenntnisse und Umsicht nötig sind, die wir hier am Schlusse natürlich eher voraussetzen können, als zu Anfang.

Wir sagen, daß das Geld als Tauschmittel darum Kapital ist, weil es den Warenaustausch unterbinden kann, und folgerichtig müssen wir nun auch sagen können, daß, wenn wir dem Geld durch die vorgeschlagene Reform die Fähigkeit nehmen, den Warenaustausch zu unterbrechen, das Geld als Tauschmittel

kein Kapital mehr sein kann, d. h. daß das Geld den Urzins nicht mehr erheben kann.

Gegen diese Folgerung ist nichts einzuwenden. Sie stimmt.

Aber wenn man nun weiter folgern und sagen würde: Da das Geld von den Waren keinen Zins mehr erheben kann, so wird man auch am Tage der Einführung der Geldreform schon mit zinsfreien Darlehen rechnen können –, so stimmt das nicht.

Als Tauschmittel den Waren gegenüber wird das Geld kein Kapital mehr sein. Es wird die Zirkulation der Waren nicht mehr besteuern können. Aber daß das Geld, *zusammen* mit den Waren noch eine Weile Kapital sein kann und sein wird, das ist damit nicht bestritten. Es ist das eine ganz andere Frage, eine Frage, die alles, was wir bisher vom Urzins gesagt haben, noch einmal wie in einem Brennpunkt konzentriert.

Als Tauschmittel unmittelbar den Waren gegenüber, also direkt im Handel, in der Zirkulationsbahn der Waren, wird das Reformgeld kein Kapital mehr sein können, ebensowenig wie die Waren einander gegenüber sich als Kapital erweisen können. Die Waren werden mit dem Reformgeld ebenso zinsfrei ausgetauscht werden, wie es im Tauschhandel geschieht, wo man sich die Erhebung eines Zinses überhaupt nicht vorstellen kann. Aber wie zur Zeit des Tauschhandels die Ware [Gegenstände, die man verleiht, sind eigentlich keine Waren mehr.] in *Darlehngeschäften* sehr wohl (zeitweise wenigstens) positiven wie auch negativen Zins erheben resp. bezahlen konnte, so wird mit dem Reformgeld bei *Darlehen* (also nicht beim Tausch der Waren) um positiven wie negativen Zins gehandelt werden. Es wird, wie heute, ganz davon abhängen, in welchem Verhältnis Angebot und Nachfrage bei Darlehen stehen wird (während dieses Verhältnis bisher auf den Urzins ganz ohne Einfluß war).

Und es ist ganz unzweifelhaft, daß das den Zins bedingende Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot noch nach der Geldreform eine ganze Weile fortbestehen und nur nach und nach verschwinden wird. Das tausendjährige Produkt des herkömmlichen Geldes, d.h. der Mangel an Realkapital, kann nicht durch die 24stündige Arbeit einer lithographischen Presse gutgemacht werden. Den Mangel an Häusern, Schiffen, Fabriken kann buntes Geldpapier selbstverständlich nicht beseitigen. (Dies war ja von jeher der Wahn der Papiergeld- und Geldpapier-

Apostel.) Das Reformgeld wird den Bau von Häusern, Fabriken, Schiffen in unbegrenzter Menge gestatten; es wird den Volksmassen erlauben, nach Herzenlust zu arbeiten, zu schwitzen und zu fluchen. Es wird aber selbst keinen Stein zu den fehlenden Städten liefern. Die lithographischen Pressen, auf denen das Reformgeld gedruckt wird, werden an und für sich nicht einen einzigen Tropfen zu dem Meere von Realkapitalien liefern, das zur Ersäufung des Kapitalzinses unentbehrlich ist und durch jahrelanges, fleißiges und mühsames Arbeiten geschaffen werden muß, ehe von Zinsfreiheit die Rede sein kann. Die Freiheit muß immer erkämpft werden, wenn sie von Bestand sein soll, und so muß auch die Zinsfreiheit erkämpft, erarbeitet werden. Schweißtriefend soll das Volk das zinsfreie Haus, die zinsfreie Fabrik betreten, den zinsfreien Zukunftsstaat erobern.

Am Tage, an dem das Gold von seinem Throne gestoßen wird und das Reformgeld die Aufgabe übernimmt, den Austausch der Waren zu vermitteln, wird sich überhaupt nichts Nenneswertes in bezug auf den Zins ereignen. Der Zins der bestehenden Realkapitalien bleibt vorläufig. Und auch die neu hinzukommenden Realkapitalien, die das Volk in nun ungehinderter Arbeit schaffen wird, werden Zins abwerfen. Sie werden nur auf den Zins drücken und zwar in dem Maße, wie ihr Quantum wachsen wird. Wenn neben der Stadt Berlin, Hamburg, München noch eine zweite und größere Stadt erbaut sein wird – dann wird das Angebot von Wohnungen vielleicht die Nachfrage decken und der Zins derselben auf 0 fallen.

Die heutige (*Marxsche*) Lohntheorie der Arbeiter wirkt lähmend auf die Arbeit. Je kürzer die Arbeitszeit, und je schlechter sie ausgenutzt wird, um so geringer der Zins (Mehrwert) – so sagt diese Theorie. Die wertleugnende Theorie des Zinses sagt im Gegenteil = je mehr produziert wird – um so kleiner der sog. Mehrwert, um so kleiner die Macht des Kapitals. Freilich gehört als Voraussetzung solcher ungehinderter Arbeit die Reform des Geldes. Wenn heute schon die Arbeiter nach dieser wertleugnenden Lohntheorie handeln wollten, so würden sie nur den Zeitraum von Krise zu Krise verkürzen. Wie sehr der Geist, der die Arbeiter beherrscht, die Arbeit fördern kann, wie schnell darum auch der Kapitalismus überwunden sein wird, wenn einmal die Arbeiter ihre heutige Lohntheorie für falsch erkannt haben und von ihrem Fleiß allein die Beseitigung des Zinses erwarten werden, zeigen uns die Worte des Maurers *Merten*, den *Lilly Braun* in ihren Memoiren S.462 also reden läßt: Sie hätten die Bauern sehen sollen, wie unser Haus – eins – zwei – drei haste nich gesehn! aus der Sandkule herauswuchs! Wir hatten

ja nur Sonntags Zeit zur Arbeit. Aber die Steene flogen man so. An einem Sonntag in aller Frühe, als sie nach Jusow zur Kirche fuhren, fingen wir zu buddeln an, und als sie nach dem letzten Amen wieder vorbeikamen, sahen die Mauern schon aus der Erde.

Wenn aber die Realkapitalien noch Zins abwerfen und man mit Geld Waren kaufen kann, die sich zu neuen Realkapitalien vereinigen lassen, die Zins abwerfen, so ist es klar, daß wenn jemand ein Darlehen in Geld braucht, er dafür den gleichen Zins zahlen muß, den das Realkapital einbringt, und zwar selbstverständlich nach dem Gesetze des Wettbewerbs.

Darlehen in Reformgeld werden also so lange verzinst werden müssen, wie die Realkapitalien Zins abwerfen. Wie die Realkapitalien dank dem Mangel an solchen, den das Metallgeld geschaffen hatte, noch eine Zeit lang als Kapital bestehen werden, so werden ihre Bestandteile, also Ware und Geld, auch noch eine Zeit lang Kapital sein.

Bis dahin war der Realkapitalzins abhängig vom Urzins; jetzt ist der Urzins beseitigt, und die Höhe des Darlehenszinses richtet sich genau nach dem Zins des Realkapitals. Man wird also bei Gelddarlehen nicht darum Zins zahlen, weil das Geld den Waren einen Tribut aufbürden kann, sondern weil die Nachfrage nach Darlehen vorläufig noch das Angebot überwiegt.

Der Urzins war kein Darlehenszins; der Tausch des Geldes gegen Ware und der hierbei erhobene Tribut hatte absolut nichts gemein mit einem Darlehen. Der Urzins wurde darum auch nicht durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Der Produzent gab im Tausch für das Geld seine Ware her. Es war ein Tauschgeschäft, und der Urzins wurde dabei erhoben, weil der Geldinhaber den Tausch gestatten und untersagen konnte. Der Urzins entsprach dem Qualitätsunterschied, der zwischen dem Wechsel als Tauschmittel (neben Urwirtschaft und Tauschhandel) und dem baren Geld bestand. Kein Angebot von Geld, und mochte es noch so groß sein, vermochte, diesen Qualitätsunterschied und darum auch den Zins zu beseitigen.

Beim Zins der Realkapitalien dagegen handelte es sich nicht um einen Tausch, sondern um ein Darlehen. Der Grundbesitzer verleiht den Boden an den Pächter, der Hausbesitzer verleiht das Haus an den Mieter; der Fabrikant verleiht die Fabrik an die Arbeiter; der Bankier verleiht das Geld an den Schuldner – aber der Kaufmann, der den Zins von den Waren erhebt,

verleiht nichts – er tauscht. Der Pächter, der Mieter, der Arbeiter, der Schuldner geben zurück, was sie erhalten haben; der Kaufmann erhält für sein Geld etwas vom Geld ganz Verschiedenes. Darum hat auch der Tausch mit dem Darlehen nichts gemein, darum aber auch wird der Urzins von ganz anderen Umständen beeinflußt, als der Zins der Realkapitalien. Und eigentlich müßte man ganz davon abgehen, diese beiden so verschiedenen Dinge mit dem gleichen Worte Zins zu bezeichnen.

Der Zins der Realkapitalien wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Er unterliegt dem Gesetze des Wettbewerbes. Er kann durch eine einfache Verschiebung im Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot beseitigt werden. Niemals wäre das möglich beim Urzins. Der Zins der Realkapitalien wurde bisher vor einer solchen Verschiebung geschützt, weil das Angebot von Realkapital im Urzins einen unüberwindlichen Widerstand fand.

Mit der Geldreform wird dieser Widerstand gebrochen, aber es bleibt noch die Leere auszufüllen.

Noch besteht das für den Zins unerläßliche Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von Darlehen jeder Art – Darlehen in Gestalt von Mietshäusern, von Fabriken, Maschinen, wie auch in Gestalt von Geld.

Aber der Stoff für den Zins dieser Gelddarlehen kommt jetzt nicht mehr aus der Warenzirkulation als G. W. G.', sondern aus der Produktion.

Es ist ein Teil des Produktes, den der Borger mit Hilfe des Darlehns mit gleichen Kosten mehr erzeugen kann und den der Geldverleiher für sich beanspruchen kann, weil Nachfrage und Angebot es ihm gestatten.

Der Urzins hatte mit der Produktion, mit dem Arbeitslohn absolut nichts zu tun. Er wurde außerhalb der Produktion beim Austausch erhoben. Nicht als Anteil an den mit dem Darlehen mehr erzeugten Produkten, *sondern als ein Teil aller Produkte überhaupt*, die auf das Geld als Tauschmittel angewiesen waren. Er wäre auch erhoben worden, wenn alle Arbeiter mit eigenen, genau gleichen Arbeitsmitteln versehen gewesen, wenn alle Schulden bezahlt wären, wenn jeder seine Einkäufe bar bezahlte, wenn jeder im eigenen Hause wohnte, wenn der Markt für Darlehen geschlossen, wenn alle Anleihen verboten, wenn der Zins kirchlich und gesetzlich verboten worden wäre.

Die Nachfrage nach Darlehen, namentlich in Form von Arbeitsmitteln, kommt daher, daß man mit diesen Arbeitsmitteln

mehr oder bessere Produkte erzielt, als ohne solche. Stößt nun der Arbeiter bei dieser Nachfrage auf ein ungenügendes Angebot, so muß er von dem, was er mit dem gewünschten Arbeitsmittel mehr zu erzeugen hofft, einen Teil an den Verleiher abgeben, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil es das bestehende Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot so will. Und dieses Verhältnis wird nach Einführung der Geldreform noch eine zeitlang fortbestehen.

So lange das Produktionsmittel Kapital ist, ist auch das Produkt Kapital, *aber nicht als Ware*, nicht dort, wo um den Preis gehandelt wird. Denn einander gegenübergestellt würden sich die Zinsrechnungen der Waren aufheben. Aber außerhalb der Warenzirkulation, dort wo es sich um die Bedingungen eines Darlehens (nicht also um Preise) handelt, nicht den Käufern, sondern den Borgern gegenüber, da kann das Produkt Kapital sein, und es muß es sogar sein, so lange das Produktionsmittel Kapital ist. Gerade umgekehrt verhält es sich mit dem herkömmlichen Geld. Dieses zieht seinen Tribut nicht von den Borgern, sondern aus der Warenzirkulation. Es hat seinen Saugapparat direkt in die Blutbahn des Volkes gesenkt. Mit dem Reformgeld wird dem Tauschmittel dieses Organ amputiert. Und darum ist das Reformgeld an und für sich kein Kapital mehr. Es kann den Zins nicht mehr unter allen Umständen erpressen. Es leidet das Schicksal der Waren und ihrer Produktionsmittel, die auch nur so lange Zins erheben können, als wie das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt. Fällt der Zins der Realkapitalien auf 0, so sind auch die Produkte, die Waren, kein Kapital mehr, und dann ist auch das zinsfreie Gelddarlehen Tatsache. Mit der Geldreform verschwindet der Urzins gleich von dem Augenblick an, wo das Reformgeld den Waren entgegentritt. Den Waren gegenüber ist das Reformgeld unbewaffnet, wie ein Wolf mit einem Maulkorb mitten in einer Schafsherde. Keine noch so starke Vermehrung des Geldbestandes konnte den Urzins beeinflussen. Aber das Verschwinden des Urzinses ist kein Grund für das sofortige Verschwinden des Darlehenszinses. Das Reformgeld wird nur den zinsfreien Darlehen die Bahn frei machen – mehr nicht.

Hier wird ein Vergleich mit dem Tauschhandel wieder nützlich sein. Im Tauschhandel werden die Waren ohne Zins gegeneinander ausgetauscht. Wenn aber zur Zeit des Tauschhandels jemand eine Ware nicht in Tausch, sondern als Darlehen begehrte, so kam es ganz allein darauf

an, in welchem Verhältnis Nachfrage und Angebot bei Darlehen stand, um festzustellen, ob überhaupt und wie viel Zins gefordert werden konnte. Konnte man ein Haus vermieten, und als Miete mehr als die Abschreibungen erheben, so war es selbstverständlich, daß jeder, der ein Haus in seinen Bestandteilen mietete (also in Form von Darlehen in Holz, Kalk, Eisen usw.), auch Zins dafür zahlen mußte.

Die teilweisen Wiederholungen in diesem Kapitel waren notwendig, um der Gefahr vorzubeugen., daß der Urzins des Geldes mit dem Darlehenszins verwechselt werde.

Wie man den Kapitalzins bisher zu erklären versuchte.

Wer nun weiß, welchen Umständen die Wohnungen, Arbeitsmittel, Schiffe usw. und das Geld ihren Kapitalcharakter verdanken, wird nun auch wissen wollen, wie man bisher den Zins zu erklären versuchte. Wer sich hierüber gründlich unterrichten will, findet die Zinstheorien sehr vollständig dargestellt in *Dr. Eugen v. Boehm-Bawerks* Buch „Kapital und Kapitalzins“ [Innsbruck, Verlag der Wagnerschen Universitäts-Buchhandlung]. Die hier folgende Aufzählung dieser Theorien entnehme ich diesem Buche. Der Verfasser stellt die Frage: Woher und warum empfängt der Kapitalist den Zins, und die Antworten, die er darauf erhält, klassifiziert er in der Hauptsache:

1. in Fruktifikationstheorien;
2. in Produktivitätstheorien;
3. in Nutzungstheorien;
4. in Abstinenztheorien;
5. in Arbeitstheorien;
6. in Ausbeutungstheorien.

Da *v. Boehm-Bawerk* sich nicht darauf beschränkte, diese verschiedenen Theorien zu kritisieren, sondern auch selbst eine eigene Zinstheorie aufstellte, so war es fast unausbleiblich, daß er bei der Kritik der fremden Zinstheorien unter dem Einfluß der eigenen Zinstheorie stehen mußte und daß infolgedessen gerade solche Aussagen, die gegen oder für seine eigene Theorie sprachen, sein Interesse ganz besonders in Anspruch nahmen, vielleicht auf Kosten anderer Aussagen, die, von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, stark an Bedeutung gewinnen und vielleicht eine gründlichere Behandlung verdienten, als sie ihnen *v. Boehm-Bawerk* zukommen läßt. So finde ich z. B. S.47 folgenden Passus:

„*Sonnenfels* [*Sonnenfels*, Handlungswissenschaft, 2. Aufl., Wien 1758.], von *Forbonnais* beeinflusst [Wie und wo, wird nicht erwähnt.], sieht den Ursprung des Zinses in einer Hemmung des Geldumlaufes durch die geldanhäufenden Kapitalisten, aus deren Händen sich das Geld nur durch einen im Zinse dargebotenen Tribut wieder hervorlocken läßt. Er sagt dem Zinse allerlei schädliche Folgen nach; daß er die Ware verteuere, den Gewinn der Emsigkeit (also wohl den Arbeitsertrag) vermindere und den Besitzer von Geld an demselben Teil nehmen lasse. Ja er bezeichnet die Kapitalisten als die Klasse derjenigen, die nicht arbeiten und sich von dem Schweiß der arbeitenden Klassen nähren.“

Für uns wäre nun ein Mann, der solche Ansichten verfiicht, eine interessante Persönlichkeit, aber v. *Boehm-Bawerk* würdigt diese Theorie keiner Kritik und fertigt den Urheber kurz ab, indem er von widerspruchsvoller Beredsamkeit“ spricht. Und so mag es sein, daß, wer die Zinsliteratur vom Standpunkt des Urzinses aus betrachtet, manche interessante Aussage für den Beweis finden würde, daß die selbständige, zinszeugende Kraft des herkömmlichen Geldes nicht erst jetzt entdeckt und nachgewiesen worden ist.

Wir wollen nun hier kurz, ganz kurz, den Inhalt der oben bezeichneten 6 Theorien wiedergeben und verweisen im übrigen alle, die sich für die Geschichte der Kapitalzinstheorien interessieren, auf das oben genannte vorzügliche Werk von v. *Boehm-Bawerk*.

Eine gründliche Kritik dieser Theorien erübrigt sich, da mit Hilfe der Urzinstheorie jeder jetzt in der Lage ist, den Punkt anzugeben, wo die Forscher durch Erlkönigs Töchter vom geraden Weg abgelenkt wurden und sich in Wertsümpfe verirren.

Die *Fruktifikationstheorie* erklärt den Zins mit einem kolossalen Salto mortale aus der Grundrente. Weil man mit Geld einen Acker kaufen kann, der Zins abwirft, darum muß auch das Geld und alles, was mit Geld gekauft werden kann, Zins abwerfen. Ganz recht, aber diese Theorie sagt überhaupt nichts, da die Erklärung fehlt – warum man mit Geld, das man für steril erklärt, einen Acker kaufen kann, der Zins abwirft. Unter den Männern, die diese „Theorie“ verbreiteten, finden wir *Turgot* und *Henry George*. Wie diese Braven in diese leichtsinnige Gesellschaft geraten sind, ist unerklärlich. Wahrscheinlich handelt

es sich bei ihnen um nichts mehr als einfache Meinungen oder Ansichten, die sie zum besten gaben, um den Widerspruch zu reizen und andere auf das Zinsproblem aufmerksam zu machen.

2. Die *Produktivitätstheorie* erklärt den Zins damit, daß das Arbeitsmittel (Kapital) die Produktion (Arbeit) unterstützt. Und das ist wahr. denn was vermöchte ein Proletarier ohne Arbeitsmittel? Aber nun heißt es. daß das Mehr an Produkten auch dem Besitzer der Arbeitsmittel selbstverständlich und naturgemäß zufließen muß. Und das ist nicht wahr und durchaus nicht selbstverständlich, wie schon daraus ersehen werden kann, daß Arbeit und Arbeitsmittel nicht getrennt werden können, daß man überhaupt nicht angeben kann, welcher Teil des Produktes auf die Arbeit, welcher auf das Arbeitsmittel fällt. Wäre der Zins darauf zurückzuführen, daß der Proletarier mit Arbeitsmitteln mehr schaffen kann, als mit bloßen Händen, so würde in den meisten Fällen für den Arbeiter überhaupt nichts übrig bleiben. Denn was kann ein Landarbeiter ohne Pflug und Acker, was kann ein Lokomotivführer ohne Eisenbahnen anfangen? Arbeit und Arbeitsmittel sind überhaupt nicht zu trennen und die Teilung des Produktes zwischen dem Besitzer der Arbeitsmittel und dem Arbeiter muß von anderen Umständen bestimmt werden, als von dem Grad der Unterstützung, die die Produktion durch die Arbeitsmittel erfährt. Wo sind diese Umstände?

Wir sagen: Nachfrage und Angebot von Arbeitsmitteln bestimmen das Verhältnis, in dem sich die Arbeiter mit den Besitzern der Arbeitsmittel in die Produkte teilen, und zwar ganz unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Arbeitsmittel. Das Arbeitsmittel unterstützt die Arbeit – daher die Nachfrage von Seiten des Proletariats, aber diese Nachfrage kann nicht einseitig den Zins bestimmen, sondern das Angebot hat auch ein Wort mitzureden. Es kommt bei der Verteilung des Produktes zwischen Proletariern und Kapitalisten auf das Verhältnis an, in dem die Nachfrage zum Angebot steht. Einen Zins wird der Kapitalist von seinem Produktionsmittel nur erwarten können, so lange die Nachfrage das Angebot übersteigt. Und je besser, leistungsfähiger das Produktionsmittel ist, das der Kapitalist dem Arbeiter zur Verfügung stellt – *desto mehr schwillt mit dem Produkt das Angebot von Produktionsmitteln an, desto niedriger der Zins*. Nach dieser Produktivitätstheorie müßte es sich aber umgekehrt verhalten – je leistungsfähiger das Produktionsmittel, desto höher der Zins. Würde man die Leistungsfähigkeit

der Produktionsmittel allgemein verzehnfachen, so würde daraus (nach der Produktivitätstheorie) dem Kapitalisten ein gewaltiger Gewinn erwachsen – während doch offenbar durch ein solches Ereignis das Angebot die Nachfrage nach Produktionsmitteln bald überholen und der Zins unter dem Drucke des Angebots ganz verschwinden würde. (Vorausgesetzt, daß das Geld solche Entwicklung nicht verhindern könnte.)

Die Produktivitätstheorie kann den Zins nicht erklären, weil sie das *Kapital als Objekt, nicht als einen wirtschaftlichen Zustand, als Marktverhältnisse betrachtet*. Sie sieht nur die Nachfrage, die die Nützlichkeit des Produktionsmittels erzeugt und läßt die durch das Angebot sich verändernden Verhältnisse unbeachtet.

3. „Die *Nutzungstheorien* sind ein Abstämmling der Produktivitätstheorien“, sagt v. *Boehm-Bawerk*. Der einfache Gedanke, der den Produktivitätstheorien zu Grunde liegt, verwirrt aber v. *Boehm-Bawerk* ganz außerordentlich indem er das Problem in ein Wertproblem verwandelt, ohne dabei die Werttheorie zu nennen, auf die man seine Erklärungen zurückführen muß. Wenn er vom Wert des Produktes spricht, so könnte man an das Tauschverhältnis denken, in dem die Waren gegeneinander ausgetauscht werden. Aber was kann man sich unter dem Ausdruck „Wert der Produktionsmittel“ vorstellen? Die Produktionsmittel werden ja nur ausnahmsweise getauscht; bei ihnen spricht man vom Zinsertrag, nicht mehr vom Preis, und wenn der Ausnahmefall eintritt, daß ein Unternehmer seine Fabrik verkauft, dann richtet sich der Preis nach dem Zinsertrag, wie man das täglich am Kurs der Industrieaktien ersehen kann, und wie der Verkaufspreis eines Ackers gleich der zum landläufigen Zinsfuß kapitalisierten Grundrente ist. Und welche Werttheorie wird man auf einen Acker anwenden? Zerlegt man aber die zum Verkauf gestellte Fabrik in ihre Bestandteile, d. h. in Waren, um ihren „Wert“ festzustellen, dann handelt es sich um Waren und Preise und nicht mehr um Produktionsmittel und Zins. Die Ware wird zum Verkauf hergestellt, das Produktionsmittel zum eigenen Gebrauch oder als Kapital, um es zu verleihen. Gibt es denn nun eine Werttheorie, die gleichzeitig auf Ware und Produktionsmittel, auf den Preis und den Zins anwendbar ist? Undurchdringlicher Nebel lagert über dieser Landschaft.

So sagt der Verfasser S. 131:

„Es sollte sich z. B. von selbst verstehen, daß, wenn man eine Fähigkeit des Kapitals, zur Gütererzeugung überhaupt, oder zur Erzeugung von mehr Gütern zu dienen, bewiesen hat, man deshalb noch nicht berechtigt ist, eine Kraft des Kapitals zur Erzeugung von mehr Wert, als man sonst hätte erzeugen können (wieder die Wertmaschine) oder wohl gar von *mehr Wert* als es selbst hat (Wertstoff) für bewiesen zu halten. Die letzteren Begriffe (!) im Beweisgang den ersteren unterzuschieben, hätte offenbar den Charakter der Erschleichung eines nicht erbrachten Beweises.“

Mag sein, daß sich das hier Gesagte bei allen denen von selbst versteht, die vom sogenannten Wert, vom Wertstoff, von der Wertproduktion, von den Wertmaschinen, den Wertkonserven und Wertpetrefakten denselben Begriff haben, wie der Verfasser. Aber wie kann der Verfasser voraussetzen, daß alle Leser in dieser fundamentalen Frage die gleichen Ansichten haben? Besteht denn das Wertproblem nicht mehr? Für sehr viele ist es „selbstverständlich“, daß wo der „Wertbegriff“ sich konkretieren muß, ganz einfach die Ware bestimmter Qualität und Quantität gemeint ist, die man an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit eintauschen kann. Wer aber den „Wert“ *so begreift*, der findet es durchaus selbstverständlich, daß die Fähigkeit des Kapitals zur Erzeugung von mehr Gütern auch zugleich die Fähigkeit des Kapitals zur Erzeugung von mehr Wert einschließt. Verdoppelt z. B. der allgemeine Gebrauch der Dampfmaschine das Produkt der Arbeit, so wird auch jeder doppelt so viel Ware für sein Produkt eintauschen. Nennt er nun „Wert“ seiner Produkte das, was er gegen die eigenen Produkte eintauscht, so tauscht er gegen sein durch die Dampfmaschine verdoppeltes Produkt auch genau den doppelten Wert ein.

4. Die *Abstinenz- oder Enthaltensamkeitstheorie* schlägt zwar den richtigen Weg ein zur Erklärung des Zinses aus dem bestehenden Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von Produktionsmitteln, bleibt aber auf halbem Wege stehen. *Senior* hält die Menschen durchweg für Verschwender, für leichtsinnige Vögel, die lieber einige Tage in Saus und Braus und dann den Rest des Jahres auf Pump leben und Zins zahlen, als auf unmittelbaren Genuß zu verzichten. Daher der Mangel an Produktionsmitteln, daher das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, daher der Zins. Die wenigen Personen, die

die Enthaltbarkeit üben, werden für diese seltene Tugend durch den Zins gelohnt. Und auch diese wenigen sind enthaltsam, nicht weil sie den künftigen Genuß der gegenwärtigen Verschwendung vorziehen, nicht weil sie als Jüngling für die Hochzeit, als Mann für das Greisenalter, als Vater für die Kinder sparen wollen, sondern nur, weil sie wissen, daß das Gesparte ihnen Zins abwirft. Ohne diesen Preis würden auch sie von der Hand in den Mund leben, würden auch sie keine Saatkartoffeln aufbewahren, sondern die ganze Kartoffelernte in einem gewaltigen Schmaus vertilgen. Ohne Zins hätte doch niemand einen Beweggrund zur Bildung und Aufbewahrung des Kapitals, und dem künftigen Genuß ist doch der gegenwärtige immer und selbstverständlich vorzuziehen! Weiß doch niemand, ob er überhaupt künftig noch leben und das aufgestapelte Gut verzehren wird.

Bei solchem allgemeinen Charakterzug des Menschen (wie enthaltsam erscheint da der Hamster und die Biene!) fragt man sich, wie das Menschengeschlecht überhaupt noch besteht und wie man überhaupt noch jemand Geld leihen kann. Wer so schlecht mit eigenem Gut wirtschaftet, wird doch auch fremdem Gut gegenüber der Versuchung nicht widerstehen, dem süßen gegenwärtigen Genuß den künftigen zu opfern. Und wenn unsere Ureltern die Wintervorräte schon immer im Sommer vertilgt hätten, ob wir uns da wohl unseres Daseins jetzt erfreuen würden? Oder verzichteten unsere Urväter auf den unmittelbaren Genuß, weil die Vorräte im Keller Zins abwerfen, d. h. immer schöner, besser und größer wurden?

Aber es ist doch etwas Wahres an dieser *Seniorschen* Theorie. Zweifellos verdankt der Zins dem Mangel an Kapital sein Dasein, und dieser Mangel kann nur von der Verschwendung herrühren. Aber merkwürdigerweise sind nicht die, die den Zins bezahlen, die Verschwender, sondern die, die den Zins erheben. Allerdings ist wieder das, was die Kapitalisten verschwenden, nicht ihr eigenes, sondern fremdes Eigentum, denn die Arbeitslosigkeit, die sie behufs Erpressung des Urzinses durch Unterbrechung des Geldumlaufes hervorrufen, geht auf Kosten anderer. Die Kapitalisten verschwenden fremdes Eigentum, sie verschwenden die Arbeitskraft des fleißigen, sparsamen Volkes, sie lassen auf fremde Kosten die Waren in den Krisen zu Milliarden als Überproduktion zu Grunde gehen, damit es nicht zu einer Überproduktion an Kapital komme und der Zinsfuß falle. Daher der Mangel an Kapital, daher der Zins. Nicht

den Arbeitern, sondern den Kapitalisten müßte man also die Enthaltbarkeit in der Verschwendung der Arbeit predigen. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie Enthaltbarkeit bis zum Hungertode üben können, wenn es heißt, dem Kapital einen geringfügigen Teil der Beute zu entreißen. Sie haben solche heroische Enthaltbarkeit in 1000 Streiken gezeigt, und man kann annehmen, daß, wenn es gelänge, den Arbeitern glaubhaft zu machen, daß es genügt, zu sparen, keinen Tabak zu kauen, keinen Schnaps zu kaufen, um den Zins zu beseitigen, sie solches tun würden. Aber was wäre heute die Folge? Kaum würde der Zins der Realkapitalien unter den Urzins fallen, so bräche auch schon die Krisis aus, die den Arbeiter um diese Früchte seiner Enthaltbarkeit berauben würde.

Auf alle Fälle führt die Enthaltbarkeitstheorie stracks auf folgenden Widerspruch: Produziert, rackert euch ab, schwitzt um viele Produkte erzeugen und verkaufen zu können, kauft aber selber nur möglichst wenig, hungert, friert, enthält euch, kauft nichts von alle dem, was ihr produziert habt (für den Verkauf selbstverständlich), um so einen möglichst großen Geldüberschuß für neue Realkapitalien zu gewinnen!

Auf diesen schönen Widerspruch wären die Urheber der Enthaltbarkeitstheorie gestoßen, wenn sie den von ihnen betretenen Weg weitergegangen wären. und dann wären sie auf die Mängel des Geldwesens aufmerksam geworden, wie *Proudhon* wahrscheinlich auch auf diesem Wege zur Erkenntnis gelangte, daß das Gold den Waren den Weg zu den Realkapitalien verlegt, daß das Gold die *Überleitung der Warenüberproduktion* (die auf die Preise drückt und zur Krisis führt) *in eine Kapitalüberproduktion verhindert* (die auf den Zins drückt und den Verkehr belebt).

„Das Gold ist eine Schildwache, die an den Toren der Märkte aufgestellt ist und den Befehl hat, keine Ware herauszulassen.“ *Proudhon*.

5. Die *Arbeits-theorien* erklären den Zins schlankweg als Arbeitsprodukt des Kapitalisten! Den Zinsbezug nennt *Rodbertus* ein Amt, das Kouponabschneiden erscheint *Schäffle* als ein volkswirtschaftlicher Beruf, dem er nur nachsagt, daß seine „Dienstleistungen“ kostspielig seien, und *Wagner* nennt die Rentner „Funktionäre der Gesamtheit für die Bildung und Beschäftigung des nationalen Produktionsmittelfonds“. Und v.

Boehm-Bawerk erweist diesen Gelehrten die Ehre, sie zu den Zinstheoretikern zu zählen!

6. Die *Ausbeutungstheorien* erklären den Zins einfach als einen gewaltsamen Abzug vom Arbeitsprodukt, den sich die Besitzer der Produktionsmittel erlauben und darum erlauben können, weil die Arbeiter ohne Produktionsmittel nicht arbeiten können, dennoch aber von ihrer Arbeit leben müssen.

Ob nun gerade diese Theorie den Namen „Ausbeutungstheorie“ verdient? Beutet etwa der Abstinenz (Enthaltsamkeitstheorie) nicht auch die Marktlage aus, wenn er die karge Vertretung des Kapitals auf dem Markte für die Erwirkung eines Zinses benutzt?

Den Abzug vom Arbeitsprodukt bemißt nach dieser Theorie (deren Hauptvertreter *Marx* und die Sozialdemokraten sind), der Besitzer der Produktionsmittel, nicht nach kaufmännischen Handels- und Börsengrundsätzen, sondern merkwürdigerweise nach historischen und moralischen Momenten.

Marx sagt: Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. (Kapital, Bd. 1, S.124, 6. Aufl.)

Was hat aber die Erhaltung der Arbeitskraft mit der Historie und der Moral zu tun, was mit bestimmten Ländern und bestimmten Perioden? Der Durchschnittsumkreis der notwendigen Lebensmittel ist doch von der Erhaltung der Arbeitskraft selber gegeben. Dieser mag sich mit der Intensität der Arbeit, mit der Rasse, mit der Stärkung oder Schwächung der Verdauungsorgane ändern, aber niemals aus historischen und moralischen Gründen. Läßt man in diesem für die ganze *Marx'sche* Lehre entscheidenden Punkte die Moral mitbestimmen, dann handelt es sich bei der „Arbeitskraft“ überhaupt nicht mehr um Ware.

Der Kapitalist erkundigt sich genau danach, wie sich die Mutter, Großmutter und Urgroßmutter des Arbeiters ernährt hat, was diese Nahrungsstoffe kosten und wieviel ein Arbeiter für die Aufzucht seiner Brut an diesen Stoffen verbraucht (denn der Kapitalist zeigt sich sehr interessiert daran, daß nicht nur „seine“ Arbeiter, sondern daß die Arbeiter überhaupt recht kräftig und gesund bleiben), und dieses Quantum an Produkten läßt der Unternehmer dem Arbeiter. Den Rest nimmt er ungezählt für sich in Anspruch.

Diese Verteilung der Arbeitsprodukte zwischen Unternehmern und Arbeitern, durch die *Marx* sich das Zinsproblem über-

haupt und auf bequeme Weise vom Hals schaffte, insofern als die Lohntheorie auf diese Weise auch die Zinstheorie (Mehrwert) einschließt, ist der wunde Punkt der Ausbeutungstheorie. Faul ist nicht nur die Voraussetzung dieser Theorie, wonach der Lohn sich nach den Pro- und Reproduktionskosten der Arbeiter richtet, sondern auch die Ausrede, daß, so oft der Lohn über oder unter dieser Grenze bleibt, die landläufigen Begriffe über das, was zum Leben des Arbeiters gehört, über die Höhe des Lohnes bestimmen!

Ich lese eben, „daß auf den ostdeutschen Gütern in den letzten 5 Jahren (fünf nicht fünfhundert) die Löhne so stark gestiegen sind, daß sie sich kaum noch von den westdeutschen Lohnsätzen unterscheiden, und daß die Sachsengängerei stark in der Abnahme begriffen ist“. Wie schnell sich doch die landläufigen Ansichten über das, was der Arbeiter zum Leben braucht, ändern! An der Börse ändern sich die Preise zwar noch etwas schneller, immerhin kann man den Zeitraum von 5 Jahren doch nicht eine „geschichtliche Entwicklung“ nennen.

In Japan sind die Löhne in ganz kurzer Zeit um 300% gestiegen, sicherlich doch nicht, weil die landläufigen Ansichten über hungrig und satt sich so schnell geändert haben. Diese Erklärung der Widersprüche, auf die die Ausbeutungstheorie auf Schritt und Tritt stößt, trägt ganz den Charakter einer Verlegenheitserklärung. Jemand, der in die Enge getrieben ist, findet solche Ausflüchte.

So könnte man mit gleichem Recht der Ausbeutungstheorie auch folgende Fassung geben: Alles, was der *Kapitalist* braucht, um nach historischen und landläufigen Begriffen standesgemäß zu leben und um seiner Brut das nötige Erbe zu hinterlassen, das nimmt er einfach vom Produkt der Arbeiter. Den Rest wirft er ungemessen und ungezählt den Arbeitern hin. Diese Fassung hätte vor der *Marxschen* manches voraus. Sie klingt auf alle Fälle besser – denn daß der Kapitalist zuerst an sich selber denken wird, ehe er sich erkundigt, ob der Arbeiter auch mit dem Rest auskommt, das hält man doch für selbstverständlich.

Auch die Herkunft des für den Zins notwendigen Proletariats wird nach dieser Theorie etwas sehr gewaltsam erklärt. Daß der Großbetrieb öfters dem Kleinbetrieb gegenüber im Vorteil ist, erklärt nicht, daß dieser Vorteil auch selbstverständlich den Besitzern des Großbetriebes zukommen muß. Dies müßte erst auf Grund einer stichhaltigen Lohntheorie nachgewiesen werden. Und wenn auch der Großbetrieb durchweg dem Klein-

betrieb gegenüber Vorteile hätte, so würde damit noch gar nicht bewiesen, daß die Besitzer der Kleinbetriebe nun zum Proletariat geworfen werden. So schwerfällig brauchen die Handwerker, Bauern doch nicht immer zu bleiben, und sie sind auch tatsächlich nicht so schwerfällig geblieben, daß sie sich den Großbetrieb mit verschränkten Armen über den Kopf wachsen lassen. Sie wehren sich, legen ihre Kleinbetriebe zu einem Großbetrieb zusammen und verbinden so oft die Vorteile des Großbetriebes (Genossenschaftsmolkerei, genossenschaftliche Dampfdrescherei, Dorfbullen usw.) mit den tausend kleinen Vorzügen des Kleinbetriebes. Es liegt auch durchaus nicht in den Vorteilen des Großbetriebes begründet, daß die Aktien in den Händen der Rentner und nicht im Besitze der Arbeiter sein müssen.

Kurz, so einfach ist die Herkunft des Proletariats nicht zu erklären. Leichter schon geht es, wenn man die Gesetze der Grundrente mit zu Rate zieht und die gewaltsame Enteignung mit dem Schwerte. Aber wie entsteht dann das Proletariat in den Kolonien? Kein Schwert wird dort geführt, und das Freiland liegt dort oft vor den Toren der Städte.

In den deutschen Kolonien in Brasilien (Blumenau, Brusque) sind vielfach Industrien entstanden, namentlich Webereien, und in diesen Fabriken arbeiten die Töchter der deutschen Kolonisten unter bösen Bedingungen bei schlechtem Lohne. Dabei steht den Vätern, Brüdern und Männern dieser Proletarierinnen wunderbarer Boden in unbegrenzter Menge zur Verfügung.

Es ist nicht so leicht, heute, bei bestehender Freizügigkeit, bei der Leichtigkeit, womit der Proletarier unbewohnte Länder aufsuchen und Land erwerben kann, bei der Einfachheit, womit auf genossenschaftlichem Wege jeder die Vorteile des Großbetriebes genießen kann, nicht nur den Fortbestand, sondern auch noch die Vermehrung des Proletariats zu erklären, zumal die heutige bürgerliche Gesetzgebung den Proletarier vor Raubrittern schützt.

Aber es gibt neben dem Schwert, neben den Vorteilen des Großbetriebes und neben den Gesetzen der Grundrente noch eine Einrichtung, die das Dasein der Proletariermassen erklären kann, die aber von den Zinstheoretikern bisher übersehen wurde. Unser herkömmliches Geld vermag für sich allein die Rolle der Proletarisierung der Volksmassen durchzuführen, sie braucht dazu keinerlei Bundesgenossen. Das Proletariat ist eine notwendige,

gesetzmäßig sich einstellende Begleiterscheinung des herkömmlichen Geldes. Ohne Ausflüchte, ohne Gewalt, ohne wenn und aber ist das Proletariat von unserem herkömmlichen Gelde unmittelbar abzuleiten. *Allgemeine Bettelei muß unser Geld gesetzmäßig begleiten.* Das Schwert hat sich in früheren Zeiten vortrefflich bewährt bei der Trennung des Volkes von seinen Produktionsmitteln, aber das Schwert vermag die Beute nicht festzuhalten. Wie ist der Wahlspruch der Habsburger? Was andere mit dem Schwerte vergeblich zu erwerben suchen, das erlangen wir, Glückliche, durch die Hochzeit. Vom Geld aber ist die Beute unzertrennlich. Fester als Blut und Grundrente am Schwert, haftet der Zins am Gold.

Kurz, es mögen viele an der Beraubung des Volkes sich beteiligen und sich dabei der verschiedensten Waffen bedienen, aber alle diese Waffen verrotten – nur das Gold darf sich rühmen, daß ihm der Zins durch keine Erbteilungen, durch kein Gesetz, durch keine genossenschaftliche oder kommunistische Kombination entrissen werden kann. Selbst gegen die Gesetze, ja sogar gegen die Bannflüche des heiligen Vaters war und ist der Zins des Geldes gefeit. Unter Beibehaltung des Privatgrundbesitzes kann man durch Gesetze (Grundsteuer) die Grundrenten den Staatskassen zuführen, und man hat damit hier und dort schon begonnen – aber durch kein Gesetz ist unserem herkömmlichen Geld auch nur ein Partikel des Zinses zu entwenden.

Unser herkömmliches Geld hat also die für die Ausbeutungstheorie unentbehrlichen Proletariermassen geschaffen und diese gegen alle natürlichen Auflösungselemente wirksam verteidigt. Um vollständig zu sein, muß darum die Ausbeutungstheorie noch einen Schritt weiter zurückgreifen und den Zins nicht in der Fabrik, im Privatbesitz der Produktionsmittel, sondern weiter zurück, beim Tausch der Arbeitsprodukte gegen Geld, suchen. *Dieser Privatbesitz der Produktionsmittel, die Trennung des Volkes von seinen Arbeitsmitteln, ist nur eine Folge – nicht die Ursache des Zinses.*

Die Bestandteile des Brutto-Zinses.

(Zins, Risikoprämie und Ristorno.)

Wer die hier behandelte Zinstheorie auf ihre Richtigkeit mit Hilfe der Zahlen prüfen will, die ihm die Statistik liefert, wird

oft genug auf Widersprüche stoßen. Das liegt daran, daß der Zinsfuß neben dem Urzins in der Regel noch andere Bestandteile mit sich führt, die nichts mit dem Zins zu tun haben.

Neben der größeren oder geringeren Risikoprämie enthält der Zins oft noch einen eigentümlichen, von den Schwankungen im allgemeinen Preisstand der Waren bestimmten Bestandteil, den ich in Anlehnung an seinen fremdnamigen Gefährten und um ihm auch einen im Auslande kursfähigen Namen zu geben, mit Ristorno getauft habe. (Ristorno in der Buchhaltung so viel wie Ausgleichung eines Irrtums im Haben durch eine gleiche Buchung im Soll.)

Um die Natur dieses Zinsbestandteiles richtig zu erfassen, braucht man sich nur das Benehmen der Geldborger und Geldleiher anzusehen, wenn eine allgemeine Preissteigerung erwartet wird.

Eine allgemeine Preissteigerung hat das Eigentümliche an sich, daß man das geborgte Geld mit einem Teil der Waren, die man mit dem Geld erstanden und dann wieder verkauft hat, zurückerstatten kann; daß also neben dem regulären Handelsgewinn noch ein Extragewinn, eine Differenz, verbleibt. Diese Differenz muß natürlich die allgemeine Kauflust wecken, und zwar um so stärker, je größer die erwartete Differenz ist und namentlich je begründeter die Erwartung einer Fortdauer der Preissteigerung erscheint.

Wer mit fremden Geldern arbeitet, vergrößert dann seine Ansprüche an die Kreditinstitute bis zur äußersten Grenze seines Kredites (der in der Regel mit der Preissteigerung, die die Schuldner begünstigt, wächst) und wer sein Geld bisher an andere verlieh, sucht selber Geschäfte zu machen und verzichtet nur dann darauf, *wenn der Borger ihn mit einer Zinsfußerhöhung an den erwarteten Differenzen beteiligt.*

Durch die allgemeine Erhöhung der Preise, mit denen eine Kurserhöhung der Industriepapiere Hand in Hand geht, droht dem Besitzer von Bargeld und von Geldforderungen ein Verlust, der genau der Preissteigerung entspricht, und er kann sich vor diesem Verluste nur dadurch schützen, daß er das Geld und die Geldforderungen gegen Dinge tauscht, die die allgemeine Preissteigerung mitmachen. So wird er, wenn er schlaue ist, die Konsols, Bankaktien, Pfandbriefe, Wechsel verkaufen und Aktien kaufen, und zwar vorzugsweise Aktien von Industrien, die be-

sonders gut in guten Zeiten prosperieren. Will ihm aber jemand Konsols oder Pfandbriefe verkaufen, so verlangt er, daß ihm im Kurs der Konsols und im Diskont der Wechsel eine besondere Vergütung dafür geleistet wird, daß er mit dem Geld, das er hier festlegt, später, wenn er die Konsols wieder verkauft, weniger Waren wird erstehen können als jetzt. Würde er statt Konsols Aktien, Häuser, Schiffe, Waren kaufen, so würde er durch Kurs- oder Preissteigerung für den Verlust entschädigt, den das Geld eben durch diese Preissteigerung erleidet.

Und die Verkäufer der Konsols, der Wechsel und Pfandbriefe gehen gern auf diese Bedingung ein, denn mit dem gemessen, was sie mit dem Erlös der Konsols an Waren erstehen, nimmt der materielle Inhalt der Wechselschuld und zwar im Verhältnis zur Preissteigerung ab. Man bezahlt am Verfalltage des Wechsels nominell wohl die gleiche Summe zurück, aber materiell eine geringere Summe.

Hat z. B. jemand für den Betrag eines diskontierten Wechsels Waren oder Aktien gekauft, die am Verfalltag 10% höher im Kurs oder Preis stehen, so kann er mit 90% dieser Waren (die man in der Regel auf Termin kauft) seinen Wechsel einlösen. Beahlt er auch 6–8–10% Diskont, so bleibt immer noch ein schöner Gewinn übrig, da das, was er kauft, zu obiger Differenz ja noch den regelrechten Zins abwirft.

So ist es natürlich, daß bei jeder erwarteten allgemeinen Preissteigerung der Waren (Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren) der Kurs der festverzinslichen Papiere zurückgehen muß, denn das, was sie am Zinsfuß nicht zusetzen, müssen sie, kapitalisiert, am Kapital absetzen.

Der Kurs der deutschen Konsols ist in demselben Verhältnis heruntergegangen, wie die Goldproduktion gestiegen und die deutsche Volkswirtschaft mächtig aufgeblüht ist. Der Kredit des Deutschen Reichs hat mit diesem Kursfall nichts zu tun.

Das, was also durch eine allgemeine Preissteigerung der Waren am Geldkapital verloren geht, muß der Zinsfuß ersetzen. Beträgt z. B. die erwartete Preissteigerung 5% im Jahr, so muß bei einem Urzins von 3 oder 4% der Zinsfuß bei Darlehen 8 oder 9% ausmachen, um das Kapital unberührt zu lassen. Zweigt der Kapitalist vom Ertrag dieser 9% die 5% ab, die der Preissteigerung entsprechen und legt diese zum Kapital, so steht er materiell gleich wie vor der Preiserhöhung, $105 = 100$, d.h. für 105 erhält er jetzt so viel Ware wie vorher mit 100.

So würde es gar nicht überraschen, wenn bei näherer Untersuchung es sich herausstellte, daß die Kapitalisten in Deutschland (Grundrentner ausgenommen) in den letzten 10–15 Jahren trotz durchschnittlich höherer Dividenden und Zinsen eigentlich einen anormal niedrigen Reinzins bezogen haben. Sind nicht in diesem Zeitraume die Preise durchschnittlich ganz gewaltig gestiegen? Waren vor 15 Jahren 1000 Mark nicht ebensoviel wie heute 1500 oder gar 2000. Und wenn der Kapitalist so rechnet, wo bleibt der Gewinn aus den hohen Dividenden und Kursdifferenzen? Wo bleibt der sogenannte Wertzuwachs? Und er muß doch so rechnen, denn käme es ihm nur auf das nominelle Geldkapital an, so brauchte er nur nach Portugal zu reisen, da wird er vom Millionär gleich zum Milliardär. Schlimm aber steht es mit den Inhabern der festverzinslichen Papiere. Zum Kursverlust tritt auch noch der um 50% gesunkene materielle Inhalt dieser Papiere. Hätte man vor 15 Jahren gewußt, daß eine so starke Waren-Hausse in Aussicht stand, so wäre der Kurs der Konsols noch ganz anders, vielleicht auf 50 gesunken.

Es ist also klar, daß eine erwartete allgemeine Preissteigerung die Ansprüche an die Geldverleiher vergrößern muß, und daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, einen höheren Zinsfuß ausbedingen zu können.

Die Erhöhung des Zinsfußes ist somit darauf zurückzuführen, daß nach allgemeiner oder vorherrschender Ansicht eine Preissteigerung im Anzuge ist. Sie beruht in letzter Linie darauf daß die Borger hoffen, sich ihrer Verbindlichkeiten mit einem Teil der für das geborgte Geld erstandenen Waren entledigen zu können. Mit der Preissteigerung nimmt der Zinsfuß einen fremden Bestandteil auf, der absolut nichts mit dem Kapitalzins zu tun hat. Dieser Bestandteil ist es, den wir Ristorno nennen.

Natürlich wird dieses Element des Zinsfußes sofort verschwinden, sowie die erwartete allgemeine Preissteigerung sich verwirklicht hat; nicht die eingetretene Preissteigerung, sondern die Erwartung einer solchen, die Hoffnung auf einen künftigen, noch nicht zur Tat gewordenen Preisunterschied reizt zum Kauf, zur Anlage des Geldes und bewirkt, daß die Ansprüche an die Geldinstitute steigen. Sowie die Hoffnung auf eine weitere Preissteigerung schwindet, fehlt auch der Reiz zum Kauf, und die Gelder kehren zur Bank zurück. Dann fällt der Zinsfuß;

der Ristorno scheidet aus den Elementen des Zinsfußes aus. Selbstverständlich verschwindet bei einem erwarteten allgemeinen Preisrückgang sofort jede Spur eines Ristornos aus dem Zinsfuß.

Die Höhe des Ristornos richtet sich natürlich ganz nach dem Umfang der erwarteten allgemeinen Preissteigerung. Erwartet man eine sprunghafte, schnelle und starke Preissteigerung, so werden die Ansprüche an die Geldinstitute auch gleich in dasselbe Tempo verfallen, und der Zinsfuß wird sprunghaft, schnell und stark steigen.

Als man vor einigen Jahren in Deutschland eine allgemeine Preissteigerung erwartete, stieg der Zinsfuß auf 7%; kurz darauf erwartete man einen Rückschlag, und der Zinsfuß fiel auf 3%. Den Unterschied können wir hier gestrost auf Rechnung des Ristornos setzen. In Argentinien stand der Zinsfuß zeitweise auf 15% und zwar damals, als die unausgesetzte Vermehrung des Papiergeldbestandes alle Preise sprunghaft in die Höhe trieb; nachher, als man anfang, das Papiergeld einzuziehen, fiel der Zinsfuß unter 5%. Hier haben wir einen Ristorno von 10% zu verzeichnen. In Kalifornien gab es eine Zeit, wo 2% *für einen Monat* nicht als übermäßiger Zinsfuß betrachtet wurde. So sagt *Henry George*, und das war damals, als man in Kalifornien massenhaft Gold fand.

Da es für eine allgemeine Preissteigerung keine Grenze gibt (für 1 Pfd. Kerzen erhielt man in Paris 100 livres in Assignaten), so kann auch dem Ristorno keine Grenze gesteckt werden. Es lassen sich ganz gut Verhältnisse denken, unter denen der Zinsfuß resp. Ristorno auf 20, 50, ja 100% steigen würde. Es kommt ganz darauf an, wie hoch die allgemeine Preissteigerung geschätzt wird, die man bis zum Fälligkeitstag erwartet. Wenn sich z. B. die Nachricht verbreitete, es sei unter der Eisdecke Sibiriens ein neues Dorado entdeckt worden, das alles bisher Dagewesene an Ergiebigkeit überragte, und würden als Bestätigung dieser Nachricht auch schon große Goldvers Schiffungen gemeldet, so ist es sicher, daß eine allgemeine Kauflust eintreten und daß die Ansprüche an die Geldverleiher ins Grenzenlose steigen würden. Der Zinsfuß würde infolge dieser Goldfunde eine nie gesehene Höhe erreichen. Bis zur vollen Höhe der von der allgemeinen Preissteigerung erwarteten Differenz wird der Ristorno natürlich nicht steigen können, da ja sonst

der erwartete Gewinn durch den Diskont vorweg verschluckt würde. Der Ristorno wird der erwarteten Differenz aber um so näher kommen, je begründeter oder gesicherter die erwartete allgemeine Preissteigerung erscheint.

Es sind in verschiedenen Ländern auf Drängen der *Gläubiger* Gesetze erlassen worden, die darauf zugespitzt waren, die Preise der Waren auf ein niedrigeres, früheres Niveau herabzusetzen (durch Einziehung des in Übermaß verausgabten Papiergeldes, durch die Entmünzung des Silbers usw.). Noch vor wenigen Jahren bestand in Argentinien ein solches Gesetz, mit dem das allgemeine Niveau der Preise von 3 auf 1 herabgesetzt werden sollte.

Wenn man heute in irgend einem Lande, den Wünschen der *Schuldner* nachgebend, umgekehrt die Warenpreise durch progressive Vermehrung des Geldumlaufs in die Höhe triebe, so zwar, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könnte, in einem Jahre die Preise im allgemeinen 10% höher zu sehen, so würde die Sicherheit der erwarteten Differenz den Ristorno jenen 10% sehr nahe bringen.

Die Anerkennung des Ristornos als eines besonderen Bestandteils des Zinsfußes ist für die Erklärung der meisten Erscheinungen auf dem Gebiete des Zinswesens unentratbar.

Wie will man, um nur ein Beispiel anzuführen, die Tatsache erklären, daß gewöhnlich Zinsfuß und Sparkasseneinlagen zusammen steigen, wenn man andererseits nicht den Grundsatz fahren lassen will, daß der Zins vom Arbeitsertrag abgezogen wird?

Die Zergliederung des Zinsfußes in Zins, Risiko und Ristorno löst diesen scheinbar unlösbaren Widerspruch auf völlig befriedigende Weise. Von dem Zinsfuß geht nur der reine Kapitalzins vom Arbeitsertrag ab, der Ristorno löst sich in den erhöhten Warenpreisen auf. Folglich ist der Arbeiter (dessen Lohn ja auch die Bewegung nach oben mitmacht) an dem erhöhten Zinsfuß völlig unbeteiligt. Er bezahlt erhöhte Warenpreise und erhält entsprechend höheren Lohn. Das gleicht sich aus. Der Borger zahlt höheren Zinsfuß und erzielt einen erhöhten Preis. Das gleicht sich auch wieder aus. Der Kapitalist erhält sein Geld gestäubt und geschunden zurück, aber dafür einen erhöhten Zins. Das gleicht sich nicht minder aus. Nun fehlt noch die Erklärung für die erhöhte Spareinlage. Diese muß man nun in

der Tatsache suchen, daß bei einer allgemeinen Preiserhöhung der Waren (Hochkonjunktur) es niemals an Arbeitsgelegenheit fehlt.

Also nicht der Zins, sondern nur der Zinsfuß steigt zusammen mit den *Sparkasseneinlagen*.

Man vergleiche hiermit die Vorschläge, die *Hausmann* [W. L. Hausmann, *Der Goldwahn*, Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin 1911, S. 535] neuerdings gemacht hat, um den Zinsfuß in Deutschland auf den französischen Stand herabzudrücken. Nach diesen Vorschlägen soll durch ein Goldagio (*Hausmann* übersetzt dieses für ein gutes, deutsches Philisterohr ganz schauerlich klingende Wort euphemistisch mit „veredelter Goldprämie“) alles Gold aus den Portemonnaies in die Reichsbank gelockt und durch Papiergeld ersetzt werden. Da die Reichsbank aber auf 1 Mk. in Gold 3 Mk. in Papiergeld ausgeben kann und von dieser Erlaubnis auch erfahrungsgemäß Gebrauch macht, und die Reichsbank außerdem von der Einlösungspflicht entbunden werden soll, so würden nach kurzer Zeit die Bürger ihren Geldbestand verdreifacht sehen. Entsprechend diesem verdreifachten Geldbestand würden die Preise in die Höhe schießen, der Import würde, wie zur Milliardenzeit, gewaltig in die Höhe gehen, der Export nachlassen, und schon nach kurzer Zeit würde die veredelte Goldprämie nicht 1 oder 2% betragen (wie *Hausmann* meint), sondern 50–80–100%. Und der Zinsfuß würde nicht auf das französische Niveau sinken, sondern auf 10–15–20% steigen. (Allerdings nur so lange wie die Preissteigerung anhält.) Die Agrarier würden bei solchem Agio auf alle Schutzzölle verzichten können; sie würden die Grenzen dem fremden Getreide öffnen, begeisterte Anhänger des Freihandels werden, und der Bürgerfrieden wäre wieder hergestellt. Aber warum bei 100% Goldprämie stehen bleiben, warum das Agio nicht noch mehr „veredeln“? Warum den Getreidepreis durch ein Agio nicht auf 300–400–500 Mk. bringen, warum den Arbeitern nicht statt 3 Mk. 6–9–15 Mk. Tagelohn bezahlen? Wie schön wäre es doch, wenn die Bürger ihre Wohnungen mit den preußischen Konsols und Obligationen, die Agrarier ihre Kuhställe mit Pfandbriefen (diesen ekelhaften Geschwüren der Landwirtschaft) tapezieren könnten! Ist es eine edle Tat, wenn das Volk die Staatsschulden bezahlt, warum wäre es nicht auch eine edle Tat, wenn man durch ein „veredeltes Agio“ so viel Wasser in die Schulden gösse, daß diese ganz zu Wasser würden?!

Warum aber hat die Goldzentralisation in Frankreich nicht diese Folgen gezeitigt? Weil dort die Emissionsbank nach anderen Grundsätzen diskontiert, als die Reichsbank, die kein anderes Maß für die Geldausgabe kennt, als die Bereitwilligkeit der Spekulanten, den verlangten Diskonto zu bezahlen.

Die Zentralisation des Goldes in der Reichsbank wäre beim Ausbruch einer Krise nützlich, aber dann müßte man auch verhüten, daß die Reichsbank den großen Goldbestand nicht dazu benutzt, um das Land über den Bedarf hinaus mit Papiergeld zu überschwemmen. Man müßte der Reichsbank ein Maß für die Abschätzung des täglichen Geldbedarfes des deutschen Marktes geben und diesen Bedarf nicht mit dem Zinsfuß, sondern mit den Warenpreisen messen [Frankfurth-Gesell, Aktive Währungspolitik, Berlin 1909, Physiokratischer Verlag.].

Der reine Kapitalzins eine eherne Größe?

Wir haben eben gezeigt, daß, solange eine allgemeine Preissteigerung in Aussicht steht (bei sogenannten Hochkonjunkturen), der Zinsfuß zum Kapitalzins und der Risikoprämie noch ein drittes Element, den Ristorno, aufnimmt. Es ergibt sich daraus, daß, wenn wir die Schwankungen des *Kapitalzinses* feststellen wollen, die *Zinsfußsätze* der verschiedenen Zeiträume nicht so ohne weiteres miteinander verglichen werden können. Das würde zu ebenso falschen Schlüssen führen, wie wenn man die Sätze des Geldlohns verschiedener Perioden oder Länder ohne Rücksicht auf die Warenpreise miteinander vergleichen wollte.

Da aber, wie bemerkt, der Ristorno nur zusammen mit einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Warenpreise auftritt und zugleich mit dieser wieder verschwindet, so können wir als sicher voraussetzen, daß der Zinsfuß während der sogenannten Baisseperioden, deren die Geschichte mehrere aufweist, nur aus Kapitalzins und etwaiger Risikoprämie besteht. Der Zinsfuß aus solchen Perioden eignet sich also vortrefflich zur Ermittlung der Bewegungen des Kapitalzinses.

Eine solche Periode allgemeinen und unaufhaltsamen Preisrückganges war bekanntlich die Zeit vom 1. Jahrhundert v. Chr. bis Kolumbus. Während dieser langen Periode war der Geldumlauf ausschließlich auf Gold und Silber beschränkt (also ohne Papiergeld), dabei waren die Fundgruben dieser Metalle, namentlich die spanischen Silberminen erschöpft, das aus dem Altertum stammende Gold war durch Zinsverbote (wenn auch oft unwirksame) an der Zirkulation behindert und ging nach und nach verloren. Der allgemeine Preisrückgang ist also durch all-

gemein anerkannte Tatsachen reichlich begründet und wird auch von keiner Seite bestritten.

In dem Werke *Gustav Billeter's*: „Die Geschichte des Zinsfußes im Gr. Römischen Altertum bis auf Justinian“ finde ich nun folgende Angaben, die, wie mir scheint, auf gewissenhafter Prüfung des Tatsachenmaterials beruhen:

S.163: In Rom finden wir für den Zinsfuß seit *Sulla* (82–79 v. Chr.) schon die wesentlichen Typen fixiert: 4–6 Proz.

S.164: *Cicero* schreibt gegen Ende des Jahres 62: Solide, zahlungsfähige Leute bekommen zu 6 Proz. Geld in Hülle und Fülle. *Billeter* fügt hier bei: Man sieht, daß darin schon eine Tendenz zum Sinken angedeutet liegt; in der Tat werden wir bald darauf schon einen niedrigeren Satz finden.

S.167: Der Zinsfuß war in den Kriegszeiten (um das Jahr 29) 12 Proz., d.h., selbst solide Leute mußten soviel bezahlen. Von 4–6 Proz. war man also zu 12 Proz. gelangt. Nun wurde rasch wieder der ehemalige Stand von 4 Proz. erreicht.

Bemerkung. Der vorübergehende Zinsfuß von 12 Proz. in *Kriegszeiten* ist vielleicht durch eine besonders große Risikoprämie genügend erklärt.

S. 180: Römische Kaiserzeit vor *Justinian*: Für sichere Anlagen finden wir 3–15 Proz., und zwar ist 3 Proz. recht vereinzelt, der Satz erscheint deutlich als der niedrigste, auch bei rentenartigen Anlagen. 15 Proz. ist ganz vereinzelt, 12 Proz. nicht eben selten, aber doch nicht typisch, 10 Proz. vereinzelt. Der eigentliche Typus liegt zwischen 4–6 Proz., wobei innerhalb dieser Sätze sich weder eine zeitliche noch eine örtliche Differenzierung nachweisen läßt, sondern durchweg nur eine solche nach der Art der Anlage, indem 4 Proz. einen niedrigeren Typus, 6 Proz. den ganz normalen, 5 Proz. den dazwischen liegenden Satz für sehr gute Anlagen, bezw. auch einen normalen Satz für Anlagen gewöhnlicher Sicherheit darstellt. Als ausgesprochen mittlere Zinsrate finden wir ebenfalls 4–6 Proz. (nie 12); als Kapitalisierungsrate 4 Proz. und 3 1/2 Proz.

S. 314: Die Zeit des *Justinian* (527–565 n. Chr.). Ziehen wir die Schlußresultate. Wir sehen, daß unter besonderen Umständen die Kapitalisierungsrate bis gegen 8 Proz. ansteigen oder bis auf 2 Proz. oder gegen 3 Proz. sinken kann. Was die mittleren, durchschnittlichen Sätze anbetrifft, so fanden wir 5 Proz. als wahrscheinlich normal durchschnittlich vielleicht ein wenig zu hoch; 6, 7 Proz. ebenfalls als mittlere Rate, aber jedenfalls etwas hoch gegriffen, so daß dieser Satz nicht mehr als ganz gewöhnliches Mittel gelten kann. Wir werden also wohl am richtigsten von etwas unter 5 bis gegen 6 Proz. die eigentliche Mittellage ansetzen

Die Untersuchungen *Billeter's* schließen hier mit der Zeit *Justinians* ab. Fassen wir kurz die gemachten Angaben zusammen:

Zur Zeit *Sullas* (82–79 v. Chr.) bezahlte man 4–6 Proz. Zur Zeit Ciceros (62 v. Chr.) war zu 6 Proz. Geld in Hülle und Fülle zu haben. Nach einer durch Krieg verursachten kurzen Unterbrechung (29 v. Chr.) behauptete sich wieder der ehemalige Zinsfuß von 4 Proz. Während der Römischen Kaiserzeit vor *Justinian* war der eigentliche Typus 4–6 Proz. Während der Regierung *Justinians* (527–565) betrug der mittlere Zinsfuß 5–6 Proz.

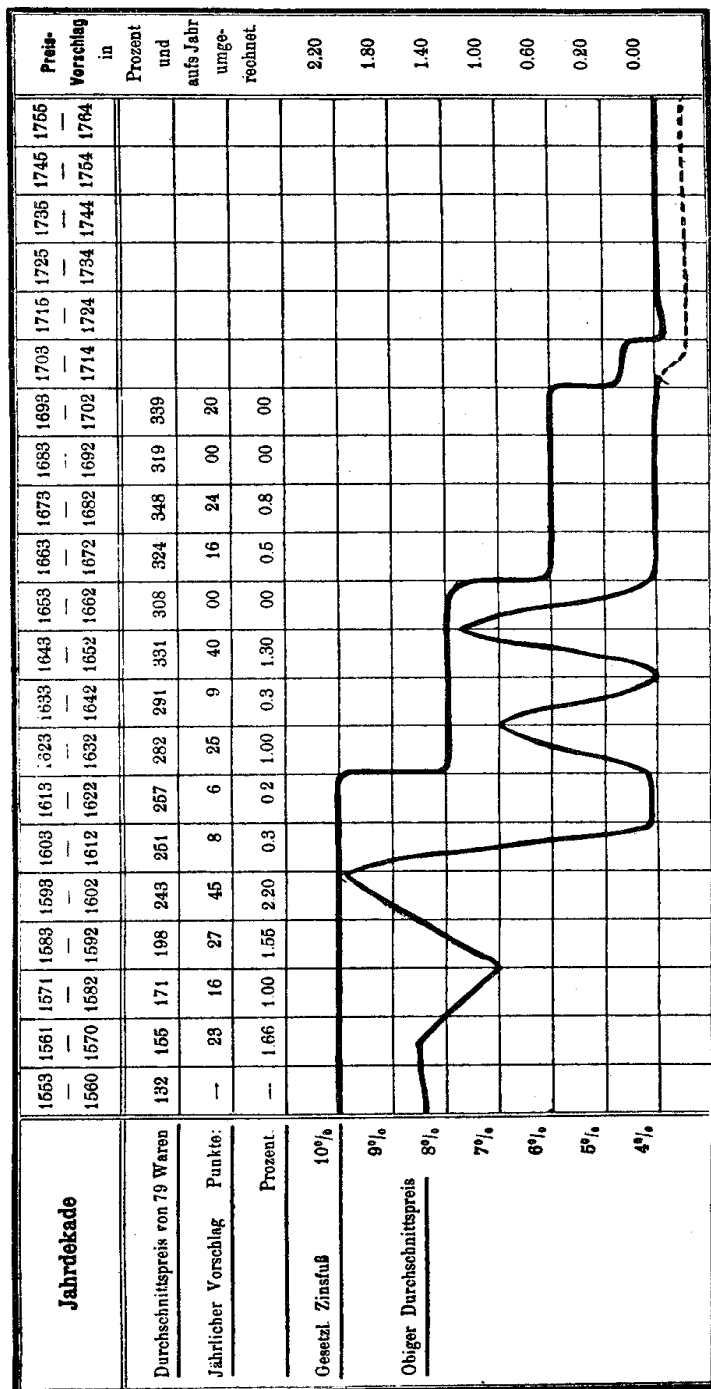
Was bedeuten nun diese Zahlen? Nun, daß während eines Zeitraumes von 600 Jahren der Zinsfuß fast genau den gleichen Stand einnahm wie heute, 1 1/2 Jahrtausend später. Der Zinsfuß stand vielleicht mit 4–6 Proz. eine Kleinigkeit höher als heute, aber diesen Unterschied kann man vielleicht auf Rechnung der Risikoprämie setzen, die im Altertum und Mittelalter höher angesetzt werden mußte, als heute, wo Religion, Moral und Gesetz den Zins in Schutz genommen haben.

Diese Zahlen beweisen, daß der Zins unabhängig ist von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen, diese Zahlen schlagen den verschiedenen Zinstheorien und namentlich den Produktivitätstheorien (die einzigen, die wenigstens noch den Schein für sich haben) direkt ins Gesicht. Wenn man für ein modernes Produktionsmittel, z. B. Dampfdreschmaschine, Selbstbinder, Repetiergewehr, Dynamit usw. denselben Zins zahlt, wie vor 2000 Jahren für Sichel, Dreschflegel, Armbrust oder Keil, so beweist dies doch klar genug, daß der Zins nicht von der Nützlichkeit oder Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel bestimmt wird.

Diese Zahlen bedeuten, daß der Zins Umständen sein Dasein verdankt, die schon vor 2000 Jahren und während eines 600jährigen Zeitraumes in fast genau der gleichen Stärke wie heute ihren Einfluß ausübten. Welche Umstände, Kräfte, Dinge sind das? Keine einzige der bisherigen Zinstheorien gibt uns auch nur eine Andeutung für die Beantwortung dieser Frage.

Billeters Untersuchungen schließen leider mit *Justinian* ab und, soweit ich unterrichtet bin, fehlen zuverlässige Untersuchungen über den folgenden Zeitraum bis Kolumbus. Es wäre übrigens wohl auch schwer, für diesen Zeitabschnitt zuverlässiges Material zusammenzutragen, wenigstens aus den christlichen Ländern, weil das Zinsverbot immer strenger gehandhabt wurde, weil mit dem fortschreitenden Mangel an Geldmetallen der Geld-

I. Tabelle. Parallelismus zwischen Zinsfuß und Preisen, als Beweis für die Behauptung, daß der reine Zins eine eherne Größe ist.



verkehr und der Handel immer mehr zusammenschumpften, und dann auch, weil die lokalen Herabsetzungen des Münzfußes, die jetzt größeren Umfang annehmen, den reinen Kapitalzins im Zinsfuß nicht mehr erkennen lassen.

Wenn Papst Clemens V. auf dem Konzil zu Vienne (1311) weltliche Obrigkeiten, welche zinsfreundliche Gesetze erlassen, mit der Exkommunikation bedrohen konnte [Boehm-Bawerk, Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien S. 27.], so zeigt das, wie schwach der Handel damals war, wie vereinzelt Darlehensgeschäfte vorkamen. Einzelnen Sündern gegenüber konnte der Papst mit Strenge auftreten; wäre der Handel damals lebhafter und die Übertretung des Zinsverbotes eine alltägliche Erscheinung gewesen, so hätte sich der Papst keine solche Drohung erlauben dürfen. Beweis dafür ist die Tatsache, daß mit der Belebung des Verkehrs durch das amerikanische Gold auch die kanonische Gegnerschaft des Zinses sofort abflaute.

Als Beleg für obige Behauptung, daß der reine Zins eine, so gut wie unveränderliche, fast ehernen Größe ist, habe ich die beiden Diagramme S.265 und 268 ausgearbeitet, aus denen hervorgeht, daß die Schwankungen des Zinsfußes auf die Schwankungen der Warenpreise (Ristorno) zurückzuführen sind. Hätten wir eine unveränderliche Währung gehabt, so wäre der Zinsfuß seit 2000 Jahren unverändert auf 3–4% stehen geblieben.

Erklärungen zu Tabelle 1 auf Seite 265

Die *Zinslinie* in vorstehendem Diagramm habe ich nach den eben angeführten Angaben *Adam Smiths* konstruiert. Es handelt sich hier um den gesetzlichen Zinsfuß, nicht um den Marktzinsfuß, auf den es eigentlich ankommt. *Smith* behauptet zwar, „daß, wie es scheint, der gesetzliche Zinsfuß den Verhältnissen mit großer Sorgfalt angepaßt worden sei“ (made with great propriety), aber aus den plötzlichen Sprüngen von 10 auf 8 und 6 Proz. geht hervor, daß diese gesetzlichen Regulierungen wie alle Gesetze zögernd und dann stoßweise den Tatsachen folgten. Der gesetzlich zulässige Zinsfuß war ein Schutz gegen den Wucher, er zeigte die Grenze des Wuchers an, stand also, wie auch heute noch, durchweg höher als der gemeine Marktzinsfuß.

Die *Preislinie* habe ich nach der Tabelle S. 376 aus *Georges Wiebes* Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts ausgearbeitet. Dieser Tabelle haften die schweren Fehler an, die S.61 dieses Buches im Abschnitt: „wie der Preis des Geldes ermittelt werden kann“ angegeben sind. Safran, Muskatblumen, Ingwer beeinflussen hier das Resultat genau so stark wie Weizen, Vieh, Gewebe. Außerdem sind die Erhebungen auf 97 Artikel, und von 1550 ab sogar auf 47 Artikel beschränkt. (Wiebe erwähnt diese Mängel übrigens auch selbst.) Da *W's* Tabelle nur bis 1713 reicht, habe ich die Verlängerung bis 1764 nach Angaben aus verschiedenen Büchern gezogen, die sämtlich darin übereinstimmen, daß seit 1713 die Preise stetig abwärts gingen. Dies ist auch wahrscheinlich, denn von 1700 bis 1740 ging nach *Soetbeers* Berech-

nungen die Geldproduktion (Gold und Silber) nicht voran, während doch mit der wachsenden Bevölkerung der Geldbedarf stieg. In England allein stieg im Zeitraum von 1650/1780 die Bevölkerung von 4 1/2 auf 9 1/2 Millionen. Außerdem fand von 1640 ab keine Herabsetzung des Münzfußes mehr statt. Also Gründe genug, um eine Baisse wahrscheinlich zu machen.

Auch muß in Betracht gezogen werden, daß *Wiebe* alle Preise auf Silbergewicht zurückgeführt hat. Auf die Höhe des Zinsfußes wirken aber nur die nominellen Preise, nicht die Silberpreise, da die Rückzahlung der Darlehen sich nach dem nominellen Betrag der Schuld richtet.

Wenn nun obige beiden Linien nur im Grundzug übereinstimmen so muß man die Erklärung in den angedeuteten Mängeln des Materials suchen, nach dem sie gezogen wurden.

Erklärungen zur Tabelle II auf Seite 268

Der Parallelismus der beiden Linien springt hier schon viel deutlicher in die Augen, weil die Linien nach besserem Material gebaut sind. Einmal nähert sich der Diskontsatz viel mehr dem Marktzinsfuß als die gesetzlich auf Jahre hinaus festgesetzte Wucherzinsrate, dann nähern sich auch die „Index numbers“ des *Economist* viel mehr dem wirklichen Durchschnittspreis der Waren, weil hier die relative Bedeutung der Waren berücksichtigt wird.

Wenn man erst über völlig sauberes Material verfügen wird, dann wird auch wahrscheinlich der schon jetzt deutlich wahrnehmbare Parallelismus in Kongruenz übergehen.

Bisher entzogen sich die Faktoren, die die Zinsfußrate bestimmen, jeder wissenschaftlichen Kontrolle. So stimmt Prof. *Dr. Karl v. Diehl* in einer Schrift „Über das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von *Karl Marx*“ (S. 25) diesem zu, wo er sagt, „daß es keine natürliche Rate des Zinses gebe, da die Bildung der Zinsfußrate etwas durchaus Gesetzloses und Willkürliches ist.“ III, I, S. 341.

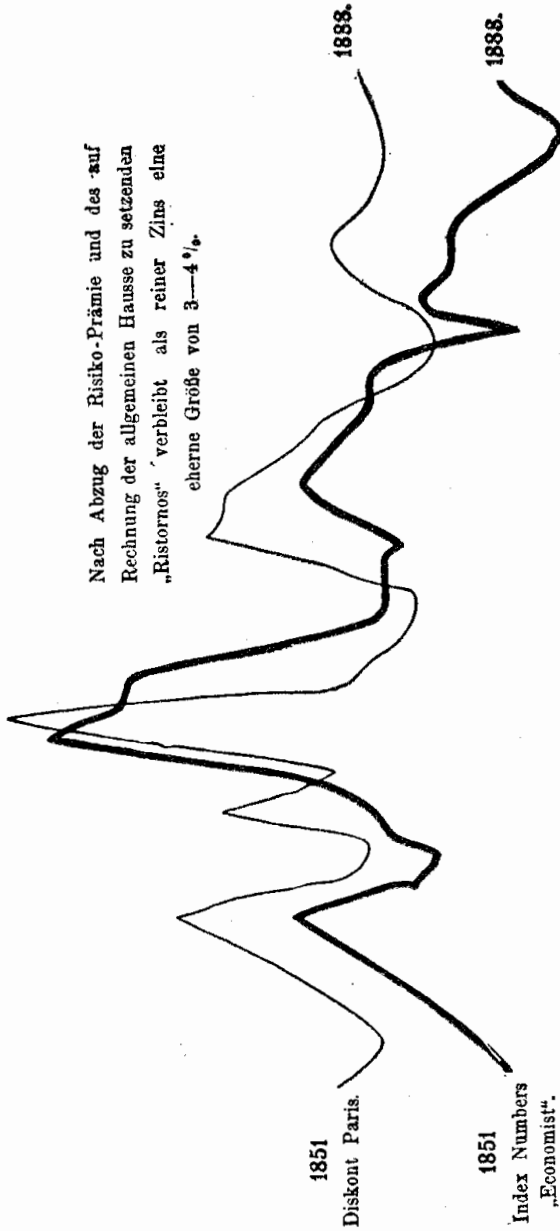
Dem ist aber, wie wir uns überzeugten, durchaus nicht so. Bei näherer Betrachtung zeigt sich im Gegenteil, daß hier alles „gesetzmäßig“ zugeht. Und „willkürlich“ ist die Bildung der Zinsfußrate nur insofern, als man willkürlich die Zinsfußrate von 3 Proz ab aufwärts, auf jede beliebige Höhe treiben kann. Man braucht nur gesetzlich zu bestimmen, daß mittels Neuemissionen die Warenpreise jährlich um 5–10–15 Proz. heraufgesetzt werden, so wird auch der Zinsfuß auf 8–13–18 Proz. (3 Proz. + 5, 10, 15 Proz. Ristorno) steigen. Eine Sache aber, die sich willkürlich behandeln läßt, ist nicht „gesetzlos“, da sie doch den Gesetzen folgt, wonach sich die Handlungen richten. (Übrigens sind die Begriffe „Gesetzlos“ und „Willkür“ Gegensätze, wenigstens in dieser Angelegenheit)

—

Mit der Entdeckung Amerikas beginnt die Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts. Die Preise stiegen unaufhaltsam. und der Zinsfuß wurde mit einem schweren Ristorno belastet. So darf man sich nicht wundern, wenn der Zinsfuß während dieser ganzen Zeit sehr hoch stand.

Adam Smiths „Inquiry into the nature of wealth“ entlehne ich folgende Zahlen: 1546 wurden 10% als die gesetzlich zulässige Grenze des Zinsfußes erklärt, 1566 wurde dies Gesetz

II. Tabelle zum Artikel: Der reine Zins eine eiserne Größe?



Diese beiden Linien habe ich nach den Zahlenangaben in Laveleys Tabellen („La Monnaie“ S. 90 u. 189) gezogen. Den Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Preisstand und Diskont setzte ich gleichmäßig in Millimeter-Abstand um.

durch Elisabeth erneuert, und 10% blieb gesetzlich zulässig bis 1624.

Um diese Zeit war die Preisrevolution im wesentlichen beendet und die allgemeine Preissteigerung in ein ruhiges Tempo verfallen [Dr. George Wiebe, Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts s. Tabelle 376.]. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung geht denn auch der Zinsfuß zurück, 1624 wurde der Zins auf 8% dann, kurz nach der Restauration der Dynastie der Stuarts (1660), auf 6% herabgesetzt, und 1715 auf 5%.

„Diese verschiedenen gesetzlichen Regelungen scheinen sämtlich dem Zinsfuß im freien Marktverkehr erst gefolgt, nicht aber ihm vorausgegangen zu sein.“ So sagt *Adam Smith*.

Seit Königin Anna (1703/14) scheint 5% eher *über* als unter der „market rate“ gewesen zu sein. Natürlich, denn zu dieser Zeit war die Preisrevolution beendet. und der Zinsfuß bestand jetzt nur noch, wie während des Mittelalters. aus Kapitalzins und Risikoprämie.

„Vor dem letzten Krieg (sagt *Smith*) borgte die Regierung zu 3%, und vertrauenswürdige Privatleute in der Hauptstadt, sowie in vielen anderen Landesteilen zu 3 1/2%, 4% und 4 1/2%“

Also genau dieselben Verhältnisse, die wir jetzt haben.

Soll ich noch mehr statistisches Material zusammentragen zum Beweis, daß der reine Kapitalzins eine eherne Größe ist, daß der reine Kapitalzins nicht unter 3% fällt, nicht über 4% steigt, daß alle Schwankungen des Zinsfußes nicht auf Schwankungen des Kapitalzinses zurückzuführen sind? Wann ist in der Neuzeit der Zinsfuß gestiegen? Immer nur zusammen mit den Warenpreisen. Nach den kalifornischen Goldfunden stieg der Zinsfuß so hoch. daß die verschuldeten Agrarier trotz den erhöhten Getreidepreisen über Notstand klagten; mit der Erschöpfung der Goldminen fielen die Preise zusammen mit dem Zinsfuß. Dann kamen die Milliarden, hohe Preise, hoher Zinsfuß. Mit dem großen Krach fielen die Preise, fiel auch der Zinsfuß. Während der letzten Hochkonjunkturen 1897–1900 und 1904 bis 1907 war auch der Zinsfuß gestiegen: dann sind die Preise wieder gefallen, und der Zinsfuß war auch wieder niedrig. Jetzt steigen die Preise wieder langsam und auch der Zinsfuß. Kurz, rechnet man überall vom Zinsfuß den auf Rechnung der

allgemeinen Preissteigerung zu setzenden Ristorno ab, so bleibt als Zins eine eherne Größe zurück.

Warum fällt der Zins niemals unter 3, warum geht der Zins nicht auf Null zurück, und wenn es auch nur vorübergehend wäre, einen Tag im Jahre, ein Jahr im Jahrhundert, ein Jahrhundert in zwei Jahrtausenden?

Warum steigt der Zins nicht zuweilen auf 10–20–50%, wenn auch nur vorübergehend, ausnahmsweise, zur Bestätigung der Regel, zum Beweise für die Richtigkeit der Annahme, daß Nachfrage und Angebot nicht allein den Zinsfuß, sondern auch den reinen Kapitalzins bestimmen?

Die Metallwährung in der Geschichte

I.

Unsere Vorschläge dienen dem Schutze des Volkes gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das herkömmliche, aus dem grauen Altertum in unveränderlicher Form auf uns iberkommene Geldwesen und sind umsturzlerischer Art. Noch niemals hat man einen so herzhaften Vorstoß mit so glücklichen Aussichten gegen den Mammon gewagt. Zum ersten Mal sieht man diesen Menschenfresser erleichen.

Um die unselige Wirkung, die das herkömmliche Geld ausübt, zu erfassen, vergegenwärtige man sich die Erscheinungen, die seither regelmäßig im Gefolge der an sich so segensreichen großen Erfindungen und Entdeckungen der Neuzeit auftraten. Die Entdeckungen *Bessemer's*, *Liebig's*, *Siemens*, *Pasteurs* verhundertfaltigten die Arbeitsprodukte; und Dampfschiffe und Eisenbahnen schufen die Mittel, diese Produkte sicher und billig iber die ganze Welt zu verfrachten. Diese Erfindungen hätten nur Segen bringen sollen, da sie jedoch nur der Warenproduktion, dem Angebot, dienten und nicht auch der Nachfrage, d. i. der Geldproduktion, insofern als man das Gold findet und nicht produziert, so drückte das gewaltig anwachsende Warenangebot die Preise, und bei weichen Preisen ist bekanntlich der kaufmännische Austausch der Produkte rechnerisch unmöglich. Es ist dem Kaufmann ebenso unmöglich, bei fallenden Preisen die Waren vom Produzenten dem Konsumenten zuzufuhren, wie es dem Wasser unmöglich ist, bergan zu fließen. Und wenn der Kaufmann seines Amtes nicht walten kann, wie soll da der Arbeiter seine Produkte absetzen? Die einseitige Vermehrung des Warenangebots fuhrt schnurstracks zur Krise mit all ihrem wußten Gefolge, und was für alle ein Segen sein sollte, wird für die Volksmassen zum Fluch.

Nach entgegengesetzter Richtung wirkten im 18. Jahrhundert in Frankreich *John Laws* Experimente mit dem Papiergeld, indem hier die Geldproduktion ohne Rücksicht auf das Warenangebot ins Ungemessene vermehrt wurde. Wäre *Law* 100 Jahre später, als die erwähnten Erfindungen die Welt mit Waren iberfluteten, aufgetreten, so hätten seine Geldmassen einen Vernunftigen Sinn gehabt. Dem großen Angebot von Waren hätten *Laws* Geldmassen die für die Produktion unentbehrliche Nachfrage verschafft. Aus der Regelmäßigkeit, womit bislang mit jeder Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel die Warenpreise sanken und die Krise folgte, zog man den Schluß, daß solche Störungen unvermeidbare Nebenerscheinungen aller großen Erfindungen seien. Und die wissenschaftlichen Sozialdemokraten klammern sich noch heute an dieses Axiom, obschon doch jetzt die Hin-

fälligkeit dieses Glaubenssatzes auch schon durch die Tatsachen erwiesen ist. Man hat seit etwa 15 Jahren unausgesetzt alle Arbeitsmittel verbessert und stark vermehrt, trotzdem gehen die Preise nicht herunter, sondern steigen stark und unausgesetzt. Warum? Weil der Zufall es will, daß mit der stark vermehrten Warenproduktion auch die Goldproduktion gestiegen ist. Von 200 000 Kilos im Jahre 1895 ist die Goldproduktion nach und nach auf 600 000 Kilos jährlich gestiegen. Diese wachsende Goldproduktion wirft dem wachsenden Warenangebot eine wachsende Nachfrage entgegen – darum gehen die Preise nicht herab, sondern im Gegenteil herauf- und bei steigenden Preisen ist der Handel immer lohnend. Es kann keine Krise ausbrechen – so lange die Preise steigen. Und das, was hier der tolle Zufall blindlings auf plumpe Weise zu Wege gebracht, das wollen wir Geldreformer in verfeinerter Form, auf bedächtige Weise, nach reifer Erwägung künstlich hervorbringen: wir wollen eine ständige, sorgfältige Anpassung der Nachfrage nach Waren, an das Angebot und zwar in der Weise, daß wir den Staat ermächtigen, Papiergeld auszugeben, so oft die Warenpreise abwärts neigen, und Geld einzuziehen, so oft die Warenpreise aufwärts streben.

Wer Bedenken gegen eine so weitgehende Erweiterung der staatlichen Macht hat, möge sich die Zustände vergegenwärtigen, die unserem Volke dann bevorstehen, wenn einmal die vom Zufall abhängigen Goldfunde nachlassen und diesem Mangel nicht durch Mehrausgabe staatlichen Papiergeldes abgeholfen wird. Daher möge ein Rückblick in fern vergangene Zeiten gestattet sein.

Es ist bekannt und durch unzählige Urkunden erwiesen, daß der allmähliche Niedergang des römischen Weltreiches von einem allgemeinen jahrhundertelangen Rückgang der Warenpreise begleitet war. Die Quellen, an denen Rom den Rohstoff für die Geldprägung schöpfte, in der Hauptsache die Silberminen Spaniens, waren versiegt; aus Mangel an Rohstoff mußten die römischen Münzstätten stillgelegt werden. Und von dem Geldvorrat ging vielmehr fortgesetzt verloren, in Bränden, Schiffbrüchen, durch Verschleiß der Münzen, und die Gewohnheit, in Kriegszeiten das Geld zu vergraben.

Wie es mit dem Geldstoff stand, geht klar aus der Tatsache hervor, daß die Funde in Schatzkammern aus der Glanzzeit Roms meist Gold und Silber enthalten, während in denen aus späteren Jahrhunderten Kupfermünzen vorherrschen.

Dieser Mangel an Geld, an Tauschmitteln, hatte damals die gleiche Wirkung wie heute. Denn auch bei den Römern wurden die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Da die verfügbaren Tauschmittel, Gold und Silber ständig zusammenschrumpften, so gingen auch die Preise ständig zurück, für dasselbe Geld mußte ständig mehr Ware oder geldwerte Leistung geliefert werden. Jahrhundertlang gingen die Preise abwärts, drückten die Marktverhältnisse den Erlös der Waren unter den Einstand, jahrhundertlang machte erfahrungsgemäß jeder Bankrott, der

es wagte, Waren auf Spekulation zu kaufen. Ausnahmen wird es gegeben haben, sie erklären sich durch außergewöhnlich günstige Umstände oder besondere Tüchtigkeit einzelner Unternehmer.

Jahrhundertlang machten alle Unternehmer (Kaufleute, Landwirte, Handwerker) die Erfahrung, daß es vorteilhafter sei, den Bau eines Schiffes, eines Hauses, einer Brücke, eines Entwässerungskanals, immer wieder zu verschieben. Für die gleiche Leistung wurde nach einem Jahre, nach 5 Jahren immer weniger an Lohn bezahlt. Wer wartete, gewann, (wie das ja auch in den Jahren 1873–1878 in Deutschland der Fall war) und am meisten gewann der, der überhaupt nichts unternahm. Der Ausspruch, daß die Latifundien-Wirtschaft Roms Niedergang verursacht habe, beruht auf Irrtum, es wird da Wirkung mit Ursache verwechselt. Das Latifundium war eine Folge des allgemeinen Preisrückgangs, der für jeden Unternehmer Verlust brachte, also auch für den Bauer, der sein Gut immer mehr belasten und schließlich dem Hypothekengläubiger überlassen mußte. Genau ebenso würde die Goldwährung unsere Landwirte zugrunde gerichtet haben, wenn man ihnen nicht vor Toresschluß durch die Kornzölle zu Hilfe gekommen wäre und wenn nicht der blinde Zufall durch große Goldfunde in Afrika und Alaska neuen Geldstoff gebracht hätte. Dem römischen Bauer aber kamen weder Zölle noch günstige Zufälle zu Hilfe. Bringe man jetzt die Fleisch- und Kornzölle in Deutschland herunter und man wird sehen, wie alsbald der Hammer des Auktionators die Bauergüter zu Latifundien breitschlägt. Die Folge würde sein, daß es alsbald in deutschen Gauen ebenso still und tot zugehen würde, wie schon jetzt auf den künstlich durch das Fideikommiß-Wesen geschaffenen Latifundien im preußischen Osten.

Brentano schlägt vor, die Zölle, die so wie so den Bauern nicht dauernd helfen könnten, nach und nach herabzusetzen, bis zur völligen Beseitigung! Das wäre eine Freude für die Wucherer, und es ist unverständlich, wie ein angesehener Mann in einer so wichtigen Sache einen so unüberlegten Vorschlag machen konnte. Für die Beseitigung der Zölle gibt es in einem Rechtsstaat nur einen Weg! Rückkauf der Zölle durch den Staat! *Brentano* sagt ja selbst, daß die Zölle zur Grundrente und damit zur Hypothek geschlagen werden. Aber eine Herabsetzung der Zölle trägt in erster Linie der noch nicht hypothezierte Teil der Grundrente, also gerade der dürftige kleine Teil der Rente, der noch dem Bauern verbleibt. Wird dieser kleine Teil durch die Herabsetzung der Zölle aufgeessen, so ist der Bankrott da. Die jetzigen Inhaber der Ackerfläche haben in der Mehrzahl im Kaufpreis auch die kapitalisierten Zölle bezahlt, natürlich ohne zu ahnen, daß das, was sie da mitkauften, nur politischer Haderstoff war; sie dachten den „inneren Wert“ des Bodens zu kaufen, und nun sollen sie ein gut Teil dieses „inneren Wertes“ verlieren.

Ebensowenig wie die Latifundien haben die Barbaren Roms Niedergang verschuldet. Gewiß haben die Barbaren die Stadt Rom zerstört, wie das Feuer Chicago,

das Erdbeben San Francisco zerstörten. Aber Chicago und San Francisco sind wie ein Phönix aus Asche und Trümmern wunderbar schnell neu entstanden, Wohingegen Rom jahrhundertlang eine Ruinenstadt blieb. Es haben also andere Umstände Roms Niedergang bewirkt.

Mag sein, daß die überfeinerten Schichten des römischen Volkes, die jahrhundertlang das Heft in Händen gehabt hatten, reif zum Untergehen und unfähig, dem Anprall der Barbaren zu widerstehen waren. Aber jene Barbaren von damals waren das, was heute die deutschen Einwanderer in Amerika sind, und da, wo diese hinkommen, entwickeln sich Wohlstand und Bildung. So hätte auch, nach dem Zusammenbruch der Gewalthaber, durch Vermischung des gesunden Teils des römischen Volkes mit den eingedrungenen Germanen alsbald ein neuer, blühender Staat erstehen müssen. Daß dies nicht geschehen ist, liegt an der Einstellung der Arbeitsteilung, die ihrerseits wieder verschuldet wurde durch das Fehlen ausreichender Tauschmittel und den daraus sich ergebenden stetigen Rückgang der Preise.

Die Arbeitsteilung aber ist die Mutter der Kultur, ohne sie ist kein blühender Staat denkbar. Indem nun Italien notgedrungen von der Arbeitsteilung allmählich zur Urwirtschaft zurückkehrte, verlor es die Stoßkraft nach außen, dann die Widerstandskraft im Innern und ging so jahrhundertlang ständig zurück.

Durch den ganzen langen Zeitraum hindurch, der die Jahrhunderte römischen Niedergangs und das anschließende Mittelalter umfaßt, zieht sich wie ein roter Faden die stetige Geldarmut, sie machte eine gleichmäßig fortschreitende Weiterbildung der Kultur, eine stetige Zunahme des Verkehrs der Völker untereinander unmöglich. Es ist eine fast ununterbrochene Kette von Kriegen und Brandschatzungen, die den Bevölkerungszuwachs immer wieder aufzehrte und als bezeichnendes Merkmal immer die gleiche Gier nach Geld aufweist – Beweis genug, wie der Mangel an ausreichenden Tauschmitteln den Grundton in der wirtschaftlichen Gesamtlage angab.

Gelegentliche Blütezeiten in beschränkten Bezirken ändern an diesem Grundzuge nichts, sie erklären sich durch zeitweiliges Zuströmen fremden Geldes aus Gegenden mit etwas ergiebigerem Bergbau, durch Funde aus Schatzkammern früherer Zeit, vor allem aber durch sog. Geldverschlechterungen, bestehend im Zusetzen von Kupfer zum Silbergeld. Diese durch Kupferzusatz ermöglichte Vermehrung des Geldes, die mit einer allgemeinen Steigerung der Preise in den betreffenden Gegenden verknüpft war, brachte den Erlös der Waren wieder über den Einstand, machte den Güteraustausch gewinnbringend und gab den verschuldeten Grundbesitzern wieder Luft.

Das in die Silbermünzen eingeschmuggelte Kupfer hatte damals dieselbe Wirkung wie jetzt die Zölle im Deutschen Reich. Münzverschlechterung und die Ein-

führung von Zöllen, es sind beides Verzweiflungstaten, entstanden aus der, wenn auch unklaren Erkenntnis, daß für die vorhandene Gütermenge die Tauschmittel fehlen und daß in irgend einer Weise Abhilfe des Notstandes gefunden werden muß.

Dauernde Besserung konnte indessen auch diese Geldvermehrung durch Münzverschlechterung nicht bringen, sie wirkte wie ein Tropfen auf einen heißen Stein, indem stets dem zehnfach vermehrten Geld ein hundert- oder tausendfach größeres Warenangebot gegenüberstand.

Eine große Wendung und damit zugleich der Übergang zu einem neuen Zeitalter der Menschheit ergab sich endlich – nach anderthalbtausend Jahren – als nach der Entdeckung Amerikas die gold- und silberreichen Länder: Mexiko, Brasilien, Peru nach einander erobert und mit der durch den langen Goldhunger erklärlichen Gier geplündert wurden. In ungezählten Schiffsladungen kamen diese Gold- und Silberschätze nach Europa und schufen hier ganz neue Zustände. Seit *Augustus* Zeiten konnte zum ersten Male wieder der Vollbetrieb der Münzstätten aufgenommen werden, es war wieder reichlicher Rohstoff für die Herstellung der Tauschmittel, der Nachfrage da, es gab wieder reichliches Geld, die Arbeitsteilung fand nach anderthalbtausendjährigem, kümmerlichen Sichhinschleppen eine neue reiche Entfaltung. Die Preise stiegen, der Handel, die Unternehmungen wurden wieder rechnerisch möglich, und brachten die Produkte der Arbeitsteilung in regen Umlauf. Das Mittelalter hatte sein Ende erreicht, die Neuzeit brach an.

Ohne die Gold- und Silberschätze hätte Amerika für die damalige Zeit kaum einen Wert gehabt, denn Europa war nur dünn bevölkert, und an Land zum Urbarmachen fehlte es nicht; außerdem standen Asien und Afrika zur Einwanderung offen. Amerika lieferte im Wesentlichen nur, was man auch in Europa hatte – mit Ausnahme des Geldstoffs. Die wirtschaftliche Eiszeit, die wir Mittelalter nennen, schließt ab mit dem Zuströmen des Edelmetalls aus Amerika.

Die Hauptunterschiede der damals beginnenden Neuzeit gegenüber dem abgelaufenen Mittelalter sind:

Vermehrte Arbeitsteilung und damit Vermehrung und Verfeinerung der Produkte, Umwandlung der Realsteuern in Geldsteuern.

Vermehrter Güteraustausch der Völker untereinander, und im Zusammenhang damit Aufblühen der Schifffahrt, der Studienreisen, vermehrter Gedankenaustausch, Befreiung von geistigem Druck.

Aufwärtsbewegung der Preise, [Verg. Wiebe, Geschichte der Preisrevolution im 16 u. 17 Jahrh.] der Löhne und damit Belebung des Unternehmersinnes.

Aber auch Rückschläge blieben nicht aus. Die Arbeitsteilung brachte Wohlstand

und Reichtum. Der Reichtum aber hat die eigenartige Wirkung, daß er die Quellen verschüttet, die ihn gespeist haben. Dies geschah in zweierlei Weise, und in beiden Fällen mit der gleichen Wirkung.

Der eine Teil der Reichgewordenen war prunkliebend, er strebte nach dem Besitz kostbaren Geräts, zu dessen Herstellung in Form von Tafelaufsätzen, Leuchtern, Tellern, Löffeln, Kultusgeräten, Bildwerken, große Geldmassen in den Schmelztiegel geworfen wurden, um den nötigen Stoff(Gold und Silber) zu gewinnen.

Der andere Teil, die Sparer, legte das Geld auf die hohe Kante, und zwar immer verstärkt in dem Maße, wie die zunehmende Arbeitsteilung den Wohlstand mehrte und es erlaubte, Ersparnisse zu machen.

In beiden Fällen ergab sich die gleiche Wirkung: Gold und Silber, damals wie auch heute noch die Grundlage des Geldwesens, wurden zu einem großen Teile ihrem Zwecke als Tauschmittel zu dienen entzogen, denn das zu Prunk- und Sparzwecken dem Verkehr entzogene Geld bedeutet erstarrte Nachfrage, vermittelten Gütertausch. In dem gleichen Maße, wie diese Entziehung stattfindet, wird die Arbeitsteilung immer zurückgeschnitten und ein Übergreifen des Wohlstands auf die Volksmassen, eine Verallgemeinerung freundlichen Lebensgenusses unmöglich gemacht.

Es ist gesetzmäßiger Vorgang, daß sich ein allgemeiner Wohlstand solange nicht bilden kann, wie das Geld zu Prunk- und Sparzwecken mißbraucht wird.

Es geht dies aus folgender Gleichung hervor: A, B, C usw. arbeiten aus allen Kräften, denn sie wollen sparen, und sparen heißt, daß sie mehr Waren erzeugen und zum Verkauf anbieten, als sie ihrerseits einkaufen wollen. Jeder dieser Arbeiter bringt für 1000 Mk. auf den Markt, mit der Absicht, ihm seinerseits nur für 500 Mk. zu entnehmen. Es werden also – dem Markte 1000 Mk. – an Waren zugeführt und nur für 500 Mk. abgeführt. Wo bleibt der Rest? Es ist klar, dieser Rest kann an Gleichdenkende, an Sparer nicht abgesetzt werden. Wenn alle wie diese Sparer handeln wollten, so ergibt sich als notwendige Folge, daß im Durchschnitt jeder nur für soviel verkaufen kann, als wofür im Durchschnitt von jedem eingekauft wird. Wo alle sparen wollen, kann keiner sparen.

Die Sparer nehmen sich also gegenseitig die Möglichkeit, ihre Waren zu verkaufen und Ersparnisse in Geldform zu machen. Der Warenabsatz unter lauter Sparern kann niemals größer sein, als das Höchstmaß dessen, was die Geldsparer zur unmittelbaren Lebensführung bestimmen. Je niedriger dieses Höchstmaß, um so geringer wird der Wohlstand sein.

Verkauf ohne entsprechenden Kauf, Angebot ohne gleichwertige Nachfrage, Werte schaffen, um den Gelderlös zu sparen! Welch ein widersinniges Unternehmen!

II.

In unserer Zeit haben sich die Dinge in der Weise geändert, daß die Sparer das Geld nicht mehr zu Hause aufspeichern, sondern es den Sparkassen übergeben, die es wieder durch die Unternehmer in Umlauf setzen. Aber behoben wird dadurch der Widersinn nicht, denn die Sparer verlangen von den Sparkassen Zins, und wenn die Unternehmer keinen oder nicht den üblichen Zins aus ihren Unternehmungen schlagen können, so zeigt sich alsbald der Widersinn. Erhalten die Sparer keinen Zins, so geben sie das Geld nicht her, und es fehlen dann die Käufer für den Überschuß der von den Sparern geschaffenen Werte.

Tatsächlich werden alljährlich große Spareinlagen gemacht, ihr Betrag entspricht den Schulden, die Staat und Gemeinden, dazu noch einige Verschwender und die Unternehmer machen. Anders ist es nicht möglich. Hätten wir keine kleinen und großen Schuldenmacher, die das Geld der Sparer in Umlauf bringen, so würden die Sparer bald keinen Abnehmer mehr für ihre Überschüsse finden und überhaupt nicht mehr sparen können. Es würde dann natürlich auch keine Anleihen mehr geben können. Im Grunde handelt es sich nur um Schein-ersparnisse, denn die Schulden des Staates sind die Schulden des Volkes, der Sparer.

Es ist weiter oben ausgeführt, daß die durch reichliche Gold- und Silberzufuhren begünstigte Arbeitsteilung Rückschläge und Hemmungen dadurch erfuhr, daß von diesem Edelmetall ein großer Teil zu Prunk- und Sparzwecken mißbraucht und seinem Zweck, als Tauschmittel zu dienen, entzogen wurde. Ferner, daß diese Entziehungen selbsttätig und gesetzmäßig die Wirkung haben, daß im Verhältnis zu ihrer Höhe ein Umsichgreifen des Wohlstandes für die Allgemeinheit verhindert wird.

Nun darf man aber nicht annehmen, daß dieser Druck sich immer gleichmäßig, wie ein Gewicht auf der Waage, fühlbar macht, sondern dies geschieht in Form von Wirtschaftskrisen sprunghaft und oft unter heftigen Zuckungen des Volkskörpers. Ist nämlich zu Prunk- und Sparzwecken dem Verkehr soviel Geldstoff entzogen, daß durch die entstandene Knappheit die Preise fallen, so bricht die Krise aus, die die Arbeitsteilung lahmlegt, tausende wohlgestellter Familien zu Bettlern macht, die Volksmassen zwingt, die Sparbüchsen zu leeren und von ihrem Inhalt zu zehren. Die Verkaufsläden der Goldschmiede veröden, manche goldene Kette, manch kostbares Gerät wandert in den Schmelztiegel, um zu Geld gemacht zu werden. Diese Verhältnisse bewirken dann nicht eine kleine Besserung der Preise, denn es wird

1) wieder mehr Geld hergestellt und weniger Geldstoff zu Prunkzwecken dem Verkehr entzogen.

2) Das gesparte Geld dem Verkehr wieder zugeführt.

3) Durch die zeitweilige Arbeitslosigkeit die Warenerzeugung und damit das Angebot verringert.

Das Geld läuft also stoßweise um, von Krise zu Krise. Der stetige Kreislauf dieser Dinge ist also: Krise, langsame Hebung der Preise, Wiederaufnahme der Arbeitsteilung, vermehrte Warenerzeugung, Wohlstand, Reichtum, Entziehung von Geldstoff (Gold und Silber) zu Prunkgeräten, Füllung von Sparkassen, dann – zurücklaufend – folgerichtig wieder Überflügelung der Nachfrage durch das Angebot (zuviel Ware, zu wenig Geld), Rückgang der Preise, neue Krise.

Diesen Kreis durchläuft die europäische Volkswirtschaft, seit vor 400 Jahren die Gold- und Silberschätze Amerikas zuströmen begannen, stetig bis auf den heutigen Tag. Zuweilen war der Kreislauf schneller, zuweilen langsamer. Wollte gelegentlich der Zufall, daß sehr große Mengen Geldstoff gefunden wurden, wie in den letzten Jahren der kalifornischen Goldfunde, so dauerte die Blütezeit länger, ehe der neue Krach kam. Zuweilen auch wurde das Gold eines Landes, unter Ausgabe von ungedecktem Papiergeld, auf die Nachbarländer abgeschoben, dann wieder wurden in allen Ländern gleichzeitig die Metallgeldzufuhren durch Papiergeldausgabe unterstützt oder ergänzt. Da aber immer das Gold in fast allen Ländern als Grundlage der Währung beibehalten oder eingeführt wurde, so blieb auch die dem Golde in dieser Eigenschaft anhaftende unselige Wirkung bestehen; immer wieder mußten nach den geschilderten natürlichen Gesetzen die Krisen sich erneuern.

Das Fehlen einer Einrichtung, die es ermöglichte, der wechselnden Menge erzeugter Waren die entsprechende Menge von Tauschmitteln entgegenzubringen, also die Geldmenge der Warenmenge anzupassen, hat gemäß vorhergegangener Darlegung die Verhältnisse der Völker zu einander beeinflußt, die Geldgier stetig noch erhalten und zu Hader und Krieg geführt. Daß dieser Zusammenhang nicht schon im Mittelalter erkannt wurde, liegt daran, daß die Kriege immer wieder den natürlichen Bevölkerungszuwachs größtenteils aufzehrten, so daß auch der Geldvorrat nicht in dem Maße zuzunehmen brauchte, wie es sonst nötig gewesen wäre.

Seit den napoleonischen Kriegen vor 100 Jahren haben sich die Verhältnisse von Grund auf geändert. Bald kamen Dampfschiffe, Maschinen, Eisenbahnen auf, durch sie wurde die Arbeitsteilung immer allgemeiner, der Verkehr der Völker untereinander stetig reger, die Kriege wurden seltener; die Bevölkerung auf der ganzen Erde wuchs in einem Maße wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. In demselben Maße wie dergestalt die Menschenmenge wächst, muß auch jede Störung in der wirtschaftlichen Entwicklung verheerender wirken als früher.

Daß seit etwa einem Jahrzehnt die Krisen weniger oft und stark auftreten, erklärt sich aus der Eigenart der Goldgewinnung in dem gegenwärtig wichtigsten Gebiete, den Bergwerken in Südafrika. Während in den früher wichtigsten Goldfundwerken das Gold durch Auswaschen gewonnen wurde, wobei der Zufall eine große Rolle

spielt, werden in Südafrika die goldhaltigen Felsmassen durch Maschinen zermalmt und das Gold dann ausgeschieden. Daraus ergibt sich für die Zeit, innerhalb deren die goldhaltigen Felsgebiete von genügender Ergiebigkeit vorhalten, die Möglichkeit, eine einigermaßen gleichbleibende Goldförderung zu erzielen. Aber auch hierbei ergeben sich beträchtliche Abweichungen durch die schwierigen Arbeiterverhältnisse, durch unrichtige Schätzungen der Goldhaltigkeit. Also auch hierbei spielen mancherlei Umstände eine Rolle, und von einer mit dem wachsenden Bedarf gleichen Schritt haltenden Förderung kann keine Rede sein.

Bis jetzt hat der Wahn, daß dem Golde ein geheimnisvoller, immer sich gleichbleibender Wert anhafte, die wirtschaftliche Entwicklung fortgesetzt in sinnloser Weise beeinflußt, indem alle Warenpreise um diesen Wertstoff-Schwerpunkt pendelten.

Ist es nicht für jeden Einsichtigen ein Unding, daß diesem seelenlosen Stoff, dem Gold, dauernd die Macht verliehen wird, die Geschicke der Menschheit in so weitgehender Weise zu beeinflussen, wie es in vorstehender Darstellung geschildert ist.

Eine andere Abhilfe dagegen aber gibt es nicht als Papiergeld und die dazu gehörige Verwaltung. Solange die Zwingherrschaft des Goldes, infolge des Wahnes, daß ihm ein geheimnisvoller innerer Wert anhafte, alle Geister beherrschte, konnte von einer staatlichen Geldverwaltung keine Rede sein, denn wer etwas verwaltet, muß dem verwalteten Gut gegenüber eine beherrschende Stelle einnehmen, während das Gold – bis jetzt noch die Grundlage des Geldwesens – ganz unabhängig vom Staate gewonnen wird. Unter der Wucht der gegen die Brauchbarkeit dieser Grundlage vorgebrachten Beweise ist das Vertrauen zur Goldwährung in vielen einsichtigen Köpfen längst schwankend geworden, nur wußte man nicht, was an deren Stelle zu setzen sei.

Wir fordern, daß der Staat die Geldversorgung des Landes unabhängig mache von den Zufälligkeiten der Goldfunde, daß er also

- a) die Goldwährung aufgebe,
- b) eine Verwaltung einsetze, die nach Bedarf durch Mehrausgabe oder Einziehung des staatlichen Papiergeldes das Geldangebot der wechselnden Warenmenge anpasse,
- c) das Papiergeld so gestalte, daß der Geldumlauf (also die Nachfrage), unabhängig von privaten Geldeinflüssen bleibe.

Und zwar soll man jetzt, da wir uns eines verhältnismäßigen wirtschaftlichen Friedens erfreuen, die Sache in Angriff nehmen und nicht damit warten, bis der afrikanische Geldstrom versiegt und die Krise ausbricht. In Friedenszeiten sollen die Gesetze ausgearbeitet werden und Wirtschaftskrisen sind Revolution, Anarchie und Despotismus, bei Währungsfragen kann nur der kühle Verstand eine bedächtige Antwort geben. Wir haben es ja in Deutschland gesehen, welche Antwort man

auf die Währungsfragen gab, als nach Einführung der Goldwährung die Krise ausbrach. Der Weizenpreis fiel von 250 auf 110 und warf alle Landwirte über den Rand des Ruins. Aber dafür machte man nicht die Währung verantwortlich, sondern den Freihandel!! Der von seinen Schulden gedrückte Bauer hatte keine Zeit, die Währungsfrage zu studieren, und so führte man Schutzzölle ein, die die Beziehungen zu den Nachbarstaaten verpesteten und die neuen Anlaß für neue Rüstungen gaben. Um das Zentrum für diese neue Wirtschaftspolitik zu gewinnen, mußte der Weg nach Canossa eingeschlagen werden. Eine schreckliche Arbeitslosigkeit herrschte allenthalben. Man sprach gleichzeitig von Überproduktion an Produkten und an Bevölkerung, an Brot und Brotessemern! Die Arbeiter fanden für diese Not keinen anderen Sündenbock als die Anarchie. Hödel, Ausnahmegesetze, Inquisition, Ausweisungen etc. Dabei Mangel an jedem Unternehmensgeist, gänzlicher Verlust des Vertrauens an die eigene Kraft. Man kehrte zur Theorie des irdischen Jammertals zurück und die Klöster bevölkerten sich.

Und das war die Entwicklung in der kurzen Spanne einer Dekade 1874–1884! Was wäre geschehen, wenn man um diese Zeit nicht die australischen Goldfelder gefunden hätte? Was geschehen wäre, ist leicht zu erraten. Auf Hödel und Nobling wäre ein dritter, vierter gefolgt und auf die Kartätschen wäre die Revolution ausgebrochen. Und den geschwächten Staat hätten die Raben in Beschlag genommen. Grabesstille würde heute im Deutschen Reiche herrschen, dieselbe Todesstille, wie im Mittelalter, das wir die ökonomische Eiszeit genannt haben. Statt 60 hätten wir jetzt 30 Mill. Einwohner, und diese noch würde der Hunger in den Bruderkrieg treiben. Und einem solchen vom Hunger gepeinigten Volke will man dann die Währungsfragen zur Beantwortung vorlegen – Fragen, die nur der kühle Verstand beantworten kann?

Nein, wenn die Krise einmal ausgebrochen ist, dann ist es zu spät, um dem Volke die Währungsfragen zur Beantwortung vorzulegen. Die Krise bricht aus. Man läßt sie ausbrechen. Sie verallgemeinert nicht, man läßt sie sich verallgemeinern. Ein jeder hat ja in solchen Zeiten genug persönliche Sorgen. Die Krise greift auf andere Länder über und man guckt zu – mit Schadenfreude. Die Nationen suchen durch Schutzzölle die „zu kurze Decke“ d.i. das Gold, an sich zu reißen und man antwortet mit Prohibitiv-Zöllen. Man sucht einzelne wertvolle Gebiete sich zu sichern, man beobachtet mit Eifersucht die nach gleicher Richtung zielenden Bestrebungen der Nachbarn. Die internationalen Beziehungen sind ständig aufs Äußerste gespannt und wie hungrige Wölfe über einen abgenagten Knochen in Streit geraten – so kommt es schließlich zu Kriegen wegen einer Lappalie. Und dann gibt der Krieg Erklärungen genug für die Barbarei, in die das Volk verfällt und die Währung ist vergessen.

Die Verhandlungen von Marokko werden heute von zwei satten Löwen geführt

und triefen von Ruhe und Friedensliebe. Es wäre nicht so, wenn der afrikanische Goldstrom versiegt wäre, wenn die Preise abwärts gingen, wenn die Arbeitermassen nach Arbeit und Brot schrien, wenn der tolle Ruf „Überproduktion an Brot und Arbeitern“ wieder ertönen würde.

Darum wiederholen wir -jetzt ist die Zeit, wo wir die Fragen in Ruhe beantworten können, die die Geschichte des Metallgeldes an die Währung stellt. Warten wir nicht die Wirtschaftskrise, den Bruder- und Völkerkrieg ab, um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentratbare Voraussetzungen sind. Noch hält der Goldstrom an, noch ist der Handel rechnerisch möglich, noch sausen die Webstühle, donnern die Güterzüge. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.

Zur Frage der Geldreform

In der herrschenden Volkswirtschaftslehre behauptet sich eine Anschauung mit der Starrheit eines Dogmas: es ist die Lehre vom Wert. Sie läßt sich etwa in den Satz zusammenfassen: „Sieht man bei den Waren von allen körperlichen, also sinnfälligen Eigenschaften ab, so bleibt noch eine Eigenschaft übrig, nämlich der Wert.“ – An diesen Aberglauben klammern sich 4 Millionen Sozialdemokraten wie an ein Heiligtum. Aber man wähne nicht, daß nur die Proletarier diesem Wunderglauben anhängen; die ganze nationalökonomische Literatur ist vom Geiste dieses Wunderglaubens durchtränkt, ist auf der phantastischen Wertlehre aufgebaut. So sagt *Knies*: „Die Lehre vom Wert ist für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung.“ – Und auf diesem Standpunkt scheint auch Herr *Rich. Lieske* zu stehen, der in Nr. 246 des „*Hammer*“ sich „Zu Gesell's Papierwährung“ äußert und sich dabei auf *E. Dühring* als Autorität beruft. Also auch *Dühring*, der berühmte Mathematiker, glaubt, daß nach Abzug aller körperlichen Eigenschaften an den Waren doch noch etwas übrig bleibe, das „Wert“ zu nennen sei! –

Um nicht allzuweit ausholen zu müssen, möchte ich Herrn *Lieske* bitten, Dr. *Fr. Gottls* aufklärende Schrift: „Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der National-Ökonomie“ [Verlag; G. Fischer. Jena] zu lesen; sie wird ihm die nötigen Aufschlüsse geben. Ich darf die Hammerleser doch nicht mit Dingen unterhalten, die schon in Büchern ausführlich behandelt sind. [Gesell – Neue Lehre vom Geld und Zins. Leipzig, Bernhard Hermann] Um das Papiergeld wirklich begreifen zu können, muß zunächst mit dem Wertschwindel aufgeräumt werden.

Ich beschränke darum meine Ausführungen auf die Punkte in *Lieskes* Artikel, die nicht unmittelbar in die Wertlehre münden. Als „fundamentalen Irrtum“, in dem ich befangen sei, nennt Herr *Lieske* die Nicht-Unterscheidung zwischen Geld und Nachfrage. Wie kann man aber gerade mir, der diese Unterscheidung zum Stützpunkt für schwere Angriffe auf die Goldwährung benutzt, dergleichen vorwerfen? Meine Geldreform, von der doch in dieser Zeitschrift des öfteren die Rede gewesen ist, hat ja gerade zum ausgesprochenen Zweck, diesen Unterschied vollkommen aufzuheben. Durch das Reformgeld soll ja erst das Geld zur verkörperten, lebendigen, selbständigen Nachfrage werden, neben welcher es dann überhaupt keine andere, vom Willen Privater abhängiger Nachfrage noch geben soll. Durch die Geldreform wird die allgemeine Nachfrage nach Waren unter die Aufsicht des Staates gestellt. Völlig unabhängig vom Willen der Banken, der Börse, der Spekulanten, der *Morgan* und *Rockefeller* wird mit der Geldreform immer genau so viel Geld im Umlauf erhalten und zum Angebot gegen Waren gebracht, wie es im Inter-

esse fester Preise, nicht aber im Interesse möglichst großer Differenz-Gewinne nötig ist. Ohne den Willen des Staates soll mit der Geldreform die allgemeine Preislage der Waren sich nicht mehr heben und senken können. Der große Schröpfungapparat des Volkes, die Börse, wird durch die Geldreform überflüssig, denn Hausse und Baisse, die dadurch gemacht werden, daß man das Geld heute anbietet, morgen aber einsperrt, fallen beim Reformgeld weg. Differenzen, aus denen die Vermögen der Milliardäre und unserer Börsen-Großkapitalisten fast ausnahmslos entstanden sind, gibt es mit der Geldreform nicht mehr; die Macht des Geldes wird für immer gebrochen.

Es ist eine unangenehme, weil unfruchtbare Arbeit, sich verteidigen zu müssen gegen Unterstellung von Anschauungen, die man selber angreift, und ich muß hier Herrn *Lieske* bitten, meine Geldreform vorher zu prüfen, ehe er sie bekämpft.

Einerseits sagt er, daß die 5 Milliarden Franken Kriegsbeute in Deutschland die Preise angehoben haben, daß dies ohne weiteres einleuchte, daß der Staat mittels der Notenpresse die Preise beeinflussen kann, daß dieser Einfluß soweit gegangen sei, daß die Schuster in Frankreich zu *Laws* Zeiten 6000 Franken für ein Paar Stiefel erzielten, und dann wieder sagt er, daß dieser Schuster (resp. sein Nachbar Wekkrath in Ostpreußen) kein Geld habe, um etwas zu kaufen, obschon er die eigenen Produkte zu hochklingenden Preisen absetzen konnte!!

Wenn es Herrn *Lieske* einleuchtet, daß der Staat mit der Notenpresse die Preise allgemein bis zur Höhe von 6000 Franken das Paar Stiefel (und darüber hinaus natürlich) heben kann, so wird er auch umgekehrt folgern müssen, daß mit einem gut ziehenden Banknoten-Ofen die Preise allgemein bis zur Verzweiflung der Bauern und zur Verzückung ihrer Gläubiger gedrückt werden können. Errichtet nun der Staat dieses Banknoten-Krematorium dicht neben der Banknotenpresse, so daß jeder durch allgemeine Preissteigerung sich zeigende Überschuß an Geld sofort verbrannt wird, so sieht Herr *Lieske*, daß zwischen Geld und Nachfrage schon beim heutigen Geldwesen Beziehungen bestehen, und daß sich diese bei gutem Willen bis zu einer gewissen Intimität steigern ließen. [Frankfurth-Gesell: Aktive Währungspolitik. Physiokratischer Verlag B. Lichterfelde]

Herrn *Lieske*, dem es einleuchtete, daß der Milliardenregen aus Frankreich die Preise heben mußte, wird es also jetzt auch einleuchten müssen, daß die Notenpresse in Verbindung mit dem Notenofen eine bessere Währung abgeben kann, als die ist, die er sich unter Papiergeld vorstellt. Freilich würde man die Verwaltung solcher Papierwährung nicht gerade Zuchthäuslern überlassen dürfen und ich denke, daß schon allein die Erwägung der Möglichkeit, daß die Regierung die Notenpresse mißbrauchen könnte zum Zwecke, die 80 Milliarden Hypotheken und Pfandbriefe in Makulatur zu verwandeln, eine Beleidigung unserer Staatsbeamten bedeutet.

Herr *Lieske* sagt, daß mit dem Papiergeld dem Bürger der „feste, metallene Boden“ unter den Füßen genommen würde. Das metallene Geld würde allerdings verschwinden, aber bildet dieses Metallgeld wirklich einen festen Boden? Können unsere Banken und Spekulanten durch Inkasso der in Umlauf befindlichen Wechsel (das vielfache des metallenen Geldbestandes) den Bürgern diesen „festen Boden“ nicht jeden Tag unter den Füßen wegziehen? Sie brauchen ja dazu nur die Wechsel nicht mehr zu erneuern; das Geld der fällig werdenden Wechsel festzuhalten, dann ist in weniger als 3 Monaten der „feste metallene Boden“ in den Händen unserer Geldmänner aufgespeichert. Hat Herr *Lieske* in Ostpreußen nicht den „metallinen Boden“ unter seinen Füßen wanken sehen, als zur Zeit der Marokko-Krise die Franzosen das in Deutschland angelegte Geld durch Inkasso der hier diskontierten Wechsel an sich gezogen? Das amerikanische Volk hatte auch einen „metallinen Boden“; im Jahre 1907 aber bebte und krachte dieser Boden derart, (als *Morgan* plötzlich auf dem Plane erschien) daß alles, was daraufgebaut war, ins Wanken geriet und zum großen Teil einstürzte. Wie läßt sich da noch von einem festen metallenen Boden reden? Wollen wir wirklich erst abwarten, bis *Morgan*, *Rockefeller* und Konsorten für ihre Finanz-Jagden die Gründe in Deutschland aufsuchen, um dem deutschen Michel durch eine amerikanische großzügige Treibjagd zu zeigen, was die Goldwährung ist, um ihn für die „ökonomische Irrenidee“, wie *Dühring* aufgrund des Wertspuks (s. Zitate) das Papiergeld nennt, empfänglich zu machen?

Gewiß, die Papierwährung würde den, von den Banken und Spekulanten auf Zeit und gegen Zins dem Volke geliehenen „Metall-Boden“, durch einen vom Staate kontrollierten Papiergeld-Boden ersetzen, aber dieser Boden wäre gut fundamentiert und könnte nicht mehr durch Spekulanten ins Wanken gebracht oder gar den Bürgern unter den Füßen weggezogen werden. Statt des von der Pariser Internationale gepachteten Metallbodens hätten wir einen eigenen, nationalen Boden, den niemand ins Wanken bringen, niemand uns unter den Füßen fortziehen kann.

In Anknüpfung an meine Behauptung, daß das römische Reich zugrunde ging, weil es wegen Mangel an Geldstoff (Gold und Silber) die Geldwirtschaft aufgeben und wieder zum Tauschhandel hatte zurückgreifen müssen, stellt mir Herr *Lieske* die Frage, woran denn Spanien zugrunde ging, das doch so reichlich mit Gold und Silber versorgt worden war? Metallarmut könne das doch nicht gewesen sein? Diese Frage könnte Herr *Lieske* sich selber beantworten, wenn er den Krach von 1873 nicht schon vergessen hätte. Die französischen Milliarden kamen nach Deutschland, wie die Silberflotten nach Spanien kamen; sie belebten den Handel und hoben die Preise. Aber die hohen Preise lockten die fremden Waren herbei und zogen das Geld wieder über die Grenze. Genau dasselbe ereignete sich in Spanien. Spanien war nur das Durchgangsland für das amerikanische Gold. Dieses Gold war dem Gesetz der kommunizierenden Röhren unterworfen. Wäre das Gold von

Anfang an gleichmäßig über die europäischen Staaten verteilt worden, wie es im freien Handel der Fall gewesen wäre, so wäre von den Goldfunden nicht mehr nach Spanien gewandert, als wie der internationale Charakter dieses Geldes zuläßt. Die Preise wären nicht so hoch gestiegen, hätten in Folge dessen auch nicht so tief fallen können, genau wie auch in Deutschland nach 1873 die Preise darum so tief fielen, weil sie durch die Milliarden so hoch über das internationale Niveau getrieben wurden. Wäre es Papiergeld gewesen, was da in Übermaß ausgegeben wurde, so wären die Preise auf der Höhe geblieben, wohin sie die Geldflut getrieben hätte, denn das Papiergeld kann nicht ausgeführt werden. Und der Krach wäre ausgeblieben. Es hätte sich ein Agio herausgebildet, das unter anderem auch die Agrarzölle überflüssig gemacht hätte. War der Preis des Weizens von ursprünglich etwa 200 Mark durch die amerikanische Konkurrenz auf 150 Mark Gold gedrückt worden und mußte man zu diesen 150 Mark noch 50 Mark Gold Agio bezahlen, so wäre der Preis des Weizens auf 200 Mark stehen geblieben und unsere Landwirte wären – trotz der amerikanischen Konkurrenz – nicht in Sorge wegen der Hypotheken-Zinsen geraten. Wir hätten dann Papierwährung und Freihandel, statt des logischen Monstrums: Goldwährung und Schutzzoll.

Noch eins: Herr *Lieske* sagt: „Der Staat kann mittels der Notenpresse nur das Verhältnis von Geld und Ware beeinflussen, aber nicht die Verteilung der Güter bestimmen.“ Wenn also der Schuster für ein Paar Stiefel 6000 Franken erhält (*Lieskes* Beispiel), so wird der Landwirt wohl für eine Tonne Weizen 60 000 Franken erzielen. Nun geht der Landwirt mit diesem Erlös zur Hypothekenbank – und befreit seine Acker von der darauf lastenden Hypothek – mit je einer Tonne Weizen löscht er 60 000 Franken Hypotheken, deren Zinsen allein ihm bis dahin schwere Sorgen machten. Der Hypotheken-Gläubiger kann dann mit seinem Kapital nur 1 Tonne Weizen kaufen; alles andere wäre im Verhältnis ebenso im Preise gestiegen, während er bis dahin auskömmlich von den bloßen Zinsen lebte. Das nennt *Lieske* keine Verschiebung in der „Verteilung der Güter“! Warum kämpften denn die deutschen Grundbesitzer (sonst Agrarier genannt) für die Wiedereinführung der Silberwährung, wenn diese nicht die Verteilung der Güter zu ihren Gunsten beeinflussen konnte? Warum verlangten die Farmer in Nord-Amerika die Herausgabe der Banknoten-Presse? Sie wollten ihre Hypothekenschulden los sein, sie wollten die 100 Milliarden mit bedruckten Papierwischen statt mit landwirtschaftlichen Produkten tilgen. Darum. Aber weil das Volk solches als ungerecht empfand, behielt es die Kontrolle über die Notenfabrikation.

Hiermit hoffe ich Herrn *Lieskes* Kritik so weit kritisiert zu haben, daß sich jeder ein Urteil bilden kann. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die flüchtig und nachlässig ohne genügende Vorstudien geschriebenen Währungsartikel, die früher die Spalten deutscher Zeitungen füllten, immer seltener werden. Man ist offenbar stut-

zig geworden und schweigt lieber, als daß man sich der Gefahr aussetzt, in jedem Punkt glatt widerlegt zu werden. Wer nun sein Leben nach *Egidys* Wahlspruch auf seine Religion aufbaut, der wird dem heiligen Geist diesen Fortschritt zuschreiben. Ich mache aber dem heiligen Geist dieses Verdienst streitig und behaupte, das zitierte Buch „Aktive Währungspolitik“ habe den Währungsschreibern die Schwungkraft gebrochen.

Geldreform und Christentum

In Nr. 249 des „Hammer“ verwarnte sich ein Herr Harms im Namen der christlichen Leser gegen eine Äußerung, die in meinem Aufsatz Nr. 248 enthalten war. Wenn ich mit jener Äußerung christlichen Lesern zu nahe getreten bin, so bitte ich um Vergebung: eine verletzende Absicht hatte ich nicht. Mir scheint es aber nötig, daß man sich klar darüber wird, in wieweit die überlieferte Religion sich mit unseren nüchternen ernstesten Lebensaufgaben von heute verträgt. Jene Religion bildet ausdrücklich eine Vorbereitung für den Tod; wir müssen aber wünschen, für das Leben vorbereitet zu sein, denn wir wollen leben! Ja, wer jene religiösen Lehren wörtlich nimmt, der ist im Wettkampf mit unseren Feinden vollständig entwaffnet, namentlich dann, wenn man jene Lehrsätze auf das wirtschaftliche Leben übertragen wollte. Genau besehen, ist das Geldwesen mit dem Christentum ganz unvereinbar; Christus lehnt ja deshalb auch die Anerkennung der Münze für seine Welt ab:

„Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott was Gottes ist.“ So lange aber nicht die göttliche Welt im Erdenleben Platz gegriffen hat, können wir das Geld nicht entbehren; und wir können auch anderer Waffen und Hilfsmittel im Lebenskampfe nicht entraten, während das Christentum die Selbstverteidigung ablehnt.

Gottvater hat seinen Geschöpfen Waffen gegeben, damit sie sich verteidigen und wehren können: dem Wolf seinen reißenden Zähne und dem Stier seine spitzen Hörner. Der Sohn aber möchte den Tieren die Zähne ausbrechen und die Hörner abnehmen, denn sie sollen sich ja nicht wehren, sondern geduldig ertragen, was ihnen der Feind zufügt. So steht die Welt des Sohnes mit der des Vaters in einem unlösbaren Widerspruch. Der Vater will in strenger Auslese nur das Gesunde und Starke erhalten sehen, der Sohn aber schützt das Morsche, Kranke, Schwache. Was Wunder, wenn die Herde des Sohnes gegen die unerbittlichen Mächte der Naturkraft unterliegt! Der Vater will Kampf und Auslese und Zuchtwahl, und der Sohn weiß von alledem nichts.

Es wird also nötig sein, daß wir die Lehre des Sohnes einer gründlichen Nachprüfung unterziehen, um den Lebensgesetzen des Vaters wieder näher zu kommen. Ich wüßte nicht, was in solcher Auffassung zynisches enthalten wäre!